

**Zur Problematik einer
gemeinsamen Konjunktur- und Wachstumspolitik
der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft**

von

Martin Dorn

aus

Herrenberg/Württemberg

1968

1968/No 246



Digitized by the Internet Archive
in 2026

**Zur Problematik einer
gemeinsamen Konjunktur- und Wachstumspolitik
der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft**

Inaugural-Dissertation
der Philosophischen Fakultät
der Friedrich-Alexander-Universität
Erlangen-Nürnberg

vorgelegt

von

Martin Dorn

aus

Herrenberg/Württemberg



Dekan: Universitätsprofessor Dr. K.H. R u f f m a n n
Referent: Universitätsprofessor Dr. G. C l a u s i n g
Korreferent: Universitätsprofessor Dr. J.M. B a c k

Tag der mündlichen Prüfung: 20. Dezember 1968

Vorwort

Die Fragestellung in der vorliegenden Arbeit wurde nahegelegt durch die Anregungen, die der Verfasser während seines Studiums an der Friedrich-Alexander-Universität zu Erlangen erhielt, insbesondere durch die Vorlesungen und Seminare über wirtschaftspolitische Probleme.

Ordnungspolitische Fragen des wirtschaftlichen Zusammenschlusses Europas bestimmten das Tagesgeschehen der letzten Jahre, so daß es nahelag, eines der wichtigsten Probleme, die gemeinsame Konjunktur- und Wachstumspolitik der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, zu bearbeiten. Der Verfasser dankt Herrn Professor Dr. G. Clausing für die Überlassung des Themas.

In dieser Arbeit ist das Material berücksichtigt, das von der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft bis zum Jahresende 1967 vorgelegt wurde; hinsichtlich der Mitgliedstaaten wurden die wirtschaftspolitischen Maßnahmen bis zur Jahresmitte 1967 verfolgt.

Stuttgart-Feuerbach, den 15. Juli 1968

Martin Dorn

Inhalt

	<u>Seite</u>
Teil I	
Konjunktur- und Wachstumspolitik in der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft	1
I. Möglichkeiten und Pflichten einer gemeinsamen Konjunktur- und Wachstumspolitik nach dem Vertrag zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft	1
1. Die Vertragsziele	1
a) Die allgemeinen Ziele	1
b) Die wirtschaftspolitischen Ziele	1
c) Die Ziele der Konjunktur- und Wachstumspolitik	3
2. Umfang und Pflichten einer gemeinsamen Konjunktur- und Wachstumspolitik	5
a) Der Inhalt des Art. 104 EWG-Vertrag	5
b) Konjunktur- und Wachstumspolitik als Angelegenheit von gemeinsamem Interesse	6
c) Die Bekämpfung von Störungen	8
3. Die konjunktur- und wachstumspolitische Autonomie der EWG-Staaten	9
a) Die Beschränkungen der Autonomie der Mitgliedstaaten	9
b) Die Notwendigkeit weiterer Vollmachten der EWG	11
II. Die Vorschläge zu einer gemeinsamen Konjunktur- und Wachstumspolitik der EWG	12
1. Der Verlauf der Diskussion über eine gemeinsame Politik im Rahmen der EWG	12
2. Die Vorschläge für die Konjunkturpolitik im einzelnen	15
a) Die Institutionen der Konjunkturpolitik	15
b) Die Koordination und Konsultation im Bereich der Konjunkturpolitik	15
3. Vorschläge zu einer Politik der Förderung des wirtschaftlichen Wachstums	19
a) Die Bestimmungen des Vertrages	19
b) Das Memorandum der Kommission von 1962	19
c) Die Berichterstattung im Europäischem Parlament	24
d) Die Einsetzung eines Ausschusses	26

e) Das Programm einer mittelfristigen Wirtschaftspolitik	27
f) Kritische Anmerkungen	34
III. Ansatzpunkte für die Weiterentwicklung von Institutionen und Instrumenten einer gemeinsamen Konjunktur- und Wachstumspolitik	36
1. Die Mängel des Vertrages	36
a) Mängel im Bereich der Konjunkturpolitik	36
b) Mängel im Bereich der Wachstumspolitik	38
2. Die Erfordernisse des Wirtschaftslebens	42
a) Die Stabilisierung des Wirtschaftsprozesses	42
b) Kenntnis der güterwirtschaftlichen Vorgänge	43
3. Ordnungspolitische Probleme	44
a) Die Fragen der Unternehmer	44
b) Weiterbildung der Wirtschaftsordnung	45
c) Das ordnungspolitische Problem	47

T e i l II

Theoretische Grundlagen einer Konjunktur- und Wachstumspolitik in ordnungspolitischer Sicht	49
I. Wirtschaftstheorie und Theorie der Wirtschaftspolitik im Verhältnis zu einer praktischen Ordnungspolitik	49
1. Einige grundsätzliche Fragen	49
a) Die Möglichkeit humaner und inhumaner Entwicklungen	49
b) Die Doppeldeutigkeit des Fortschritts	51
c) Ziele des wirtschaftlichen Handelns	52
d) Die Rationalität des wirtschaftlichen Handelns	54
e) Der Raum der EWG als Kultureinheit	57
2. Die Abgrenzung des Untersuchungsobjektes	58
a) Die Rahmenbedingungen	58
b) Das Ordnungsproblem als sozialwissenschaftliches Problem	60

3. Überlegungen zur Methode der Wirtschaftstheorie	61
a) Die herrschenden Methoden	61
b) Der kulturtheoretische Ansatz	64
4. Behandlung und Abgrenzung dieser Fragen in der Literatur	67
a) Der Begriff "Wirtschaft" bei Eucken	67
b) Der Begriff "Wirtschaft" in der formal-empirischen Theorie	68
c) Der Begriff "Wirtschaft" in der axiomatischen Theorie	70
d) Der Begriff "Wirtschaft" bei Sombart und die Folgerungen	74
5. Die Behandlung und Abgrenzung anthropologischer und sozialpsychologischer Probleme in der Theorie der Wirtschaftspolitik	76
a) Die Wirtschaftspolitik als Instrument der bewußten Gestaltung	76
b) Die Anwendbarkeit der wirtschaftspolitischen Erkenntnisse	78
c) Das Kriterium "Daseinsrichtigkeit"	79
d) Ergebnis	81
II. Das kulturtheoretische Verfahren	81
1. Bedeutende Verfahren zur Beschreibung der Wirklichkeit	81
a) Das Modell	81
b) Der Idealtyp	84
c) Der Realtyp	85
d) Die "anschauliche" Theorie	86
2. Einige weiterführende Gedanken	86
a) Die Einflüsse Sombarts	86
b) Kritische Einwände	88
3. Der Mensch als konstitutives Prinzip	89
a) Der Mensch als Mängelwesen	89
b) Der Mensch als handelndes Wesen	91
c) Der Nutzen dieser Begriffe für den Realtyp	93
4. Das Selbstverständnis des Menschen	97
a) Bewußtsein und Arbeitsteilung	97
b) Die Beherrschung der Natur	97
c) Die Ausdehnung der Märkte	100

5. Der Begriff "Wirklichkeit"	101
a) Die Wirklichkeit und das Mögliche	101
b) Die Bewegung	103
c) Das Verhältnis der Wirklichkeit zur Empirie	103
6. Die Kriterien des wirtschaftlichen Handelns	106
a) Erklärung des Handelns aus dem Menschen	106
b) Offenheit als Voraussetzung einer Fortentwicklung	107
III. Ordnungspolitische Überlegungen einer Konjunktur- und Wachstumspolitik der EWG	108
1. Der Wirtschaftsablauf als Problem der Wirtschaftsordnung	108
a) Einleitende Bemerkungen zum Problem	108
b) Konjunktur und Ordnungspolitik	111
c) Wirtschaftliches Wachstum und Ordnungspolitik	115
d) Die Gesetzmäßigkeiten und Gegensätzlichkeiten von Konjunkturverläufen und wirtschaftlichem Wachstum	120
2. Stabilisierung als ordnungspolitische Aufgabe	124
a) Stabilisierung als wirtschaftspolitisches Ziel	124
b) Die Kriterien	128
c) Die institutionellen Voraussetzungen	133
d) Anthropologische und soziologische Voraussetzungen	135
3. Ordnungspolitik in der EWG	137
a) Kulturgeschichtliche Situation und Ordnungspolitik	137
b) Gesellschaftspolitische Situation und Ordnungspolitik	141
c) Die Folgerungen	147

T e i l I I I

Die wirtschaftspolitischen Systeme der EWG-Staaten und die Möglichkeiten zu einer gemeinsamen Konjunktur- und Wachstumspolitik	156
I. Die Wirtschaftsverfassungen der Mitgliedstaaten	156
1. Der Begriff "Wirtschaftsverfassung"	156
a) Abgrenzung	156
b) Der Inhalt des Begriffs	157
2. Die Wirtschaftsverfassung in Belgien	158
a) Allgemeines	158
b) Die rechtliche Ordnung des Geld- und Kreditwesens	158
c) Die Marktverfassung	159
d) Die Haushaltsverfassung	160
3. Die Wirtschaftsverfassung in der Bundesrepublik Deutschland	161
a) Allgemeines	161
b) Die rechtliche Ordnung des Geld- und Kreditwesens	161
c) Die Marktverfassung	163
d) Die Haushaltsverfassung	164
4. Die Wirtschaftsverfassung in Frankreich	164
a) Allgemeines	164
b) Die rechtliche Ordnung des Geld- und Kreditwesens	166
c) Die Marktverfassung	168
d) Die Haushaltsverfassung	168
5. Die Wirtschaftsverfassung in Italien	168
a) Allgemeines	168
b) Die rechtliche Ordnung des Geld- und Kreditwesens	169
c) Die Marktverfassung	170
d) Die Haushaltsverfassung	171
6. Die Wirtschaftsverfassung der Niederlande	172
a) Allgemeines	172
b) Die rechtliche Ordnung des Geld- und Kreditwesens	173
c) Die Marktverfassung	174
d) Die Haushaltsverfassung	175

II. Die langfristige Wirtschaftspolitik in den Staaten der EWG	176
1. Die langfristige Wirtschaftspolitik in Belgien	176
a) Die Strukturprobleme nach 1945	176
b) Die Institutionen	176
c) Die Instrumente	177
2. Die langfristige Wirtschaftspolitik in der Bundesrepublik Deutschland	178
a) Die Wachstumspolitik im Rahmen der Sozialen Marktwirtschaft	178
b) Die jüngsten Maßnahmen	178
3. Die langfristige Wirtschaftspolitik in Frankreich	179
a) Der Beginn der "planification"	179
b) Die Stufen der Planung	180
c) Die Rolle der "planification"	182
4. Die langfristige Wirtschaftspolitik in Italien	183
5. Die langfristige Wirtschaftspolitik in den Niederlanden	183
a) Der subsidiäre Charakter	183
b) Das Centraal Planbureau	183
III. Die Institutionen der Konjunkturpolitik in den Mitgliedstaaten der EWG	184
1. Die Institutionen der Konjunkturpolitik Belgiens	184
a) Die Grundhaltung	184
b) Die Institutionen	185
2. Die Institutionen der Konjunkturpolitik in der Bundesrepublik Deutschland	186
a) Die Grundhaltung	186
b) Die Institutionen	187
3. Die Institutionen der Konjunkturpolitik in Frankreich	188
a) Die wechselnden Voraussetzungen für eine Konjunkturpolitik	188
b) Die Institutionen	189

4. Die Institutionen der Konjunkturpolitik in Italien	191
a) Die Gründe für die geringe konjunkturpolitische Aktivität	191
b) Die Institutionen	191
5. Die Institutionen der Konjunkturpolitik in den Niederlanden	192
a) Die Grundhaltung	192
b) Die Institutionen	193
IV. Die Instrumente der Konjunkturpolitik in den Mitgliedstaaten der EWG	195
1. Die Instrumente der Konjunkturpolitik in Belgien	195
a) Die Entstehungszeit	195
b) Die Instrumente aus dem Bereich der Finanzpolitik	196
c) Die Instrumente aus dem Bereich der Währungspolitik	196
2. Die Instrumente der Konjunkturpolitik in der Bundesrepublik Deutschland	197
a) Die Konjunkturpolitik seit 1948	197
b) Die Instrumente aus dem Bereich der Währungspolitik	198
c) Das Stabilitätsgesetz von 1967	199
3. Die Instrumente der Konjunkturpolitik in Frankreich	199
a) Die Handelspolitik als Schutzzollpolitik	199
b) Die inflatorische Wirkung der Finanzpolitik	200
c) Die Instrumente aus dem Bereich der Währungspolitik	200
4. Die Instrumente der Konjunkturpolitik in Italien	203
a) Das Zurücktreten der Konjunkturpolitik gegenüber der Wirtschaftspolitik	203
b) Die Außenhandelspolitik	204
c) Die Instrumente aus dem Bereich der Haushaltspolitik	204
d) Die Instrumente aus dem Bereich der Währungspolitik	204

5. Die Instrumente der Konjunkturpolitik in den Niederlanden	205
a) Die gesetzlichen Voraussetzungen	205
b) Die Instrumente der Finanzpolitik	206
c) Die Instrumente der Währungspolitik	207
V. Die Typen der Wirtschaftsverfassungen	207
1. Die Grundlagen	207
a) Das Fortbestehen des Status quo und die Folgerungen	207
b) Die Verschiedenheiten und Übereinstimmungen der Wirtschaftsverfassungen der Mitgliedstaaten	208
c) Die Konzeptionen der langfristigen Wirtschaftspolitik	210
d) Die Systeme der Konjunkturpolitik	210
2. Der mögliche Entwicklungsspielraum	213
a) Die Notwendigkeit einer Annäherung	213
b) Die institutionellen Unterschiede der Konjunkturpolitik in den Mitgliedstaaten	214
c) Die Notwendigkeit der Schaffung einer EWG-Wirtschaftsordnung als Voraussetzung für eine langfristige Wirtschaftspolitik	217
VI. Die Politik der konjunkturellen Stabilisierung und des wirtschaftlichen Wachstums in der EWG	217
1. Die Begriffe "Wirtschaft" und "Wirtschaftspolitik" und die Wirtschaftspolitik in der EWG	217
a) Der verengte Begriff "Wirtschaft" im Programm für die mittelfristige Wirtschaftspolitik	217
b) Der Plan als falsches Instrument zur Stabilisierung	219
c) Das Verhältnis zur "Wirklichkeit"	222
d) Die Ursache	223
2. Die Möglichkeiten zum Ausbau des institutionellen Bereichs einer gemeinsamen Politik eines gleichmäßigen wirtschaftlichen Wachstums	223
a) Die Errichtung eines Informationssystems	223
b) Die institutionelle Lösung von Konflikten als Voraussetzung einer Stabilisierung	225

c) Die Entfaltung der produktiven Kräfte	227
d) Die Schaffung kritischer Instanzen	227
d) Die Forderungen des Realtyps als Maßstäbe der institutionellen Voraussetzungen einer Konjunktur- und Wachstumspolitik in der EWG	227
 L i t e r a t u r v e r z e i c h n i s	 229

Einleitung

Die Probleme einer stetig wachsenden Wirtschaft haben sich den industrialisierten Staaten in der Nachkriegszeit neu gestellt. Hierzu haben nicht nur die geänderte Haltung zur Konjunkturpolitik, sondern auch das geschärfte Bewußtsein des Zusammenhangs von Wirtschaft, Staat und Gesellschaft beigetragen; Soziologie, Sozialpsychologie und auch Anthropologie nehmen deshalb innerhalb der wirtschaftspolitischen Diskussion eine bedeutende Stellung ein. Die vorliegende Arbeit versucht, durch eine entsprechende Weite der Fragestellung dieser Entwicklung gerecht zu werden.

Das Inhaltsverzeichnis bringt eine eingehende Aufgliederung des gesamten Stoffes. Im Text wurde auf eine Anführung der Untertitel zugunsten der Übersichtlichkeit verzichtet.

T e i l I

Konjunktur- und Wachstumspolitik in der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft

I. Möglichkeiten und Pflichten einer gemeinsamen Konjunktur- und Wachstumspolitik nach dem Vertrag zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemein- schaft¹⁾

1. Die Vertragsziele

a) Der Vertrag zur Gründung einer Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) sieht die Schaffung eines einheitlichen Marktes der sechs Mitgliedsstaaten vor. Aufgabe der Gemeinschaft soll eine harmonische Entwicklung des Wirtschaftslebens innerhalb der Gemeinschaft und die Förderung engerer Beziehungen zwischen den Staaten sein.²⁾ Eine optimale harmonische Entwicklung ist ohne die Bildung eines gemeinsamen Marktes nicht möglich, ohne eine Annäherung der Wirtschaftspolitik der Mitgliedsstaaten nicht durchzuführen; beides ist Voraussetzung für den Fortbestand eines Binnenmarktes, der nach dem Willen der Mitgliedsstaaten im Endzustand das gesamte Territorium der sechs Partnerstaaten umfassen wird.

Der Vertrag enthält ein wirtschaftspolitisches Programm, das im einzelnen die näheren Voraussetzungen für eine Integration schaffen soll.

b) Die wirtschaftspolitischen Ziele, die zu erreichen Aufgabe der Gemeinschaft ist, sind eine beständige und ausgewogene Wirtschaftsausweitung, eine größere Stabilität im Wirtschaftsleben und eine beschleunigte Hebung der Lebenshaltung.³⁾ Diese sehr allgemein ge-

1) BGBI. 1957 II, S. 766 ff.

2) Art. 2 EWG-Vertrag.

3) Art. 2 EWG-Vertrag.

haltenen Ziele haben vermutlich hauptsächlich deklaratorischen Charakter. Sie wurden und werden erst im Laufe der Zeit mit einem konkreten Inhalt gefüllt; dies ist insbesondere wichtig für das Verhältnis der Ziele untereinander. Bislang blieben diese Fragen im Hintergrund, da andere Probleme bei der Schaffung des Gemeinsamen Marktes vordringlich gewesen waren. Hierzu wurden im wesentlichen folgende Maßnahmen eingeleitet:

- die Beseitigung aller Hindernisse im Handel zwischen den beteiligten Staaten; nicht betroffen sind hiervon lediglich die Sektoren Landwirtschaft und Verkehr, für die besondere Vereinbarungen getroffen werden sollen¹⁾
- die Errichtung einer Wettbewerbsordnung²⁾
- die Koordinierung der Wirtschaftspolitik der sechs Mitgliedsstaaten³⁾.

Diese Maßnahmen wurden nach einem Stufenplan zeitlich differenziert in Gang gesetzt, damit nach einer Übergangszeit der Gemeinsame Markt in vollem Umfang verwirklicht ist. Der Endzustand sieht eine Verschmelzung der nationalen Märkte zu einem einheitlichen EWG-Markt vor, in dem lediglich für die genannten Sektoren Landwirtschaft und Verkehr besondere Marktordnungen bestehen. Eine besondere Regelung wird ebenso für den Kapitalverkehr getroffen; soweit bekannt wurde, ist eine weitgehende liberale Lösung vorgesehen, so daß die speziellen Regelungen wirtschaftlich eine untergeordnete Rolle spielen.

Die Koordinierung der Wirtschaftspolitik der sechs Mitgliedsstaaten nimmt unter den Maßnahmen zur Integration der nationalen Volkswirtschaften eine Ausnahmestellung ein.

Hinsichtlich einer gemeinsamen Wirtschaftspolitik versteht der Vertrag eine Koordination der Wirtschafts-

1) Art. 9, 30, 34 EWG-Vertrag.

2) Art. 85 ff EWG-Vertrag.

3) Art. 103 ff EWG-Vertrag.

politik mit dem Ziel einer gemeinsamen Konjunktur- und Wirtschaftspolitik. Man kann davon ausgehen, daß die praktischen Erfahrungen mit der Wirtschaftspolitik in den letzten Jahrzehnten und die neu gewonnenen Einsichten in die theoretischen Zusammenhänge des Marktgeschehens eine Koordination der Wirtschaftspolitik im allgemeinen und der speziellen Bereiche im besonderen nahegelegt haben. Die Vertragspartner haben jedoch eine zentrale Führung der Wirtschaftspolitik, d.h. die Übertragung von Hoheitsrechten auf eine Institution im Rahmen der EWG nicht gewünscht; eine Ausnahme bildet allerdings die gemeinsame Handelspolitik¹⁾, sie wird aus dem Wesen der EWG als Zollunion abgeleitet.

Das Entstehen eines einheitlichen Wirtschaftsgebietes und das Verbleiben der Souveränitätsrechte bei den Regierungen der Mitgliedsstaaten lassen eine Anzahl von Problemen entstehen, deren Lösung in dem Maße dringlicher werden,

- wie der Gemeinsame Markt entsteht,
- in den Mitgliedsstaaten unterschiedliche Konjunkturlagen vorherrschen,
- die Konzepte der Wirtschaftspolitik, insbesondere die Ziele der Konjunktur- und Wachstumspolitik voneinander abweichen.²⁾

c) Diese Probleme dringen auf eine Lösung, jedoch sind die äußeren Umstände - die Verpflichtung der Regierungen aus dem Vertrag zur Koordination, das Ver-

1) Art. 110 ff EWG-Vertrag.

2) Vgl. Georg Strickrodt, Gesamtrechnungssysteme - programmatische Vorausschau und Dokumentierung gemeinsamer Verantwortung, in Schriftenreihe der Forschungsstelle der Friedrich-Ebert-Stiftung Programmierung im Gemeinsamen Markt, Hannover 1963, S. 29. Kleps weist darauf hin, daß der Umfang dieser Problematik deutscherseits sehr spät erkannt wurde und mit aus diesem Grund die grundsätzlichen Erörterungen über die einzuschlagende längerfristige Wirtschaftspolitik sehr scharf wurden. (Karlheinz Kleps, Konkurrenz wirtschaftspolitischer Konzeptionen in der EWG, in Ordo XV/XVI, S. 276 ff).

fahren zu einer vertragsgemäßen Koordination sowie die mangelnde Bereitschaft der Mitgliedsstaaten nicht sehr förderlich gewesen.

Der EWG-Vertrag behandelt die Konjunktur- und Wachstumspolitik nicht als eine Einheit, ja er enthält weder das Wort "Wachstumspolitik" noch gibt es im Vertrag - außer unter den oben angeführten allgemeinen Zielen der Wirtschaftspolitik - eine Stelle, die diesen Sachverhalt anspricht.

Vergleicht man den Abschnitt über die Koordination der Wirtschafts- und Konjunkturpolitik mit der Regelung anderer Sachgebiete im Vertrag, so fällt das Fehlen jeglicher Vorschriften über eine vorausschauende, längerfristige Wirtschaftspolitik besonders ins Gewicht, zumal das Entstehen des Gemeinsamen Marktes durch die relativ bedeutenden Vorteile des werdenden Großmarktes starke Impulse zur Erhöhung des Bruttosozialprodukts ausstrahlt.

Ein Verfahren zur Koordination einer Wachstumspolitik kann sich nur auf Art. 105 EWG-Vertrag stützen: "Um die Verwirklichung der Ziele des Artikels 104 zu erleichtern, koordinieren die Mitgliedsstaaten ihre Wirtschaftspolitik."

Art. 103 EWG-Vertrag regelt den Bereich der Konjunkturpolitik in der Weise, daß die Mitgliedsstaaten ihre Konjunkturpolitik als eine Angelegenheit von gemeinsamem Interesse ansehen. Die Mitgliedsstaaten haben sich daher zusammen mit der Kommission über die jeweilige konjunkturelle Lage und die erforderlichen Maßnahmen zu beraten.

Dieses Verfahren ist nicht wesentlich genauer geregelt als die Koordination der Wachstumspolitik; für einen anderen, latent kritischen Bereich der Wirtschaftspolitik, der Währungspolitik, läßt sich dieselbe Feststellung treffen.¹⁾

1) Hans-R. Krämer, Wirtschaftliche und rechtliche Probleme der monetären Integration in der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, Tübingen 1966, S. 18.

Der Kommission stehen nun im Falle einer Koordination der Wachstumspolitik und gemeinsamer Beratungen über die Konjunkturpolitik einige Möglichkeiten aufgrund des Art. 155 EWG-Vertrag zur Verfügung; diese sind Empfehlungen und Stellungnahmen an den Rat, dem das Entscheidungsrecht vorbehalten ist.

Das Koordinierungsverfahren sowohl für die Konjunktur- als auch für die Wachstumspolitik kann daher schon dann als gelungen bezeichnet werden, wenn es die angemessene Lösung der anstehenden Probleme ermöglicht. Die Möglichkeiten eines Scheiterns sind jedoch sehr zahlreich; sämtliche wirtschaftspolitische Entscheidungen beruhen auf der Einsicht und der Bereitschaft aller Beteiligten.

2. Umfang und Pflichten einer gemeinsamen Konjunktur- und Wachstumspolitik

a) Die praktische Wirtschaftspolitik der Mitgliedsstaaten der EWG und die Wirtschaftspolitik der EWG-Kommission sehen sich einer Reihe von schwierigen Entscheidungen gegenüber. Sie betreffen weniger die Art und Weise der Information über Wirtschaftsdaten, der Willensbildung, der Entscheidung über und der Durchsetzung von Maßnahmen als vielmehr die Entscheidung über die Ziele, die Methode der vorausschauenden Wirtschaftspolitik und die Übertragung der wirtschaftspolitischen Vorstellungen auf Unternehmer, Arbeitnehmerverbände und Konsumenten.

Schwierigkeiten ergeben sich auch daraus, daß die Mitgliedsstaaten befugt sind, mit den ihnen zweckmäßig erscheinenden Instrumenten im Rahmen ihrer Konjunkturpolitik Maßnahmen zur Wiedergewinnung des wirtschaftlichen Gleichgewichts zu treffen; z.B. eine Politik der Geldverknappung und -verteuerung, die zu Störungen im konjunkturellen Gleichgewicht der Mitgliedsstaaten führen können, einzuleiten. Eine Koordi-

nation der Konjunkturpolitik zur Erreichung der Vertragsziele ist daher in mehrfacher Hinsicht erforderlich.

Art. 104 legt die Ziele des "magischen Dreiecks" für die Partnerstaaten verbindlich fest.¹⁾ Die vertragliche Fixierung dieser Ziele ist ebenso wie die Konsultation über die Konjunkturpolitik allerdings nur dann keine Plattitüde²⁾, wenn anstelle der international üblichen, unverbindlichen Gespräche über Sachfragen eine institutionalisierte Diskussion der Probleme von allgemeinem Interesse möglich ist. Das ist für die EWG durch den EWG-Vertrag der Fall. Sowohl für konjunktur- als auch für wachstumspolitische Fragen ist die Möglichkeit zur Besprechung sowohl im Rat als auch in der Kommission gegeben.³⁾ Die Konsultationen im Ministerrat können mit Entschlüssen enden, die jedoch einen Mitgliedsstaat nicht binden⁴⁾, darüber hinaus sind Blockierungsmöglichkeiten vorhanden. So fordert Art. 103 Abs. 2 Einstimmigkeit des Rates bei der Entscheidung über konjunkturpolitische Maßnahmen.

b) Die Verpflichtung, im Ministerrat eine Diskussion seiner Wachstumspolitik zu dulden, dürfte im Extremfall dann gegeben sein, wenn ein Mitgliedsstaat Anlaß zu Bedenken gibt, die Ziele des Art. 104 EWG-Vertrag nicht zu erfüllen.

Im speziellen Fall der Konjunkturpolitik muß jedes Land eine Besprechung im Ministerrat hinnehmen. "Es läßt sich jedoch kaum noch prüfen, in welchem Ausmaß

1) Vgl. L. Gleske, Monetary Policy in the Common Market (Rotterdamsche Bank, Review Nr. 5) Amsterdam 1963, S. 20.

2) L.A. Hahn, Monetäre Integration - Illusion oder Realität? In: Internationale Währungs- und Finanzpolitik. Adolf Weber aus Anlaß der Vollendung seines 85. Lebensjahres am 29.12.1961 als Geburtstagsgabe überreicht. Hrsg. von W. Meinhold, Berlin 1961, S. 99 ff.

3) Art. 103 Abs. 1 und Art. 105 Abs. 1 EWG-Vertrag.

4) Art. 104 EWG-Vertrag.

im Rahmen der Sitzungen des Rates wirklich eine Abstimmung versucht und erreicht wurde, da das Beratungsgeheimnis des Ministerrates sehr streng gewahrt wird.¹⁾

Die Kommission hat die Möglichkeit von Empfehlungen und Stellungnahmen.²⁾ Ihre Befugnisse sind darauf abgestellt, das ordnungsgemäße Funktionieren und die Entwicklung des Gemeinsamen Marktes zu gewährleisten.³⁾ Sie kann infolgedessen nicht nur in den im Vertrag genannten Fällen aktiv werden, sondern immer dann, wenn sie es für notwendig erachtet, also auch in allen Fällen der Konjunktur- und Wachstumspolitik. Ihre Empfehlungen sind jedoch nicht verbindlich.⁴⁾ Abgesehen von der Verbindlichkeit der einstimmig angenommenen Entscheidungen über konjunkturpolitische Maßnahmen oder mit qualifizierter Mehrheit angenommenen Richtlinien⁵⁾ besteht dennoch trotz der wirtschaftspolitischen Souveränität⁶⁾ eine Verpflichtung der Partnerstaaten, ihre Konjunktur- und Wachstumspolitik an den EWG-Vertragszielen, den allgemeinen wie den speziellen des Art. 104 EWG-Vertrag, auszurichten. Das politische und wirtschaftliche Gewicht einer unverbindlichen Empfehlung oder verbindlichen Entscheidung und die Bedeutung einer von einem Sachverständigen-Gremium abgegebenen Stellungnahme werden die Regierung eines Partnerstaates nur dann an entsprechenden Maßnahmen hindern, wenn ein triftiger Grund vorliegt.⁷⁾ Handelt die Regierung eines Mitgliedsstaates gegen eine Verpflichtung des Vertrages, so hat die Kommission eine mit Gründen ver-

1) Hans R. Krämer, Wirtschaftliche und rechtliche Probleme ..., a.a.O., S. 29.

2) Art. 155 EWG-Vertrag.

3) Ebenda.

4) Art. 189 Abs. 5 EWG-Vertrag.

5) Art. 103 Abs. 2 und 3 EWG-Vertrag.

6) Art. 104 EWG-Vertrag.

7) Vgl. hierzu Hans-R. Krämer, Wirtschaftliche und rechtliche Probleme ..., a.a.O., S. 30; Wohlfahrt, a.a.O.; Anmerkung 2 zu Art. 155 EWG-Vertrag; B.L. Bindschedler, Rechtsfragen der europäischen Einigung, Basel 1954, S. 191.

sehene Stellungnahme abzugeben.¹⁾

c) Treten Störungen im Wirtschaftsleben eines Landes ein, so sind diese als Angelegenheiten von allgemeinem Interesse anzusehen. Das dürfte zutreffen für den Fall von konjunkturellen Krisen²⁾, von Störungen im Wirtschaftsleben, die einen hohen Beschäftigungsstand, ein stabiles Preisniveau und die Ausgeglichenheit der Zahlungsbilanz gefährden³⁾ und wenn Schwierigkeiten der Versorgung mit bestimmten Waren auftreten⁴⁾, wobei dann ein analoges Verfahren zu den konjunkturpolitischen Konsultationen anzuwenden ist.

Was als eine Störung anzusehen ist, kann lediglich an dem Grad einer Gefährdung der in Art. 104 genannten wirtschaftspolitischen Ziele geprüft werden. Nicht jede Schwierigkeit im Wirtschaftsleben ist eine Störung im Sinne des Vertrages; das dürfte z.B. nicht der Fall sein bei strukturellen Krisen von regionalem Ausmaß oder bei Anpassungsschwierigkeiten als Folge von konjunkturpolitischen Maßnahmen zur Beseitigung eines bestehenden wirtschaftlichen Ungleichgewichts. Aus diesem Grunde liegt eine Initiative weitgehend im Ermessen von Rat, Kommission und Regierung des betroffenen Partnerstaates. In der Regel wird es darauf hinauslaufen, daß die Kommission Stellungnahmen abgibt oder Empfehlungen ausspricht; weitergehende Maßnahmen sind unwahrscheinlich.⁵⁾

1) Art. 169 Abs. 1 EWG-Vertrag; hierzu ist die Kommission verpflichtet; ebenso Hans-R. Krämer, Wirtschaftliche und rechtliche Probleme ..., a.a.O., S. 31; Wohlfahrt, a.a.O.; Anmerkung 2 zu Art. 169 EWG-Vertrag.

2) Art. 103 Abs. 1-3 EWG-Vertrag.

3) Art. 104 EWG-Vertrag.

4) Art. 103 Abs. 4 EWG-Vertrag.

5) Hans-R. Krämer, Wirtschaftliche und rechtliche Probleme ..., a.a.O., S. 33; ein Beweis dafür ist die Haltung der Vertreter der im Dezember 1966 neu gebildeten Bundesregierung, die im Rat einer von der Kommission mehrfach vorgelegten Empfehlung zur Konjunkturlage in der EWG erst zugestimmt haben, bis sie im Sinne der Bundesregierung abgeändert wurde.

3. Die konjunktur- und wachstumspolitische Autonomie der EWG-Staaten

a) Die Mitgliedsstaaten sind lediglich formell noch in ihrer Wirtschaftspolitik unabhängig; eine volle wirtschaftliche Autonomie kann es ja bei einem weitgehend liberalen Welthandel nicht geben. Außerdem schränken internationale Abkommen wie das GATT, der Internationale Währungsfonds und die OECD die politische Handlungsfreiheit ein.

Die EWG-Mitgliedsstaaten haben mit Ausnahme der Handelspolitik keine Souveränitätsrechte abgetreten. Ihre Unabhängigkeit findet jedoch ihre Schranken in den Zielen des EWG-Vertrages und in den lockeren Verpflichtungen, die im vorhergehenden Abschnitt dargelegt wurden. Eine volle Souveränität besteht hinsichtlich der Wirtschaftspolitik insoweit, als die allgemeinen Ziele¹⁾ nicht betroffen werden und die beiden speziellen Regelungen für die Konjunkturpolitik²⁾ und die Währungspolitik³⁾ nicht eingreifen.

Was das Gebiet der Konjunkturpolitik anbetrifft, kann man geradezu von einer Konsultationspflicht sprechen.⁴⁾ Da die Maßnahmen, die der Rat zu beschließen hat, einstimmig angenommen werden müssen⁵⁾, kann ein gemeinsames Vorgehen jederzeit durch die Regierung des betroffenen Partnerstaates zunichte gemacht werden.

Im Bereich der Währungspolitik ist die Wechselkurspolitik ebenfalls von gemeinsamem Interesse.⁶⁾ Ebenso

1) Art. 104 EWG-Vertrag.

2) Art. 103 Abs. 1 EWG-Vertrag.

3) Art. 105 Abs. 2 EWG-Vertrag.

4) Vgl. Hans-R. Krämer, Wirtschaftliche und rechtliche Probleme ..., a.a.O., S. 35; so eindeutig, wie Krämer eine Konsultationspflicht gegeben sieht, ist aus dem Wortlaut nicht abzuleiten; "ins Benehmen setzen" kann auch lediglich Information bedeuten.

5) Art. 103 Abs. 2 EWG-Vertrag.

6) Art. 107 Abs. 1 EWG-Vertrag.

wird eine Koordination der gesamten Währungspolitik für notwendig gehalten¹⁾, wenn auch nicht in vollem Umfang in der Sache, so doch in den Institutionen, z.B. durch einen beratenden Währungsausschuß und den Ausschuß der Zentralbankpräsidenten²⁾. Die Handlungsfreiheit der Partnerstaaten dürfte in dieser Hinsicht kaum weniger stark eingeschränkt sein, als dies sonst auf diesem Gebiet durch internationale Verständigung über geplante Maßnahmen üblich ist.

In den übrigen Gebieten der Wirtschaftspolitik gelten die Grundsätze der Nichtbehinderung des Warenverkehrs zwischen den Mitgliedsstaaten³⁾, der Freizügigkeit für Arbeitskräfte⁴⁾, Dienstleistungen⁵⁾ und den Kapitalverkehr⁶⁾, des Verbots der Verfälschung des Wettbewerbs⁷⁾, unter anderem durch Dumping⁸⁾ und staatliche Beihilfen⁹⁾. Eine Ausnahme bildet, wie schon erwähnt, das Gebiet der Handelspolitik, für das nach Ende der Übergangszeit einheitliche Grundsätze Geltung haben sollen.¹⁰⁾ Darüber hinaus hat der Ministerrat die Aufgabe, die Wirtschaftspolitik der Mitgliedsstaaten in Übereinstimmung zu bringen.¹¹⁾ Alle diese Regelungen setzen in größerem Umfang Bedingungen für die nationale Wirtschaftspolitik der Mitgliedsstaaten, als daß sie in die Wirtschaftspolitik eingreifen. Mit Ausnahme der Handelspolitik auf keinem Gebiet der Wirtschaftspolitik der Bestand an Instrumenten verändert, sondern lediglich Beschränkungen auferlegt.¹²⁾

1) Art. 105 Abs. 2 EWG-Vertrag.

2) Beschluß des Rates vom 8. Mai 1964.

3) Art. 9 EWG-Vertrag.

4) Art. 48 EWG-Vertrag.

5) Art. 59 EWG-Vertrag.

6) Art. 67 EWG-Vertrag.

7) Art. 86 EWG-Vertrag.

8) Art. 91 EWG-Vertrag.

9) Art. 92 EWG-Vertrag.

10) Art. 113 Abs. 1 EWG-Vertrag.

11) Art. 145 EWG-Vertrag.

12) Hans-R. Krämer, Wirtschaftliche und rechtliche Probleme ..., a.a.O., S. 59.

b) Kritische Einwände gegen das Programm der Koordination lassen sich jedoch nur zurückhalten im Blick auf das Zustandekommen des EWG-Vertrages. Der Abschluß des Vertrages bedeutet immerhin ein Schritt hin auf eine gemeinsame Wirtschaftspolitik der sechs Partnerstaaten; man kann ihn auch als einen Schritt zur politischen Einheit Europas bezeichnen.¹⁾

Die volle Verantwortung für die Wirtschaftspolitik eines Mitgliedsstaates trägt die Regierung eines jeden Mitgliedsstaates für sich. Sie ist jedoch - auf den einzelnen Gebieten in unterschiedlichem Umfang - nach den Regelungen und nach den Zielen des Vertrages mehr oder weniger gebunden. Sie ist z.B. nicht mehr frei in der Durchführung von Maßnahmen der Konjunkturpolitik, andererseits hat sie alle Maßnahmen zu verantworten, mit denen Ziele des Art. 104 EWG-Vertrag erreicht werden sollen. Bei Feststellung eines wirtschaftlichen Ungleichgewichts hat nicht nur die Regierung des betroffenen Mitgliedsstaates die Pflicht zur Initiative, sondern ebenso die Kommission; diese hat dem Rat geeignete Maßnahmen vorzuschlagen. Auf den Gebieten der Konjunkturpolitik und der Währungspolitik besteht eine Pflicht zur Konsultation in dem oben dargelegten Umfang. Die - parlamentarische - Verantwortung bleibt jedoch vollständig bei der nationalen Regierung.

Die Kommission untersteht keiner echten parlamentarischen Kontrolle; dies entspricht der Konzeption des Vertrages, ist jedoch unbefriedigend, weil der Kommission nach dem Vertrag und nach der Praxis eine hervorragende Bedeutung für die Gestaltung der Konjunkturpolitik in den Mitgliedsstaaten zukommt und sie im Wirtschaftsleben der EWG zu den maßgeblichen Autoritäten zählt, die allgemein gehört und beobachtet werden.

Die Wirtschaftenden - Unternehmer, Gewerkschaften

1) Siehe hierzu die Präambel zum EWG-Vertrag.

u.a.m. - sehen sich zwei Instanzen gegenüber, deren Aufgabenbereich nicht klar getrennt ist und von denen eine, die Kommission, nur über den Schreibtisch der anderen - der nationalen Regierung - hinweg erreichbar ist; diese Tatsache gewinnt jedoch insbesondere auf dem Gebiet der Regional- und Strukturpolitik immer mehr an Bedeutung. Nur die eine Instanz, die nationale Regierung, schuldet den Wirtschaftenden Rechenschaft; beide Instanzen setzen jedoch die Daten, die bei wirtschaftlichen Entscheidungen mit zu berücksichtigen sind.

II. Die Vorschläge zu einer gemeinsamen Konjunktur- und Wachstumspolitik der EWG

1. Der Verlauf der Diskussion über eine gemeinsame Politik im Rahmen der EWG

a) Die Institutionen der EWG-Konjunkturpolitik

Die Bestrebungen zu einer gemeinsamen Wirtschaftspolitik, insbesondere einer gemeinsamen Konjunktur- und Wachstumspolitik der EWG-Staaten sind nur langsam aus dem Stadium allgemeiner Überlegungen und schüchternen Ansätze hinausgekommen. Erst Jahre nach der Unterzeichnung der Römer Verträge wurden ernstzunehmende Vorschläge vorgelegt sowie Maßnahmen eingeleitet für das Gebiet der Konjunktur- und Wachstumspolitik, allerdings zu einem Zeitpunkt, an dem die zunehmende Integration der Märkte der EWG-Partnerstaaten es erforderlich machte.¹⁾ Vor allem aber lösten dann die Vorschläge der EWG-Kommission zu einer langfristigen

1) EWG-Kommission, Die währungs- und finanzpolitische Zusammenarbeit in der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, II/KOM. (63) 216 endg. Ziffer 2 der Einleitung.

Wirtschaftspolitik¹⁾ heftige Grundsatzdiskussionen aus, die sich auf altbekannten und daher festgefahrenen Gleisen bewegten. Folgende Übersicht zeigt den Werdegang:

Januar 1959	Diskussion Europa-Parlament über langfristige Wirtschaftspolitik.
Mai 1959	Währungsausschuß EWG hält Koordinierung der Währungspolitik für notwendig zur Sicherung der inneren und äußeren Stabilität.
Juli 1959	Beschluß zur Einrichtung regelmäßiger Finanzministerkonferenzen.
Januar 1960	Vorschlag der Kommission auf Bildung einer Arbeitsgruppe für Wirtschaftspolitik.
März 1960	Genehmigung des Rates für Konjunkturausschuß.
April 1960	Müller-Armack Vorsitzender des besonderen Konjunkturausschusses.
Oktober 1962	Aktionsprogramm für die 2. Stufe.
Juni 1963	Empfehlung der Kommission über die Zusammenarbeit bei Währung und Finanzen.
Juli 1963	Entwurf der Kommission über mittelfristige Wirtschaftspolitik.
April 1964	Rat nimmt Empfehlung der Kommission zur Wiederherstellung des inneren und äußeren wirtschaftlichen Gleichgewichts und zur Sicherung der Preisstabilität an.
April 1964	Ausschuß für mittelfristige Wirtschaftspolitik wird beschlossen.
April 1964	Ausschuß für Haushaltspolitik wird beschlossen.
April 1964	Vierteljährliche Konjunkturanalysen beschlossen.

1) Aktionsprogramm für die 2. Stufe vom 24.10.1962.

- April 1965 Empfehlung des Rates über die Konjunkturpolitik der Mitgliedsstaaten 1965.
- Mai 1966 Die Kommission legt einen Entwurf des Programms für die mittelfristige Wirtschaftspolitik (1966-1970) vor, der vom Ausschuß für mittelfristige Wirtschaftspolitik erarbeitet worden war.
- April 1967 Der Ministerrat verabschiedet das Programm für die mittelfristige Wirtschaftspolitik (1966-1970) und billigt eine Empfehlung über die Konjunkturpolitik.

Das Stadium einer erfolgsversprechenden konjunkturpolitischen Aktivität wurde erst um die Jahresmitte 1963 mit den Empfehlungen der Kommission über die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Währung und Finanzen erreicht.

Die eingeleiteten Maßnahmen hatten das Ziel einer schrittweisen Annäherung der Wirtschaftspolitik der Mitgliedsstaaten. Weiter strebte man eine gemeinsame, harmonische Entwicklung des Wirtschaftslebens, ein stetiges Wirtschaftswachstum und eine größere Stabilität und ebenso ein Verfahren zur Koordinierung der Wirtschaftspolitik an, so wie Art. 3 EWG-Vertrag es vorsieht.

Die ersten Maßnahmen der Kommission, die die Initiative ergriffen hatte, betrafen institutionelle Fragen in richtiger Auslegung der Regelungen nach Art. 103 ff EWG-Vertrag. Zwar war die in Art. 103 EWG-Vertrag vorgesehene Instanz zur Konsultation über Fragen der Konjunkturpolitik als Konjunkturausschuß bereits im Jahre 1960 vom Rat eingesetzt worden.¹⁾

Zu einer Empfehlung des Rates zur Konjunkturpolitik²⁾ kam es jedoch erst im April 1964. Zu diesem Zeitpunkt

1) Beschluß des Rates vom 9./10.3.1960.

2) Art. 103 Abs. 2 EWG-Vertrag.

wurde aufgrund des Entwurfs der Kommission über mittelfristige Wirtschaftspolitik vom Juli 1963 ein Ausschuß für mittelfristige Wirtschaftspolitik beschlossen.

2. Die Vorschläge für die Konjunkturpolitik im einzelnen

a) Die institutionelle Zusammenarbeit wurde insbesondere jedoch auf dem Gebiet der Finanz- und Währungspolitik verstärkt. Auf Vorschlag der Kommission beschloß der Ministerrat, einen "Ausschuß der Gouverneure der Zentralbanken der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft"¹⁾ und einen Ausschuß für Haushaltspolitik²⁾ einzusetzen sowie die Zuständigkeit des Währungsausschusses³⁾ zu erweitern.

b) Der Bereich der Konjunkturpolitik wurde bereits im großen Umfang durch Koordination und Konsultation erreicht.⁴⁾

Es ist eine bekannte Tatsache, daß eine gleichzeitige Erfüllung aller Ziele des magischen Dreiecks utopischen Charakter hat; die Unvereinbarkeit dieser Zielsetzungen wurde wiederholt erkannt.⁵⁾

Die Erfüllung des Art. 104 mit der Forderung nach Realisierung des "magischen Dreiecks" bleibt der Einsicht und dem guten Willen der Mitgliedsstaaten 'über-

1) Die währungs- und finanzpolitische Zusammenarbeit in der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, II/Kom. (63) 2,6 endg., a.a.O., S. 6 ff.

2) Ebenda, S. 18.

3) Ebenda, S. 12 ff.

4) Unter Hinweis auf die Einschränkung in Fußnote 1 auf Seite 7; die Beratungsergebnisse im Rat sind streng vertraulich, die Möglichkeiten und die Ergebnisse von gemeinsamen Beratungen sind unbekannt.

5) R. Stucken, Geld und Kredit, 2. Auflage Tübingen 1957, S. 89. Committee on the Working of the Monetary System, Report - Radcliffe Report - London 1959, S. 8 ff.

lassen¹⁾); sie beläßt lediglich die Hoffnung auf eine bessere Einsicht der Mitgliedsstaaten²⁾.

Aus diesem Grunde legte Müller-Armack im Jahre 1959 zwei Vorschläge einer gemeinsamen Konjunkturpolitik vor, den "Entwurf für einen Europäischen Konjunkturboard"³⁾ und - speziell für den Bereich der EWG - die "Anregungen zur Ausarbeitung eines Codex des 'guten Verhaltens' in der Wirtschaftspolitik"⁴⁾.

Der Entwurf für einen Europäischen Konjunkturboard sieht vor:

- "Die Arbeitsweise des Boards hat sich in bestimmten Grenzen zu halten, nämlich zu unterstützen, zu koordinieren und auszugleichen. Die einzelstaatliche wirtschaftspolitische Autonomie bliebe durchaus erhalten."⁵⁾
- "Der Konjunkturboard könnte bei seiner Arbeit an die handelspolitischen und zahlungsbilanzpolitischen Arbeiten der internationalen Organisationen anknüpfen. Seine spezifische Aufgabe wäre jedoch, auf die Quellen der unterschiedlichen Gesamtnachfrageentwicklung in den einzelnen Ländern zurückzugehen."⁶⁾

-
- 1) Otmar Emminger, Die Zusammenarbeit der Notenbanken im Gemeinsamen Markt, EWG 1959, Nr. 17, S. 397.
 - 2) Otmar Issing, Monetäre Probleme der Konjunkturpolitik in der EWG, Berlin 1964, S. 92.
 - 3) Alfred Müller-Armack, Entwurf für einen Europäischen Konjunkturboard, Bonn 1959. Wieder abgedruckt in: Alfred Müller-Armack, Wirtschaftsordnung und Wirtschaftspolitik, Freiburg i.Br. 1966, S. 331 ff. unter dem Titel "Institutionelle Fragen der Europäischen Konjunkturpolitik".
 - 4) Alfred Müller-Armack, Anregungen zur Ausarbeitung eines Codex des "guten Verhaltens" in der Wirtschaftspolitik. Wieder abgedruckt in: Alfred Müller-Armack, Wirtschaftsordnung ..., a.a.O., S. 351 ff. unter dem Titel "Gedanken zu einem Kodex des richtigen konjunkturpolitischen Verhaltens".
 - 5) Alfred Müller-Armack, Wirtschaftsordnung ..., a.a.O., S. 346.
 - 6) Ebenda, S. 345.

- Der Board kann mit Maßnahmen der Haushalts- und Kreditpolitik über die Aufnahme von Anleihen und Ausgabe dieser Mittel oder über einen Garantierahmen die Konjunktur in den Mitgliedsstaaten beeinflussen. Der Einsatz soll antizyklisch erfolgen.¹⁾
- Der Board soll Empfehlungen für die Haushaltspolitik der Staaten geben; allerdings müßten die einzelnen Staaten akzeptieren, daß die interne Preisstabilität ein Problem von allgemeinem Interesse sei.²⁾

In seinen Vorstellungen zu einem Codex des "guten Verhaltens" in der Wirtschaftspolitik versucht Müller-Armack den "unheilvollen Automatismus"³⁾ des Goldstandards zu ersetzen, z.B.

- Ein Land mit chronischen Zahlungsbilanzdefiziten darf keine Vermehrung des Geldvolumens im Innern betreiben; durch solche Maßnahmen werden andere Länder betroffen. Vielmehr müsse versucht werden, die Produktionsstruktur in Richtung auf eine Verbesserung der Exportmöglichkeiten zu ändern.⁴⁾
- Die europäischen Länder müssen einen mutigen Entschluß fassen, die Entwicklung ihrer nominellen Geldnachfrage aufeinander abzustimmen; dadurch kann ein Gleichgewicht erreicht werden.⁵⁾
- Hat ein Land alle Anstrengungen unternommen, um einer Krisensituation aus eigener Kraft Herr zu werden, so kann es um internationalen Beistand nachsuchen.⁶⁾
- Dabei können die Ziele der Vollbeschäftigung, der Preisstabilität und des Ausgleichs der Devisenbilanz als Grundlage des wirtschaftspolitischen Wohlverhaltens gelten.⁷⁾

1) Alfred Müller-Armack, Wirtschaftsordnung ..., a.a.O., S. 343/44.

2) Ebenda, S. 341.

3) Otmar Issing, Monetäre Probleme ..., a.a.O., S. 123.

4) Alfred Müller-Armack, Wirtschaftsordnung ..., a.a.O., S. 359.

5) Ebenda, S. 346.

6) Ebenda, S. 358.

7) Ebenda, S. 354.

- Alle drei Ziele sind gleichzeitig anzustreben; einem Ziel sollte nur dann der Vorrang eingeräumt werden, wenn in gegenseitiger Beratung die unabwendbare Notwendigkeit für eine vorübergehende Schwerpunktpolitik festgestellt wurde.¹⁾

Die Vorschläge Müller-Armacks sind genau auf die durch den EWG-Vertrag geschaffene Lage gemünzt. Man kann sie als eine nähere Bestimmung oder Interpretation der vertraglichen Regelungen sehen, ohne daß die grundsätzlichen Schwächen des Vertrages damit ausgebessert werden.

Die vertraglichen Angaben über die Koordinierung der Konjunkturpolitik beschränken sich bewußt auf einige institutionelle Regelungen; damit ergaben sich Lösungen, "die die erforderlichen Beschlüsse den Organen der EWG oder den Mitgliedsstaaten übertrugen und damit auf die Zukunft verschoben".²⁾

Die Kommission hat die ihr im Vertrag genannten Kompetenzen genutzt und ihre Aktivität - auch im Sinne der Müller-Armackschen Thesen, denen ein äußerer Erfolg versagt blieb - erfolgreich gesteigert.

Neben einer laufenden statistischen Berichterstattung veröffentlicht die Kommission vierteljährlich Konjunkturberichte als "Berichte über die wirtschaftliche Lage in der Gemeinschaft", monatliche "Schaubilder und Kurzkomentare zur Konjunktur in der Gemeinschaft" und - mit drei Nummern jährlich - das "Ergebnis der gemeinsamen Konjunkturbefragung bei den Unternehmern in der Gemeinschaft".

Noch wichtiger als das Material dürften für die Entscheidungen der nationalen Behörden jedoch die Stellungnahmen und Empfehlungen der Kommission sein, die

1) Alfred Müller-Armack, Wirtschaftsordnung ..., a.a.O., S. 354.

2) von der Groeben-Boeckh, Handbuch für Europäische Wirtschaft, Kommentar zu Art. 103-116, Vorbemerkung 4 a.

ja in das Verfahren der gegenseitigen konjunkturpolitischen Konsultationen¹⁾ mit eingeschaltet sind²⁾.

3. Vorschläge zu einer Politik der Förderung des wirtschaftlichen Wachstums

a) Es liegt die unbefriedigende Situation vor, daß der EWG-Vertrag keinerlei Angaben über eine mögliche gemeinsame Wachstumspolitik³⁾ enthält; der Vertrag enthält lediglich als Ziel die Sicherstellung eines stetigen wirtschaftlichen Wachstums, was nichts anderes als ein Gemeinplatz oder eine Tautologie ist, denn ein wirtschaftspolitisches Programm, das wirtschaftliches Wachstum nicht zum Ziel hat, ist unreal oder auf Ausnahmesituationen abgestellt, die außer Betracht bleiben können.

Eine Politik zur Förderung des wirtschaftlichen Wachstums kann sich im EWG-Vertrag lediglich auf Art. 2, auf das allgemeine Ziel einer stetigen Wirtschaftsausweitung, stützen. Die am Vertragsschluß beteiligten Regierungen hatten jedoch den gemeinsamen Wunsch nach wirtschaftlichem Wachstum. Die Diskussion entzündete sich dann auch nicht an der Frage, ob überhaupt eine spezielle Politik notwendig oder wünschenswert sei, sondern grundsätzlich an den Methoden dieser Politik.⁴⁾

b) In ihrem Memorandum über das Aktionsprogramm der Gemeinschaft für die zweite Stufe machte die Kommission

1) Art. 103 EWG-Vertrag.

2) Vgl. Empfehlung des Rates vom 15.4.1964, A Bl. Jg. 7 (1964), S. 1029.

3) Zur Geschichte der Vorläufer einer europäischen Politik des wirtschaftlichen Wachstums siehe Karlheinz Kleps, Langfristige Wirtschaftspolitik in Westeuropa, Freiburg i.Br. 1966, S. 410 ff.

4) Vgl. hierzu z.B. Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft e.V. "Mehr Stabilität, weniger Dirigismus", Memorandum zum Entwurf eines Gesetzes zur Förderung der wirtschaftlichen Stabilität. "Die ASM muß wiederholen, daß Wachstum kein Ziel, sondern ein Ergebnis ist". Sept. 1966.

den Vorschlag, eine längerfristige Vorausschau bzw. Programmierung der Wirtschaftspolitik der Gemeinschaft und ihrer Mitgliedsstaaten aufzustellen.¹⁾

Die doppelte Natur der Präsenz des Staates - er schafft den rechtlichen Rahmen und ergreift wirtschaftspolitische Maßnahmen - zwingt, die "Einwirkung der sechs Mitgliedsstaaten auf die Wirtschaft so miteinander vereinbar zu machen, daß aus dem Gebiet der Mitgliedsstaaten ein neuer einheitlicher Wirtschaftsraum entsteht, in dem die sechs Staaten sich präsentieren in einer gemeinsamen wirtschaftlichen Ordnung und in einer gemeinsamen Politik"²⁾. Die Konsequenz aus dieser Haltung ist die Forderung der Kommission nach einer Fusion der nationalen Wirtschaftspolitiken zu einer gemeinsamen Wirtschaftspolitik. Hierzu sei unter anderem die gemeinschaftliche Fixierung von langfristigen Zielen erforderlich als Vorstufe einer gemeinsamen Programmierung. Diese Programmierung gebe einmal den Rahmen ab für Abstimmung der nationalen Politiken, auch im Bereich der Konjunkturpolitik, zum anderen die Grundlage eines konsolidierten Programms.

Dieses Programm soll vor allem folgende Punkte umfassen:

- der wünschenswerte und mögliche Verlauf der wirtschaftlichen Entwicklung,
- die langfristigen Projektionen für Einnahmen und Ausgaben des Staates,
- die voraussichtliche, wünschenswerte oder annehmbare Verteilung des Bruttosozialprodukts unter die

1) EWG-Kommission: Memorandum der Kommission über das Aktionsprogramm der Gemeinschaft für die zweite Stufe, Brüssel 24.10.1962. Wieder abgedruckt in Handbuch der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, A 44, S. 71 ff.

2) Ebenda, S. 73.

- einzelnen großen Wirtschaftsbereiche,
- eine Vorausschau auf die Art und Weise einer den Bedürfnissen der Gemeinschaft entsprechenden Finanzierung der privaten Investitionen.¹⁾

Es war offenkundig, was die Kommission mit diesem Programm vorschlug, vor allem deshalb, weil vorausgehende Untersuchungen²⁾ eine der französischen Planification ähnliche Konzeption verrieten³⁾.

Dieser Vorschlag stieß zum Teil auf erhebliche Kritik, die unterschiedliche Konzeptionen in der Wirtschaftspolitik der Länder deutlich machten. Die Empfehlung der Kommission an den Rat vom 26. Juli 1963 über die "Mittelfristige Wirtschaftspolitik der Gemeinschaft"⁴⁾ trägt dieser Kritik Rechnung und gibt eine Darstellung der Ziele und Methoden einer am Markt orientierten Wachstumspolitik.

Die Kommission begründet sie wie folgt: Nach dem EWG-Vertrag hat das marktwirtschaftliche Prinzip den Wirtschaftsprozess zu lenken, denn: "das freie Spiel des Marktes ist ... das wirksamste Mittel zur Bestimmung des rationellsten Einsatzes der Produktionsfaktoren".⁵⁾ Voraussetzung ist allerdings das Funktionieren des Wettbewerbs, dem ja auch der Vertrag eine große Aufmerksamkeit widmet. Die Kommission ist allerdings der Ansicht, daß die Wirksamkeit dieses Prinzips durch den Einfluß der öffentlichen Hand erheblich gehemmt werde. Die Wirkungsweise und der Charakter einer solchen Einflußnahme müßten hinsichtlich ihrer Einwirkungen auf

1) EWG-Kommission, Memorandum ..., a.a.O., S. 77.

2) Statistisches Amt der Europäischen Gemeinschaften, Methoden zur Vorausschätzung der Wirtschaftsentwicklung auf lange Sicht, Statistische Information 1960 Nr. 6, Brüssel 1961; EWG-Kommission, Die Aussichten der Wirtschaftsentwicklung in der EWG von 1960-1970, Brüssel 1962.

3) Karlheinz Kleps, Langfristige Wirtschaftspolitik..., a.a.O., S. 433.

4) Sonderbeilage zum Bulletin der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft Nr. 8/1963, wieder abgedruckt in: Handbuch für Europäische Wirtschaft, I A 54/2.

5) Empfehlung zur Wirtschaftspolitik, a.a.O., Ziff. 2.

den Wettbewerb und auf ihre Rationalität überprüft werden.¹⁾ Das Problem der Rationalität der Wirtschaftspolitik stelle sich künftig auf EWG-Ebene.²⁾

Zur Ergänzung der kurzfristigen Vorausschau im Rahmen einer gemeinsamen Konjunkturpolitik hielt es die Kommission für angebracht, eine Untersuchung der längerfristigen Entwicklungsaussichten vorzuschlagen.³⁾ Danach sollte die "Wirtschaftspolitik auf einer Vorausschau beruhen und an langfristigen Zielsetzungen orientiert sein"⁴⁾. Diese Vorausschau und diese langfristigen Zielsetzungen könnten den wirtschaftlichen Dispositionen im öffentlichen Bereich als Richtschnur und im privaten Bereich als Orientierung dienen.

Die Kommission ist der Ansicht, daß aufgrund wirtschaftlicher Vorausschätzungen dann eine mittelfristige Wirtschaftspolitik formuliert werden kann für

- den Bereich der öffentlichen Finanzen,
- die Regionalpolitik,
- die Bereiche Infrastruktur, Unterricht und Ausbildung sowie die Sektoren, in denen dirigistische Einflüsse vorherrschen, wie Landwirtschaft, Energie, Verkehr, Wohnungswesen.

Rückschlüsse auf den theoretischen Standort der Kommission lassen die Ausführungen über die Natur der wirtschaftlichen Vorausschätzungen zu. Offenbar wird die Möglichkeit von haltbaren Aussagen relativ hoch eingeschätzt. "Anhand von Beobachtungen der Entwicklung in der Vergangenheit und mit Hilfe gewisser Hypothesen lassen sich Aufschlüsse über die Expansionsmöglichkeiten der Wirtschaft während eines bestimmten Zeitraumes gewinnen."⁵⁾

1) Empfehlung zur Wirtschaftspolitik, a.a.O., Ziff. 4.

2) Ebenda, Ziff. 5.

3) Ebenda, Ziff. 6.

4) Ebenda, Ziff. 7.

5) Ebenda, Ziff. 11.

Das Ergebnis der Bemühungen stellt, wie das Memorandum unmittelbar weiter darlegt, keine Voraussagen im Sinne einer zwangsläufigen Entwicklung, sondern lediglich Projektionen dar. Wenn an anderer Stelle für "Projektionen" Wörter wie Perspektiven, Voraussagen und Vorausschätzungen genannt werden, also Begriffe aus dem Vokabularium der wirtschafts-wissenschaftlichen Prognosetechnik, so macht das deutlich, daß die Wirtschaftspolitik der Gemeinschaft sich des Fortschritts auf dem Gebiet der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung und der ökonomischen Analyse zu eigen machen will.

In Hinsicht der praktischen Anwendung läßt die Empfehlung mit dem Hinweis auf die verschieden geartete Haltung der Mitgliedsstaaten offen, "inwieweit diese Perspektiven als allgemeine Ziele für das wirtschaftliche Wachstum angesehen werden können".¹⁾ Die Ausarbeitung der Projektionen sollte deshalb von unabhängigen Sachverständigen erstellt und nicht als Wachstumsziele der Gemeinschaft angesehen werden. Die seien Projektionen vor allem in den Bereichen vorzunehmen, in denen die Politik einen bestimmenden Einfluß ausübt. Nach Ansicht der Kommission sind sie aber auch für den Außenhandel und verschiedene volkswirtschaftliche Größen wie Produktion, Einkommen, Konsum, Investitionen²⁾ erforderlich.

Denn von diesen Projektionen sei eine bessere Kenntnis der Bedingungen zu erwarten, die zur Erfüllung der im EWG-Vertrag festgelegten Ziele erfüllt sein müßten; dies gelte vor allem im Gebiet der öffentlichen Finanzen³⁾, da hier vor allem die Entwicklung von Ausgaben und Einnahmen offengelegt und Maßnahmen zur Beeinflussung dieser Größen, z.B. der Sozialinvestitionen, geprüft werden könnten.

1) Empfehlung zur Wirtschaftspolitik, a.a.O., Ziff. 13.

2) Ebenda, Ziff. 18-23.

3) Ebenda, Ziff. 29-32.

Dies treffe auch für die Regionalpolitik zu, vor allem, weil sie durch den langfristig sich vollziehenden Strukturwandel notwendig werde. Der EWG-Vertrag verpflichte zu einer harmonischen Entwicklung aller Regionen; das bedeutet nach Ansicht der Kommission eine Beobachtung der Fluktuation von Arbeitskräften, die Verhinderung von anomalen Wanderungen und die Auflösung von Ballungsgebieten. Deshalb könnten Projektionen Anhaltspunkte für die Entwicklung einer regionalen Infrastruktur geben.

Das Memorandum führt weiter aus, daß besondere Probleme sich im Zusammenhang mit einigen Ausgabearten ergeben. Die Infrastruktur erfordere eine langfristige und überregionale Planung über den Rahmen eines Mitgliedsstaates hinaus, so daß eine Koordination im Gesamtrahmen der EWG notwendig werde.

Nach Artikel 128 EWG-Vertrag werden gemeinsame Grundsätze auf dem Gebiet der Berufsausbildung gefordert. Nach Ansicht der Kommission können "mittelfristige Entwicklungsaussichten" "die Wahl der großen Linien des Schulwesens erleichtern"¹⁾.

Schließlich empfiehlt die Kommission eine Untersuchung der Perspektiven mit mehreren Varianten entsprechend den unterschiedlichen Hypothesen durch eine Gruppe unabhängiger Sachverständiger.²⁾ Ein weiterer Ausschuß hoher Beamter hätte dann vor allem den Entwurf eines Programms für die mittelfristige Wirtschaftspolitik vorzubereiten und mit Hilfe einer Analyse der wirtschaftlichen Entwicklung die Gründe für alle Abweichungen von der projizierten Entwicklung zu ermitteln und Stellungnahmen auszuarbeiten.³⁾

c) Die Vorschläge der Kommission wurden im Europäischen Parlament diskutiert. Der Berichterstatter

1) Empfehlung zur Wirtschaftspolitik, a.a.O., Ziff. 35.

2) Ebenda, Ziff. 39.

3) Ebenda, Ziff. 41.

äußerte hierzu zahlreiche Einwände¹⁾; eine staatsfreie Wirtschaft sei illusionär, jedoch müßten die Eingriffe systematisch vorgenommen werden. Hierzu sei festzustellen, daß in nahezu allen Mitgliedsstaaten Ansätze zu einer mittelfristigen Wirtschaftspolitik zu beobachten sind²⁾. Der Berichterstatter weist vor allem auf die grundsätzliche Bedeutung jeder Vorausschau ihrer wirtschaftspolitischen Wirkung, die Fehler und die notwendige ergänzende Motivforschung hin. Bedenken werden angemeldet zu der Zweckmäßigkeit von Voraussagen und zu der korrekten Interpretation; verwiesen wird auf die Unsicherheit aller Berechnungen sowie die Notwendigkeit einer Aufgliederung in einzelne Sektoren.³⁾

Zielvorstellungen seien wohl notwendig, quantitative Festlegungen hingegen seien bedenklich, deshalb erscheine eine Aufteilung von volkswirtschaftlichen Größen in Komponenten der Entstehung des Sozialprodukts - Industrie, Landwirtschaft und Dienstleistungen - ebenso von Komponenten der Verwendung des Bruttosozialprodukts - Investitions- und Konsumquote sowie Außenbeitrag - notwendig. Der Berichterstatter akzeptiert die von der Kommission in ihrer Empfehlung genannten Ziele.⁴⁾

Zum Verfahren wird bemerkt, daß die maximale Lösung einer mittelfristigen Politik eine unitarische wäre, die bei der heutigen rechtlichen Organisation nicht möglich sei; zur Zeit sei jedoch die Abstimmung von förderalistisch aufgestellten wirtschaftspolitischen Programmen das einzig realistische Ziel aller Bemühungen.⁵⁾ Doch diese Koordination erfordere eine grundsätzliche Übereinstimmung über die Ziele der Wirtschaftspolitik.⁶⁾

1) Bericht an das Europäische Parlament über eine Empfehlung der EWG-Kommission an den Rat (Dok. 73) zu einer mittelfristigen Wirtschaftspolitik der Gemeinschaft, abgedruckt in "Der Gemeinsame Markt" 4/64, A 44, S. 277-313.

2) Ebenda, Ziff. 13-22.

3) Ebenda, Ziff. 23-35.

4) Ebenda, Ziff. 54-60.

5) Ebenda, Ziff. 61.

6) Ebenda, Ziff. 63.

Es müßten dazu konkrete Vorstellungen der wissenschaftlichen Vorausschätzungen sein. In Hinsicht des vorgeschlagenen unabhängigen Gutachtergremiums stimmte der Gutachter mit der Ansicht der Kommission überein, jedoch hielt er die Besetzung des Ausschusses mit höheren Beamten nicht für sinnvoll und forderte einen engen, steten Austausch und einen weitgehend geschlossenen Arbeitskreis. Für erforderlich hielt er weiter eine Überprüfung der wirtschaftspolitischen Instrumentarien, die Formulierung von Grundsätzen für ihre Anwendung, die Beschreibung von Zuständen des Wirtschafts- und Konjunkturgegeschehens, bei denen der Staat zu intervenieren hat sowie eine jährliche Überarbeitung des wirtschaftspolitischen Programms.

Diese zum Teil grundsätzlichen Bedenken im Ausschußbericht dürfen nicht darüber hinwegtäuschen, daß es sich hier bereits um einen Kompromiß handelt. Denn weite Kreise, insbesondere in der Bundesrepublik, akzeptieren mit Genugtuung die gegenüber dem 2. Aktionsprogramm bescheideneren, marktwirtschaftlich orientierten Ziele der Kommission; so war wenigstens eine Übernahme der Methoden der planification auf den Bereich der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft verhindert worden.

Allerdings ist es auch nicht verwunderlich, daß die Einwände des Parlaments keinen Nachhall in den Plänen der Kommission fanden.

d) Mit Beschluß vom 15. April 1964 setzte der Rat den Ausschuß für mittelfristige Wirtschaftspolitik ein. Als Aufgabe erhielt er die Erarbeitung des Vorentwurfs eines Programms für die mittelfristige Wirtschaftspolitik. Der Vorentwurf sollte mit sämtlichen verfügbaren Informationen auf der Basis der Vorausschätzung einer Sachverständigengruppe für einen Untersuchungszeitraum von fünf Jahren erarbeitet werden.

e) Nach Vorlage des Entwurfs im Sommer 1966 erfolgte die Prüfung durch die Kommission und die Stellungnahmen des Europäischen Parlaments sowie des Wirtschafts- und Sozialausschusses. Nach Billigung durch die Regierungen der Mitgliedsstaaten wurde der Entwurf des Programms im Januar 1967 verabschiedet.

Kommission und Ministerrat übernahmen den Entwurf des Ausschusses ohne Korrektur.¹⁾ Aus dem Auftrag an den Ausschuß²⁾ ergab sich folgerichtig, daß eine quantitative Vorausschau und die Formulierung von Zwischenzielen zur Erreichung eines - vernünftigen - Wachstums erfolgten.

Darüber hinaus haben zum ersten Mal die Vertreter der Regierungen die Wirtschaftspolitiken, die sie über mehrere Jahre hinweg verfolgen wollen, konfrontiert.

So kam eine unbeabsichtigte, jedoch dem derzeitigen Stand der Koordinierung der nationalen Wirtschaftspolitiken förderliche fortschreitende Annäherung zustande. Der vorgelegte Entwurf ist deshalb auch das Dokument einer Synthese der von den verschiedenen Mitgliedsstaaten beabsichtigten Wirtschaftspolitik. Ebenso erhofft man sich sowohl durch seine Zielsetzung als auch durch den vorgeschlagenen Einsatz der Instrumente einen bedeutenden Beitrag zur Koordinierung der Wirtschaftspolitik zu einem ausgewogenen Wirtschaftswachstum und zur Verbesserung der Lebensbedingungen der Gemeinschaft bis 1970.³⁾

Das erste Programm enthält noch nicht alle Bereiche, die für die mittelfristige Wirtschaftspolitik in den

1) Deutscher Bundestag, 5. Wahlperiode, Drucksache V/629 vom 20.5.1966 "Entwurf der Kommission der EWG des Programms für die mittelfristige Wirtschaftspolitik" (1966-1970).

2) Siehe oben S. 26; darüber hinaus hieß es: "Dieser Entwurf hat die großen Linien der von den Mitgliedsstaaten und den Institutionen der Gemeinschaft für die zugrunde gelegte Periode beabsichtigten Wirtschaftspolitik darzulegen und darauf gerichtet zu sein, ihre Koordinierung zu gewährleisten ..." Beschluß des EWG-Ministerrats vom 15.4.1964.

3) Drucksache V/629, a.a.O., S. 2.

kommenden fünf Jahren von Bedeutung sind. Es gibt zunächst eine Darstellung der allgemeinen Konzeption. Danach schließt sich eine Analyse der allgemeinen Wachstumsbedingungen, insbesondere der mittelfristigen wirtschaftlichen Entwicklungsaussichten an.

In Kapitel I werden die Grundlagen der mittelfristigen Wirtschaftspolitik in der Gemeinschaft genannt. Sie entsprechen den im EWG-Vertrag genannten Zielen eines stetigen und ausgewogenen Wirtschaftswachstums bei gleichzeitiger Wahrung eines hohen Beschäftigungsstandes und der inneren und äußeren Stabilität sowie einer beschleunigten Hebung des Lebensstandards. Die Kommission wie auch der Ausschuß sind der Ansicht, daß ein ausgewogenes wirtschaftliches Wachstum ebenso eine Politik zur Verringerung des Rückstandes der wenig entwickelten Gebiete ist.¹⁾

Die Beschreibung der Lage läßt sich zusammenfassen in einigen grundsätzlichen Aussagen: ²⁾

- Die Wachstumsbedingungen haben sich in den einzelnen Mitgliedsländern stark verändert.
- Der durch das Wachstum verursachte Strukturwandel verlangt ständige Anpassung an neuere, wirtschaftlichere Methoden der Produktion.
- Der Wettbewerb zur Sicherung der Funktionsfähigkeit des Marktes muß befriedigend gewährleistet und zum Teil gefördert werden.
- Für die Bereiche mit Staatseinfluß, in denen der funktionsfähige Wettbewerb nicht gewährleistet ist, sollte es im Rahmen einer wirtschaftlichen und sozialen Gesamtschau möglich gemacht werden, die Intervention des Staates, ihre Auswirkungen und ihre Widerspruchslosigkeit zu prüfen.

Das Programm geht davon aus, daß die drei Ziele der Konjunkturpolitik nicht immer miteinander zu vereinen

¹⁾ Drucksache V/629, a.a.O., S. 51.

²⁾ Ebenda, S. 14 ff.

sind und diese Politik lediglich auf Größen der Gesamtnachfrage wirkt. Da die mittelfristige Wirtschaftspolitik mit ihren Maßnahmen die Angebotsseite trifft, werden folgende Konsequenzen aus dieser Situation gezogen:

- Die Integration kann in einzelnen Ländern der Gemeinschaft Ungleichgewichte herbeiführen, die auch auf andere Mitgliedsstaaten übergreifen können. Die Verhinderung eines Übergreifens erfordert eine Unter- richtung sowie die Koordinierung im Bereich der Wirtschaftspolitik.
- Die sozialpolitischen Ziele sind mit in die Wirtschaftspolitik einzubeziehen.
- Die gemeinsame Politik auf den Gebieten der Landwirtschaft, des Verkehrs, der Energie erzwingt eine ausreichende Kenntnis der allgemeinen längerfristigen Entwicklungstendenzen und der wirtschaftlichen Absichten in den Mitgliedsstaaten.

Im Programm wird der Ansicht des Rates, es seien keine quantitativen Zielsetzungen erforderlich, entgegnet, die vorgesehene Politik könne ohne "gewisse quantitative Angaben und Überlegungen über das unter verschiedenen Bedingungen und wirtschaftspolitischen Hypothesen mögliche Wachstum" nicht auskommen. Ebenso dürfe man nicht übersehen, daß die Verwirklichung des Gesamtprogramms erhebliche Anstrengungen erfordere; die Mitgliedsstaaten müßten die dafür notwendigen gesetzlichen und administrativen Voraussetzungen schaffen. Der Erfolg der mittelfristigen Wirtschaftspolitik hänge wesentlich davon ab, daß neben der öffentlichen Hand auch alle am Wirtschaftsleben beteiligten Gruppen bei ihren Verhaltensweisen ebenfalls die Leitlinien des Programms stützen.

Nach diesem mehr programmatischen Abschnitt geht das Programm dazu über, die allgemeinen Wachstumsperspektiven darzustellen.¹⁾

1) Drucksache V/629, a.a.O., S. 16 ff.

Das Wachstum der Bevölkerung von 1960 auf 1970 wird auf 9 v.H. geschätzt.¹⁾ In den kommenden fünf Jahren dürfte danach allerdings eine Verlangsamung des Bevölkerungszuwachses zu erwarten sein. Die mittleren jährlichen Zuwachsraten je Land werden in der Spanne zwischen 0,6 v.H. und 0,9 v.H. ausgegeben.

Für die Gemeinschaft insgesamt ergibt sich ein schwächeres Wachstum als in der Vergangenheit, weil der Anteil der Personen im erwerbsfähigen Alter wegen der Struktur des Altersaufbaus abnehmen wird und die Verlängerung der Ausbildungszeit die Erwerbsquoten der davon betroffenen Altersklassen bemerklich beeinflussen wird. Die innergemeinschaftlichen Wanderbewegungen, die sehr viel schwieriger vorherzusagen sind, werden voraussichtlich jedoch zurückgehen.

Ausgehend von einem hohen Beschäftigungsstand wird angenommen, daß die Arbeitslosenquoten zwischen 0,5 v.H. und 1,7 v.H. schwanken werden. Sie entsprechen damit im wesentlichen den Quoten, die bei Vollbeschäftigung zu erreichen sind.

Hinsichtlich der effektiven Arbeitszeit wird eine weiterhin abnehmende Tendenz unterstellt. Ebenso ist damit zu rechnen, daß "innerhalb der einzelnen Volkswirtschaften sich im Zuge des wirtschaftlichen Wachstums umfangreiche Umschichtungen der Beschäftigten zugunsten stark expandierender Branchen vollziehen".

Das Programm gibt sodann eine Analyse des Wachstums der drei großen Wirtschaftsbereiche.²⁾

Erstens: Als Beitrag der Landwirtschaft zum Bruttosozialprodukt der Gemeinschaft wird eine steigende Leistung mit einer mittleren jährlichen Wachstumsrate von etwa 2 v.H. erwartet. Die Projektionen ergeben infolge des geringen Zuwachses einen sinkenden Anteil der Landwirtschaft am Bruttosozialprodukt von 7,8 v.H. im Jahre 1965 auf rund 6,7 v.H. im Jahre 1970. Die

1) In den fünf Jahren von 1960 bis 1965 erhöhte sich die Bevölkerung in der EWG von 171,9 Mio auf 181,6 Mio Personen. also um 5,6 v.H..

2) Drucksache V/629 a.a.O., S.20 ff.

Aussichten für eine beachtliche Ertragssteigerung sind dabei weitgehend abhängig vom Wandel der Agrarstruktur. Da ein Rückgang der landwirtschaftlichen Bevölkerung von jährlich 3 v.H. wahrscheinlich ist, wird sich der Anteil der Erwerbstätigen in der Landwirtschaft von 15,9 v.H. (1965) auf 13,2 v.H. (1970) vermindern.

Zweitens: Das Ergebnis der Projektionen ergibt für die Industrie bis 1970 ein Wachstum mit Raten von insgesamt etwa 5,5 v.H. jährlich. Diese Wachstumsaussichten setzen einen zusätzlichen Bedarf an Arbeitskräften in Höhe von etwa 1,55 Millionen und einen Produktivitätsfortschritt in der Größenordnung von 4,5 v.H. voraus.

Drittens: Der Sektor Dienstleistungen wird ebenfalls zunehmende Beiträge zum Wachstum des Bruttoinlandsprodukts stellen, die in den meisten Ländern in den Jahren 1966-1970 rund 4 v.H. jährlich erreichen dürfen. Im Vergleich zum vergangenen Jahrzehnt geht das Wachstum dieses Bereichs geringfügig zurück. Hierdurch verringert sich sein Anteil am realen Bruttoinlandsprodukt etwas zugunsten des Anteils der Industrie.

Sehr eingehend befaßt sich das Programm mit der möglichen Nachfrageentwicklung¹⁾; die Verwirklichung der hier dargestellten Entwicklungsaussichten der drei großen Wirtschaftsbereiche hängt in erster Linie von einer in allen Mitgliedsländern erwarteten, kräftigen, allerdings mit wesentlichen Strukturverschiebungen verbundenen Zunahme der Nachfrage ab. Dabei wird Wert auf die Feststellung gelegt, daß die Wirkungen der öffentlichen Investitionen verhältnismäßig stark gestreut und nicht immer direkt oder schnell wahrzunehmen seien. Die Investitionsausgaben der Unternehmer wirkten sich demgegenüber unmittelbar in der Produktion aus und würden in diesem Sinne auch als "direkt produktiv" bezeichnet. Aus diesem Grunde müßte in einem Fünfjahreszeitraum das Niveau der "direkt pro-

1) Drucksache V/629, a.a.O., S. 23 ff.

duktiven" Investitionen in engem Zusammenhang mit der geschätzten Wachstumsrate gesehen werden. Das Verhältnis zwischen den öffentlichen Investitionen und dem Wirtschaftswachstum sei wenig eng, aber dennoch ebenso wichtig.

Da die Zunahme der Einfuhr eng mit dem Wachstum des Sozialprodukts zusammenhänge, sei für das Gleichgewicht des Außenhandels eine ungefähr parallele Entwicklung der Ausfuhren notwendig.

Im Programm wird daher als Konsequenz für die mittelfristige Wirtschaftspolitik in Kapitel III¹⁾ aufgezeigt, daß die unmittelbaren produktiven Investitionen in den nächsten fünf Jahren stärker wachsen müßten als das Bruttoinlandsprodukt. Damit könnte die Modernisierung des Produktionsapparates gewährleistet und die Wettbewerbsfähigkeit der Mitgliedsländer aufrecht erhalten werden.

Hinsichtlich der Zahlungsbilanz sei, insbesondere aufgrund der Bemühungen um einen Überschuß zur Finanzierung der Entwicklungshilfe, eine rasche Zunahme der Ausfuhren vorauszusetzen; die vorliegenden Angaben über den Außenhandel reichten, wie der Ausschuß berichtet, jedoch noch nicht aus. Allerdings geht das Programm davon aus, daß die Einfuhren wie in der Vergangenheit sehr viel rascher zunehmen werden als das Bruttoinlandsprodukt.

Ein weiteres Ergebnis des Programms ist die Annahme, daß die öffentlichen Investitionen insgesamt doppelt so schnell steigen werden wie das Bruttoinlandsprodukt; der öffentliche Verbrauch wird wohl im selben Umfang zunehmen, so daß sich der Anteil des öffentlichen Verbrauchs und der öffentlichen Investitionen von 16 v.H. im Jahre 1960 auf 17,5 v.H. bis zum Jahre 1970 erhöhen wird.²⁾

1) Drucksache V/629, a.a.O., S. 29 ff.

2) Ebenda, S. 24.

Der wesentliche Teil der erforderlichen Anpassung zur Realisierung eines ausgewogenen wirtschaftlichen Wachstums wird sich so beim privaten Verbrauch vollziehen müssen. Die Ausschöpfungen der dargestellten Wachstumsmöglichkeiten hängt nach Ansicht des Programms von einer Reihe von Bedingungen ab:

- Das Arbeitskräftepotential kann nicht wesentlich beeinflußt werden; infolgedessen muß die Produktivität durch sehr unterschiedliche Faktoren wie Investitionen, den technischen Fortschritt, dem Ausbildungsstand und der Mobilität der Produktionsfaktoren gefördert werden. Gesucht ist eine optimale Kombination.
- Die Nachfrage muß mit dem Angebot in Übereinstimmung gebracht werden; das Problem besteht darin, festzustellen, wie sich diese Übereinstimmung in der Praxis im Rahmen der Verhaltensweise der verschiedenen Wirtschaftssubjekte vollziehen wird. Mögliche Spannungen müssen vermieden werden; das Ausmaß und der Charakter dieser Gefahren hängt vor allem von der künftigen Entwicklung des Gesamtangebots und der Struktur der nominalen Nachfrage ab.
- Die Entwicklung der Investitionen im Unternehmensbereich wirft insbesondere das Problem der Investitionsanreize, vor allem der Investitionsfinanzierung auf. Hierbei geht es nicht nur um die erforderliche gesamtwirtschaftliche Ersparnisbildung, sondern auch um eine ausgewogene Entwicklung der verschiedenen Finanzierungsquellen: Selbstfinanzierung, Ersparnis des Staates, Kapitalmarkt.
- Für den privaten Verbrauch zeigen die Projektionen, daß sich der mehrjährige Anstieg seines Anteils am Bruttoinlandprodukt nicht ständig fortsetzen kann, ohne die Grundlagen des künftigen Wachstums und Gleichgewichts zu gefährden. Die Entwicklung der öffentlichen Nachfrage führt dazu, daß ein wachsender Anteil der nationalen "Ressourcen" in Anspruch genommen werden muß, damit die notwendige Zunahme der staatlichen Leistungen ermöglicht wird.

Durch ihre jeweiligen Verhaltensweisen können die Unternehmer, die privaten Haushalte und die öffentliche Hand die Chancen für eine Verwirklichung des Wachstums fördern oder in Frage stellen.

Die Ursachen, die ein Wachstum stören können, sieht das Programm in einem hohen Beschäftigungsniveau und einer mangelnden Elastizität des Angebots an Arbeitskräften. Sollten die vorgesehenen Wachstumshypothesen unvereinbar mit der Stabilität der Preise und dem Gleichgewicht der Zahlungsbilanz sein, so seien schwerwiegende wirtschaftspolitische Entscheidungen unumgänglich.

f) Es war notwendig, das Programm in großer Ausführlichkeit darzustellen. Es eignet sich vorzüglich, die Vorteile und Nachteile der angewandten Methode aufzuzeigen.

Grundlage des Programms sind langfristige Projektionen. Sie zeigen mit einer "wissenschaftlichen" Ansprüchen genügenden Genauigkeit die Probleme einer auf wirtschaftliches Wachstum bedachten Regierung auf, vornehmlich mit Problemen der Finanzierung in den Bereichen der öffentlichen Haushalte und der privaten Unternehmen. Alle anderen Probleme sind davon abgeleitet, z.B. Beeinflussung des privaten Verbrauchs, Entwicklung der Infrastruktur, oder werden zu Problemen sekundären Ranges, z.B. die Förderung der Mobilität und der Ausbildung.

Die Ziele bzw. das Ergebnis des Prozesses wirtschaftlichen Wachstums werden in Größen des Sozialprodukts angegeben.

Nun ist aber die Wirtschaftspolitik nur teilweise darauf aus, volkswirtschaftliche Größen zu beeinflussen; Wirtschaftspolitik will auch ganz konkrete Ziele erreichen: Verbesserung des Bildungswesens, des Verkehrswesens, Erzeugung von Atomenergie, Sanierung von Wohngebieten etc. So erstaunt die Abstraktheit der

Vorschläge und Vorstellungen über eine Politik des wirtschaftlichen Wachstums. Wissenschaftliche Kritik ist nur in sehr beschränktem Umfang möglich, denn diese beträfe die "Möglichkeit" der gesetzten Ziele und die Wirtschaftlichkeit der vorgeschlagenen Maßnahmen, diese Ziele zu erreichen.

Dies ist nicht der einzige Punkt einer grundsätzlichen Kritik. Wirtschaftliches Wachstum und Veränderung von Strukturen gehen Hand in Hand, wobei eine wechselseitige Beeinflussung zu beobachten ist. Das Memorandum der Kommission betont mit großem Nachdruck das Erfordernis eines Programms zur Entwicklung einer Wirtschaftsordnung. Ein strukturpolitisches Konzept nach ordnungspolitischen Vorstellungen fehlt jedoch. Doch neben der Struktur der Wirtschaft ist auch die Struktur der Wirtschaftsordnung mitbetroffen. Das Problem formulierte Müller-Armack: "Wir haben im Gemeinsamen Markt bestimmte nationale Souveränitäten seinen Institutionen übertragen. Das bedeutet, daß die Phase der isolierten national-wirtschaftlichen Politik vorbei ist und daß wir - aber auch die anderen Länder - eine andere Orientierung wählen müssen. ... Wir können diese Orientierung nur aus einer zentralen Ordnungsidee gewinnen."¹⁾ Sicher ist, daß der Gemeinsame Markt ohne konkrete Ziele und ohne ordnungspolitische Vorstellungen keine prägende Kraft ausstrahlen kann. Die Vorschläge zur Ausgestaltung sehen die Bewältigung von praktischen Problemen vor, an denen die Wirtschaftsordnung dann entwickelt werden kann, z.B. durch internationale Sicherung der Konjunkturpolitik, Entwicklung einer europäischen Haushaltspolitik, gemeinsame Währungspolitik und gemeinsame Politik zur Durchsetzung des Wettbewerbs.²⁾

1) Alfred Müller-Armack, Wirtschaftspolitik ..., a.a.O., S. 414/415.

2) Ebenda, S. 412 ff.

III. Ansatzpunkte für die Weiterentwicklung von Institutionen und Instrumenten einer gemeinsamen Konjunktur- und Wachstumspolitik

1. Die Mängel des Vertrages

a) Es ist nicht schwierig, Unzulänglichkeiten des Vertrages aufzuzeigen. Vorstehend wurde wiederholt darauf hingewiesen, daß es bei Vertragsabschluß aus stichhaltigen Gründen unterlassen wurde, genauere Regeln über ein konjunkturpolitisches Verhalten aufzustellen (Befürchtungen über eine Erschwerung des Vertragsabschlusses; freie Hand bei der Lösung nicht voraussehbarer Konjunkturlagen). Sehr erschwerend war jedoch zeitweilig - anläßlich der Auseinandersetzung um das "Memorandum der Kommission über das Aktionsprogramm der Gemeinschaft für die zweite Stufe"¹⁾ besonders auffällig - die Tatsache, daß "es bei der Abfassung des Rom-Vertrages bewußt vermieden wurde, eine bestimmte Ordnungsvorstellung niederzulegen".²⁾ Das belastete die Diskussion praktischer Fragen mit mißtrauischen Grundsatzdiskussionen.

Das Fragmentarische der EWG-Vertragsregelung hinsichtlich einer gemeinschaftlichen Wirtschaftspolitik wird insbesondere im Bereich der Konjunkturpolitik sichtbar. Die Mängel des derzeitigen Verfahrens zeigten sich im zweiten Halbjahr 1966 mit dem zweimaligen Verschiebungsbeschluß des Rates, eine Empfehlung der Kommission zur Konjunkturpolitik anzunehmen. Nach einer Verzögerung von mehreren Monaten konnten Vertreter eines Mitgliedsstaates unter Hinweis auf die veränderte Wirtschaftslage Änderungen, die der Regie-

1) EWG-Kommission, Memorandum ..., a.a.O., Ziff. 88 ff.

2) Alfred Müller-Armack in "Planung ohne Planwirtschaft", hrsg. von Alfred Plitzko, Basel-Tübingen, 1964, S. 40.

rung des Mitgliedsstaates genehm waren, durchsetzen. In der augenblicklichen Lage mit einem in den ersten Jahren der EWG unbekannten Umfang an politischem Mißtrauen sind allerdings Änderungen von bedeutendem Ausmaß nicht wahrscheinlich. Deshalb dürfte an der Art des Verfahrens keine Änderung möglich sein. Das dürfte sich vor allem in der Zeitdauer der Prozedur auswirken.

Das völlige Ungenügen des Vertrages in der Bestimmung des Zeitpunktes, an dem die Kommission einzuschreiten hat, könnte sodann nach und nach durch verbindliche Interpretation des Vertrages im Sinne der von Müller-Armack unterbreiteten Vorschläge beseitigt werden. Dieser Weg erscheint nicht unrealistisch, weil für den Fall von Wechselkursänderungen nunmehr ein verbindliches Konsultationsverfahren vereinbart wurde.¹⁾ So wurden Zweifel beseitigt, "ob nicht eine genaue Berücksichtigung der Vertragsziele durch die EWG-Staaten auch ohne ausdrückliche Einführung eines Konsultationsverfahrens schon eine gegenseitige Beratung bei Wechselkursänderungen verlangt hätten".²⁾ Krämer äußert die Vermutung, daß bei den bisherigen Änderungen seit Bestehen der EWG keine Konsultationen stattgefunden zu haben scheinen.

Der weitere institutionelle Bereich der Zusammenarbeit ist durch starke Verbindungen zwischen der Kommission und den Regierungen der Mitgliedsstaaten gekennzeichnet. Institutionen, die sich in diesen Bereich einordnen lassen, sind neben dem Rat, ein Organ der EWG, vor allem der Ausschuß für Konjunkturpolitik, der Währungsausschuß, der Ausschuß für Haushaltspolitik sowie der Ausschuß der Gouverneure der Zentralbanken der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft. Diesen mit

) Die währungs- und finanzpolitische Zusammenarbeit in der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, II/Kom. (63) endg., a.a.O., S. 12.

) Hans-R. Krämer, Wirtschaftliche und rechtliche Probleme ..., a.a.O., S. 151.

Regierungsfunktionären besetzten Gremien stehen jedoch nur der Wirtschafts- und Sozialausschuß und das Europäische Parlament als Diskussionspartner der Öffentlichkeit gegenüber. Das erscheint völlig unbefriedigend und dürfte weder der Sache, noch dem Stande der Integration, der demokratischen Verfassungen der Mitgliedsstaaten und der Notwendigkeit entsprechen.

Bemerkenswert ist das Fehlen jeglicher Regelungen über die Handhabung von Instrumenten. Hierbei stellt lediglich Art. 103 Abs. 4 EWG-Vertrag eine Ausnahme dar; er ist nur ein rudimentärer Ansatz zur Ausbildung der Handelspolitik als konjunkturpolitisches Instrument.

b) Der Mangel an einem, auch nur andeutungsweise formulierten Programm einer gemeinsamen Wirtschaftspolitik brachte, wie schon betont, erhebliche Schwierigkeiten für die Kommission. Der Versuch, eine gemeinsame Wirtschaftspolitik bzw. Koordinierung zu bestimmen, konnte wegen der mit minimalen politischen Befugnissen ausgestatteten Kommission, der Lustlosigkeit der Mitgliedsstaaten, im Interesse einer gemeinsamen Politik Hoheitsrecht abzutreten, nicht gemacht werden. Andere Umstände, wie z.B. das Scheitern der Beitrittsverhandlungen mit Großbritannien, zwangen andererseits zu einer Flucht nach vorn.

Das Hauptproblem, das nach wie vor nicht gelöst war, betraf ordnungspolitische Fragen. Welche Prinzipien sollten die Grundlagen einer gemeinsamen Wirtschaftspolitik sein?

Bei der Diskussion um eine längerfristige Programmierung in der EWG wurde wiederholt betont, es gehe nicht um die Frage Marktwirtschaft oder planification (= Dirigismus), sondern um Marktwirtschaft und Plan.¹⁾

1) So im Ausrichtungsplan zum französischen V. Plan, der im Dezember 1964 veröffentlicht wurde; zitiert nach J. Zijlstra, Wirtschaftspolitik und Wettbewerbsproblematik in der EWG und ihren Mitgliedsstaaten, Kollektion Studien, Reihe Wettbewerb Nr.2, Brüssel 1966, S. 17.

Diese Argumentation geht am Problem vorbei.

Auch im Bereich der optimalen Wirtschaftsordnung in der EWG ist zunächst eine theoretische Fundierung nötig, die sich am einfachsten als das Problem von Zentralisierung oder Dezentralisierung der wirtschaftlichen Entscheidungen charakterisieren läßt.¹⁾ Die Kommission revidierte ihre im Aktionsprogramm zur 2.Stufe geäußerte Haltung in mehrfacher Hinsicht erheblich. Nunmehr hat sie ihre Auffassung zugunsten einer marktwirtschaftlichen Orientierung erheblich korrigiert.²⁾ Der bei der Vorlage des Aktionsprogramms zur 2.Stufe entstandene Konflikt hätte vorausgesehen werden können; die stark unterschiedliche Präsenz des Staates in den Volkswirtschaften der Mitgliedsländer brachte zum Teil in großem Umfang Züge einer gemischten Wirtschaftsordnung³⁾ mit sich. Wie marktwirtschaftlicher Anspruch und gemischt-wirtschaftliche Realität zu vereinen seien, sagt der Vertrag nichts aus. Aus dem Vertrag hätten sich jedoch Regeln aufstellen lassen können, die den Beginn oder das Fundament einer gemeinsamen Wachstums-politik hätten bedeuten können.

Die Vorschläge, die nun mit dem Programm für eine mittelfristige Wirtschaftspolitik vorliegen, versuchen nicht die Koordination von Zielen und Instrumenten, sondern gesamtwirtschaftlicher Größen. Damit ist das ordnungspolitische Problem umgangen. Die ersten Stellungnahmen zeigen in aller Deutlichkeit den Wunsch der Interessenorganisationen nach einer Teilnahme bei der Ausarbeitung weiterer beziehungsweise künftiger Programme. Der

1) J. Zijlstra, Wirtschaftspolitik..., a.a.O., S. 48.

2) Dabei ging es nicht um einen Grundsatzentscheid für oder gegen ein verkehrswirtschaftliches System. Einmal war dieser im Vertrag bereits getroffen worden - insbesondere durch Art. 85 ff. -, und zwar zugunsten der Verkehrswirtschaft. So auch Walter Hallstein, Vorausschauende Wirtschaftspolitik in der EWG, in Planung ohne Planwirtschaft, a.a.O., S.13: "Die Philosophie des Vertrages von Rom ist eine ganz und gar marktwirtschaftliche." Zum anderen war lediglich die Frage nach der Methode einer Politik des wirtschaftlichen Wachstums zu beantworten.

3) Walter Hallstein, a.a.O., S.12 und J. Zijlstra, a.a.O., S. 49.

Zwang, unter dem die Kommission steht, zeigt das Dilemma auf: Das Bemühen um die konkreten Anliegen läßt die Grundsatzprobleme nicht ruhen, sondern verschärft sie.¹⁾ Die Verteilung der Rollen von Kommission, Regierungen der Mitgliedsstaaten und interessierter Öffentlichkeit scheint in einen unkontrollierten Bereich abzugleiten. Der Entwurf einer mittelfristigen Wirtschaftspolitik umgeht das Problem der Zielbestimmung, der ersten Stufe im Planungsprozeß.²⁾ Auch hier wurden Probleme nicht gelöst, sondern umgangen.

Aufgabe einer wirtschaftspolitischen Instanz kann es nur sein, die Bedingungen eines stetigen und optimalen Wirtschaftswachstums zu sichern. Die Sicherung dieser Bedingungen muß "als eine Bewährungsprobe unserer wirtschaftlichen, darüber hinaus auch gesellschaftlichen und staatlichen Ordnung angesehen werden".³⁾ Das Programm für eine mittelfristige Wirtschaftspolitik erkennt diese Probleme, wenn darauf hingewiesen wird, daß die heikelsten Probleme der mittelfristigen Wirtschaftspolitik sich in den kommenden Jahren aus der Möglichkeit von Spannungen zwischen Nachfrage und Angebot sowie aus den Gefahren, die diese Spannungen für die Preisstabilität mit sich bringen, ergeben.⁴⁾ Folgerichtig vertritt der Ausschuß für mittelfristige Wirtschaftspolitik die Ansicht, daß in einer auf Stabilität gerichteten Wachstumspolitik zu einer entsprechenden Finanz-, Geld- und Kreditpolitik auch die Einkommenspolitik hinzutreten muß.⁵⁾

-
- 1) So auch Karlheinz Kleps, Konkurrenz wirtschaftspolitisch. Konzeptionen in der EWG, in Ordo XV/XVI, S. 331.
 - 2) Karl Hax, Unternehmensplanung und gesamtwirtschaftliche Planung als Instrumente elastischer Wirtschaftsführung, in Zeitschrift für betriebswirtschaftliche Forschung, 18. Jahrgang, S. 450, 1966.
 - 3) Andreas Paulsen, Wirtschaftliche und soziale Grundprobleme stetigen Wirtschaftswachstums, in Finanz- und währungspolitische Bedingungen stetigen Wirtschaftswachstums, hrsg. von Walter G. Hoffmann, Berlin 1959, S. 19.
 - 4) Deutscher Bundestag, Drucksache V/629, a.a.O., S. 29/30.
 - 5) Ebenda, S. 30.

Eine Bedingung für die Preisstabilität ist die Übereinstimmung von Durchschnittslöhnen und Durchschnittsproduktivität.¹⁾ Es zeigt sich nun, daß die Branchen mit den größten Produktivitätsfortschritten vorausgehen, die übrigen folgen, um ihre Position in der Lohnpyramide zu halten, obwohl die Produktivitätsfortschritte kleiner sind - der sogenannte Paritätsanspruch kommt ins Spiel -, und die Preisniveausteigerung ist unvermeidlich.²⁾

Hier bietet sich ein weites Feld zur Verbesserung institutioneller Beziehungen zwischen Kommission und Mitgliedsregierungen einerseits und den Sozialpartnern andererseits an. In allen Mitgliedsstaaten bestehen - wenn auch in einem sehr unterschiedlichen Umfang, so z.B. in der Bundesrepublik nur minimal - institutionelle Beziehungen zwischen Staat und Wirtschaft.³⁾ Im Programm sind Ausführungen zu finden, die eine Konsultation von Sozialpartnern und Regierung für erforderlich halten. "Die Mitgliedsstaaten sollten ihrerseits keine Mühe scheuen, um die Sozialpartner für den Grundsatz und die Regeln einer solchen Politik (eine Stabilität der Stückkosten) zu gewinnen, die im Rahmen einer alle Einkommen umfassenden Aktion die erwünschte Mäßigung des Lohnanstiegs sichert." Der Gedankenaustausch "sollte darauf gerichtet sein, in gemeinsamer Übereinkunft allgemeine Leitlinien für die Steigerung der Einkommensarten zu entwickeln ..."⁴⁾ Diese Sätze sind sehr allgemein gehalten und bedürfen dringend einer Ergänzung durch Vorschläge, die aufzeigen, wie ein solches Konsultationssystem im Rahmen der EWG und der Mitgliedsstaaten den Aufgaben einer Stabilitäts-erhaltung gerecht werden kann. "Es bedarf keiner besonderen

1) Hierzu Gottfried Bombach, Quantitative und monetäre Aspekte des Wirtschaftswachstums in Finanz- und währungspolitischen Bedingungen stetigen Wirtschaftswachstums, Berlin 1959, S. 191 ff.

2) Diskussionsbeitrag von Wilhelm Krelle in Finanz- und währungspolitische Bedingungena.a.O..S.233.

3) J. Zijlstra, Wirtschaftspolitik...,a.a.O..S.29 ff.

4) Deutscher Bundestag. Drucksache V/629.a.a.O..S.38/39.

Erörterung, daß die Frage nach Ausmaß und Art der Einschaltung von Vertretern der Sozialpartner nicht allein bei der notwendigen Harmonisierung der Wirtschaftspolitik der Einzelstaaten eine Rolle spielt, sondern auch für den weiteren Ausbau der EWG-Organen."1)

Ein Konsultationssystem ist jedoch nicht nur von Nutzen im Bereich der Einkommenspolitik zur Aussprache zwischen Regierung und Sozialpartner. Darüber hinaus könnte ein solches System Bedeutung gewinnen als ein Gremium zur Diskussion und zur Information über die Pläne der Regierungen und über die Lage der Wirtschaft, insbesondere über die Chancen einer Gesellschaft, deren Wirtschaft wächst.

2. Die Erfordernisse des Wirtschaftslebens

a) Obwohl die Konjunkturpolitik seit den Jahren der Weltwirtschaftskrise und der "General Theory" einen sehr großen Aufschwung und starke Förderung erfahren hat, bestimmte sie nicht im wünschenswerten Umfang die Wirtschaftspolitik auch in den EWG-Staaten, insbesondere der Bundesrepublik.2) Naturgemäß steht die Konjunkturpolitik in der EWG am Anfang ihrer Bemühungen; viele der in der Diskussion in der Bundesrepublik geäußerten Wünsche zur Konjunkturpolitik können deshalb auch an die Adresse der Kommission gerichtet werden.

Im institutionellen Bereich bedeutet der Gesichtspunkt der Stabilisierung des Wirtschaftsgeschehens die Bildung von Gremien, die ein unabhängiges Urteil über die konjunkturelle Lage geben können. Dabei bedarf ein solcher Konjunkturrat der Vollmachten, die notwendig sind, um dem übergeordneten Gesichtspunkt

1) J. Zijlstra, Wirtschaftspolitik ..., a.a.O., S. 31.

2) Hierzu Beiheft der Konjunkturpolitik, Heft 1, Die wirtschaftliche Fundierung der Konjunkturpolitik, Berlin 1956, Heft 2, Die Bedeutung der staatlichen Finanzpolitik für die Konjunkturstabilisierung, Berlin 1957, Heft 11, Konjunkturpolitische Einwirkungsmöglichkeiten, Berlin 1965.

der Wirtschaftsstabilität gegenüber den Ressortinteressen Geltung zu verschaffen.¹⁾ Im gesamten EWG-Bereich sind die Entwicklungen über bloße Ansätze hinaus auf einer Vorstufe zu diesem Konjunkturrat gediehen.

Ein "Konjunkturrat" kann jedoch hauptsächlich nur im Bereich der öffentlichen Finanzwirtschaft eine Abstimmung der Pläne im konjunkturpolitischen Sinne vornehmen.²⁾ Zur konjunkturpolitischen Beherrschung, d.h. zur Stabilisierung des Wirtschaftsgeschehens in der kurzen Frist, scheint ein "konjunkturpolitisches Rahmengesetz" erforderlich, das vor allem die gesetzlichen Grundlagen für einen schnellen Einsatz der heute bereits eingesetzten konjunkturpolitischen Instrumente ermöglicht³⁾ und bestimmte konjunkturpolitische Instrumente, wie die Variation der Haushaltsausgaben⁴⁾, neu formuliert.

b) Darüber hinaus erfordert eine erfolversprechende Konjunkturpolitik eine ständige Information von Regierungen und Unternehmern über eine Vielzahl betriebs- und volkswirtschaftlicher statistischer Zahlen. Eine vollständige Information ergibt sich nicht ohne Schwierigkeiten; sie ist jedoch eine entscheidende Voraussetzung dafür, daß verantwortlich - mündig - gehandelt werden kann.⁵⁾ Dazu ist auch eine umfassende Information der Unternehmer über die Absichten der wirtschaftspolitischen Instanzen erforderlich. Der Entwurf des Programms für die mittelfristige Wirt-

1) Beiheft der Konjunkturpolitik, Heft 1, Die wissenschaftliche Fundierung ..., a.a.O., S. 22.

2) Siehe hierzu: Dr. Schöllhorn "Verbesserung der konjunkturpolitischen Steuerungsmöglichkeiten als permanente Aufgabe der nationalen und internationalen Wirtschaftspolitik, in Konjunkturpolitische Einwirkungsmöglichkeiten ..., a.a.O., S. 13.

3) Fritz Neumark, Die Bedeutung der staatlichen Finanzpolitik in einer stetig wachsenden Wirtschaft, in Die Bedeutung der staatlichen Finanzpolitik ..., a.a.O., S. 20.

4) Dr. Schöllhorn, Verbesserung ..., a.a.O., S. 12.

5) Hierzu Wilhelm Krelle, Wirtschaftsplanung auf mittlere und lange Sicht - Zur Problematik der Grundlagen, in Planung ohne Planwirtschaft, a.a.O., S. 64.

schaftspolitik (1966-1970) ist jedoch lediglich eine Anhäufung von Zahlen - Stangenklettere und Gigantomanie. Welche güterwirtschaftlichen Realitäten verbergen sich dahinter?

3. Ordnungspolitische Probleme

a) Die Fragestellungen der Unternehmer sind nur zum Teil von denen der Träger der Wirtschaftspolitik verschieden. Sie berühren vornehmlich politisch beeinflusste Streitpunkte über das Verhältnis von Staat und Wirtschaft, insbesondere die Frage nach der Beschaffenheit von Institutionen und Instrumenten einer gemeinsamen Konjunktur- und Wachstumspolitik. Bedeutsam sind für die Unternehmer hierbei der Umfang der Möglichkeiten und die Fähigkeiten der Kommission, die unterschiedlichen Wirtschaftsverfassungen der EWG-Mitgliedsstaaten einer gleichgerichteten Wirtschaftspolitik nutzbar zu machen bzw. anzugleichen. Von großem Nachteil ist hierbei die unbestimmte und allgemeine Fassung der Ziele des EWG-Vertrages. Gefordert werden muß eine verbindliche Interpretation der Vertragsziele. Weitere Nachteile ergeben sich aus den weiter bestehenden nationalen Zuständigkeiten hinsichtlich der Wirtschaftspolitik¹⁾ mit Ausnahme der Handelspolitik; mit Sicherheit auftretende Kompetenzschwierigkeiten werden zu unsicheren Erwartungen der Unternehmer führen; sie können vermindert und gemildert werden, sofern sie rechtzeitig erkannt werden.

Von Nachteil für die Unternehmer ist die begrenzte Aussagekraft der Wirtschaftstheorie über Ziele und Wirkungen einer - gemeinsamen - Konjunktur- und Wachstumspolitik.

Die hieraus erwachsenden Probleme für eine gemeinsame Konjunktur- und Wachstumspolitik müssen grundsätzlich und praktisch gelöst werden. Eine Untersuchung des

1) Siehe Art. 104 EWG-Vertrag.

ordnungspolitischen Teilbereichs ist von besonderem Interesse. Diese Konzentration ist erforderlich, da die institutionellen Probleme insbesondere im Zusammenhang mit der Wirtschaftsordnung gesehen werden müssen. Die weiteren Darlegungen werden zeigen, daß darüber hinaus theoretische Überlegungen über das Verhältnis von Wirtschaftsordnung und Wirtschaftspolitik fruchtbar sind.

b) Das Ordnungsdenken hat in jüngster Zeit nach den Impulsen, die vom Freiburger Kreis des Ordoliberalismus ausgegangen sind, nicht mehr in dem Maße die wirtschaftspolitische und -theoretische Diskussion angeregt, wie dies noch vor einem Jahrzehnt zu erwarten war.

Dazu mögen Einseitigkeiten des Euckenschen Begriffs der "Wirtschaftsordnung" beigetragen haben. In einer sehr formalen Bestimmung wird hierunter "die Gesamtheit der realisierten Formen, in denen in concreto jeweils der alltägliche Wirtschaftsprozess abläuft"¹⁾, verstanden; trotz vieler Hinweise auf die gemischten Ordnungen, wie sie in der wirtschaftlichen Wirklichkeit vorherrschen²⁾, wurde die Aufmerksamkeit der wirtschaftspolitischen Auseinandersetzungen von den gegensätzlichen Ordnungen "zentralgeleiteter Wirtschaft" und "Verkehrswirtschaft" beansprucht³⁾. Unter anderem kann gegen den Euckenschen Begriff der Einwand einer unrealistischen Natur der Elemente seiner Wirtschaftsordnung erhoben werden. Der Wirtschaftsprozess verläuft dynamisch; eine geordnete Wirtschaft ist deshalb nur dann vorstellbar, wenn die Ordnungsformen Konflikte im gesellschaftlichen Wandel aussöhnen und Krisen im Wirtschaftsprozess beheben können. Trotzdem

1) Walter Eucken, Grundsätze ..., a.a.O., S. 372.

2) So Weippert, Heimann, Ritschl.

3) Gottfried Bombach, Rahmenplan oder Zahlenzwang, in Planung ohne Planwirtschaft, S. 47, nennt dies "ein Denken in Extremtypen".

Walter Eucken, Grundlagen ..., a.a.O., S. 78 ff.

bleibt "die Aufgabe, die Fundamente der Mit- und Umweltbeziehungen unter allgemeinen Gesichtspunkten zu schaffen und zu erhalten".¹⁾ Dieser Aufgabe hat sich Eucken in der Schaffung einer menschenwürdigen Ordnung verschrieben.

Was heißt "menschenwürdige" Ordnung? Eucken hat keine Aussagen darüber gemacht, was er als menschenwürdig ansieht, jedoch kann seinem Werk entnommen werden, daß menschenwürdig einzig eine Verkehrswirtschaft sein kann. Diese Feststellung allein reicht nicht aus, den weiten Bereich der Mit- und Umweltbeziehungen hiermit auszufüllen. "Menschenwürdig" als Bedingung für eine Wirtschaftsordnung kann nur heißen, daß die Ordnung geschaffen wird, die dem tätigen Menschen eine ihm gerecht werdende Rolle im Bereich der Wirtschaft gibt. Dieser Bereich ist weiter als der Euckensche und gibt sich nicht damit zufrieden, daß der Unternehmer seine Pläne ausführt, der Verbraucher seinen Bedarf befriedigt. Der Begriff "Ordnung" ist ein über den Bereich Wirtschaft hinausreichender Begriff; jedoch ist hiermit kein metaphysischer Gehalt verbunden.²⁾ Sein Inhalt ist empirisch bestimmbar, und zwar in zwiefältiger Weise, das was realisiert ist (nach dem Verständnis von Eucken) und das, wie es geordnet sein müßte.³⁾ Diese Ordnung in ihrer zweiten Bedeutung als die Summe der Bedingungen, die Mensch und Gesellschaft setzen, ist rational begreifbar.⁴⁾

1) Hans-Jürgen Seraphim, Theorie ..., a.a.O., S. 310.

2) Ein in den metaphysischen Bereich reichender Begriff ist der Begriff "Ordo". Hierzu Otto Veit, "Ordo und Ordnung", in Ordo Bd. V, S. 3 ff.

3) Jede Ordnung versteht sich als begründete Ordnung und entwickelt die Neigung, sich als solche auszugeben. Gerade darin verrät sich das wechselseitige Aufeinanderangewiesensein von Normativität und Faktizität. Hans Barth, Die Idee der Ordnung, Erlench-Zürich und Stuttgart 1958, S. 200.

4) Eine "natürliche" Ordnung gibt es nicht; hierzu siehe Arnold Gehlen, Anthropologische Forschung, S. 59 ff. Hans Barth, Die Idee ..., a.a.O., S. 202.

Der Inhalt einer jeden Ordnung ist ein System von Institutionen, die auch im Bereich des Wirtschaftsprozesses die Funktion haben, ein geregeltes Miteinander zu schaffen, wie z.B. der Markt. So kann sich die Analyse einer Wirtschaftsordnung in großem Umfang mit der Analyse von Institutionen befassen; die Funktionsfähigkeit der Institutionen kann gemessen werden durch die Fähigkeit, den Wirtschaftsprozess zu sichern.

Der Ausgleich über den Markt verleiht dem Wirtschaftsgeschehen allerdings keine harmonische Selbststeuerung. Damit ist eine Wirtschaftsordnung auch nicht Ausdruck einer irgendwie gearteten prästabilisierten Harmonie.¹⁾

Die geschichtliche Wirklichkeit des Wirtschaftens ist ein immer gegenwärtiger Beweis für die Möglichkeit von Instabilitäten. Konjunktur- und Wachstumspolitik befassen sich speziell mit derartigen Schwankungen in der Wirtschaftstätigkeit, ohne sie je ausschalten zu können. "Jedes Land hat seine eigene nationale Quelle der Instabilität, aber außerdem ist jedes Land Wirtschaftsschwankungen ausgesetzt, die es von außen her ... beeinflussen".²⁾ So können Ursachen der Instabilität sein: Entdeckungen, Erschöpfungen von Naturschätzen, Erfindungen, wirtschaftspolitische Konflikte. Schwankungen der Wirtschaftstätigkeit rühren her von einer ungleichmäßigen Verteilung der Investitionen, einer fehlenden Flexibilität des Bankkredits, einer Störung des Verhältnisses Investitionen: Einkommen und einer "ungerechten" Einkommensverteilung.³⁾

Die heutige wirtschaftliche Situation kennt eine Reihe derartiger konkreter Probleme.

c) Die der Wirtschaftspolitik unterworfenen Wirtschaftseinheiten - Unternehmer, Arbeitnehmer, Konsumenten, die unteren Gebietskörperschaften - sehen sich

1) Im Gegensatz z.B. zu Otto Veit, Ordo und Ordnung, a.a.O., S. 19.

2) W.A. Lewis, Theorie des wirtschaftlichen Wachstums, Tübingen 1955, S. 317.

3) Nach W.A. Lewis, ebenda, S. 321.

in ordnungspolitischer Sicht sehr zahlreichen und neuartigen Problemen gegenüber. Nicht nur der rasche Wandel der Wirtschaftslagen, insbesondere die Strukturänderungen im Wirtschaftsaufbau infolge des stetigen wirtschaftlichen Wachstums, sondern auch die Innovationen und der Wandel der Gesellschaft stellen immer größere Anforderungen an die Fähigkeiten, sich anzupassen, wirtschaftliche und gesellschaftliche Fehlentwicklungen zu vermeiden. Die Schnelligkeit der Entwicklung ist im EWG-Bereich verstärkt bemerkbar.

Diese praktischen Probleme geben der Wissenschaft die Aufgabe, das von ihr entwickelte Instrumentarium zur Analyse der Wirklichkeit zu überprüfen und fortzuentwickeln.

Unter Wirtschaftspolitik werden alle Maßnahmen verstanden, die von Regierungen der Mitgliedsstaaten zur Beeinflussung von wirtschaftlichen Handlungen der Wirtschaftssubjekte ergriffen werden.

Die wirtschaftspolitische Lage in der EWG ist durch eine weitgehende Autonomie der Mitgliedsstaaten bestimmt. Die Fragen, die dadurch aufgeworfen werden - Probleme, die durch ihre geschichtliche Einmaligkeit ausgezeichnet sind - sind vor praktischen Fragen vor allem Grundsatzfragen der Wirtschaftsverfassung und der Wirtschaftsordnung zur Sicherstellung der Einheitlichkeit der Wirtschaftspolitik.

Der Vertrag enthält nur wenige Bestimmungen, wie die wirtschaftspolitischen Grundsatzentscheide innerhalb der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft zu fällen sind. Die im EWG-Vertrag genannten Ziele sind allgemein gehalten; die hierauf begründete Wirtschaftspolitik verdient kaum diesen Namen.

T e i l I I

Theoretische Grundlagen einer Konjunktur- und Wachstumspolitik in ordnungspolitischer Sicht

I. Wirtschaftstheorie und Theorie der Wirtschafts- politik im Verhältnis zu einer praktischen Ord- nungspolitik

1. Einige grundsätzliche Fragen

a) Die Aufgaben, die sich der praktischen Wirtschafts-
politik in verschiedenen Zeitaltern stellen, unter-
scheiden sich hinsichtlich der Rangordnung und des In-
halts.¹⁾ So muß die heutige Wirtschaftspolitik, auch
die innerhalb der EWG, zum Teil von ganz anderer Fra-
gestellung als vor einem halben Jahrhundert ausgehen,
z.B. von einer Starrheit der Nominallohne nach unten
und einer - zumindest konzipierten - Starrheit der
Wechselkurse u.a.m. ausgehen und diese als spezielles
Problem untersuchen.²⁾

Jede Zeit hat ihre eigenen Probleme und Aufgaben. Das
klingt trivial, doch hat diese Feststellung ihre grund-
sätzliche Aussagekraft. Probleme in diesem Sinn erge-
ben sich allerdings nicht lediglich aus einer mangel-
haften Versorgung der Menschen mit Gütern, eher schon
aus einer mangelhaften, "ungerechten", "ungleichen"
Verteilung der Einkommen, vor allem jedoch aus der
Ausgestaltung der Arbeits- und Gesellschaftsbeziehun-
gen, die in sehr hohem Maße die Bedingungen zur Real-
isierung eines individuellen Bildungsprogramms setzen.

1) Vgl. z.B. Joseph A. Schumpeter, Kapitalismus,
Sozialismus und Demokratie, 2. Auflage, München 1950,
S. 322.

2) Alfred Müller-Armack, Wirtschaftsordnung ..., a.a.O.,
S. 334: "Die heutige Wirtschaftsorganisation ist in
allen Ländern durch einen Rückschlag bedroht. An der
Starrheit der Löhne, vieler Nahrungsmittelpreise, der
Steuern und Zinssätze würde jede Wirtschaftspolitik
in der Auseinandersetzung der festen und elastischen
Faktoren unterliegen. Es fehlt die Elastizität die-
ser Faktoren nach unten."

Das soll heißen: Jede Gesellschaft hat darauf zu achten, ihre Wirtschaft so zu organisieren, daß Hemmnisse humaner Bestrebungen auf ein Minimum beschränkt werden. Unter Hemmnis wird auch verstanden, es dem einzelnen zu schwer machen, Menschlichkeit zu bilden und zu wahren. Die Dialektik des Fortschritts von Wirtschaft und Gesellschaft eröffnet einerseits immer neue Möglichkeiten menschlicher Bereicherungen, fördert andererseits unmenschliche Haltungen. Die praktische und theoretische Wirtschaftspolitik hat sich noch nicht umfassend und mit voller Konsequenz vom Comteschen Zeitalter gelöst, das "noch nicht den für unser positives Zeitalter ebenso auffallenden wie merkwürdigen Widerspruch (sah), daß wir zwar um die Erhaltung des individuellen Lebens mit allen Mitteln wissenschaftlichen Fortschritts wie nie zuvor besorgt sind, es aber gleichzeitig en masse mit Hilfe der gleichen fortschrittlichen Erfindungen zerstören, weil jeder Fortschritt in der Herrschaft des Menschen über die Welt neue Formen und Grade der Erniedrigung im Gefolge hat und alle Mittel des Fortschritts ebenso viele Mittel des Rückschritts sind".¹⁾ Die Wirtschaftsordnungspolitik hat diesen Sachverhalt mit einzubeziehen.

Die Wirtschaftswissenschaften haben sich diesen Problemen gestellt und wissenschaftliche Aussagen über einen verursachenden Zusammenhang von wirtschaftlichen Tätigkeiten und humanen Bedingungen zu machen versucht. Diese Fragestellung muß nicht nur generell bejaht werden, sondern in den wissenschaftlichen Forschungsprozeß integriert werden;²⁾ eine Einschränkung ist jeweils im

1) Karl Löwith, Weltgeschichte und Heilsgeschehen, 3. Auflage, Stuttgart 1953, S. 86.

2) Die Entwicklung der Wirtschaftswissenschaften zeigt keine Präzisierung der Probleme auf. In der Scholastik war das Summum bonum im Vordergrund der Betrachtung; der Merkantilismus sah nur über den Umweg des mächtigen Staates das Wohl der Untertanen gefördert, die "Klassik" der Nationalökonomie lebte und bestritt ihre Antwort vom Harmoniegedanken. Im 20. Jahrhundert dominierte das Ziel der Maximierung der Güterproduktion: eine Verengung in der Betrachtungsweise, gemessen an der "Klassik" der Nationalökonomie, insbesondere jedoch im Blick auf die deutsche Nationalökonomie des 19. Jahrhunderts, wie List, Schmoller u.a.m.

Hinblick auf den Untersuchungsgegenstand zu begründen und zu rechtfertigen.

b) In den Problemkreis einer sozialwissenschaftlichen Untersuchung ist die Frage nach den Möglichkeiten einer Bereicherung bzw. einer Gefährdung der menschlichen Existenz mit einbezogen.¹⁾ Es ist außerdem legitim, sich mit den Problemen zu befassen, die in einem Wechselverhältnis mit dem engeren Forschungsgegenstand der Wirtschaftswissenschaften stehen.

Die Bedarfsdeckung befriedigt einerseits wohl Bedürfnisse. Darüber hinaus werden andererseits Bedürfnisse neuer Qualität geweckt. Diesen Sachverhalt trifft ungefähr der populäre Satz vom Luxus von heute, der zum Konsum von morgen wird. Wirtschaften erschöpft sich eben nicht in der Überbrückung von Bedarf und Deckung; es bedeutet Anpassung der Umwelt an die Bedürfnisse des nicht "festgerückten" Menschen.²⁾ Das menschliche Handeln zur Anpassung der Umwelt ist die allgemeinste Formulierung des Unternehmerstrebens, denn sie beinhaltet auch die Bemühungen, das Anspruchs- und Produktionsniveau zu heben.³⁾

Man begeht einen Grundirrtum, wenn man verkennt, daß Wirtschaften als Überbrückung von Bedarf und Deckung eine eigene Dialektik entfaltet; Bedarfsdeckung befriedigt Bedürfnisse und weckt neue, sowohl auf der Konsumenten- als auch auf der Unternehmerebene.⁴⁾ Der stabilisierte Prozeß der Bedürfnisbefriedigung⁵⁾ ist nur die eine Seite dieses Tatbestandes.

1) So sprach sich A. Paulsen auf einer Tagung des Vereins für Socialpolitik für eine Verlängerung der Gedankengänge über die "Daten" hinaus aus; in W.G.Hoffmann (Hrsg.), Finanz-u.währungsp. Bed., a.a.O., S. 348.

2) Arnold Gehlen, Der Mensch, 7. Aufl., Frankfurt/M. und Bonn 1962, S. 17.

3) Ohne Zweifel weist der Unternehmer, wie ihn Schumpeter zeigt, diese Züge auf; siehe Joseph A. Schumpeter, Theorie der wirtschaftlichen Entwicklung, 5. Aufl., Berlin 1952, S. 96 ff.

4) Man ist versucht, diesen Satz einen sozialpsychologischen Grundsatz einer jeden Theorie des wirtschaftlichen Wachstums zu nennen.

5) Hierzu Gerhard Scherhorn, Bedürfnis und Bedarf, Berlin 1959, S. 100.

c) Der Mensch ist ein handelndes Wesen. Es ist schwer, einen Bereich zu isolieren, in dem er nicht nach bewußten oder unbewußten Zielen wirtschaftet. Das Ziel seines Handelns heißt schlechthin Anpassung. Der Begriff "Wirtschaft" muß dieses Ziel in sich aufnehmen können, um brauchbar zu sein. Deshalb erscheint ein Wert- und Zielsystem erforderlich, in dem Wertrationalität das Primat vor der Zweckrationalität hat; das ist im Hinblick auf die schillernde Vieldeutigkeit des Begriffs "Fortschritt" notwendig. Die Zweiseitigkeit dieses Begriffs wurde von vielen Autoren dargelegt (Horkheimer, Adorno, Löwith u.a.). Technischer und wirtschaftlicher Fortschritt ist noch nicht gesellschaftlicher und kultureller Fortschritt bzw. der geradlinige Prozeß der Aufklärung. Jeder Prozeß kann eine Eigengesetzlichkeit entfalten und das Humane bedrohen.

Diese Überlegungen führen zu dem Schluß, daß es eigentlich darauf ankommt, in welchem System von wirtschaftspolitischen Zielen und gesellschaftlichen Beziehungen das gesamte wirtschaftliche Handeln eingebettet ist. Ebenso ist festzuhalten, daß es nicht selbstverständlich ist, daß wirtschaftliches Wachstum gegeben ist. Ein Prozeß des wirtschaftlichen Wachstums setzt eine bestimmte Wirtschaftsgesinnung voraus.²⁾

Darüber hinaus hat eine Theorie der "Wirtschaft" noch zu enthalten, worin das eigentliche dynamische Verhalten des wirtschaftenden Menschen besteht, nicht nur hinsichtlich des Horizonts des technischen Wissens bzw. des technischen Fortschritts, sondern auch im Blick auf eine bestimmte Struktur der Nachfrageseite, der Fähigkeit zum Konsum - nicht als

1) Siehe oben das Zitat von Löwith, S.50; ebenso Horkheimer-Adorno, Dialektik der Aufklärung, Amsterdam 1947.

2) Hierzu Max Weber, Die protestantische Ethik und der "Geist" des Kapitalismus, wieder abgedruckt in Gesammelte Aufsätze zur Sozial- und Wirtschaftsge-schichte, Tübingen 1924; W.A. Lewis, Die Theorie des wirtschaftlichen Wachstums, Tübingen und Zürich 1956, S. 17 ff.

quantitativen, sondern ein qualitatives Problem. Denn ebenso wie ein höheres Produktionsniveau, so ist die Steigerung des Konsums auf ein kulturell höheres Niveau nicht ohne ein dazugehöriges Leitbild, ein Ziel oder eine Lebensauffassung denkbar. Hierfür ist ein bestimmter Begriff von "Wirtschaftspolitik" notwendig. Der Weg dahin führt zur Einbeziehung von Gesichtspunkten, die in den bekannten Definitionen von "Wirtschaft" nicht enthalten sind.

Obwohl sich Wirtschaftstheorie nicht auf das reine Marktgeschehen beschränkt, ist das Marktgeschehen im Zentrum der theoretischen Überlegung; hier tritt die Zweckrationalität des wirtschaftlichen Handelns am reinsten zutage. Kann als Vorziel einer jeden Wirtschaftsordnungspolitik die Schaffung eines ungestörten Marktgeschehens bezeichnet werden, so ergibt sich daraus die Aufgabe, daß die Momente und Tendenzen, die den Markt verzerren, zurückgedrängt werden müssen. Zumindest muß jedoch der Markt so organisiert werden, daß er funktionsfähig ist. Einen perfekten, "modellgerechten" Markt kann es nicht geben. Neben nicht marktkonformen Verhaltens- und Handlungsweisen sind hierfür insbesondere verantwortlich zu machen:

- die Verschiedenartigkeit der Individuen und der Güter,
- die mangelnde Markttransparenz,
- die unvollständige Teilbarkeit und Mobilität der Produktionsfaktoren,
- der unterschiedliche Einfluß des Faktors Zeit,
- das Vorhandensein von Marktmacht¹⁾ und
- der unterschiedliche Einfluß des Faktors Raum²⁾.

1) Nach Georg Weippert, Instrumentale und kulturtheoretische Betrachtungsweise der Wirtschaft, in Jahrbuch der Sozialwissenschaft, Bd. 1, 1950, S. 57/58.

2) Andreas Predöhl, Zur Theorie der wirtschaftlichen Entwicklung, in Entwicklungstheorie und Entwicklungspolitik, Tübingen 1964, S. 166.

d) Die wissenschaftliche Forschung ist immer in Bewegung und stellt sich immer in Frage. Neben dem geschichtlichen Anpassungsprozeß an die Gegenwartsprobleme ist es vor allem der Gedanke der Rationalisierung des Lebens, der als Stimulans des Forschens auftritt. In der Prüfung der verschiedenen Erscheinungsformen von "rational" können einige bisher geäußerte Gedankengänge etwas schärfer hervorgehoben werden.

Mannheim unterscheidet eine substantielle und eine funktionelle Rationalität.¹⁾ Er brachte damit den Begriff weiter voran als Max Weber²⁾; dieser spricht von Wertrationalität im Fall des an Geboten oder Forderungen orientierten menschlichen Handelns und von Zweckrationalität, wenn ein gegebenes Ziel mit zweckmäßigen Mitteln erreicht werden soll. Max Webers Rationalitätsbegriff ist ein Begriff der kurzen Handlungskette. Hierauf spielt Mannheim mit "funktioneller" Rationalität an; unter "substantieller" Rationalität versteht Mannheim jedoch "die Rechenhaftigkeit des Denkens im Überblick".³⁾ So ist z.B. Einkommensmaximierung, die zur Steigerung der Konsumkraft betrieben wird, als zweckrationales Handeln anzusehen. Damit ist jedoch über den Sinn der Einkommensmaximierung nichts gesagt, es sei denn, man vertrete die Ansicht von Bentham und J.St.Mill, das Glück sei das höchste Gut des Menschen und Nutzenmaximierung mit den Methoden des homo oeconomicus der Weg dazu.

Die Konsequenzen daraus sind erheblich, da die Wirtschaftstheorie als eine Sozialwissenschaft ebenso im Zeichen der Rationalisierung, der gesellschaftlichen Aufklärung steht. Der Begriff "Aufklärung" als Oberbegriff von "rational" ist schillernd, vieldeutig;

1) Karl Mannheim, Mensch und Gesellschaft im Zeitalter des Umbaus, Darmstadt 1958, S. 61 ff.

2) Max Weber, Wirtschaft und Gesellschaft, 4. neu hrsg. Auflage, 1956, S. 12/13.

3) Dieter Claessens, Rationalität revidiert, in Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, 1965, S. 467 ff.

ebenso ist man im Irrtum, wenn man meint, mit "rational" einen eindeutigen Begriff zu haben. So soll der wirtschaftende Mensch ein rational handelndes Wesen sein, das vom Bedürfnis angetrieben, seine zweckmäßige Befriedigung anstrebt. An diese Unterstellung hat die Konjunkturforschung¹⁾ und die Verhaltensforschung in mehrfacher Hinsicht große Fragezeichen gesetzt²⁾. Die heutige wirtschaftliche Theorie arbeitet in großem Umfang mit diesem Begriff, ohne die soziale Wirklichkeit im Blick zu haben, den in diesem Sinne noch nicht "mündigen" Menschen. Ebenso wird die Gefahr verkannt, daß "rationales" Handeln zum Selbstzweck werden kann; hierdurch kann selbst wissenschaftliche Forschung zum Problem werden.³⁾ Darüber hinaus hat der Prozeß der Rationalisierung vielfach eine Zerstörung stabiler soziologischer Struktur⁴⁾ und wirtschaftlicher Verhältnisse⁵⁾, eine neue Form der Irrationalität mit sich gebracht⁶⁾. Hier scheint für den in geschichtlichen Kategorien - Veränderung und Entwicklung - Denkenden die einfache Unterscheidung von Bedürfnisbefriedigung aus physischen, psychischen und kulturellen Momenten nicht genügend beachtet zu sein.

Was unter "rational" nicht mehr zu subsumieren ist, von der Wirtschaftstheorie vielfach jedoch noch hierunter gezählt wird, läßt sich an einem allgemeinen Beispiel demonstrieren. Das Rationalschema: Empfinden des Bedürfnisses und durch zweckgerichtetes - rationales - Handeln erreichte Befriedigung ist nur in dem "Umkreis normierten Verhaltens ohne Sachveränderung" möglich⁷⁾; die dauerfähige Sequenz: stabilisierte

1) Hierzu W.A. Jöhr, Die Konjunkturschwankungen, Tübingen-Zürich 1952.

2) Siehe auch Hans Jürgen Seraphim, Theorie der allgemeinen Wirtschaftspolitik, 2. Auflage, Göttingen 1963, S. 161.

3) Arnold Gehlen, Urmensch und Spätkultur, Bonn 1956, S. 33.

4) Werner Sombart, Die deutsche Volkswirtschaft im 19. Jahrhundert, 8. Auflage, Darmstadt 1954, S. 397 ff.

5) Joseph A. Schumpeter, Kapitalismus ..., a.a.O., S. 234.

6) Bruno Seidel, Industrialismus und Kapitalismus, Meisenheim 1955, S. 98

7) Arnold Gehlen, Urmensch ..., a.a.O., S. 91.

Spannung - normierter Ausdruck - Objektstatus genügt sich selbst¹⁾, so daß das "Verhältnis zum Seienden als solchem, das sich selbst repräsentiert, nicht mehr im Aspekt eines zu Verändernden erscheint"²⁾. Der Gewinn an substantieller Rationalität hat zu einem Verlust an substanzieller Rationalität, an Einsicht in den Zusammenhang von menschlichem Handeln und Veränderung der Umwelt geführt.

Das sich selbst genügende Verhalten des Wirtschaftenden erscheint somit in der dynamischen Wirtschaft als ein auf der vorletzten Stufe des rationalen Handelns stehengebliebenes wirtschaftliches Verhalten; in seiner Eigengesetzlichkeit ist dieses Verhalten stabil, dauerhaft und wiederholbar. Es läßt sich jedoch mit der herrschenden wirtschaftlichen Doktrine nicht erklären.

Die auf dieser Verbraucherhaltung beruhende Nachfrage kann mit wirtschaftlichen Motiven allein nicht bestimmt werden, vielmehr ist der Einsatz psychologischer und soziologischer Methoden erforderlich, ihre wirtschaftliche Relevanz zu sehen und zu interpretieren. Denn hier tritt ein gebrochenes Verhältnis zur Wirklichkeit offen hervor. Der geistesgeschichtliche Ort dieser Haltung ist soziologisch mit den "sekundären Systemen"³⁾ vorzüglich bestimmt. Die Verbrauchsstruktur läßt sich, wie Katona zeigt, nicht lediglich als Funktion des Einkommens bestimmen.⁴⁾ Seine Unterscheidung verschiedener Leistungsniveaus in "erreichtes Niveau", "Anspruchsniveau" und "ideales Niveau"⁵⁾, der Nachweis, daß die Verbrauchsstruktur die Struktur der nächsthöheren Einkommensklasse anstrebt, können als Bestätigung für die Definition des "sekundären Systems" dienen: Es stellt sich als eine Ordnung dar, in der ein

1) Arnold Gehlen, Urmensch ..., a.a.O., S. 90.

2) Ebenda, S. 91.

3) Hans Freyer, Theorie des gegenwärtigen Zeitalters, Stuttgart 1955, S. 79 ff.

4) George Katona, Das Verhalten der Verbraucher und Unternehmer, Tübingen 1960, S. 163.

5) Ebenda, S. 108.

Mensch unter ein Sachsystem so entschieden subsumiert wird, daß Antriebe, die in ihm selbst entspringen, nicht mehr zum Zuge kommen.¹⁾ Seine soziologische Herkunft und Ausbreitung schildert Riesman.²⁾ Die aus dieser Haltung entspringende Nachfrage erweist sich bei der Prüfung mit den Kriterien "Rationalität" und "Fortschritt" als eine ziellose und fehlgeleitete, d.h. als irrational.

e) Die Koordination spezieller Bereiche der Wirtschaftspolitik, und zwar der europäischen Staaten, die sich zur EWG zusammengeschlossen haben, hat die Verschmelzung von sechs Volkswirtschaften zum Ziel. Diese sind durch ein marktwirtschaftliches System³⁾ verbunden und besitzen eine zentrale Instanz, insbesondere für die Handelspolitik. Diese sechs Staaten stellen ein lebendiges Gebilde dar, das sich unter verschiedenen Aspekten, z.B. politischen, geschichtlichen, wirtschaftlichen, soziologischen und geistesgeschichtlichen beschreiben läßt. Das Ziel der Integration ist nicht nur eine Wirtschaftsgemeinschaft oder eine juristische Gemeinschaft, sondern das Zusammenführen dieser durch eine nationalstaatliche Epoche zerspaltenen europäischen Völker.⁴⁾ Die Staaten der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft umfassen ein Gebiet, das eine gemeinsame Geschichte und eine gemeinsame Kultur hat. Doch birgt diese Begrenzung auf den relativen kleinen Wirtschaftsraum die Gefahr in sich, daß die Grenzen der EWG zum wirtschaftlichen Horizont werden; dieser Gefahr kann und muß entgangen werden.

1) Hans Freyer, Theorie ..., a.a.O., S. 89.

2) David Riesman, Die einsame Masse, Hamburg 1958, insbesondere S. 137 ff: Die außen-geleitete Lebensweise.

3) Art. 3 f und Art. 85 ff EWG-Vertrag.

4) Präambel zum EWG-Vertrag.

2. Die Abgrenzung des Untersuchungsobjektes

a) Die Abgrenzung des Untersuchungsobjektes ist abhängig von der Untersuchungsmethode. Die im vorhergehenden Kapitel aufgezeigten Fragestellungen weisen auf eine Untersuchungsmethode hin, die eine enge Abgrenzung unmöglich macht, ja sogar eine - verglichen mit anderen Untersuchungen - riskante und ungewöhnliche Breite erfordert. Die auftretenden Probleme sind jedoch ebenso weitgehend. Die Aufgaben einer künftigen Wirtschaftspolitik werden weniger das Gebiet der Integration, der Produktionsfaktoren und der wirtschaftlichen Beziehungen der Partnerstaaten untereinander betreffen. Vielmehr werden die Bemühungen um ein System zur Stabilisierung des Wirtschaftsprozesses, der konjunkturellen Wechsellagen und des wirtschaftlichen Wachstums in einem System zur Stabilisierung der gesellschaftlichen Dynamik die Lösungen erzwingende Probleme darstellen.

Hieraus kann eine ordnungspolitische Aufgabe formuliert werden; sie besteht in der Bildung von Institutionen und Instrumenten. Diese Aufgabenstellung erfordert eine entsprechend weite Problemstellung, und es wird sich erweisen, daß das angestrebte Ziel keine andere Eingrenzung erlaubt. Die Untersuchung kann sich nicht damit begnügen, das Wirtschaftsleben innerhalb bestimmter Daten ablaufen zu sehen; relevant sind ebenso menschliche und gesellschaftliche Faktoren des Wirtschaftslebens sowie die damit zusammenhängenden kulturellen Aspekte.

Damit ist die Abgrenzung allerdings nicht in Übereinstimmung mit der Mehrzahl der Definitionen, die in der Literatur für das Erkenntnisobjekt "Wirtschaft" gegeben werden.¹⁾

1) Nach der Unterteilung von Oppenländer läßt sich diese Weite jedoch noch vertreten. Siehe K.H. Oppenländer, Die modernen Wachstumstheorien, Berlin 1963, S. 7 ff.

Allerdings wird dargelegt werden, daß die von diesen Autoren vertretenen Definitionen des Forschungsgegenstandes der Wirtschaftswissenschaft - unter Berufung auf die Wirklichkeit - zu eng sind. Denn durch die Trennung von endogenen und exogenen Kräften, durch das Setzen von Daten werden sehr viele verursachende Faktoren im Wirtschaftsprozeß nicht beachtet oder nicht in den Forschungsgegenstand mit einbezogen.¹⁾

Der Begriff "soziale Organisation" ist dafür ein Beispiel; diese ist kein vom Wirtschaftsprozeß unabhängiges Datum; die Möglichkeit von Änderungen kann nur bei kurzfristiger Betrachtung außer Ansatz bleiben.²⁾ Das Hauptgewicht der Forschung heute liegt im Studium der funktionellen Abhängigkeiten; die Erforschung der Antriebskräfte des Wirtschaftens tritt demgegenüber in den Hintergrund. Eine Demonstration dafür bieten insbesondere die Wachstumstheorien. "Bei genauer Durchsicht der Wachstumsmodelle und Aufdeckung ihrer implizite gemachten Annahmen ergibt sich nun ... ganz klar, daß lediglich ... die Bedingungen eines fortschreitenden Gleichgewichts" aufgezeigt werden, "ohne die Kräfte zu analysieren, die die tatsächliche Entwicklung vorantreiben".³⁾

Die Erörterung des Erkenntnisobjekts "Europäische Wirtschaftsgemeinschaft" zwingt zu einer säkularen Betrachtungsweise. Dies erfordert eine über das übliche Maß hinausgehende Beschäftigung mit der Klärung der aktuellen Situation, die sich als ein konstitutives Element eines jeden wirtschaftspolitischen Problems darstellt.⁴⁾ Wirtschaftliches Wachstum vollzieht

1) Hierzu Hans Jürgen Seraphim, Theorie ..., a.a.O., S. 50 ff.

2) Die von Eucken vertretene Ansicht, daß die vom Wirtschaftsprozeß ausgehenden Wirkungen auf die Daten vernachlässigt werden können, wird nicht geteilt. Hierzu Walter Eucken, Die Grundlagen der Nationalökonomie, 6. Auflage, Berlin-Göttingen-Heidelberg 1950, S. 158.

3) Klaus Rose, Der Erkenntniswert der Wachstumsmodelle, in Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik, Band 168, Stuttgart 1956, S. 328.

4) W.A. Jöhr/H.W. Singer, Die Nationalökonomie im Dienste der Wirtschaftspolitik, 2. Auflage, Göttingen 1964, S. 54.

sich in langfristigen Prozessen. Hierzu kann es nicht ausreichen, lediglich einen geschichtlichen Zustand zu einem bestimmten Zeitpunkt aufzuzeigen, es muß ebenso auf die Voraussetzungen dieses Zustandekommens eingegangen und die zu diesem Zeitpunkt geschichtlich, politisch, gesellschaftlich und wirtschaftlich wirksamen Tendenzen bestimmt werden. Deshalb sind die Daten im Wachstumsprozeß einer Wirtschaft nicht nur absolute, sondern selbst veränderliche Größen und somit sekundäre Untersuchungsobjekte.

b) Wenn eine Beschreibung der Möglichkeiten einer gemeinsamen Konjunktur- und Wachstumspolitik aus ordnungspolitischer Sicht gegeben werden soll, sind dabei die unter den heutigen Bedingungen theoretisch möglichen Lösungen aufzuzeigen. Die Bedingungen eines solchen Konzepts sind damit - neben den vertraglichen Bedingungen - nicht allein "wirtschaftlicher" Art, sondern werden durch kulturelle Aspekte, insbesondere durch das gesellschaftliche und anthropologische Selbstverständnis bestimmt. Trotz der Weite ist damit ein fester Rahmen gezogen, dessen Grenzen durch die Erfahrungen und die Einsicht in die Wirklichkeit und Möglichkeiten von Mensch und Gesellschaft gezogen sind. So soll den Forderungen der "substantiellen" Rationalität Rechnung getragen werden.

Die vorgesehene Abgrenzung bleibt jedoch weiterhin ein Problem und hat es immer zu sein. Eine andere Methode konnte dennoch nicht gewählt werden, da die Phänomene "Konjunktur" und "Wachstum" die ganze komplexe Wirklichkeit der Wirtschaft ausmachen. Diese Wirklichkeit ist, da sie einen Teil des gesellschaftlichen Daseins bildet, eine kulturwissenschaftliche.¹⁾ Von diesem Verständnis der Theorie aus ist eine Einordnung in die Bereiche des Selbstverständnisses von Mensch und Gesellschaft möglich. Damit ist der Forderung, die Interdependenz im gesamten sozialwissenschaftlichen

1) Hans Jürgen. Seraphim, Theorie ..., a.a.O., S. 54.

Bereich zu beachten, Rechnung getragen. Jede eingeschränkte Behandlung in diesem Rahmen hätte sich vor dem Untersuchungsobjekt zu rechtfertigen. Diese wäre bei einem Untersuchungsgegenstand ordnungspolitischer Natur schwerlich zu finden und kann auch im vorliegenden Fall nicht gegeben werden. Umso dringlicher ist die Einordnung in das System der Sozialwissenschaften. In diesem Vorgehen gibt ein Kriterium eine hervorragende Unterstützung, nämlich der Begriff "Daseinsrichtigkeit" - von Weippert¹⁾ geprägt und von Seraaphim²⁾ übernommen. Damit ist sichergestellt, daß die notwendige Weite an Betrachtung gewonnen ist.³⁾

Diese Voraussetzungen geben die Richtung des Vorgehens an. Verwendung finden dürfen nur die Fakten, die den tatsächlichen Rahmen für das wirtschaftliche Handeln setzen. Diese Fakten müssen durchweg empirisch nachweisbar und historisch erklärbar sein. Darüber hinaus werden allgemeine Überlegungen und empirische Ergebnisse miteinander verglichen und aus wirtschaftsgeschichtlichen Betrachtungen theoretische Konsequenzen gezogen.

3. Überlegungen zur Methode der Wirtschaftstheorie

a) Die gegenwärtige wirtschaftswissenschaftliche Literatur bietet verschiedene Methoden zur Lösung wirtschaftspolitischer Fragen an. Der Wettbewerb dieser Methoden geht bis zum Streit um das zweckmäßige und wissenschaftliche Verfahren auf dem Gebiet der Wirtschaftspolitik. Die eine Methode bedient sich eines quantifizierenden, mathematischen Verfahrens, die zweite gelangt durch eine historisch-soziologische Analyse zur Auffindung der wissenschaftlichen Erkenntnis.

-
- 1) Georg Weippert, Werner Sombarts Gestaltsidee des Wirtschaftssystems, Göttingen 1953, S. 78 ff.
 - 2) Hans Jürgen Seraaphim, Theorie ..., a.a.O., S. 230 ff.
 - 3) Die Kant'schen Fragen: 1. Was kann ich wissen? 2. Was soll ich tun? 3. Was darf ich hoffen? 4. Was ist der Mensch? sind auch die Grundlagen und die Bedingungen der Fragen, die der Wirtschaftswissenschaftler sich stellt.

Die jüngste Vergangenheit der Wirtschaftswissenschaften hat eine große Bereicherung in der Kenntnis funktionaler Zusammenhänge bei der Bildung und Verteilung des Volkseinkommens gebracht. Über diesen Forschungen ging viel von der Intention der nationalökonomischen Forschung des 19. und frühen 20. Jahrhunderts verloren¹⁾, insbesondere der jüngeren historischen Schule und der sogenannten Kathedersozialisten, die außerordentlich stark wirtschaftspolitisch ausgerichtet waren²⁾. Ein Aufgreifen einiger früherer Fragestellungen könnte dazu verhelfen, den heute erreichten wissenschaftlichen Stand weiter voranzutreiben.

Der Theoriebegriff der Wirtschaftswissenschaften hat eine sehr starke Veränderung erfahren, der nicht lediglich mit einer Konzentration auf das Wesentliche zu erklären ist. Die Ursachen und Ziele des Wirtschaftens sind heute als Untersuchungsobjekte weitgehend ausgeschlossen. Durch das exakt-quantifizierende Verfahren kann allerdings "nur eine exakte Beschreibung der Beziehungen ökonomischer Größen erreicht werden, nicht mehr. Eine Ursachenforschung ist auf diesem Wege nicht möglich."³⁾ Das befriedigt im Hinblick auf die Wirklichkeitsnähe die Wirtschaftswissenschaften nicht.

Die wissenschaftliche Gegenposition vertritt die Auffassung, daß z.B. wirtschaftliches Wachstum dann zustande kommen kann, wenn der geistige Rahmen dafür vorgezeichnet ist. Wirtschaftliches Wachstum findet nur dann statt, wenn es a priori möglich ist. Das Getriebe des Wirtschaftens mündet nicht "blindlings" in Wachstum.⁴⁾ Bei Unternehmern wie Konsumenten müssen z.B. weitgehend klare Vorstellungen über die nächsthöhere Stufe der Produktion bzw. des Konsums bestehen

1) Hierzu Hans Freyer, Die Bewertung der Wirtschaft im 19. Jahrhundert, 2. Auflage, Leipzig 1939.

2) So auch Hans Jürgen Seraphim, Theorie ..., a.a.O., S. 19.

3) Ebenda, S. 52.

4) "Naturgrundlagen bestimmen den Lauf der Entwicklung und stellen die Herausforderung dar, die der Mensch annehmen oder ablehnen kann." W.A. Lewis, Die Theorie ..., a.a.O., S. 51.

- wie es heute in Entwicklungsländern möglich ist -, oder aber ein genialer Mensch weckt das Streben zu wirtschaftlichem Wachstum in einem Volk.¹⁾

Die Betrachtungsweise der Wirtschaftstheorie hat sich vornehmlich auf die Marktvorgänge beschränkt. Vorherrschend ist hierbei die Ansicht, daß der "Ablauf des Wirtschaftsprozesses immer die Resultante der Dispositionen der Wirtschaftssubjekte ist".²⁾ An diesem Satz läßt sich sofort die ganze Bedürftigkeit dieser Richtung der Wirtschaftswissenschaften demonstrieren. So ist das Verhältnis beider Denkmethoden bezüglich ihrer Kongruenz mit den wirklichen Vorgängen fundamental verschieden, wenn Gegenstand der Wirtschaftswissenschaften lediglich der Wirtschaftsprozeß ist. Das Wirtschaftssubjekt hat dann nur ein funktionales Dasein, gleichsam als "homo oeconomicus", dessen Wirtschaftspläne Funktionen von Daten, Variablen und Parametern sind. Der Mensch als Wirtschaftender ist jedoch nicht bloß ein soziales und individuelles Wesen. Seine Handlungsweise nur unter dem Gesichtspunkt der "Wirtschaftlichkeit" zu sehen, ist sehr gefährlich. Die wirtschaftlichen Motive sind abgeleitete Motive.

Als der dynamische Unternehmer von Schumpeter beschrieben wurde, erhielt dieser manche Eigenschaften, die nicht mit einem engen Begriff von wirtschaftlichen Motiven in Einklang zu bringen waren.³⁾ Das hatte weitreichende Folgen; hat man sich auf diese Art der Wirtschaftsforschung - nicht nur das Marktgeschehen betrachtend - eingelassen, muß man auch konsequent weitergehen. So benötigt z.B. die Konjunkturtheorie als Erklärung des Wesens von Schwankungen im Wirt-

1) W.A. Lewis, Die Theorie ..., a.a.O., S. 54.

2) Erich Schneider, Das Gesicht der Wirtschaftstheorie unserer Zeit und das Studium der Wirtschaftswissenschaften, Tübingen 1947, S. 14 f.

3) Joseph A. Schumpeter, Theorie ..., a.a.O., S. 96 ff.

schaftsleben nicht nur eine Theorie auf der Grundlage von Kreislaufbetrachtungen, die eventuell psychologische Gesichtspunkte mit einbezieht.¹⁾ Sie benötigt darüber hinaus ebenso eine Erklärung dieser Schwankungen als Ausdruck wirtschaftlicher Konflikte. Ebenso scheint die Erklärung der Wirtschaftsschwankungen über die seither bekannten Theorien hinaus einer zusätzlichen Erläuterung als Folge sozialer Konflikte zu bedürfen. Ebenso erfordern jüngere anthropologische Forschungen²⁾ ein erneutes Durchdenken des Wirtschaftsprozesses im Hinblick auf Ursachen, Motive und Ziele des Wirtschaftens.

b) Ein weiteres Beispiel, das auf das Gebiet historischer und soziologischer Gesichtspunkte überleitet, zeigt die Diskussion, was unter "der normalen Situation" im Wirtschaftsleben zu verstehen ist. Man kann hierunter durchaus das verstehen, was Schumpeter in den Mund seines Geschäftsmannes legt.³⁾ In der Wirtschaftstheorie ist diese Frage nach dem Gleichgewicht stets erörtert worden. Dieser Aspekt interessiert unter einem spezifischen Gesichtspunkt.

Über den langfristigen Wirtschaftsablauf wurden seit Malthus und Marx immer wieder neue Thesen aufgestellt. Danach sei die bestehende Wirtschaftsordnung, z.B.

-
- 1) Wie sehr in der seitherigen Forschung bestimmte Denkbilder Geltung hatten, zeigt die Übernahme von Begriffen aus dem organischen Bereich, z.B. Diagnose, Prognose, Therapie. Mit diesen Begriffen geht ein ganz spezifischer und komplexer Charakter der Störungen im Wirtschaftsablauf verloren.
 - 2) Arnold Gehlen, Der Mensch, seine Natur und seine Stellung in der Welt, 7. Auflage, Bonn 1962.
Arnold Gehlen, Studien zur Anthropologie, Neuwied 1963.
Arnold Gehlen, Die Seele im technischen Zeitalter, 46.-50. Tausend, Reinbek bei Hamburg 1962.
Arnold Gehlen, Anthropologische Forschung, Reinbek bei Hamburg 1961.
 - 3) Joseph A. Schumpeter, Konjunkturzyklen, Bd. I, Göttingen 1961, S. 10/11.

des Kapitalismus zum Untergang verurteilt, weil sie zwangsläufig, aus einer ihr immanenten Gesetzmäßigkeit heraus, in einer Katastrophe enden würde. Deflatorische oder inflatorische Faktoren, von Marx noch mit soziologischen Momenten versehen, werden als Ursachen ausgegeben. Die Hinwendung zum konkreten Detail des Wirtschaftslebens (Keynes: in the long run we are all death) hat diese Spekulationen in den richtigen Rang zurückgestuft. Die Beschäftigung mit Fragen der langfristigen Entwicklung, des geschichtlichen Prozesses, blieb allerdings lediglich eine denkerische Aufgabe von nicht geringem Reiz, ohne sich jedoch praktisch zu bewähren.

Ranke's Ausspruch: "Jedes Zeitalter ist unmittelbar zu Gott"¹⁾, muß hier so interpretiert werden: Jede Zeit hat ihre eigenen Probleme und Aufgaben, die sie zu lösen hat, um zu sich selbst zu gelangen, um wahrhaftig selbst zu sein. Dieser Satz ist Ausgangspunkt jeder Wirtschaftspolitik, die Anspruch erhebt, wirkliche Veränderungen hervorzurufen. Der endogene Wirtschaftsprozess schafft fortwährend Probleme, die bewältigt werden müssen. So bringender Wirtschaftsprozess und die Maßnahmen der Wirtschaftspolitik Nebenwirkungen bzw. Fehlleistungen mit sich, die nicht gewollt waren und die korrigiert werden müssen, die Auswirkungen sowohl als auch die Ursachen. Es wäre verfehlt, als Ursachen lediglich endogene Faktoren, also sache-gesetzliche Prozesse, wie konjunkturelle Anpassungs-schwierigkeiten, anzunehmen ; vielmehr sind hierunter auch säkulare Prozesse: Konzentration, Ausschaltung des Wettbewerbs u.ä. zu zählen. Die Aufgabe lautet also nicht nur, wie die Wirtschaftspolitik

1) "Jede Epoche ist unmittelbar zu Gott und ihr Wert beruht gar nicht auf dem, was aus ihr hervorgeht, sondern in ihrer Existenz selbst, in ihrem eigenen Selbst." Leopold Ranke, Über die Epochen der neueren Geschichte, in Völker und Staaten in der neueren Geschichte, ed. L.v.Muralt, 1945, S. 494.

Schwankungen ausschalten kann, sondern auch, welche Institutionen in einer Wirtschaftsgesellschaft vorhanden sein müssen, daß "dieser modernen industrialisierten Wirtschaft und Gesellschaft eine menschenwürdige und funktionsfähige Ordnung gegeben und gesichert werden kann".¹⁾

Eine Wirtschaftspolitik, die sich um ordnungspolitische Gesichtspunkte bemüht, kann auf neue Grundlagen zurückgreifen. Das trifft auch dann zu, wenn an alte Kontroversen der Wirtschaftspolitik vergangener Jahrzehnte gerührt wird; die Frage ist, inwieweit freie Marktwirtschaft, soziale Marktwirtschaft, Planwirtschaft oder irgendeine andere gemischte Wirtschaftsordnung in diesem Sinne die zweckmäßigste Organisation ist. Die bisherige Diskussion hat das Ergebnis gezeigt, daß reine Wirtschaftsordnungen Utopien sind. Die Probleme in den Wirtschaftsgesellschaften - Prozeßstabilisierungen, Strukturwandlungen, Mitbestimmung, Einkommensverteilung - legen die Auffassung nahe, daß die Ordnungsprinzipien der herkömmlichen Art lediglich erste, ebenso grundlegende wie grobe Unterscheidungen und Entscheidungen der Wirtschaftsordnung sind. Ohne Berücksichtigung psychologischer, soziologischer, anthropologischer u.a. Gesichtspunkte dürften sie jedoch bloße Ideen sein, die der Wirklichkeit aufgezwingt werden. Sie würden damit gesellschaftlichem und menschlichem Wesen zuwiderlaufen.

Auf der Grundlage von wirtschaftlichen, soziologischen, anthropologischen und sozialpsychologischen Überlegungen wird konkret gezeigt werden, wie Institutionen, Instrumente der Wirtschaftspolitik im Bereich der EWG dazu verhelfen können, die offenen und erhofften untergründigen Ziele dieser Wirtschaftsgemeinschaft zu erreichen.

1) Walter Eucken, Unser Zeitalter der Mißerfolge, Tübingen 1951, S. 2.

Diese Ausführungen machen einmal mehr deutlich, daß Forschungsgegenstand und Forschungsvorhaben den Rahmen herkömmlicher Arbeitsweise sprengen. Die Methode des Vorgehens muß sich diesem anpassen. Die Betrachtungen über eine mögliche Wachstums- und Wirtschaftspolitik der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft werden also im Rahmen des Kulturgebietes "Wirtschaft" - als Gegensatz zum engeren Sachgebiet "Wirtschaft" verstanden - stattfinden müssen.

Die im Bereich der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft vorgefundenen Institutionen und Instrumente der Konjunktur und Wirtschaftspolitik werden darauf überprüft werden müssen, ob und inwieweit sie die wirtschaftliche, soziologische und anthropologische Wirklichkeit treffen.¹⁾

4. Behandlung und Abgrenzung dieser Fragen in der Literatur

a) Die gestellten Fragen und die berührten Problemkreise erfordern eine Prüfung des von verschiedenen Autoren verwendeten Begriffs "Wirtschaft". Zu diesem Zweck seien die wesentlichen Forderungen an Ziel und Methode zusammengefaßt:

- die Betrachtung von Wirtschaft innerhalb des Ganzen der Kultur,
- die Kriterien für Institutionen und Instrumente müssen historische, soziologische und anthropologische neben wirtschaftlichen Gesichtspunkten berücksichtigen,
- eine Erklärung des wirtschaftlichen Wachstums auf der Grundlage der gesellschaftlichen Dynamik.

Daraus folgt als ein besonderes Problem die Frage nach den Zielen der Wirtschaftspolitik, die durch die Wissen-

1) Dabei muß immer im Auge behalten werden, daß die Aussagen der Theorie über die Gesellschaft und die Beschreibung der Wirtschaft nie die volle Wirklichkeit von Wirtschaft und Gesellschaft treffen.

schaft abgeklärt werden können; insbesondere ist herauszuarbeiten, wie die im EWG-Vertrag formulierten Ziele zu bewerten sind und ob sie ausreichen, eine gemeinsame Wachstums- und Konjunkturpolitik aufzubauen.

Es liegt nahe, daß Eucken, der ähnliche Fragestellungen wie die im vorhergehenden Abschnitt dargelegten, bearbeitet hat, eine Definition von "Wirtschaft" gibt, auf die sich diese Untersuchung stützen könnte. Doch Eucken resignierte bei dem Versuch einer Definition. In seinen "Grundlagen der Nationalökonomie" ist er der Auffassung, daß "Fragen nach Definitionen und Definitionen selbst vom Anfang der meisten anderen Wissenschaften bereits verschwunden sind".¹⁾ Diese Enthaltensamkeit ist nicht verständlich, jedoch aus der Wissenschaftssituation heraus erklärbar. Die Mehrzahl der Forscher sieht das Problem darin, den Bereich "Wirtschaft" so einzugrenzen, daß eine wissenschaftliche Aussage darüber möglich wird. Eucken hatte eine andere Intention, weil ihm eine besondere Aufgabe vordringlich schien: Zu der Frage nach den Zusammenhängen des wirtschaftlichen Alltags tritt die Frage nach dem Aufbau der Wirtschaftsordnungen, in welchen jeweils der wirtschaftliche Alltag abrollt.²⁾ Von Eucken kann daher keine Definition als Arbeitsaxiom erwartet werden; seine Forschungsarbeit war voll und ganz auf eine Erklärung der wirtschaftlichen Wirklichkeit gerichtet.³⁾

b) In der Beschreibung von Wirtschaft als "Gesamtheit der Einrichtungen und Verfahren, mit denen Menschen Mittel ("Güter") für erstrebte Zwecke ("Befriedigung von Bedürfnissen") beschaffen und verwenden"⁴⁾, ist die heute vorherrschende Grundlage der wirtschaftlichen

1) Walter Eucken, Grundlagen ..., a.a.O., S. 7.

2) Ebenda, S. 68.

3) F.A. Lutz, in Walter Eucken, Grundsätze der Wirtschaftspolitik, Hamburg 1959, im Nachwort S. 193.

4) Andreas Paulsen, Allgemeine Volkswirtschaftslehre, Bd. I, 3. Auflage, Berlin 1959, S. 7.

Forschung weitgehend wiedergegeben. Sie ist ausreichend, um einer im empirischen Forschen sich bescheidenden Wissenschaft abzustützen, jedoch nicht in der Lage, die Probleme, die nach dem einleitenden Abschnitt behandelt werden sollen, zu rechtfertigen. Vielmehr werden auf Grundlage dieses Begriffs alle die Spannungen wieder aufbrechen, die den Werturteilsstreit mit ausgelöst haben.

Eine Möglichkeit, die hier vertretene Auffassung definitorisch abzusichern, ergibt sich in einer Gegenüberstellung von Theorie und Empirie. "Wirtschaftswissenschaft besteht aus empirischem Material und dem begrifflich-geistigen Rüstzeug der Theorie, mit der wir die Nachrichten verarbeiten. Die Theorie besteht nur aus der begrifflichen, abstrakten Hälfte."¹⁾ Theorie könnte damit in einen Gegensatz zu empirischen, feststellbaren Fakten gebracht werden; in der Absicht des Autors ist es jedoch nicht so beabsichtigt, da das, was als Theorie gilt, lediglich "kondensierte Praxis"²⁾ ist.

Diesem Begriff von Theorie kann nicht zugestimmt werden. Theorie bedeutet hier nichts anderes als eine Zusammenfassung von unzähligen vorangegangenen Erfahrungen. Die Durchdringung der Empirie mit der Theorie ist methodisch eine Subsumtion der Beobachtung unter eine Summe von Erfahrungen. Theorie wird damit als eine Zusammenschau der Erscheinungs- und Erfahrungswelt verstanden. Das trifft die Wirklichkeit des Menschen jedoch nicht. Die Wirtschaftssubjekte sind nicht bloß Unternehmer und Konsumenten, sondern darüber hinaus Angehörige der Spezies homo sapiens. Als ~~solche sind sie~~ ^{mehr} als empirisch feststellbar ist. Zum Begriff des Menschen, auch der Gesellschaft, gehört immer die Möglichkeit, anders sein zu können, mehr sein zu können. "Wer die menschlichen (und gesellschaftlichen) Dinge nicht an dem mißt, was sie

1) Heinrich Rittershausen, Wirtschaft, 101.-125. Tausend, Frankfurt/M. 1961, S. 242.

2) Ebenda, S. 243.

selber bedeuten wollen, der sieht sie nicht bloß oberflächlich, sondern falsch."¹⁾ Diese Dimension muß trotz aller Schwierigkeiten ein wesentlicher Bestandteil der Theorie sein. Das hat auch für den Bereich der Wirtschaftswissenschaften zu gelten.

Man halte sich die relative Irreversibilität der Mehrzahl der Entwicklungsprozesse vor Augen! Ein Konsument des Jahres 1950, gleich in welchem Lande, das in einem wirtschaftlichen Wachstumsprozeß steht, ist ein anderer als im Jahre 1965. Eine Rückkehr zu seinem früheren wirtschaftlichen Verhalten ist undenkbar. In dieser geschichtlichen Entwicklung besteht unzweifelhaft eine Tendenz zur Fortentwicklung, gleich ob zum Fortschritt oder zum Rückschritt. Die Möglichkeit eines Stillstands scheint nicht gegeben zu sein. Das ist am Beispiel des Unternehmers voll und ganz einsichtig. Oftmals werden Fehlentwicklungen, Fehlinvestitionen gemacht, die dann, wenn die Fehler offensichtlich werden, abrupt beendet werden. Nach welchen Korrektiven regeln sich diese Entwicklungen? Es kann sich hier nicht bloß um statistische Ergebnisse handeln, vielmehr werden hier Wirkungen erkennbar, deren Ursachen weit unter dem Bereich des mit empirischen Mitteln augenscheinlich Feststellbaren liegen. Hier liegt das große Gebiet der Theorie. Deshalb muß unter Theorie in dieser Arbeit grundsätzlich etwas anderes verstanden werden, wie bei Rittershausen.

c) Sehr deutlich wird dieser Mangel einer weitergehenden Begriffsfassung bei Erich Schneider. "Aufgabe der Wirtschaftstheorie ist es, die in der Wirtschaft vorhandenen Zusammenhänge aufzudecken und zu erklären. ... Die Arbeit des Theoretikers ist immer und notwendig ein Denken an Modellen, das heißt an Abbildern der Wirklichkeit."²⁾ Diese zunächst formale Bestimmung wird im fol-

1) Theodor W. Adorno, Begriff der Soziologie, in Soziologische Exkurse, Frankfurt/M. 1956, S. 18.

2) Erich Schneider, Einführung in die Wirtschaftstheorie, I. Bd., IV. Teil, Tübingen 1962, S. 1.

genden näher ausgeführt: "Die Methode der Theorie besteht darin, die Wirklichkeit im Hinblick auf eine bestimmte Fragestellung auf die einfachsten, für diese spezielle Fragestellung relevanten Linien zu reduzieren ..." ¹⁾ Das Phänomen "Wirtschaft" gibt zu den verschiedensten Fragen Anlaß, die auch zur ökonomischen Theorie, d.h. zur Analyse von wirtschaftlichen Zusammenhängen im Rahmen bestimmter Wirtschaftsordnungen führen. Nur diese letzte Problemstellung führt zu den quantitativen Aspekten der Wirtschaft, und nur diese Problemstellung ist Gegenstand der Wirtschaftstheorie. ²⁾

Die Gewalttätigkeit in der Abgrenzung ist ohne weiteres zu ersehen. Die Beschränkung auf die quantitativen Bereiche der Wirtschaft kann aus der ersten Definition nicht gefolgert werden. Liegt lediglich ein Verdacht vor, daß die weitere Ausführung der Definition weniger im Blick auf die Wirklichkeitserfassung als auf eine bestimmte Art der Wissenschaftlichkeit und auf ein persönliches Forschungsprogramm ³⁾ zu sehen ist? An anderer Stelle wird nämlich - bei einer stärker inhaltlich bestimmten Definition - eine Formulierung geboten, die eine weitere Auffassung des Gegenstandes der Wirtschaftswissenschaften nahelegt. Danach ist der "Gegenstand der Wirtschaftswissenschaft jener Ausschnitt menschlichen Handelns, der in Verfügung über knappe Mittel zur Erfüllung menschlicher, aus Bedürfnissen und Wünschen resultierender Zwecke besteht". ⁴⁾ Schneider kann also nicht unbedingt eingeengt werden auf die einseitige Hälfte dessen, was Rittershausen das empirische Material nennt. Auf seiner Ausgangslage wäre es möglich, auch die andere Hälfte, die Theorie über das menschliche Handeln, aufzubauen.

1) Erich Schneider, Einführung ..., II. Teil, S. 2, Tübingen 1949.

2) Erich Schneider, Einführung ..., IV. Teil, S. 10, Tübingen 1962.

3) Die Durchführung der "Einführung" scheint die Richtigkeit der Vermutung zu beweisen.

4) Erich Schneider, Einführung ..., I. Teil, S. 1, Tübingen 1955.

Eine letzte Zuspitzung des heute herrschenden Theoriebegriffs gibt Oskar Morgenstern.¹⁾ Danach bringt die moderne axiomatische Methode die logische Struktur jeder Theorie mit größerer Klarheit hervor; an die verwandten Prämissen wird die Forderung nachprüfbarer Erfahrungen gestellt. Nach Morgenstern kann jedoch nicht alle empirische Theorie sofort in der rational befriedigenden Form aufgestellt werden. Es gibt ein Zwischengebiet, das die bloß geschichtliche Beschreibung mit der "reinen" Theorie verbindet. Hier existiert das "Anschauliche noch, doch soll die anschauliche Theorie heuristisch die Konstruktion rigoroser Theorie vorbereiten".²⁾

Verblüffend ist diese Formulierung im Hinblick auf die Aussage eines profilierten Vertreters der "anschaulichen" Theorie. Danach ist "rationale Theorie ein heuristisches Mittel".³⁾

Nimmt man hier rationale Theorie als gleichbedeutend mit instrumentaler oder axiomatischer Theorie, also Verwendung mathematischer Methoden in den Wirtschaftswissenschaften, so kehrt man in diesen beiden Zitaten die extremsten Positionen hervor.

Der Eingangspunkt ist wohl der Begriff rational, der hier wie dort eine andere Bedeutung hat.

Für die Theoretiker der axiomatischen, mathematischen Richtung erweist sich ihr Verfahren für die theoretische Nationalökonomie als "notwendiges Sprachsystem, weil das Erkenntnisobjekt mathematische Struktur besitzt und die Beziehungsform zwischen seinen Grundannahmen einem mathematischen Relationsbegriff zugeordnet werden kann".⁴⁾

Diese Aussage ist eine Demaskierung des mathematischen Verfahrens. Erstens wird behauptet, man könne von menschlicher Handlungsweise in mathematisch-logischer Weise

1) Oskar Morgenstern. Anschauliche und axiomatische Theorie, *ANTIΛΛΟΝ*, Festschrift für Edgar Salin, Tübingen-Basel 1962, S. 86.

2) Ebenda, S. 80.

3) Edgar Salin, Hochkapitalismus, in *Weltwirtschaftliches Archiv*, Bd. 25, 1927, S. 330.

4) Gerhard Kade, Die Verdächtigung der exakten Wirtschaftstheorie, in *Jahrbuch für Nationalökonomie und Statistik*, Bd. 169, S. 39.

reden. Von menschlicher Handlungsweise kann man jedoch nur in anthropologischen Kategorien reden, wenn man nicht unmenschlich reden will. Zweitens besitzt die theoretische Nationalökonomie keine exakt-mathematische, sondern lediglich eine stochastische Struktur. Allzu leicht werden Zahlen in das Prokustesbett von Formeln gezwängt und zu genauen Ergebnissen geführt, wo nur Annäherungswerte zu erwarten sind. Hier liegt der Irrtum vor, daß die mathematische Sprache das rationale Prinzip sei.

Die daraus gewonnene Erkenntnis soll - unter der Voraussetzung der Prämissen - eindeutig und von jedermann denkerisch nachzuvollziehen sein. Das dürfte gelten, wenn es sich um eine Zweck- oder funktionelle Rationalität handelt.¹⁾ Bei Annahme eines zweckorientierten Verhaltens des Menschen lassen sich so kurze Handlungsketten entwickeln. Diese erklären jedoch nicht die Handlungsweise des Menschen, sondern lediglich die Folgen und Ergebnisse seines Handelns. Die Enge dieses Begriffs ist somit aufgezeigt. Zweckorientiertes Verhalten gehört zum Wesen des Menschen und der Gesellschaft überhaupt, allerdings nur im engen Bereich des Mittel-Zweck-Verhältnisses = Rationalität = Aufklärung (= Entmythologisierung), die dynamische und anthropozentrische Begriffe sind. Das Maß dieser Begriffe ist der Mensch.

Auf eine Konsequenz dieses Sachverhalts muß in diesem Zusammenhang hingewiesen werden. In dieser Situation sind die Stimmen verständlich, welche fordern, daß zur Funktion der Sozialwissenschaften - damit auch der Wirtschaftswissenschaften - die Kulturkritik gehöre. Das hat weitreichende Folgen, denn gefordert wäre die Grundlegung zu einer wissenschaftlichen Utopie, die Institutionalisierung eines innerweltlichen Gewissens. Der Utopie könnte hierdurch ein gewisses Recht zugestanden

1) Karl Mannheim, Mensch ..., a.a.O., S. 65.

werden, als Korrektiv zu allzu positivistische Auslegung empirisch ermittelter Fakten Geltung zu erhalten.

d) Damit wurde die Dimension für die Definition erreicht, die "Wirtschaft" als jene Aufgabe des Menschen bezeichnet, "... (die ihm bei der Vertreibung aus dem Paradies auferlegt wurde: im Schweiße seines Angesichts sein Brot zu essen, das heißt)... in beständiger Spannung zwischen Bedürftigkeit und Befriedigtheit, zwischen 'Bedarf und Deckung' den wesentlichen Teil seines Lebens zu verbringen".¹⁾ Sombart, der diese Definition formulierte, teilt diese Spanne in drei Bereiche auf: Wirtschaftsgesinnung, Geordnetheit und Technik.

An seiner Definition sind zwei Momente wichtig, nämlich die Feststellung, "... den wesentlichen Teil seines Lebens verbringen ..." und die Aufteilung des Komplexes in die drei genannten Bereiche. Diese Aufteilung wird auf dem Hintergrund von Sombarts Wissenschaftsbegriff verständlich, daß "Erfahrungswissen und Evidenzwissen diejenige Erkenntnisart ausmachen, die wir die wissenschaftliche nennen" ²⁾ und die feststellt, daß etwas ist, "das heißt empirisch ist, in Raum und Zeit verwirklicht" ³⁾. Das Gebiet der Wirtschaft ist somit ein Teil der Kultur und ist vom Menschen geschaffen.

Allerdings steht sein Begriff von "Wirtschaft" in einem - nicht unbedingt logischen, jedoch inhaltlichen - Widerspruch zu der Aussage, daß der Mensch einen wesentlichen Teil seines Lebens zum Wirtschaften verbringt. Der Mensch ist als Handelnder immer Wirtschaftender; er kann nicht eine Zeitlang außerhalb der Wirtschaft stehen. Das ist eine Unklarheit in Sombarts Begriff. Sombart kann eine Trennung von Mensch und Kultur bzw. Wirtschaft denken. Widersprüchlich wird seine Formulierung infolge einer Nichtbeachtung der Auswirkungen der Begrenztheit des menschlichen Lebens auf das Verhalten des Wirtschaft-

1) Werner Sombart, Die drei Nationalökonomien, München, Leipzig 1930, S. 77.

2) Ebenda, S. 78.

3) Ebenda, S. 69.

tenden. Es ist sehr bemerkenswert, daß Sombart den direkten Bezug des einzelnen zum Wirtschaftsleben in seinem Eingangssatz richtig darstellt, der Übertragen so zu verstehen ist: Der Mensch ist nicht wie das Tier in einer Umgebung, Umwelt eingepaßt und lebensfähig, er muß sich seine Umwelt erst schaffen. Diese von ihm selbst wohl lediglich als Abschweifung verstandene Aussage bringt ihn jedoch in die unmittelbare Nähe von Marxens These der Reproduktion des Menschen durch die Arbeit. Doch ist Sombart dieser Marxsche Gedanke innerlich fremd - zu sehr bei der Anstrengung zur Befriedigung und Erhaltung des menschlichen Daseins mit Schweiß behaftet -, denn er ist a priori der Auffassung, jede Analyse des Menschen würde zeitigen, daß "die Menschlichkeit in der Geistigkeit besteht".¹⁾ Sombart erkennt den Menschen in seinem Wirklichkeitsbereich, ohne jedoch dessen vollen Inhalt zu akzeptieren. Das Verkennen der vollen menschlichen Existenz steht wohl im Zusammenhang mit seinem Begriff von Geschichte, von der Weippert bemerkt, daß seine "geschichtliche Wirklichkeit zur Wirklichkeit der Naturdinge in eine gefährliche Nähe gerät. Die 'Geschichte' wird zur äußeren Welt neben der Welt der Naturdinge. Wird jedoch die Geschichte als 'äußere Welt' aufgefaßt, so ist ihr Seinscharakter ein für allemal verfehlt."²⁾ Sombart erfaßt den Menschen nicht voll in seiner ganzen weiten Ausprägung und läuft Gefahr, ihn zu negieren.

Als Ergebnis der bisherigen Prüfung einiger Definitionen von "Wirtschaft" bei verschiedenen Autoren im Hinblick auf das Untersuchungsthema und die zugrundeliegende Problematik läßt sich formulieren:

- Die Definitionen von "Wirtschaft" sind zu abstrakt und zu unbestimmt.³⁾ Für die Natur des damit verbundenen

1) Werner Sombart, Beiträge zur Geschichte der wissenschaftlichen Anthropologie, in Sitzungsbericht der Preußischen Akademie der Wissenschaften 1938, Heft XIII, S. 127.

2) Georg Weippert, Vom Werturteilsstreit zur politischen Theorie, Weltwirtschaftliches Archiv, Bd. 49, 1939, S. 23.

3) Fritz Neumark, Gedanken zur Allgemeinheit der Wirtschaftstheorie, Kyklos, vol. XII, 1959, S. 472 ff.

Wirtschaftssubjekts trifft das Axiom zu, das Krelle zur Grundlage seiner Theorie wirtschaftlicher Verhaltensweisen macht: "Jedes Wirtschaftssubjekt handelt in jedem Augenblick so, daß es aufgrund der gegebenen Ausgangssituation und der Zukunftserwartungen die ihm am günstigsten erscheinende Lage gewinnt."¹⁾

- Motive und Ziele des Wirtschaftens müssen in die Definition von "Wirtschaft" miteingehen, wo über Wachstumsprobleme diskutiert wird.²⁾
- Theoretische Aussagen sollen so beschaffen sein, daß sie auf die Praxis angewendet werden können; im Grunde haben sie eine Veränderung der Wirklichkeit zu bewirken.

Bevor zu einer Formulierung von Wirtschaftspolitik übergegangen wird, müssen noch einige Ausführungen zu der Richtung des Weiterschreitens der theoretischen Forschung gemacht werden.

5. Die Behandlung und Abgrenzung anthropologischer und sozialpsychologischer Probleme in der Theorie der Wirtschaftspolitik

a) Gestaltbarkeit³⁾ und Machbarkeit⁴⁾ sind zwei moderne Begriffe, die für den sozialen Bereich die Möglichkeit einer bewußten Steuerung gesellschaftlicher Vorgänge andeuten. Sie sind, wie im vorhergehenden Kapitel dargelegt wurde, im Begriff "Wirtschaft" mit enthalten. Beide sind ein den Begriff "Wirtschaftspolitik" in den Begriff "Wirtschaft" integrierender Faktor. Sie machen allerdings die Unterscheidung von Wirtschaftsordnung und Wirtschaftsprozeß erforderlich, weil eine bewußte Steuerung der gesellschaftlichen Vorgänge nur die Rahmen-

1) Wilhelm Krelle, Theorie wirtschaftlicher Verhaltensweisen, Meisenheim 1953, S. 7.

2) So z.B. Herbert Giersch, Strategien der Wachstumspolitik, in Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft, 119. Bd., 1963, S. 239.

3) Walter Eucken, Grundsätze der Wirtschaftspolitik, Bern-Tübingen 1952, S. 341.

4) Hans Freyer, Theorie des gegenwärtigen Zeitalters, Stuttgart 1955, S. 15 ff.

bedingungen des wirtschaftlichen Handelns treffen kann.¹⁾

Von den zeitgenössischen Autoren befaßte sich Eucken sehr ausführlich in einem, dem hier vertretenen Standpunkt eng verwandten Sinn. So "wirkt Wirtschaftspolitik im engeren und weiteren Sinn dadurch, daß sie Daten verändert".²⁾ Damit bestimmt ihr Eucken ein neues Feld, nämlich die Gestaltung der Wirtschaftsgesellschaft. Dies ist verständlich, da nicht so sehr die Vorgänge des Wirtschaftsprozesses im Mittelpunkt seiner "Wirtschaftspolitik" stehen, sondern die Probleme der Wirtschaftsordnung. Das machen weitere Ausführungen von ihm deutlich: "Bedingungskonstellationen und Wirtschaftsordnungen zu schaffen, die nicht ungewollt verhängnisvolle Tendenzen der Wirtschaftspolitik in Gang setzen, ist ... eine zentrale Aufgabe der Wirtschaftspolitik".³⁾ An diesem Zitat läßt sich allerdings eine Wurzel der passiven Haltung der Vertreter des Ordoliberalismus hinsichtlich eines Programms des wirtschaftlichen Wachstums aufzeigen. Diese wollen eine Korrektur oder bewußte Gestaltung der Wirtschaftsverfassung, der Wirtschaftsordnung und des Wirtschaftsprozesses, jedoch nur dann eine vorausschauende Gestaltung, d.h. Gestaltung der Wirtschaftsordnung, wenn erkennbare Tendenzen die Rahmenbedingungen einer Wirtschaftsordnung des Wettbewerbs abzuschleifen beginnen.

Wirtschaftspolitik hat jedoch - wie unten gezeigt werden wird - immer zur Voraussetzung: nicht nur Sicherstellung einer optimalen Bedarfsbefriedigung sowie eines gleichmäßigen Wirtschaftsverlaufs (Geldwertstabilität und Vollbeschäftigung), sondern auch die Schaffung von Bedingungen für eine Entfaltung des wirtschaftenden Menschen und die Bildung einer humanen Gesellschaftsordnung.

Nun sind die Vorstellungen Euckens in zweifacher Hinsicht nicht in letzter Konsequenz interpretationsfähig: Er

1) Walter Eucken, Grundsätze ..., a.a.O., S. 336.

2) Walter Eucken, Grundlagen ..., a.a.O., S. 158.

3) Walter Eucken, Wirtschaftspolitik, a.a.O., S. 218.

selbst vermied es, allzu viel Wert auf Begriffsbildung zu legen¹⁾; darüber hinaus ist sein Werk über die Wirtschaftspolitik letztlich unfertig geblieben. Allerdings kann seine Absicht, der Wirtschaft eine am Menschen gemessene Ordnung zu geben, zweifellos für die hier verfolgten Absichten in Anspruch genommen werden. In der Intention zur Schaffung einer menschenwürdigen Ordnung ist kein Unterschied zu der hier vertretenen Auffassung zu bemerken.²⁾

b) Ohne Zweifel kommt die formale Bestimmung von "Wirtschaftspolitik", z.B. wie sie Giersch gibt, nicht in Frage; danach ist sie "die Gesamtheit aller Bestrebungen, Handlungen und Maßnahmen, die darauf abzielen, den Ablauf des Wirtschaftsgeschehens in einem Gebiet oder Bereich zu ordnen, zu beeinflussen oder unmittelbar festzulegen".³⁾ Was heißt hier Wirtschaftsgeschehen? Mit der Auswechslung des Wortes "Wirtschaftspolitik" durch "Wirtschaftsgeschehen" ist nichts gewonnen; eine Erklärung des Inhalts ist damit nicht erreicht. Diese Definition bleibt wesenlos und abstrakt; sie fordert weder die Zeitgemäßheit einer jeden wirtschaftlichen Maßnahme, noch die Sachgesetzlichkeit, noch die Prüfung auf Ordnungskonformität. Eine wirtschaftspolitische Maßnahme hat den Wirtschaftenden zu helfen; ist sie dazu nicht in der Lage, wird jedoch das Gegenteil von wirtschaftlich aus ihr, nämlich unwirtschaftlich.

Seraphim fordert vom Erkenntnisobjekt der Nationalökonomie, "daß die aus ihm gewonnenen theoretischen Erkenntnisse wirtschaftspolitisch anwendbar sind".⁴⁾ Dieser Anspruch muß im Hinblick auf den Untersuchungsgegenstand in dieser Arbeit in zweifacher Form beibehalten werden: Veränderung der Wirklichkeit und praktische Umsetzung.

1) Walter Eucken, Grundlagen a.a.O., S.

2) Hierzu Walter Eucken, Grundlagen..., a.a.O., S. 259.

3) Herbert Giersch, Allgemeine Wirtschaftspolitik, 1. Bd., Wiesbaden 1960, S. 18.

4) Hans Jürgen Seraphim, Die strukturelle Mehrschichtigkeit des Erkenntnisobjekts der Nationalökonomie und ihre methodologischen Folgerungen, in Jahrbuch für Sozialwissenschaften, Bd. 4/10, 1959, S. 130.

Alle diese Forderungen zur Korrektur dieses Begriffs "Wirtschaftspolitik" bleiben so lange wesenslos, als sie nicht auch ganz wesentliche Aussagen über das Wirtschaftssubjekt mit einbeziehen.

c) Der Vollzug des menschlichen Lebens kann sich in verschiedenen Spannungsbereichen vollziehen; dem entspricht eine evolutorische Definition von "Wirtschaftspolitik". Diese Politik kann als Prozeß beschrieben werden, in der sich der Mensch sein Prädikat verdient in der Begegnung mit sich und seinen Mitmenschen sowie in der Gegenüberstellung mit der (sachlichen) Umwelt.¹⁾

Weippert hat den Begriff "Daseinsrichtigkeit" in die Wirtschaftstheorie eingeführt.²⁾ "Das A und O aller politischen Gestaltungen besteht darin, durch Gewährung des den umschlossenen Wesenheiten zukommenden Entfaltungsraumes das Leben des Ganzen, also des Volkes, zu erhöhen. ... Es gilt ... in der daseinsrichtigen Zusammenordnung zum Volk jeweils den einzelnen und den im Volk umschlossenen Lebenseinheiten die Erfüllung des ihnen gemäßen Daseins zu sichern."

An den Weippertschen Gedankengängen muß allerdings eine Korrektur angebracht werden, die eine Einseitigkeit Weipperts aufzeigt. In dem diesem Zitat folgenden Satz heißt es: "... denn Erfüllung des Daseinssinnes ist an die Überwindung des Ichs geknüpft".³⁾ Nicht nur die Gemeinschaft verkörpert Leben; nicht die Entfaltung der Gemeinschaft ist Entfaltung des Lebens, primär geht es um die Entfaltung des einzelnen. Wirtschaftspolitik hat also nicht nur soziologische Intentionen mit zu verarbeiten, sondern auch die Aufgabe, menschliche Möglichkeiten zu entfalten helfen, Aktivitäten zu kanalisieren und Aktivitäten hemmende Einflüsse auszuschalten.

1) Um- und Mitwelt sind nach Seraphim zu unterscheiden in Mensch-Mensch-Beziehungen und Mensch-Sachen-Beziehungen; Hans Jürgen Seraphim, Theorie ..., a.a.O., S. 121 ff.

2) Georg Weippert, Vom Werturteilsstreit ..., a.a.O., S. 97.

3) Ebenda, S. 97.

Diese Denkweise ist nicht neu, vielleicht jedoch nicht in voller Konsequenz und Schärfe durchgeführt worden. Das gegensätzliche Verhältnis von Individuum und der Gesellschaft führte zumeist zu einem nicht lösbaren Konflikt. Soll jedoch der Begriff "Wirtschaftspolitik" im Blick auf das Wachstum von Wirtschaft und Gesellschaft formuliert werden, so sind Individuum und Gesellschaft keine gegensätzliche, sondern korrespondierende Größen.

"Die klassische Theorie ist Dokument jener politischen Haltung, die als Individualismus oder auch als "ökonomischer Liberalismus" bezeichnet wird."¹⁾ Daher hat List bemängelt, daß die Staatswissenschaft die Korporationen so sehr aus den Augen verlieren konnte.²⁾ Pütz fordert die "freie, selbstverantwortliche Einordnung" als "Selbstbedingung menschlichen Daseins".³⁾ Für Seraphim sind konkrete Wirtschaftsordnungen prinzipiell dualistische Ordnungen.⁴⁾ Heimann und Ritschl, die sich ebenfalls auf diese Frage konzentrieren, fordern einmal eine "Theologie der Gesellschaft", für die das christliche Menschenbild verpflichtend sei⁵⁾, zum anderen eine Gemeinschaft, in der der einzelne Mensch, ein soziales Wesen, "seine individuelle sittliche Bestimmung erfüllen, erreichen, bewähren vermag"⁶⁾.

Beide, Heimann und Ritschl, sind vor allem der Ansicht, daß der Zielsetzung der Wirtschaftswissenschaft, wie sie auch in der Formulierung von "Wirtschaftspolitik" zum Ausdruck kommt, bis jetzt eines wesentlichen Fundamentes ermangelt. Die Forderungen Wepperts nach Daseinsrichtigkeit kann hier weiterhelfen. Daseinsrichtigkeit muß

1) Georg Weppert, Der späte List, Erlangen 1956, S. 73.

2) Friedrich List, Gedanken über die württembergische Staatsregierung, Bd. I, S. 103; zitiert nach Georg Weppert.

3) Theodor Pütz, Theorie der allgemeinen Wirtschaftspolitik und Wirtschaftslenkung, Wien 1948, S. 159.

4) Hans Jürgen Seraphim, Theorie ..., a.a.O., S. 282.

5) Eduard Heimann, Vernunft, Glaube und Religion in der modernen Gesellschaft, Tübingen 1955.

6) Hans Ritschl, Grundlagen der Wirtschaftsordnung, Tübingen 1954.

von einer anthropologischen und soziologischen Basis aus entwickelt werden. Metaphysik zu treiben, wie es Heimann und Ritschl fordern, darf die Wirtschaftswissenschaft nicht. Sie hat es nicht nötig, da sie auf entsprechende Leistungen der relevanten Wissenschaftsbereiche zurückgreifen kann und muß.

d) Die hier verwendete theoretische Methode unterscheidet sich in folgenden zwei Punkten von den Grundannahmen der heute herrschenden wirtschaftswissenschaftlichen Schule:

- durch einen anderen Begriff von rational. Rational wird in dem aufklärerischen Sinn von erhellend verstanden; im Kulturbereich Wirtschaft ist der Mensch das konstitutive Element, der seine Existenz durch sein Handeln erfährt. Die daraus folgende Schwierigkeit für die Beschreibung des Menschen kann nicht durch die Setzung von einigen Annahmen nach der "homo oeconomicus- oder Robinson-Methode" überwunden werden.
- Der Mensch wird als konstitutives Element eingeführt. Die in den beiden letzten Jahrzehnten eingebürgerte Unterteilung des Gebietes Wirtschaftspolitik in Wirtschaftsprozeßpolitik und Wirtschaftsordnungspolitik ermöglicht eine starke Beschränkung der folgenden Untersuchung auf das Gebiet der Wirtschaftsordnung.

II. Das kulturtheoretische Verfahren

1. Bedeutende Verfahren zur Beschreibung der Wirklichkeit

a) Anerkannte Verfahren, die wirtschaftliche Wirklichkeit in die wissenschaftlich verwertbare Form zu bringen, sind das realtypische und das idealtypische und als Unterform hiervon das Modellverfahren. Das Modellverfahren ist zur Zeit sehr populär und am weitesten verbreitet; es ist ihm eine bedeutende, allerdings be-

grenzte Einsatzfähigkeit zuzuschreiben. Das zweckmäßige Verfahren der Wirtschaftspolitik wird in der Anwendung des Realtyps der "anschaulichen" Theorie von Salin¹⁾, Spiethoff²⁾ und Seraphim³⁾ oder nach Weippert⁴⁾ in der kulturtheoretischen Betrachtungsweise gesehen.

Die vorfindbare Wirklichkeit ist unbestreitbar eine historische. Ihr eine mathematische Struktur anhängen zu wollen, ist eine Vereinfachung, die selten gerechtfertigt sein dürfte⁵⁾; die jeweilige Situation ist ein durch menschliches Handeln bewußt oder unbewußt herbeigeführter Zustand. Die Erklärung dieses Zustands fordert - ohne auf vorgefaßte Ideen Bezug zu nehmen - die Feststellung des historischen Zusammenhangs⁶⁾. Diesem Ziel dient die "anschauliche Theorie", "sie will umfassende Wirklichkeitsforschung".⁷⁾ Sie nennt sich geradezu eine Wirtschaftsstilforschung. Das, was in das "Bild" mit eingeht, soll allgemeingültig sein. "Die Auswahl der Erscheinungen erfolgt nicht nur unter dem Gesichtspunkt ganz bestimmter Beziehungen, sondern auch mit dem Ziel, die Vollständigkeit der Wirklichkeit in bezug auf alles Regelmäßige und Wesentliche zu erfassen."⁸⁾

Die Ausgangspunkte der beiden Verfahren liegen weit auseinander. Verbindungslinien hin und her lassen sich nur wenige ziehen.⁹⁾ Jedes Verfahren scheint seine Berechtigung aus sich selbst und ausschließlich für sich zu haben. Allenfalls toleriert man das andere Verfahren, jedoch nur für spezielle Bereiche; so weisen die Ver-

1) Edgar Salin, Hochkapitalismus, in Weltwirtschaftliches Archiv, 25. Bd., 1927, S. 326 ff.

2) Arthur Spiethoff, Anschauliche und reine volkswirtschaftliche Theorie und ihr Verhältnis zueinander, in Edgar Salin, Synopsis, Festgabe für Alfred Weber, Heidelberg, o.J., S. 650 ff.

3) Hans Jürgen Seraphim, Theorie ..., a.a.O., S. 44 ff.

4) Georg Weippert, Vom Werturteilsstreit ..., a.a.O., S. 1 ff. Georg Weippert, Instrumentale und kulturtheoretische Betrachtung der Wirtschaft, in Jahrbuch für Sozialwissenschaften, Bd. I, 1950, S. 30 ff.

5) Siehe oben S. 73.

6) Edgar Salin, Hochkapitalismus, a.a.O., S. 330.

7) Gustav Clausen, Wirtschaftsstil, Wirtschaftsordnung und Genossenschaftswesen, in Zeitschrift für das gesamte Genossenschaftswesen, Bd. 7.

8) Arthur Spiethoff, Anschauliche ..., a.a.O., S. 658.

9) Siehe oben die beiden Zitate auf S. 72.
von Morgenstern und Salin.

treter der "anschaulichen" Theorie auf die heuristische Verwendbarkeit des Modellverfahrens innerhalb ihres Theoriebereiches hin.

Das Verfahren der Modellbildung ist allgemein bekannt. Sein geistesgeschichtlicher Vorgänger ist der Idealtyp.¹⁾ Max Weber führte diesen Begriff in die Sozialwissenschaften ein. "Dieses Gedankenbild (der Idealtypus) vereinigt bestimmte Beziehungen und Vorgänge des historischen Lebens zu einem in sich widerspruchslosen Kosmos gedachter Zusammenhänge. Inhaltlich trägt diese Konstruktion den Charakter einer Utopie an sich, die durch gedankliche Steigerung bestimmter Elemente der Wirklichkeit gewonnen ist."²⁾

"Er (der Idealtypus) wird gewonnen durch einseitige Steigerung eines oder auch einiger Gesichtspunkte und durch Zusammenschluß einer Fülle von diffus und diskret, hier mehr, dort weniger, stellenweise gar nicht vorhandenen Einzelercheinungen, die sich jenen einseitig herausgehobenen Gesichtspunkten fügen, zu einem in sich einheitlichen Gedankengebilde. In dieser begrifflichen Reinheit ist dieses Gedankengebilde nirgends in der Wirklichkeit vorfindbar, es ist eine Utopie, und für die historische Arbeit erwächst die Aufgabe, in jedem einzelnen Fall festzustellen, wie nahe oder wie fern die Wirklichkeit jenem Idealbild steht, inwieweit also der ökonomische Charakter der Verhältnisse einer bestimmten Stadt als 'stadtwirtschaftlich' im begrifflichen Sinn anzusprechen ist."³⁾

Eucken hat eine weitere Definition des Idealtyps gegeben: "Aufgrund der pointierenden Abstraktionen gewinnt

-
- 1) Zur Herkunft des "Idealtyps" siehe Fritz Machlup, Idealtypus, Wirklichkeit und Konstruktion, in ORDO, 12. Bd., Düsseldorf u. München 1961, S. 23 ff. Max Webers Idealtypus dient dem Verstehen im Gegensatz zu Jellinek, von dem Max Weber den Namen "Idealtypus" übernahm und der ihn als Normativbegriff verwendete. Fritz Machlup, Idealtypus..., a.a.O., S. 27.
 - 2) Max Weber, Die "Objektivität" sozialwissenschaftlicher Erkenntnis, in Kröners Taschenbuchausgabe, Bd. 229, Stuttgart 1956, S. 234.
 - 3) Ebenda, S. 235.

die Nationalökonomie 'Idealtypen'".¹⁾ Ebenso wie der Idealtyp in der Weberschen Ausprägung läßt dieser Typ einen zu großen Raum für eine willkürliche Auswahl der Erscheinungen. Doch irrt Eucken, wenn er seinen Typ als Idealtyp bezeichnet, da er im Grunde nicht ein Idealtyp, sondern ein Realtyp ist; Eucken bildet mit seinem Typ die Wirklichkeit ab. Das Ziel Euckens, mit seinem Idealtyp die historische Antinomie zu überwinden, ist auch die Intention des Realtyps der "anschaulichen Theorie", und zwar durch die Einbeziehung der geschichtlichen Wirklichkeit.

b) Wie Max Weber beschreibt, werden zur Bildung eines Modells einige Gesichtspunkte zu einem einheitlichen Gedankengebilde zusammengefaßt. Man isoliert also einige wirtschaftliche Daten. Um im Wirtschaftsprozess die gegenseitige Abhängigkeit dieser Größen und den Einfluß der Veränderung auf die anderen erkennen zu können, wird eine Größe bzw. eine Verhaltensannahme verändert und der ablaufende Prozeß an diesem Modell beobachtet.

Man unterstellt, daß der im Modell festgelegte Bedingungs-zusammenhang zutreffend für die Wirklichkeit sei; es handelt sich hierbei um eine "als-ob"-Betrachtung.²⁾ Die Daten und abhängige sowie unabhängige Variablen werden zusammengebracht, ohne daß die historische Bedingtheit miterfaßt wird. Hierzu muß ein gesonderter Erkenntnisgang mit eingeschaltet werden. Darüber hinaus finden auch Größen mit sehr umstrittenem Aussagewert (z.B. das durchschnittliche Preisniveau) Verwendung, ohne daß an den Folgerungen Korrekturen angebracht werden.

Allerdings hat sich in der Praxis dieses Verfahren vornehmlich als zweckmäßig für quantifizierende Untersuchungen (z.B. zur Durchführung von Kohärenztests) erwiesen; diese erfordern eine Beschränkung auf einen Aus-

1) Walter Eucken, Grundlagen ..., a.a.O., S. 227.

2) Gertrud Neuhauser, Modell und Typus in der Nationalökonomie, in Jahrbuch für Sozialwissenschaft, Bd. 15, 1964, S. 160-179.

schnitt und ermöglichen eine Auswahl der für die Untersuchung notwendigen Faktoren.

Dagegen ist das Verfahren der Modellbildung in einer sozialwissenschaftlichen Untersuchung fehl am Platz, solange es nicht lediglich heuristisch, d.h. zur Klärung von Vorfragen, angewandt wird. Die im Idealtypus zusammengefaßten Gesichtspunkte stellen keine Reduzierung der konkret-historischen Realität auf der Grundlage eines für die wissenschaftliche Typenbildung unerläßlichen Merkmalschemas dar.¹⁾

c) Der Realtyp hat demgegenüber wie der Euckensche Idealtyp das Ziel, die historische Antinomie zu überwinden. Der Realtyp soll ganz auf die historische Wirklichkeit abgestellt werden: Die Bestandteile "sind Vereinfachungen bestehender oder geschichtlicher Wirklichkeiten bzw. sind ein typisierter Ausdruck eines Querschnitts".²⁾ "Der Realtyp stellt die Regelmäßigkeiten eines wiederkehrenden geschichtlichen Gegenstandes dar unter Reinigung von dessen geschichtlichen Einmaligkeiten."³⁾

Durch diese Formulierung wird die nahe Verwandtschaft von Spiethoff und Eucken leicht einsichtig. Man kann auch sagen, daß mit dieser Formulierung das Ziel eines dem Euckenschen Idealtyp überlegenen Realtyps im Grundsätzlichen nicht gelungen ist. Denn im Grunde genommen ist das Verfahren von Spiethoff nichts anderes als das einer Abstraktion, es unterscheidet sich vom Euckenschen nur dadurch, daß nicht die besonderen, sondern die wesentlichen Merkmale den Realtyp bilden. Dieses Verfahren liegt der Euckenschen Methode zur Bildung eines Idealtyps zugrunde, obgleich Eucken das Bild, das die Wirklichkeit vordergründig bietet, unzulässig stark - pointierend - auf einige wenige Merkmale einengt. Die Typenbildung der Schule der "anschaulichen Theoretiker" be-

1) Gertrud Neuhauser, Modell ..., a.a.O., S. 171.

2) Hans Jürgen Seraphim, Theorie ..., a.a.O., S. 139.

3) Arthur Spiethoff, Anschauliche ..., a.a.O., S. 614.

müht sich hingegen um ein korrekteres Bild dieser vor-
dergründigen Wirklichkeit.

Die verschiedenen Typen lassen sich demnach verschiede-
nen Bereichen zuordnen:

- Der Realtyp ist das geeignete Verfahren zur Bildung
des für eine Gesamtbeurteilung erforderlichen Rahmens.
- Der Idealtyp eignet sich für Detailbetrachtungen. Das
Modell gibt die Grundlage zur Beobachtung von Prozeß-
verläufen ab.

Die am Idealtyp bzw. am Modell gewonnenen Ergebnisse
müssen am Realtyp überprüft werden.

d) Die "Arteigenheit einer Erscheinung bedeutet und be-
zeichnet, was gegenüber anderen Erscheinungen ihre Eigen-
tümlichkeit bestimmt".¹⁾ Die Erscheinungsweise eines
Phänomens wird also in seiner Ausprägung zu einem Zeit-
punkt zuerst beschrieben, die so beschriebenen Erschei-
nungen benannt und definiert sowie zu einer anderen in
Beziehung gesetzt und in eine Ordnung gebracht. In einer
weiteren Stufe wird versucht, "diejenigen wandelbaren,
geschichtlichen Grundlagen herauszuarbeiten, die tra-
genden, teils ursächlichen, teils kennzeichnenden Cha-
rakter besitzen und deren Abwandlung von Epoche zu Epo-
che die grundsätzlichen Eigenarten und Verschiedenheiten
solcher Epochen, eben die Stilwandlungen des Wirt-
schaftslebens sinnfällig macht".²⁾

2. Einige weiterführende Gedanken

a) Nun verfährt die Schule der "anschaulichen" Theore-
tiker auf einem von Sombart geprägten Gleis, indem sie
als konstitutiv für den Realtyp die drei Grundtatbe-
stände seines Wirtschaftssystems - Geist=Wirtschafts-
gesinnung, Form=Regelung und Organisationsordnung,

1) Arthur Spiethoff, Anschauliche ..., a.a.O., S. 610.

2) Gustav Clausen, Wirtschaftsstil, a.a.O., S. 92.

Technik=Verfahren - annimmt.¹⁾ Wohl erweiterte Spiethoff diese drei deduktiv gewonnenen Merkmale Sombarts um zwei empirisch ermittelte; darüber hinaus bildete Spiethoff die realtypische Forschung zur Wirtschaftsstilforschung weiter.

Die Grundbestandteile des Realtyps (Grundgestalt=Wirtschaftsstil) sind der Wirtschaftsgeist, die natürlichen und technischen Grundlagen, die Gesellschaftsverfassung, die Wirtschaftsverfassung und der Wirtschaftslauf.²⁾

Hiermit gelang Spiethoff ein entscheidender Fortschritt gegenüber Sombart. Durch das Erkennen eines Sachzusammenhangs im Bereich des Wirtschaftslaufs, d.h. des Wirtschaftsprozesses, wurde eine Sackgasse überwunden, in die Sombart geraten war. Zwar erkannten die Schüler die Fehler Sombarts, doch versäumten sie, eine Weiterentwicklung entschieden voranzutreiben.³⁾ Das heißt, dem handelnden Menschen wurde nicht die entscheidende Rolle im Rahmen des Realtyps gegeben. Verpaßt man hier die Chance einer anthropologischen Grundlegung, die Realisierung der Forderung, daß der Mensch ein konstitutives Prinzip sei, verfehlt der Realtyp die Wirklichkeit des Menschen. Dann wird man weiterhin dem "Menschen" ein Zielsystem unterstellen auf der Grundlage eines vermeintlich "rationalen" wirtschaftlichen Verhaltens.⁴⁾ Der materielle Gehalt einer "menschenwürdigen" Ordnung kann so nicht erreicht werden.

1) Werner Sombart, Die Ordnung des Wirtschaftslebens, Berlin 1925, S. 5.

2) Arthur Spiethoff, Die Allgemeine Volkswirtschaftslehre als geschichtliche Theorie. Die Wirtschaftsstile, in Schmollers Jahrbuch, 56 (1932), Halbbd. 2, S. 891 ff.

3) Siehe z.B. Hans Jürgen Seraphim, Theorie ..., a.a.O., S. 124 ff: Seraphim erkennt die Bedeutung der Umweltverhältnisse, er vermeidet jedoch anthropologische Fragestellungen. Diese hätten sich ihm als unumgänglich erweisen müssen, zumal da er die Rolle der Wirtschaftsgestalter und Wirtschaftler hoch veranschlagt.

4) Siehe hierzu nochmals das Zitat von Wilhelm Krelle, Theorie wirtschaftlicher Verhaltensweisen, Meisenheim 1953: "Jedes Wirtschaftssubjekt handelt in jedem Augenblick so, daß es aufgrund der gegebenen Ausgangssituation und der Zukunftserwartungen die ihm am günstigsten erscheinende Lage gewinnt."

b) Wie oben dargelegt wurde, ist Sombart ein später Vertreter des Idealismus. Es gelang ihm nicht, den Menschen als ein handelndes Wesen zu verstehen. Sombart war zu sehr im alten Körper-Geist-Gegensatz verhaftet; sein "Mensch" ist ein reines Geistwesen. Dabei darf nicht übersehen werden, daß Sombart jedoch immer auf dem Weg zum weiterführenden Ansatz war. "Eine nicht in der Gesellschaft verwirklichte Wirtschaft gibt es nicht, eine 'reine Ökonomie', die nicht mit soziologischen Kategorien gedacht würde, ist ein Unbegriff."¹⁾ Die Kultur ist der Sinnzusammenhang des Wirtschaftens; beide sind ein Produkt des handelnden Menschen. Dieser Mensch ist in seiner Betrachtungsweise, in seinem Urteilsvermögen kein Unbeteiligter und Fremder, der keine Aussage machen kann und darf. Vielmehr sind der Erkennende und der Gegenstand "Wirtschaft" sinnidentisch. "Indem der Erkennende also gleichsam in seinem Gegenstand drinsteckt, erkennt er 'von innen'; wir stehen gleichsam hinter den Kulissen."²⁾

Sombart hat richtig gesehen, daß es ein System geben muß, das in einem bestimmten, noch zu beschreibenden Umfang Aussagen über den zweckmäßigen und sinnvollen Ausbau einer Wirtschaftsordnung sowie die Gestaltung des Wirtschaftsprozesses zuläßt.

Die Einbeziehung des Menschen in seiner Konstruktion als Geistwesen legt jedoch von der anthropologischen Voraussetzung her einen schwachen Grundstein in die "anschauliche" Theorie. Als Stimulans des wirtschaftlichen Lebens kann nur der "handelnde Mensch" angesehen werden und nur Aussagen über diesen können die Ursachen des wirtschaftlichen Geschehens bloßlegen. Dazu ist der Mensch nicht bloß "Geist", der seine entsprechende daseiende Form in der "Gesinnung" des wirtschaftenden Menschen findet.

1) Werner Sombart, Drei Nationalökonomien ..., a.a.O., S. 178.

2) Ebenda, S. 178.

Die Konstruktion des Menschen als Geistwesen ist nicht haltbar. ¹⁾

Im Hinblick auf die Ausgestaltung der Wirtschaftspolitik der EWG, die von den Trägern der Politik und von den Wirtschaftenden ein dynamisches Verhalten verlangt, scheinen weiterführende Gedanken fruchtbare Anregung für die praktische Ausgestaltung von Institutionen der Wirtschaftspolitik zu sein.

3. Der Mensch als konstitutives Prinzip

a) Die treibende Kraft des Wirtschaftslebens ist der wirtschaftende Mensch. Die soziologischen Methoden in den Wirtschaftswissenschaften tragen den heutigen Verhältnissen der Abhängigkeit der Wirtschaftsprozesse von der Gesellschaftsstruktur wenigstens zum Teil Rechnung. Darüber hinaus blieben jedoch die Ansätze, anthropologische Gesichtspunkte mitzuverarbeiten, auf ein Minimum beschränkt. Es fehlt jedoch nicht an grundsätzlichen Feststellungen, daß "der Mensch das Maß des wirtschaftstheoretischen Denkens" und das konstitutive Element einer jeden Wirtschaftsordnung sein müsse.

Die wissenschaftliche Disziplin, die den Menschen zum Forschungsgegenstand erhoben hat, ist relativ jung. Der Mensch wurde herkömmlich als ein Dualismus und eine Einheit von Leib und Seele dargestellt. Das Denken in diesen Kategorien verlief in abstrakten Bahnen, das jeweils damit endete, daß außermenschliche Maßstäbe bei seiner Beurteilung herangezogen wurden. So sah man den Menschen als Geistwesen: gottähnlich, als physisches Wesen: tierähnlich. Sehr spät wurde unternommen, den Menschen aus

1) Die Argumente von Gehlen in seinem Hauptwerk "Der Mensch" sind überzeugend; Arnold Gehlen, Der Mensch, 7. Auflage, Frankfurt-Bonn 1962, S. 12 ff.

sich selbst heraus zu erklären. (Nietzsche beschreibt die Natur des Menschen als die eines nicht festgestellten Tieres.)

Gehlen nahm diese Position bei seinem Bemühen ein, den Menschen aus sich selbst heraus zu verstehen und zu beschreiben. Seine Fragestellung ist jedoch nicht eine philosophische, sondern eine biologische. Gehlen legt den Ansatzpunkt zu der Überwindung des Leib-Seele-Postulats in die Betrachtung des Menschen als handelndes Wesen. Eine Handlung ist die voraussehende, planende Veränderung der Wirklichkeit.¹⁾

Die Fruchtbarkeit dieses Ansatzes für eine Anthropologie, die auch in weiten Bereichen der Sozialwissenschaften Fuß fassen sollte, zeigt sich schon bei der Definition des Menschen: "Der Mensch ist das Mängelwesen, das in seine Umwelt nicht eingepaßt ist"²⁾, das Wesen, das also nicht in einen festen Bezug zu einer bestimmten Umwelt gestellt ist³⁾.

Das ganze Handeln des Menschen ist darauf ausgerichtet, die vorgefundene Umwelt für den Menschen so umzugestalten, daß er darin leben kann. "Der Mensch lebt nicht in einem Verhältnis organischer Anpassung oder Einpassung an irgendwelche bestimmte, angebbare, natürliche 'Sphären', sondern seine Konstitution erzwingt, leistet aber auch eine intelligente, planende Tätigkeit, die ihm gestattet, aus sehr beliebigen Konstellationen von Naturumständen durch voraussehende Veränderung derselben, sich Techniken und Mittel seiner Existenz zurechtzumachen."⁴⁾

Das wird zwingend notwendig, denn "morphologisch ist nämlich der Mensch im Gegensatz zu allen höheren Säugern hauptsächlich durch Mängel bestimmt, die jeweils im exakt biologischen Sinne als Unangepaßtheiten, Unspezialisiertheiten, als Primitivismen, d.h. als Unentwickeltes zu bezeichnen sind".⁵⁾

1) Arnold Gehlen, Studien zur Anthropologie und Soziologie, Neuwied u. Berlin 1963, S. 20.

2) Ebenda, S. 33.

3) Ebenda, S. 30.

4) Ebenda, S. 29.

5) Ebenda, S. 33.

b) Diese kurzen Darlegungen zeigen den Ansatzpunkt der Lehre Gehlens vom Menschen. Wenn hier auch nicht der Raum zur Prüfung ist, inwieweit die Anthropologie Gehlens von Bedeutung für die Sozialwissenschaften ist, so wird doch eine Darlegung der Hauptbegriffe dieser Anthropologie die Fruchtbarkeit für wirtschafts-, insbesondere ordnungspolitische Überlegungen zeigen.

Die morphologische Sonderstellung des Menschen beruht auf seiner "Weltoffenheit". Sie ist nicht nur - negativ - eine Belastung, sondern ebenso eine Bedingung, menschlich leben zu können.¹⁾ So wie das instinktversehene Tier die Natur zur Umwelt hat, so hat der Mensch die Kulturwelt. Aus dieser Wurzel stammt nach Gehlen ein Leistungsimpuls des Menschen. Seine Weltoffenheit gibt ein unendliches Feld wirklicher und möglicher Sachverhalte her, "ein Erfindungsfeld, in dem die Mannigfaltigkeit so groß ist, daß der Mensch unter allen Umständen einige Mittel findet und ausnutzen kann, um eine das Leben ermöglichende Veränderung hervorzubringen, so die Mängel seiner organischen Ausstattung irgendwie ersetzend". Er kann diese Belastung ausnutzen und sie ins Fruchtbare wenden.²⁾

Diese Weltoffenheit dient der Antriebsstruktur als Katalysator bei der Ausbildung verschiedener Fähigkeiten. Erstens lernt der Mensch, Bedürfnisse zu hemmen und aufzuschieben. Zweitens muß die menschliche Tätigkeit die Eigengesetze des Sachumgangs hinnehmen und sich danach ausrichten. Drittens müssen die Bilder der Antriebswünsche erkannt und realisiert werden.³⁾ Diese Fähigkeiten sind allerdings unbedingt erforderlich; sie zu entwickeln, ist primär eine Aufgabe der Kindheit. Ebenso sind sie für jeden unentbehrlich, der Erfahrungen zu sammeln hat. Vor dieser Tatsache steht jeder heutzutage. "Im Chaos der Reizüberflutung ist zunächst gar nichts zu erkennen, und erst die sehr allmähliche Bewältigung

1) Arnold Gehlen, Mensch ..., a.a.O., S. 39.

2) Ebenda, S. 40.

3) Ebenda, S. 55 ff.

desselben durch Umgangs- und Erfahrungsbewegungen läßt die zusammenfassenden Symbole entstehen, an denen das einsetzen kann, was Erkenntnis zu nennen ist."¹⁾ Diese Erkenntnis ist die Voraussetzung einer "umsichtigen und vorausschauenden Tätigkeit". Der Mensch "muß erkennen, um tätig zu sein, und er muß tätig sein, um morgen leben zu können".²⁾ Erkenntnis und Tätigkeit des Menschen wären jedoch nicht in dem Umfang möglich, wenn nicht zweckmäßige und erprobte Verhaltensweisen eine Entlastung des Menschen herbeiführen würden. Dadurch wird er in die Lage versetzt, sich neuen Problemen zuzuwenden. Denn Entlastung bedeutet darüber hinaus Gewinnung von Distanz, die Brechung des Bannkreises von Unmittelbarem und die Möglichkeit eines voraussehenden, die künftigen Eindrücke sehend vorwegnehmenden und im großen Umkreis herrschenden Verhaltens.³⁾

Die Frage nach den Impulsen und den Energien des menschlichen Handelns findet bei Gehlen eine biologische Erklärung. Im Gefolge von Seydel und Scheler stellt Gehlen einen konstitutionellen Antriebsüberschuß des Menschen fest. Er kann als die "Innenseite eines nicht spezialisierten, eines Wesens von organischer Mittellosigkeit, begriffen werden".⁴⁾ Gehlen beschreibt den Menschen als Zuchtwesen, das durch Erziehung und Selbstzucht sowie einer Prägung durch die Institutionen die Aufgaben des Lebens bewältigen lernt. Die Institutionen erhalten damit eine zentrale und fundamentale Bedeutung in der Kultur. Grundsätzlich kann ihnen die Funktion, Formen zur Bewältigung lebenswichtiger Aufgaben zu entwickeln und als stabilisierende Gewalten zu wirken, zugestanden werden.⁵⁾ "Kultur" ist dann der Inbegriff der veränderten bzw. neu geschaffenen Tatsachen samt der dazu nötigen Mittel, sowohl der "Vorstellungsmittel" als auch der "Sachmittel".⁶⁾

1) Arnold Gehlen, Mensch ..., a.a.O., S. 51.

2) Arnold Gehlen, Mensch ..., a.a.O., S. 51.

3) Arnold Gehlen, Studien ..., a.a.O., S. 45.

4) Arnold Gehlen, Mensch ..., a.a.O., S. 57.

5) Arnold Gehlen, Anthropologische Forschung, Reinbek 1961, S. 71.

6) Arnold Gehlen, Studien ..., a.a.O., S. 20.

c) Im vorhergehenden Abschnitt wurde am "Realtyp" das Fehlen einer anthropologischen Fundierung bemängelt. Die Definition des Menschen als "Mängelwesen" und "handelndes Wesen" dürfte eine Möglichkeit bieten, dieses Versäumnis überwinden zu helfen. Darüber hinaus scheint eine Einordnung des Begriffs "Wirtschaft" in den Begriff "Kultur" nicht unmöglich zu sein, wenn man mit Gehlen den Begriff "Kultur" zu einem teleologischen Begriff macht.¹⁾ Hierbei ist die Bedeutung der Institutionen als Träger und Gestalter des menschlichen Handelns als auch des Wirtschaftens augenfällig.

Der Nutzen einiger Kategorien der Gehlenschen Anthropologie für die Sozialwissenschaften ist hoch zu veranschlagen. Die kümmerlichen Vorstellungen über Motive und Ursachen des wirtschaftlichen Handelns, die Unkenntnis über die Energien, die zu Handlungen treiben, können wesentlich korrigiert werden. Ebenso wird die Funktion der Institutionen als Entlastungssysteme neu beleuchtet. Im Bereich der Wirtschaftswissenschaften treffen diese Ergebnisse auf verwandte Bemühungen der historisch-soziologischen Richtung, zu der im Bereich der Erforschung einer Politik des wirtschaftlichen Wachstums auch W.A. Lewis zu zählen ist.²⁾ Gerade hier wird immer wieder das Gewicht institutioneller Fragen und der Voraussetzungen, die der wirtschaftende Mensch und die Wirtschaftsgesellschaft erfüllen muß, deutlich.

Das Feld, das mit diesen Methoden bearbeitet werden kann, läßt sich mit zwei Fragen abstecken. Erstens: Was ist für die Bereitschaft des Menschen, einen Fortschrittsprozeß einzuleiten, verantwortlich, und wie ist es möglich zu garantieren, daß dieser Fortschrittsprozeß beibehalten wird, wenigstens ein Absinken vom einmal

1) Vgl. hierzu Arnold Gehlen, Mensch ..., a.a.O., S. 390 ff., insbesondere seine Unterscheidung des die Kultur tragenden Bewußtseins in eine instrumentale und ideative (abgeleitet von *idée directrice*) Seite. Diese Unterscheidung ist vor allem für Gehlens Institutionenlehre bedeutsam.

2) W.A. Lewis, Die Theorie des wirtschaftlichen Wachstums, Tübingen-Zürich 1956.

erreichten Niveau? Zweitens: Wo liegen die Ursachen für den seitherigen Fortschritt in der Kultur und damit auch der Wirtschaft? Die Antworten müssen in geschichtlichen Kategorien erfolgen, sollen sie über ganz allgemeine Feststellungen, wie "Umformung der Natur zu dem Zustand, in dem menschliches Leben möglich ist", hinausgehen.

Das Instrumentarium der Theorie genügt in der Beschränkung der Motivationsstruktur des Unternehmers auf die Triebkräfte Macht, Sicherung, Gewinn, Innovation¹⁾ zur Analyse der anstehenden Probleme nicht. Ohne Zweifel sind es Motive oder Bedingungen, die tatsächlich zu beobachten sind, die aber wiederum nur weitere Fragen aufwerfen, bei deren Beantwortung auf eine Anthropologie zurückgegriffen werden muß. Insbesondere müßte die häufige Nennung der Macht, einer archaisch anmutenden Kategorie, zum Nachdenken zwingen.

Gehlen definiert den Begriff "Antriebsüberschuß" als den Überschuß im Ergebnis der Tätigkeit des Menschen über die Aufwendungen zur bloßen Fristung und Sicherung.²⁾ Die instrumentelle Seite des Antriebsüberschusses "ist den Kategorien der anorganischen Materie angemessen".³⁾ Die Möglichkeiten dieser instrumentellen Seite sind logisch ableitbar, weil sie historisch-psychologisch überprüfbar sind. Hier allein ist auch der Bereich, in dem exakt-quantifizierende Wirtschaftswissenschaft ein heuristisches Instrument sein kann. Nun darf die andere Seite, das "ideative" Bewußtsein, nicht vernachlässigt werden, das nämlich in der Formulierung von Führungs-ideen zentriert oder, wie es Gehlen wiederholt ausdrückt, als neue Form der Zucht erscheint.⁴⁾ Die Möglichkeiten sind vollkommen offen.

Der Begriff "Antriebsüberschuß" legt Entscheidendes frei. Der Mensch ist nämlich nie das, was er sein könnte, er

1) George Katona, Das Verhalten der Verbraucher und der Unternehmer, Tübingen 1960, S. 231 ff.

2) Arnold Gehlen, Studien ..., a.a.O., S. 57 ff.

3) Arnold Gehlen, Mensch ..., a.a.O., S. 394.

4) Ebenda, S. 404.

ist immer ein Axiom des menschlichen Handelns, Das bedeutet, daß er sich unendlich verändern, fortbilden, vervollkommen und verfeinern kann. Ein großer Teil einer Politik des wirtschaftlichen Wachstums müßte im Aufzeigen solcher Chancen bestehen können. Eine säkulare Stagnation stellt sich dieser Sicht vollkommen anders dar, nicht als Schicksal, sondern als eine überwindbare Phase der Entwicklung. Darüber hinaus ergibt die Notwendigkeit, sich fortwährend behaupten, sich seine Umwelt in seinem Sinn umzuformen und aneignen zu müssen - bei der Weltoffenheit und Nichteinpassung des Menschen ist eine dauernde Gefährdung gegeben -, die Aufgabe einer dauernden Präsenz wirtschaftspolitischer Instanzen, um dem Abbau von Ordnungen entgegenzuwirken.

In welchem Sinn dies geschehen könnte, zeigt die anthropologische Interpretation einiger - nach Eucken konstituierenden - Prinzipien der Wirtschaftsordnung.

Das wirtschaftsverfassungsrechtliche Grundprinzip der "Herstellung eines funktionsfähigen Preissystems vollständiger Konkurrenz"¹⁾ ist die Voraussetzung für die Darstellung der realen Verhältnisse durch die Preise; sie bestimmt dem Wirtschaftenden die Ausgangslage seines Handelns. Der Preis als Ausdruck der Knappheitsrelation entzieht sich der Verfügbarkeit und Machbarkeit und enthebt damit von sonst notwendigen Anstrengungen, eine Tauschrelation festzustellen. Der Markt entlastet den Wirtschaftenden und verdrängt den möglichen Einsatz der Macht.

Das Primat der Währungsstabilität²⁾, interpretiert als Primat der Stabilität und Konstanz der Wirtschaftspolitik entspricht dem "naiven und tiefen Bedürfnis des Menschen nach Stabilität der Welt"³⁾. Auch dieses Prinzip erfüllt eine Entlastungsfunktion, dann nämlich, wenn die Einflüsse aus dem sozialen Bereich der Wirtschaft stabilisiert werden.

1) Walter Eucken, Grundsätze ..., a.a.O., S. 254.

2) Ebenda, S. 255.

3) Arnold Gehlen, Urmensch und Spätkultur, Bonn 1956, S. 63.

Das Prinzip der "Offenen Märkte"¹⁾ verschafft dem Wirtschaftenden eine Situationsfreiheit, die analog der Weltoffenheit als Chance und Belastung anzusehen ist. Die Schaffung der Situationsfreiheit ist deshalb eine angemessene Forderung an die Wirtschaftspolitik, jenseits von dem Gedanken einer Bekämpfung von Machtstellungen. Situationsfreiheit ist das allgemeine Prinzip, unter das die Forderung nach offenen Märkten subsumiert werden kann.

Das Prinzip der Vertragsfreiheit läßt sich ähnlich interpretieren und unter das Prinzip der Situationsfreiheit subsumieren. Darüber hinaus erfüllt es eine Stabilisierungsfunktion, solange bestehende Verträge nach dem Rechtssatz "pacta sunt servanda" einzuhalten sind.

Die Darlegung des anthropologischen Systems Gehlens und seine Explikation auf einige Begriffe der Theorie der Wirtschaftspolitik gibt die Möglichkeit zu einer Zwischenbilanz. Das heutige Fragen nach dem Wesen und den Gesetzmäßigkeiten des Wirtschaftsprozesses ist meist mit der Frage nach dem Wirtschaften des Menschen verbunden. Das liegt in der Natur der Frage - der fragende Mensch ist mit dem Wirtschaftsprozeß verbunden, und deshalb kann auch der wirtschaftende Mensch befragt werden. Die theoretische Besinnung wendet sich nun dem "wirtschaftenden Menschen" verstärkt zu. Dies allerdings nicht in der wenig systematischen Art der Klassiker und der rein beschreibenden Weise der dem bloßen Seienden nachspürenden "exakten" Theorie, sondern mit neuen, dem Menschen adäquaten Begriffen. Vielleicht entdeckt diese Forschungsrichtung einmal hinter dem wirtschaftenden Menschen Einsichten in das Auf und Ab des Wirtschaftsprozesses.

Der kulturtheoretische Zweig²⁾ der Wirtschaftstheorie hat ihr einen Eingang in diese Betrachtungsweise ver-

1) Walter Eucken, Grundsätze ..., a.a.O., S. 264.

2) Georg Weippert, Instrumentale oder kulturtheoretische Betrachtung der Wirtschaft, Jahrbuch für Sozialwissenschaft, Bd. 1, 1950, S. 30 ff.

schaft. Hier in der kulturtheoretischen Betrachtung eröffnet sich die Möglichkeit, den Menschen als das konstitutive Element eintreten zu lassen. Die Wirtschaft hat es mit dem Menschen zu tun, und deshalb muß Zugang zur Anthropologie gesucht werden.

Eine Aufgabe dieser Untersuchung wird darin gesehen, gesetzmäßige Zusammenhänge von geistigen Haltungen, sozialen Tatbeständen, Techniken als Bedingung der Realisierung des ökonomischen Prozesses herauszufinden. Methodisch wird im Sinne der geschichtlich-anschaulichen Theorie verfahren, die aufzuzeigen vermag, wie Sachverordernisse der Wirtschaft eine konkrete Ausgestaltung erfahren und in der Lage sind, Abweichungen aufzuzeigen und zu erklären.

Die Einführung des Menschen als eines "handelnden" Wesens hat eine Änderung im Aufbau des Realtyps zur Folge. Der Grundbestandteil "Wirtschaftsgeist" bedarf einer Neufassung.

Lautet die traditionelle Einteilung "Wirtschaftsgeist" mit den Unterpunkten

- "Sittliche Zweckeinstellung",
- "Die seelischen Antriebe zum wirtschaftlichen Handeln" und
- "Die geistige Einstellung"¹⁾,

so wird nun als Ergänzung vorgeschlagen: "Das Selbstverständnis des wirtschaftenden Menschen" mit den Unterpunkten

- "Das Selbstverständnis des Menschen",
- "Die Art der Beherrschung der Natur durch Wissen und Technik" und
- "Der wirtschaftliche Horizont".

4. Das Selbstverständnis des Menschen

a) Wirtschaften ist zweckvolles Handeln, um menschliches Leben zu ermöglichen. Dieser Satz hat seit je eine

1) Arthur Spiethoff, Allgemeine ..., a.a.O., S. 76.

grundsätzliche Bedeutung. Der Mensch hält nicht die Möglichkeit, zu wirtschaften oder nicht zu wirtschaften, in seiner Hand. "Stets nämlich und überall suchen die Menschen in ihren ... Handlungen einen bestimmten Zweck mit einem möglichst geringen Aufwand an Werten zu erreichen."¹⁾ Eine ähnliche Ansicht vertritt Bruno Seidel.²⁾ Die weiterhin übliche Definition, z.B. "Wirtschaften heißt die Tätigkeit, die auf unsere Versorgung mit knappen Gütern der Außenwelt gerichtet ist"³⁾, läßt die Möglichkeit, anders als wirtschaftlich handeln zu können, als denkbar erscheinen. Die fehlende Spezifizierung seiner Instinkte erlaubt es dem Menschen nicht, sich auf seine von der Natur mitgegebenen Instinkte zu verlassen. Diese Unsicherheit seines Lebens zwingt ihn, der Natur die Mittel abzurufen, die zu seinem Leben notwendig sind.

Der heute erreichte Grad der Organisation der Arbeit und die vielfältigen gesellschaftlichen Formen der Arbeits- und Existenzmöglichkeiten verdecken oft diesen die Lebens- und Arbeitsweise bestimmenden Grundsatz, überdecken und verfälschen ihn. Ebenso besteht beim Menschen eine Bereitschaft, diese Wirklichkeit aus dem Bewußtsein zu verdrängen oder das wirtschaftliche Handeln von anderen Motiven als von dem der Sicherung und Entfaltung seiner Existenzmöglichkeit zu ersetzen.⁴⁾ Wirtschaftspolitik hat die Aufgabe, diesen Schleier, der sich von Zeit zu Zeit vor das menschliche Bewußtsein legt, zu zerreißen. Wettbewerb ist auch in dieser Hinsicht ein regulierendes Prinzip der Wirtschaftsordnung.⁵⁾ Ob das Bedarfsdeckungsprinzip in einer bestimmten geschichtlichen Epoche vorherrscht, ist wahrscheinlich weniger durch die geistige Haltung der wirtschaftenden Menschen bestimmt, wohl aber durch den Grad der Organisation der Arbeit und der Gesellschaft, die ein Verwischen, ein Undeutlichwerden dieses "existentiellen"

1) Walter Eucken, Grundlagen ..., a.a.O., S. 211.

2) Bruno Seidel, Industrialismus und Kapitalismus, Meisenheim/Glan, S. 23 ff.

3) Alfred Ammon, Wirtschaftspolitik auf Irrwegen, Frankfurt/M., 1958, S. 7.

4) Mittel des Fortschritts sind auch immer Mittel des Rückschritts. Karl Löwith, Weltgeschichte ..., s.o.S.50.

5) Walter Eucken, Grundsätze ..., a.a.O., S.291.

Selbstverständnisses ermöglicht. Hier übernimmt die geschichtlich arbeitende Sozialwissenschaft eine kritische Funktion, wenn sie sich zur Aufgabe macht, die an Selbstbetrug grenzende Verschleierung der Wirklichkeit aufzudecken. Denn das Bewußtsein über die wirtschaftliche Lage ist zum großen Teil mitbestimmend für das Selbstverständnis des Menschen.

b) Die wirtschaftlichen Möglichkeiten des Menschen sind nicht durch die Natur bestimmt, sondern durch die Grenzen des Wissens und des Willens zum Handeln; beides liefert die Möglichkeit zur Beherrschung der Natur durch die Technik.¹⁾ Die Natur ist kein Zauber, wie z.B. in früheren Kulturen, sie ist also durchschaubar, und die Technik ist keine Dämonie, also zu beherrschen. Die Möglichkeiten des menschlichen und sozialen Lebens liegen zwischen dem Nichtwissen und dem Wissen, sich die Natur zu einem lebensnotwendigen Zweck umzuformen.

Jede geschichtliche Betrachtungsweise hat das Problem, den Gang der Geschichte als sinnvolle Entwicklung zu bewerten, d.h. jede frühere Stufe als Voraussetzung zu einer Ausweitung menschlicher Lebensformen, zu einer größeren Beherrschung der Natur, zu einem tieferen und wacheren Bewußtsein über die Situation des Menschen und der Gesellschaft darzustellen. Was das Ziel der Geschichte sei, ist das letzte Problem; doch ist diese Frage eine Fangfrage, die eben von der gestellten, die jede Zeit für sich zu beantworten hat²⁾, ablenkt. Die wahre Frage ist eine praktische und theoretische: Welches sind die Widerstände, die der Mensch überwinden muß, um zu einem vollen Bewußtsein seiner Lage zu kommen, denn hieraus sind die Folgerungen zu einem zweckentsprechenden, sinnerfüllten Handeln zu ziehen.³⁾

1) Vgl. W.A. Lewis, Theorie ..., a.a.O., S. 49 ff.

2) "Jede Gegenwart ist wenigstens potentiell der Ort für neue seinsadäquate Konzeptionen"; Bruno Seidel, Industrialismus ..., a.a.O., S. 181.

3) Das Verfahren kann nur eine Auseinandersetzung mit der Geschichte sein, denn die Gefahr einer Fehlentwicklung ist immer gegeben. "Anstelle eines kontinuierlichen organischen Werdens tritt dann die katastrophale Entwicklung." Bruno Seidel, a.a.O., S. 181.

c) In den Gebieten und Staaten des Freihandels ist eine Tendenz zu beobachten, das Prinzip des Freihandels total zu verwirklichen. Das Ziel ist eine weltweite Verbreitung zur Erreichung eines planetarischen Marktes, einer Arbeitsteilung, die keine politischen Hindernisse zu überwinden hat. Eine Wirtschaftsordnung kann nur dann eine optimale leistungsfähige Volkswirtschaft hervorbringen, wenn sie in jeder Hinsicht offene Märkte ohne geographische Ausnahmen fordert und erzwingt. Das Kriterium für den Reifezustand eines Marktes ist also demnach:

- weltweiter Austausch bzw. der Umfang, in dem im betreffenden Markt weltwirtschaftliche Kräfte wirksam sind,
- weltweite Arbeitsteilung bzw. der Grad, in dem die Arbeitsteilung vollzogen ist.

Sind in einem optimalen Umfang die Schranken, die Hindernisse zu einem in dieser Hinsicht vollkommenen Markt sein können, weggefallen, läßt das Ausmaß der verwirklichten weltwirtschaftlichen Marktverflechtung und Arbeitsteilung auf die Bereitschaft, die Kenntnis bzw. Unkenntnis der Wirtschaftssubjekte der betreffenden Volkswirtschaft schließen.

Hiermit soll der Versuch, das Wirtschaftssystem von Sombart und Spiethoff durch das Verständnis des Menschen als handelndes Wesen zu ergänzen, beendet werden. Nun ist noch eine Bemerkung zu dem Realtyp von Sombart zu machen, den auch Seraphim¹⁾ übernommen hat.

Die vorgeschlagene Gliederung hat nur den sachlichen Bereich bestimmt. Ein Realtyp müßte jedoch ebenso die wesentlichen Motive des wirtschaftlichen Handelns sowie insbesondere die geschichtliche Ausprägung dieser Motive enthalten.

Die fundamentale Ungesichertheit und Weltoffenheit des Menschen, der Zwang und die Fähigkeit, diesen zu begegnen, führt dazu, die Zwangsläufigkeit aller langfristigen

1) Hans Jürgen Seraphim, Theorie ..., a.a.O., S. 125.

Prozesse sehr skeptisch zu beurteilen. Die Möglichkeit des Handelns und der Gestaltung der sozialen Gegebenheiten drängt Mensch und Gesellschaft immer wieder auf eine mittlere Linie, auch der Motivation der Handlungen, zurück. So kann im Grunde die Furcht vor einer säkularen Stagnation zurücktreten.

Die Weltoffenheit als Prinzip - mit bereichernden und belastenden Aspekten für den handelnden Menschen - hat sich in einigen, oben dargelegten Bedingungen für die Wirtschaftsordnung nach dem Prinzip der Marktwirtschaft zu äußern. Der wirtschaftende Mensch hat keine andere Wahl,¹⁾ zu einem Urteil über die "Wirklichkeit" zu kommen.

Dieser Zwang, sich mit der jeweiligen Situation zu befassen, setzt die Möglichkeit voraus, daß der Mensch sich dem unmittelbaren Einfluß der Wirklichkeit entziehen kann; er muß entlastet werden. Die Entlastung von Routinevorgängen ermöglicht dem Menschen erst, sich auf neue Situationen einzustellen. Insbesondere in den wechselreichen Konjunkturlagen sowie neuen Situationen des wirtschaftlichen Wachstums erscheint eine Wirtschaftspolitik unter diesem Gesichtspunkt erfolgversprechend.

5. Der Begriff "Wirklichkeit"

a) Wirklichkeit ist nicht nur das, was in einem bestimmten historischen Augenblick verwirklicht ist. In einer allgemeinen Formulierung läßt sich dieser Sachverhalt so darstellen: Die Welt ist in Wirklichkeit nicht so, wie sie erscheint, sondern so, wie sie von der Philosophie begriffen wird.¹⁾

1) Herbert Marcuse, Vernunft und Revolution, Neuwied 1962, S. 91.

Hegel beschreibt die gegebene Wirklichkeit als gleichbedeutend mit der Möglichkeit.¹⁾ Erscheinung und Wesen fallen nicht zusammen, "das Wesen aber bezeichnet die Einheit des Seins, seine Identität im Wechsel".²⁾ Es zeigt sich, daß Weippert in der Nachfolge Hegels steht, wenn er in seinem Aufsatz "Vom Werturteil zur politischen Theorie" aufzeigt, daß nur aus dem Wesen "das Sollen abzulesen ist". "Der Seinscharakter eines verstehbaren Objekts ist nicht ohne ein ihm Immanentes, ihm zugehöriges Sollen denkbar."³⁾ Zur Analyse der Wirklichkeit gehört nicht nur die Beschreibung der Fakten, sondern auch das Aufzeigen der Bewegung des Begriffs zu seiner Negation, also das Aufzeigen des Möglichen. Sein und Sollen fallen jedoch nicht auseinander, sondern das Sein gibt die Bedingungen der Entwicklung an.

Dieser Ansatz läßt sich an dieser Stelle zum Ausbau des Begriffs Realtyp fruchtbar verwenden.

Der Begriff Wirklichkeit im Realtyp, wie ihn z.B. Spiethoff versteht, bedeutet wirklichkeitstgetreue Arteigenheit, Abbild der Wirklichkeit.⁴⁾ An anderer Stelle wird verdeutlicht, was hierunter zu verstehen ist. "Im Sinne induktiver Logik bildet sie (die anschauliche Theorie) arteigene Formen ..., sie verzichtet auf die Reinheit der Erfassung der Beziehungen lediglich ganz bestimmter Erscheinungen (wie beim Idealtypus von M. Weber), sondern will möglichst viel von dem mitberücksichtigen, was von anderen wesentlichen Erscheinungen hineinspielt. Die Auswahl der Erscheinungen erfolgt nicht nur unter dem Gesichtspunkt ganz bestimmter Beziehungen, sondern auch mit dem Ziel, die Vollständigkeit der Wirklichkeit in Bezug auf alles Regelmäßige und Wesentliche zu erfassen." Spiethoff verfolgt hier in erster Linie ein ganz pragmatisches Ziel, die Vielfalt der Erscheinungen zu

1) G.W.F. Hegel, Wissenschaft der Logik, Bd. II, S. 173. Hrsg. G. Lasson, Leipzig 1951.

2) Herbert Marcuse, Vernunft ..., a.a.O., S. 135.

3) Georg Weippert, Werturteil ..., a.a.O., S. 30.

4) Arthur Spiethoff, Anschauliche und reine Theorie, a.a.O., S. 642.

ordnen, jedoch nicht durch Deduktion oder mit Hilfe des phänomenologischen Verfahrens, sondern nach der geschichtlichen Erscheinung. (Es ergeben sich hier überraschende Übereinstimmungen mit dem Verfahren von Eucken, der ebenfalls wie Spiethoff von zufälligen und einmaligen, "unwesentlichen" Erscheinungen absehen will.) Das Spiethoff'sche Modell der Wirklichkeit gleicht einem Strukturgerüst, das über die verschiedenen Zeitalter hinweg relativ gleich bleibt, d.h. einer gleichbleibenden Grundwirklichkeit zugehört, jedoch jeweils andere Ausdrucksformen stützt. "Wesentlich ist alles, was Ursache, Bedingung darstellt oder kennzeichnend ist, d.h. eine Ursache oder Bedingung vertritt. Ziel der anschaulichen Theorie ist ein Abbild der Wirklichkeit."¹⁾

b) Jedoch ist diese Wirklichkeit Spiethoffs nur ein Teil der Gesamtwirklichkeit, wie auch das Knochengerüst eines Menschen nicht der Sitz des Lebens im Menschen ist. Wirklichkeit ist hier ein Zustand, während er - im Hegel'schen Sinne - ein Prozeß ist. Was ist, ist nicht notwendig das, was es ist; es könnte ebenso gut in irgendeiner anderen Form existieren. Es könnte beliebig viele Möglichkeiten geben, denn möglich ist alles, was aus dem Inhalt des Wirklichen selbst abgeleitet werden kann. Das Wirkliche erweist sich antagonistisch aufgespalten in sein Sein und sein Sollen.²⁾

Diese Ausführungen zeigen, daß der Begriff "Wirklichkeit" mit großem Gewinn für die Bildung des Realtyps um eine Dimension erweitert werden kann, indem die Wirklichkeit nicht nur auf ihre historische Relevanz hin überprüft wird, sondern auch auf das Mögliche.

c) Ein Vergleich mit dem Begriff "Wirklichkeit", den die instrumentale Theorie verwendet, ermöglicht eine

1) Arthur Spiethoff, Anschauliche ..., a.a.O., S. 570/1.

2) Auch diesem Sachverhalt kommen die Gedankengänge Wepperts außerordentlich nahe.
Herbert Marcuse, Vernunft ..., a.a.O., S. 138.

schärfere Abgrenzung des hier verwendeten Begriffs "Wirklichkeit".

Die wirtschaftlichen Vorgänge schlagen sich in Buchungen nieder. Die Käufe für den Konsum, für Investitionen etc. erscheinen als Zahlungen, und als solche werden sie durch Buchungen erfaßt. Ebenso ergeht es dem Güterverzehr zu Produktionszwecken. Ist die statistische Ermittlung mit einiger Genauigkeit erfolgt, lassen sich mit den ermittelten Zahlen Aussagen über den Wirtschaftsprozess machen.

Im Bereich der Wirtschaftspolitik und der Wirtschaftsordnung sind jedoch diese aus Buchungen hervorgegangenen Zahlenangaben nur Rohmaterial. Hier muß die Interpretation über die Motive der Handlungsweisen des Unternehmers, der Arbeitnehmer, der Konsumenten etc. einsetzen. Die Fragen der Wirtschaftsorganisation, des Produktionsapparates, der Produktionsstruktur sind hier ebensolche Probleme wie die Fragen des Wirtschaftsablaufs. Vereinfachend dargestellt handelt es sich im Produktionsprozeß um die Gleichheit von Zahlungsvorgängen und Gütererstellung. Die Abgrenzung dieses Untersuchungsobjekts - der Gleichheit der Zahlungen - erlaubt es allerdings nicht, zur Frage nach der Möglichkeit des wirtschaftenden Menschen vorzudringen. Diese Wirklichkeit muß jedoch zum Problem erhoben werden; sie darf nicht lediglich als Bedingung des wirtschaftlichen Handelns angesehen werden.

Jede grundsätzliche wirtschaftspolitische Erörterung sollte in der buchungsmäßigen Wiedergabe des Produktionsprozesses eine Vorfrage sehen; das Zahlenergebnis besagt nichts über den Standort des wirtschaftenden Menschen und sein Verhältnis zur "Wirklichkeit".

Es ist also möglich, daß die wirtschaftliche Situation nicht erkannt wird, obwohl die Wirtschaftspolitik die Verschleierung der Situation zu vermeiden sucht, z.B. für vollen Wettbewerb auf den Märkten sorgt. Eine nicht

zustandegekommene Interpretation, eine unterlassene Analyse kann ein Wirtschaftssystem zum Niedergang verurteilen. Dann wird mit großer Wahrscheinlichkeit die Wettbewerbsordnung verdammt werden, da sie nicht die "Selbstheilung" bewirkt hat; man verlangt vom Wettbewerb mehr als er zu leisten imstande ist, der lediglich infolge Wirksamkeit einiger Hemmungsfaktoren, mangelnder Markttransparenz, unvollkommener Information nicht voll verwirklicht ist.

Das Kriterium über Wirklichkeitsnähe oder -ferne der wirtschaftenden Menschen ist die Bereitschaft zur Entfaltung der Möglichkeiten, die in der Wirklichkeit liegen. Hierin ist die entscheidende Distanzierung von einer nur auf Zahlenmaterial sich stützenden Wirtschaftsbetrachtung zu sehen. Die Fakten geben lediglich die Möglichkeit, Thesen zu formulieren, die zu verifizieren oder zu falsifizieren sind. Ein Unterschied zum Verfahren der historischen Schule ist nicht mehr grundsätzlicher Natur, sondern lediglich graduell, indem statt einer verbalen eine numerische Beschreibung der "Wirklichkeit" vorgenommen wird. Eine Theorie des wirtschaftlichen Handelns kann jedoch nicht die Erklärung von Ursache und Wirkung auf die Veränderung von Zahlungsgrößen beschränken.

Ein evolutorischer Begriff der Entwicklung läßt sich mit Mitteln der instrumentaln Theorie allein nicht geben, die z.B. Innovationen als exogene Einflüsse auf den Wirtschaftsprozess beschreibt und als solche nicht erklärt. Qualitative Veränderungen im Produktionsaufbau können durch Trendbestimmungen erfaßt werden; die allerdings weit wichtigere Feststellung über die Richtigkeit eines gegebenen Produktionsaufbaus, der Wirtschaftsorganisation, der Wirtschaftsordnung etc. kann nicht gegeben werden.

6. Die Kriterien des wirtschaftlichen Handelns

a) Die instrumentale Theorie entwickelt ihr Modell als möglichst genaues Abbild der durch Rechenhaftigkeit ermittelten Fakten. Die Forschungsergebnisse erhält sie durch Veränderung eines Datums und durch Beobachtung der daraus folgenden Veränderungen. Dieser Grundvorgang kann sich sehr komplizieren, ohne daß jedoch die Verfahrensweise eine andere wird.

Wie im Einzelfall mit einem Detailproblem verfahren wird, z.B. Beobachtung der Auswirkungen von Veränderungen eines Steuersatzes u.ä., so ist der gesamte Wirtschaftsprozeß eine Folge von kausalen und funktionellen Wirkungen. Der Wirtschaftsprozeß wird als eine automatisch abrollende Kette von Ursache und Wirkung oder von funktionalen Abhängigkeiten gesehen, ihm wird lediglich der Charakter eines mechanischen Prozesses zugeschrieben, dessen Richtung durch exogene Anstöße verändert wird.

Nun kann nachgewiesen werden, daß die Vorstellungen Spiethoffs vom Wirtschaftsprozeß weitgehend dieselben wie die hier geschilderten sind; der evolutorische geschichtliche Prozeß ist ebenso nicht erfaßt wie in der instrumentalen Theorie. Jedoch besteht ein grundsätzlicher Unterschied zwischen instrumentaler und anschaulicher Theorie im Einbau des "Menschen" in die Theorie. Die instrumentale Theorie verwendet die Konstruktion eines rational handelnden Wesens, denn dieses allein ermöglicht den Einbau des wirtschaftenden Menschen als Größe bzw. Datum eines Modells. Die anschauliche Theorie sieht jedoch im Mensch, d.h. im Wirtschaftssubjekt ein geschichtliches Wesen; hier durch besitzt sie eine größere Wirklichkeitsnähe. Denn hier ist der Mensch ein Wesen, das sich nicht nur nach ökonomisch-rationalen Kriterien verhält, sondern nach Motiven handelt, die aus der Struktur des Menschen zu erklären sind. In konsequenter Ausdeutung des Menschen als handelndes Wesen ergeben sich in realtypischer Betrachtungsweise einige überraschende Aspekte.

b) Das wirtschaftliche Handeln des Menschen läßt sich nicht auf einem bestimmten Niveau stabilisieren. Rationales wirtschaftliches Handeln ist eine kulturelle Leistung, die der einzelne Mensch, eine Gesellschaft sich immer wieder abringen muß. Alle Natur und alle zu einer Quasi-Natur gewordenen Institutionen haben eine Tendenz zum Zerfall. Der Mensch kann diesem nur durch Handeln entgegentreten; Kultur muß deshalb jederzeit verteidigt bzw. neu errungen werden. Die Anstrengung zur Kultur, das Verhalten, mit dem sich der Mensch erst sein Prädikat als Mensch verdient, dürfen nie aussetzen. In diesem Sinne ist es auch zu verstehen, wenn Gehlen die Ablösung des Satzes "Zurück zur Natur" durch "Zurück zur Kultur" fordert.¹⁾

Die Fragen von Marx und Keynes nach dem Ende unseres Wirtschaftssystems sind größtenteils müßige Fragen. Jede Gesellschaft steht zu jedem Zeitpunkt vor dem Problem der Erhaltung der Kultur. Mit Hegel kann eine anderslautende, jedoch gleichgeartete Antwort gegeben werden: Jeder Begriff ist in einer Bewegung zu seiner Negation. Erscheinung und Wesen fallen nicht zusammen. In der Wirklichkeit besteht eine objektive Tendenz, ein Prozeß des "Darüber-hinaus-führens".²⁾ Damit soll jedem Pessimismus und Optimismus der Abschied gegeben werden, wohl aber dem handelnden Menschen eine offene Haltung zur Formulierung seiner konkreten Aufgaben angeboten werden. Denn auf den handelnden Menschen ist es zurückzuführen, daß die Wirklichkeit nur zu einer wahren Wirklichkeit gelangt, wenn sie die Verwirklichung eines Subjekts ist

1) Arnold Gehlen, Anthropologische Forschung, a.a.O., S. 59 ff.

2) Herbert Marcuse, Vernunft ..., a.a.O., S. 140.

Das heißt nichts anderes, als daß der Mensch eine Entwicklung zu einer Entwicklung zu sich selbst machen muß, damit die werdende Wirklichkeit eine menschenwürdige Wirklichkeit, die "wahre" Wirklichkeit Hegels, wird. - Dieser Gedankengang bedarf nur des Hinweises, daß bei dieser "Entwicklung zu sich" auch die Chance des Scheiterns mit enthalten ist.

III. Ordnungspolitische Überlegungen zu einer Konjunktur- und Wachstumspolitik der EWG

1. Der Wirtschaftsablauf als Problem der Wirtschaftsordnung

a) Die Bemühungen der Wirtschaftstheoretiker der Gegenwart unterscheiden sich von denen vorangegangener Schule durch Zurückstellen der geschichtlichen Betrachtungsweise. Das hat - in relativ engen Grenzen - seine Berechtigung; dem geschichtlich-dialektischen Denken gelingt es nicht in dem möglichen Umfang, den funktionalen Zusammenhang des Wirtschaftsprozesses - den Sachzusammenhang - aufzuzeigen und mit der erforderlichen Klarheit darzulegen. Akzeptiert man die Einschränkung des Gegenstandes der Wirtschaftswissenschaft auf Bildung und Verteilung des Sozialprodukts, mit anderen Worten: läßt man die wirtschaftlichen Einflüsse auf Mensch und Gesellschaft außer Betrachtung, ist eine Unterscheidung nach exogenen und endogenen Größen sinnvoll.

Nach den vorhergehenden Ausführungen ist erkenntlich, daß in einer vom Kulturganzen losgelösten Betrachtung der Wirtschaft ein gefährlicher, potentiell unmenschlicher Ansatz des wirtschaftswissenschaftlichen Denkens begründet ist. Die Erklärung des Wirtschaftskreislaufs ist nicht in der Lage, die Vorgänge des Wirtschaftslebens

befriedigend zu behandeln, das heißt zur Einsicht in den Mittelcharakter des Wirtschaftens zu verhelfen.

Da eine allgemein akzeptierte Betrachtungsweise, die bei den Anschauungen - der funktionalen wie der historisch-soziologischen - gerecht wird, sich bisher nicht durchsetzen konnte, ist ein Methodenpluralismus als Ausweg zur Zeit üblich. ¹⁾ Das ist umso naheliegender, da die heutige Forschung ihren Ehrgeiz in die Feststellung quantitativer Ergebnisse und der Struktur dieser Größen legt. Die Vertreter dieser methodischen Richtung müssen jedoch akzeptieren, daß Erläuterungen zu "qualitativen" und "sprunghaften" Veränderungen, eine Erklärung, wie sie z.B. das geschichtlich-dialektische Verfahren gibt, von ihnen nur oberflächlich verfaßt werden können.

Definiert man Ordnungspolitik als den Teil der Wirtschaftspolitik, der die Formen für den Ablauf des Wirtschaftsprozesses bildet ²⁾, ist hierunter auch die Aufgabe zur Bildung von Institutionen zu verstehen, die über den geschichtlichen und wirtschaftsgeschichtlichen Standort nachdenken und veröffentlichen können (traditionell wurde diese Aufgabe von den Trägern der Wirtschaftspolitik selbst wahrgenommen).

Über die allgemeinen Probleme, mit denen sich diese Institutionen zu befassen haben, lassen sich grundsätzliche Ausführungen machen. Einen Beitrag hierzu lieferte Hans Bayer mit seinem Aufsatz "Wirtschaftsentwicklung und Konjunkturstabilisierung". ³⁾ Bayer geht zunächst von einem methodischen Einwand aus. Die Modelle einer wachsenden Wirtschaft werden durch eine Dynamisierung statischer Modelle gewonnen, obwohl es noch an der Kenntnis und Einarbeitung von Motiven und Gewohnheiten der Wirtschaftenden in die dynamische Theorie fehlt. ⁴⁾

1) K. Brand, Zur Theorie des wirtschaftlichen Wachstums, in Zeitschrift für Nationalökonomie 17 (1957), S. 341. Auf weiterführende Ansätze wurde oben verwiesen; siehe Seite 62.

2) Hans Jürgen Seraphim, Theorie ..., a.a.O., S. 310. Walter Eucken, Grundsätze ..., a.a.O., S. 308.

3) Hans Bayer, Wirtschaftsentwicklung und Konjunkturstabilisierung, in Weltwirtschaftliches Archiv, Band 70, S. 31 ff, Hamburg 1953.

4) Ebenso J.R. Hicks, Value and Capital, Oxford 1939, S. 337.

Bayer nennt Gründe, die zu einer speziellen These der Unstabilität aus inneren Gesetzmäßigkeiten verwendet werden können: Anpassungsschwierigkeiten, Machtverhältnisse bzw. Konzentration u.a.m. Diese treffen auf historische Gesetzmäßigkeiten der modernen Wirtschaftsentwicklung¹⁾: strukturelle Veränderungen im Verhältnis von Beherrschenden und Beherrschten, Altwerden der Volkswirtschaft, Auswirkungen des gesellschaftlichen Trägheitsgesetzes und Nachlassens der sozialen Dynamik.

Neben der Forderung nach einer Konjunkturpolitik auf lange Sicht vertritt Bayer die Ansicht, daß eine Wirtschaftspolitik, die auf Stabilität aus ist, eine Beeinflussung der Wachstumsrate im Auge haben muß.²⁾

Man kann diese Forderung von Bayer als eine pragmatische politische Haltung interpretieren, die unternimmt, ein Problem mit dem anderen zu überdecken. Doch ist ihm Recht zu geben, wenn er ausführt, daß die komplizierte Balance von realer Produktion und Volkseinkommen in einer statischen Wirtschaft nahezu unmöglich und in der dynamischen Wirtschaft noch schwieriger ist; dagegen seien wachsende Unternehmer- und Arbeitseinkommen leichter in der Lage, Ungleichgewichte nicht fühlbar werden zu lassen.

Bayer legt dar, daß sich zwei Ordnungsprinzipien gegenüberstehen: einmal die Wirtschaftsautomatik und zum anderen die volkswirtschaftliche Gestaltung. Beide ergeben sich alternativ; eine Lösung bietet sich nur durch die Förderung - wie er es nennt - von "positiven" Tendenzen an.

Mit dieser Auffassung wird eine Absage an die Selbstregulierung des Marktes vollzogen, soweit es um die Beseitigung von Ungleichgewichten infolge einer mangelhaften Markttransparenz oder einer Anpassungsschwierigkeit und um die Überwindung von historischen Gesetz-

1) Hans Bayer, Wirtschaftsentwicklung ..., a.a.O., S. 55 ff.

2) Ebenda, S. 51.

mäßigkeiten geht. Die Konsequenz kann jedoch nicht ein Eingriff in den Wirtschaftsablauf sein, sondern - wie Bayer richtig sieht - eine Anpassung der Wirtschaftsordnung an die Zeitverhältnisse.¹⁾ Das Ziel ist eine Stabilisierung des Wirtschaftsablaufs.

b) Wirtschaften ist Weltveränderung. Weltveränderung ist zunächst nur das Ergebnis des menschlichen Handelns; dieses Handeln ist zweckgerichtet, die vorgefundenen Verhältnisse auf eine Weise zu verändern, so daß die geschaffenen Verhältnisse nicht mehr die vorherigen sind. Das Handeln des Menschen ist nie ein natürliches in dem Sinne, daß es die Natur (Flora, Fauna, Geologie) unberührt läßt und sich dem von den Naturkräften immer wieder geschaffenen Gleichgewicht unterwirft. Weil der Mensch nicht "eingepaßt" ist, hat er stets von Neuem die Bedingungen, unter denen er leben kann, zu schaffen; er erreicht dieses Ziel durch zweckgerichtetes Handeln. Denn zwischen die menschlichen Bedürfnisse und Antriebe jeder Art und ihrer Erfüllungssituation tritt ... ein intelligentes, praktisches Verhalten, ein Handeln ...²⁾ Dieser Vorgang ist in großem Umfang irreversibel, also Geschichte. Daraus ergibt sich eine ganz allgemeine Schlußfolgerung, die als Arbeitshypothese Verwendung findet: Die Geschichte ist die Beschreibung des Fortschritts; dieser Fortschritt bedeutet zugleich auch wirtschaftliches Wachstum. Diese These erfordert zwei Modifikationen aus geschichtlicher Erfahrung: nämlich, daß der Fortschrittsprozeß kein zwangsläufiger ist und daß er in Schüben erreicht wird. Er stellt somit ein Hineinwachsen in den jeweils neu gewonnenen Horizont der menschlichen Kenntnis dar. In diesem Erscheinungsbild findet wirtschaftliches Wachstum statt. Dieses Phänomen versuchen die Wirtschaftshistoriker bei der Bildung von Entwicklungsstufen darzustellen; es tritt auch in den modernen Volkswirtschaften auf.

1) Hans Bayer, Wirtschaftsentwicklung ..., a.a.O., S. 64.
Ebenso Walter Eucken, Grundzüge ..., a.a.O., S. 310.
2) Arnold Gehlen, Urmensch ..., a.a.O., S. 12.

Das Phänomen der konjunkturellen Wechsellagen läßt sich nur auf diesem Hintergrund richtig beschreiben. Die Ausschaltung von extremen Konjunkturschwankungen ist deshalb eine Voraussetzung für gleichmäßiges wirtschaftliches Wachstum. Doch läßt sich die Bedeutung der Konjunkturpolitik nicht richtig erkennen, wenn man dabei die menschliche Aufgabe einer Vermeidung von Rückschlägen - der Senkung des Lebenshaltungsniveaus - übersieht.¹⁾ Ein Rückgang des Realeinkommens löst nicht nur Veränderungen in den Wirtschaftsplänen aus, sondern verändert die menschliche Haltung.

So ist zum Beispiel, wie verschiedene empirische Untersuchungen von Katona nachgewiesen haben, der Konsum im Zeitverlauf in hohem Maße irreversibel. "Die Trägheit der einmal erreichten Konsumgewohnheiten verhindert bei absolut oder relativ sinkendem Einkommen ein proportionales Absinken des Konsums."²⁾

Die Geschichtlichkeit der wirtschaftlichen Entwicklung kann an zwei Erscheinungen dargestellt werden, und zwar erstens in einer sozialpsychologisch zu erklärenden Veränderung in der Bewußtseinsstruktur der Verbraucher. Die im Verlauf einer Bedürfnisbefriedigung unternommenen Handlungen schaffen neue Bedürfnisse. Sie sind in ihrer Motorik nur schwer von den primären Bedürfnissen zu unterscheiden. Diese "sekundären, bedingten und abgeleiteten Bedürfnisse werden nämlich selbst triebhaft, sie können als selbstverständlich, d.h. natürlich erscheinen".³⁾ Das Anspruchsniveau, das durch einige gleichartige, sich wiederholende Akte der Bedürfnisbefriedigung erreicht wurde - dieser Vorgang, obwohl aus der Sache nicht vom Bedürfnis abgeleitet, wird ein Teil der Handlung zur Bedürfnisbefriedigung - ist nicht mehr dasselbe wie in der primären Situation. Diese Veränderung der

-
- 1) Zur Frage der Kriterien siehe Gottfried Haberler, Prosperität und Depression, Bern 1948, S. 248 ff.
 - 2) Karl-Heinz Oppenländer, Die modernen Wachstumstheorien, Berlin-München 1963, S. 102. - Oppenländer führt außerdem die Entsprechung für steigendes Einkommen bzw. Anheben des Konsums an; doch dürfte dies grundsätzlich anders zu beurteilen sein.
 - 3) Arnold Gehlen, Urmensch ..., a.a.O., S. 14/15.

menschlichen Haltung dürfte auch bei relativ kurzfristigen wirtschaftlichen Erscheinungen, also auch bei Konjunkturaufschwüngen, anzutreffen sein. Diese Feststellung kann allerdings nur im Zusammenhang mit dem Gebrauch neuer Mittel für die Bedürfnisbefriedigung gemacht und damit als Horizonterweiterung¹⁾ beschrieben werden; die Möglichkeiten zu dieser Horizonterweiterung sind jedoch nicht wahllos, sondern durch die Ausgangslage festgelegt.

Die Schwierigkeiten zur Bildung eines Urteils über die Möglichkeit liegen in der Beschaffung umfassender Informationen über die Ausgangslage und in der Erkenntnis der Möglichkeit. So liegt es nahe, den Trägern der Wirtschaftspolitik die Aufgabe zu übertragen, bei der Behebung von Schwierigkeiten in der Beschreibung der Ausgangslage und dem Erkennen des Möglichen mitzuwirken. Eine bessere Kenntnis der Lage dürfte zu einer größeren Konstanz der Erwartung beitragen und damit den Wirtschaftsablauf von dieser Seite her stabilisieren.

Die zweite Erscheinungsform betrifft die soziale, sozialwirtschaftliche Seite. Keine Stufe, kein Niveau, keine Struktur einer dynamischen Wirtschaft ist nach Überwindung eines früheren Produktionsstandes, d.h. nach dem Aufschwung auf eine neues höheres Niveau wirtschaftlicher Ergiebigkeit und Produktivität, in der Lage, auf die frühere Stufe zurückzukehren, außer um den Preis des kulturellen Rückschritts, der begleitet ist von den allzu gut bekannten, deprimierenden sozialen und menschlichen Nöten. Die wirtschaftspolitische Folgerung hieraus ist die Stabilisierung des Wachstums.

Eine einmal unter den Bedingungen des gleichgewichtigen Aufschwungs gewonnene Stufe kann nicht verlassen werden, ohne daß etwas von dem Begriff des Fortschritts aufgegeben wird.

1) Definiert als Erweiterung der Mittel zur Bedürfnisbefriedigung, qualitativ und quantitativ.

Für die Wissenschaft stellt sich hierbei als notwendige Aufgabe eine Sinngebung jeden Zeitabschnitts und als methodisches Problem die Ausbildung von Kriterien für den geschichtlichen Vergleich. Es "erweist sich ... ein intertemporaler sowie ein interregionaler Vergleich und die Einführung von Zäsuren notwendig, um den kontinuierlichen Prozeß nach irgendwelchen Kriterien gliedern zu können.¹⁾ Begriffe wie gesund, krank, überhitzt, abgekühlt sind nur sehr bildlich; die Aussagekraft dieser Begriffe vermittelt eine falsche Assoziation; hier nimmt ein den Sachverhalt verfehlendes Organismusdenken Platz. Die zutreffenden Begriffe müssen der Handlungsweise entsprechend und geschichtlich sowie anthropologisch deutbar sein; das bedeutet Orientierung über den eigenen wie über den gesellschaftlichen Standort im Wirtschaftsablauf. Die Kenntnis hierüber ist die Hauptbedingung für eine erfolgreiche Politik zur Wiedergewinnung einer Gleichgewichtslage.

Derartige Kriterien können in einer wirtschaftsgeschichtlichen Betrachtung als Instrumente zur Abgrenzung von Fortschritt und Niveau dienen. Diese Phasen oder Stadien des Wirtschaftsablaufs sind allerdings nicht mit denen der Wirtschaftsgeschichte, wie sie Bücher, Hildebrandt, Schmoller und zuletzt Rostow aufgezeigt haben, zu vergleichen. Denn diese Kriterien zur Niveauunterscheidung sollen vielmehr innerhalb der erreichten Stufe anwendbar sein, orientiert z.B. an solchen Kriterien, die Schumpeter zur Unterscheidung seiner Konjunkturzyklen anführt, z.B. Elektrifizierung, Motorisierung etc. Diese so gearteten Kriterien müßten es erlauben, aus einer geschichtlichen Sicht das - wirtschaftliche - Handeln kritisch zu würdigen und die möglichen Folgen einer alternativen Handlungsweise aufzuzeigen. Hierdurch könnte eine Durchleuchtung von Wirtschaft und Gesellschaft ermöglicht werden, die weit mehr als nur eine Vervollstän-

1) Walter G. Hoffmann, im Geleitwort zu W.W. Rostow, Stadien wirtschaftlichen Wachstums, Göttingen 1960. S. 7.

digung des statistischen Instrumentariums¹⁾ oder die Weckung eines Konjunkturbewußtseins²⁾ fordert; sie fordert ein Verständnis von Wirtschaft, das die primitive Stufe der Macht und des "do ut des" hinter sich läßt.

Institutionelle Voraussetzungen dieser Konjunkturpolitik sind: Beobachtung, Analyse und Erklärung einer Konjunkturlage sowie die Bewußtmachung der jeweiligen Konjunkturlage. An dieser Stelle läßt sich nun auch der Nutzen aus der Einführung des Menschen als handelndes Wesen aufzeigen. Die Überlegungen nach einer institutionellen Sicherung von Entlastung und Stabilisierung lassen sich auch auf den konjunkturpolitischen Bereich übertragen. Hier liegt der Gedanke zur Bildung von Reaktionsketten für die Maßnahmen der wirtschaftspolitischen Instanzen in bestimmten, typischen, von der Gleichgewichtslage abweichenden Konjunkturlagen nahe. Dies kann in der Form eines Verhaltenskodex, nach dem die Träger der Wirtschaftspolitik verbindlich handeln, geschehen.

Ebenso notwendig ist die Ausbildung eines Schemas der institutionellen Konfliktlösung zur Entlastung der Institutionen in Konfliktsituationen.

c) Eine Politik zur Sicherstellung des wirtschaftlichen Wachstums fügt einige weitere Probleme hinzu³⁾; hier

1) Siehe z.B. Hans Langelütke, Grenzen und Voraussetzungen der Konjunktur Stabilisierung, in Die wissenschaftliche Fundierung der Konjunkturpolitik, Beihefte der Konjunkturpolitik, Heft 1, Berlin o.J., S. 16.

2) Ebenda, S. 25 f.

3) Siehe hierzu insbesondere R.F. Harrod, An Essay in Dynamic Theory, "Economic Journal", Bd. 49, 1939, S. 14 ff; R.F. Harrod, Dynamische Wirtschaft, Wien und Stuttgart 1949; E.S. Domar, Capital Expansion, Rate of Growth and Employment, "Econometrica", Bd. 14, 1946, S. 137 ff; E.S. Domar, Expansion and Employment, "The American Economic Review", Bd. 37, 1947, S. 34 ff; Gottfried Bombach, Zur Theorie des wirtschaftlichen Wachstums, "Weltwirtschaftliches Archiv", Bd. 70, 1953, S. 110 ff; W. A. Lewis, Die Theorie des wirtschaftlichen Wachstums, Tübingen-Zürich 1956; Klaus Rose, Der Erkenntniswert der Wachstumsmodelle, "Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik, Bd. 168, 1956, S. 321 ff.

tritt - allerdings nur teilweise - ein völlig anderes Erscheinungsbild auf als bei konjunkturellen Wechsel-lagen. Wirtschaftliches Wachstum liegt vor, wenn die Produktion pro Kopf der Bevölkerung wächst.¹⁾ Dabei wird unterstellt, daß die höhere Produktion auch zu einem höheren Verbrauch der Bevölkerung führt. Warenhortung und Ausfuhr (bei Ansammlung von Devisen) können eine Zunahme der Produktion kompensieren. Die Folgen dieser Verhaltensweisen sind andere als beim Verbrauch der erhöhten Güterproduktion durch die sie produzierende Bevölkerung. Allerdings nimmt diese Definition des wirtschaftlichen Wachstums nicht Rücksicht darauf, wie es zustande gekommen ist.

Ursachen des wirtschaftlichen Wachstums können sein die Ausweitung des Wissens und die Nutzung des Wissens; dies äußert sich in einem höheren Einsatz von Arbeit oder eines anderen Produktionsmittels oder auch durch bessere Nutzung von natürlichen Rohstoffquellen; Ursache kann auch eine verbesserte Organisation des Produktionsapparates sein.²⁾

In jedem Falle ist jedoch der Wille der Wirtschaftenden zu einer höheren Güterproduktion notwendig; die Chancen, die in der Möglichkeit einer verbesserten Produktionsstruktur und in einer Anwendung des erworbenen Wissens liegen, müssen genutzt werden. Eine Theorie des wirtschaftlichen Wachstums hätte zuerst zu erklären, welches die Motive der Menschen sind, diese Chancen zu nutzen oder sie auszulassen. Die zahlreichen Modelle der Wachstumstheorie sind dazu nicht in der Lage; sie geben nur die Bedingungen des wirtschaftlichen Wachstums an.³⁾

Einige Ursachen und Motive des menschlichen Verhaltens, das bereit ist, wirtschaftliches Wachstum zu vollziehen, sind erkennbar. Dabei reichen jedoch die isolierten

1) W.A. Lewis, Die Theorie ..., a.a.O., S. 1.

2) Ebenda, S. 3.

3) Klaus Rose, Der Erkenntniswert ..., a.a.O., S. 328.

individuellen Motive¹⁾ nicht aus; solche sind das Gewinnmotiv und das Machtmotiv²⁾. Die Motive müssen aus den "Sinnzusammenhängen, die dem Handelnden selbst oder dem Betrachter selbst als sinnhafter Grund erscheinen, gewonnen werden. Erklärungsbedürftig ist vor allem die Frage nach der Quelle der Energien. Ein bedeutsam erscheinender Erklärungsversuch wurde - wie schon an anderer Stelle dargelegt wurde - von Gehlen vorgelegt. Er weist auf die "chronische, pausenlose Regsamkeit und Ansprechbarkeit" hin.³⁾ Dieser Triebüberschuß vermittelt "den Eindruck, als ob mehrere Gruppen von Instinktresiduen dauernd und gleichzeitig um dasselbe Ausdrucksfeld, nämlich die Motorik, den Handlungsbereich konkurrierten und dabei zu grandiosen Vereinfachungen und Verschmelzungen genötigt würden, die dann als Eifersucht, Ehrgeiz, Erwerbsstreben, Pflichtgefühl usw. bezeichnet" werden. In welchem Umfang in den verschiedenen Zeiten die Menschen durch diese Kräfte des Triebüberschusses mit verschiedener Intensität zu wirtschaftlichen Handlungen angeregt wurden, mag man dahingestellt sein lassen. Im Hinblick auf die ungeheure wirtschaftliche Aktivität, die in unserem Zeitalter herrscht, ist man versucht, eine besonders starke Wirksamkeit heute anzunehmen.

Diese Erklärung der Antriebskräfte des Menschen unserer Zeit ist insbesondere deshalb sehr wertvoll, weil sie eine Deutung des Menschen auf dem Hintergrund des erreichten kulturellen Standes bedeutet. Theorien auf anderen Grundlagen, wie Max Webers religions-soziologische Arbeiten oder Veblens Theory of the Leisure Class, büßen damit nichts von ihrer Bedeutung ein, sondern erklären wirtschaftliches Verhalten unter speziellen Bedingungen. Gehlen hat jedoch den vielleicht umfassendsten Deutungsversuch unternommen. Danach wäre auch geklärt, daß die menschliche Aktivität eine umfassende ist. Aufgabe einer zeitgemäßen Wirtschaftspolitik wäre demnach nicht, wirt-

1) Georg Weippert, Sombarts Gestaltsidee ..., a.a.O., S. 134 ff.

2) Siehe auch Heinz Haller, Typus und Gesetz ..., a.a.O., S. 159.

3) Arnold Gehlen, Anthropologische Forschung, a.a.O., S. 62.

schaftliches Handeln anzuregen, das in wirtschaftliches Wachstum umgesetzt werden muß, sondern die vorhandenen Aktivitäten zu kanalisieren.

Die allgemeinen Bedingungen für eine Politik des wirtschaftlichen Wachstums lassen sich aus allgemeinen wirtschaftspolitischen Grundsätzen ableiten. Darüber hinaus sind spezielle Bedingungen erforderlich; hierzu reichen die konstitutiven Prinzipien, wie sie Eucken für die Wirtschaftspolitik einer Wettbewerbsordnung formuliert hat¹⁾, nicht aus. Diese sind wohl die allgemeinen Bedingungen auch einer Politik des wirtschaftlichen Wachstums; sie lassen sich ebenso als Bedingungen des wirtschaftlichen Wachstums wie als Instrumente zur Kanalisierung der wirtschaftlichen Aktivität des Menschen interpretieren.

Den geistesgeschichtlichen Sachverhalt zeichnet Krelle sehr klar: "Bisher hat der Mensch seine eigenen politischen und wirtschaftlichen Institutionen im wesentlichen als Schicksal hingenommen, zum ersten Mal in der Geschichte scheint ... der Mensch soweit mündig geworden zu sein, auch dies bewußt in seine Hände zu nehmen."²⁾

Die speziellen Bedingungen einer Wachstumspolitik erfordern allerdings im Bereich der Marktwirtschaft eine Begründung. Denn die vielfach vertretene Ansicht, Wachstum sei kein Ziel, sondern ein Ergebnis³⁾, läßt sich nur bei der Annahme einer vollkommenen Voraussicht aller Wirtschaftenden und ihrer rationalen Entscheidung über ihre Zukunftsvorsorge aufrecht halten. Da es jedoch nun nicht nur um die Verwirklichung irgendeiner Wachstumsrate, sondern um das Ziel einer optimalen Wachstumsrate geht, muß nachgewiesen werden, daß die individuellen Einkommensbezieher entgegen ihren wahren Interessen zu "kurz-

-
- 1) Walter Eucken, Grundsätze ..., a.a.O., S. 254 ff.
 - 2) Wilhelm Krelle, Wirtschaftsplanung auf mittlere und lange Sicht, in Planung und Planwirtschaft, Basel u. Tübingen 1964, S. 64. - Hierzu ist zu vermerken, daß zumindest List und Marx frühere Gestalter in diesem Sinne waren.
 - 3) So Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft e.V., Mehr Stabilität, weniger Dirigismus, Memorandum zum Entwurf eines Gesetzes zur Förderung der wirtschaftlichen Stabilität, Heidelberg 1966.

sichtig" handeln, die Vorteile, die sie von der Akkumulation erwarten können, im Vergleich zu den Gegenwartsbedürfnissen systematisch unterschätzen und daß die Unternehmer kurzsichtig sind, sie und der Staat den marktwirtschaftlichen Abstimmungsprozeß verfälschen.¹⁾

Unter Berücksichtigung dieser Forderungen lassen sich weitere konstitutive Prinzipien formulieren, die eine Wirtschaftsordnung mit dem Ziel eines optimalen wirtschaftlichen Wachstums erfüllen muß.

Hierzu zählt die Förderung des rationalen Verhaltens der Wirtschaftenden. Im Ergebnis hätte dies zur Folge, daß sich der einzelne Konsument Gruppeneinflüssen entzieht und einen individuellen Plan seiner Verbrauchsstruktur und des persönlichen Sparens, d.h. über den augenblicklichen Konsumverzicht, aufstellt. So wird letztlich ein rationales Verhalten gefördert, das dann nur aus der Person des Wirtschaftssubjekts zu erklären ist.

Ebenso bedeutungsvoll ist das Aufzeigen von Investitionschancen. Ein Teil der unternehmerischen Tätigkeit besteht in der Durchführung von Investitionen. Die Unternehmerentscheidungen über Erweiterungsinvestitionen hängen im wesentlichen ab von den Zukunftserwartungen der Unternehmer über die langfristigen Absatzchancen und weniger vom Verhalten der Konkurrenz, der Kapitalausstattung und steuerlichen Begünstigungen. Die Vermehrung des technischen Wissens und die Auswertung des Vorhandenen geben die Möglichkeiten zur Herstellung von neuen Gütern.²⁾ Nicht alle Chancen sind jedoch offen erkennbar. Ein Informations- und Konsultationssystem hätte hier die Möglichkeiten zur Mithilfe bei der Entfaltung der Rationalisierungs- und Erweiterungsinvestitionen.

1) Herbert Giersch, Strategien der Wachstumspolitik, Zeitschrift für die gesamten Staatswissenschaften, 119. Bd., 1963, S. 239 ff.

2) Erich Gutenberg, Untersuchungen über die Investitionsentscheidungen industrieller Unternehmen, Köln u. Opladen 1959.

Die oftmals erhobene Forderung nach finanziellen Anreizen für die Vornahme von Investitionen ist jedoch negativ zu beurteilen. Eine derartige Politik ~~kan~~ ~~nur~~ ~~war~~ ~~durchaus~~ wachstumsfördernd sein; die Motive hierzu liegen allerdings meist auf innen-, außen- und militärpolitischem Gebiet. Diese Anreize sollten grundsätzlich unterlassen werden, weil die Gefahr zu Fehlinvestitionen nicht auszuschließen und verhältnismäßig groß ist. Der Privatunternehmer ist besser geschult, derartige Gefahren zu erkennen und zu vermeiden.

d) Im Anschluß an Keynes und sein in sich geschlossenes System der Determinanten des Volkseinkommens und der Beschäftigung¹⁾ wurde die seit einem Jahrhundert unterbrochene Erforschung des wirtschaftlichen Wachstums wieder aufgegriffen und belebt. Die Aussagekraft seines Modells beschränkte sich auf eine kurze Frist. Diese Beschränkung wurde von den neueren Forschern fallengelassen; die seit Marx brachliegende Diskussion schuf Klarheit über die Interdependenzen der volkswirtschaftlichen Größen, des Zeitablaufs und des Gleichgewichtsproblems. Man erkannte den Doppeleffekt der Investitionen, das Verhalten des Kapitalkoeffizienten, der Kapitalintensität und der Arbeitsproduktivität und ihre Wirkungen auf den Konjunkturverlauf.

Das Ergebnis ist die Formulierung einiger Gesetzmäßigkeiten:

- der Konsum ist abhängig vom Einkommen der vorhergehenden Periode;²⁾
- die induzierten Investitionen sind abhängig von der Veränderungsrate der Produktion;³⁾
- der Multiplikator-Akzelerator-Mechanismus ergibt explosive Verläufe, da der Investitionskoeffizient einen verhältnismäßig hohen Wert aufweist;⁴⁾

1) Gottfried Bombach, Zur Theorie ..., a.a.O., S. 110.

2) J.R. Hicks, A Contribution to the Theory of the Trade Cycle, Oxford 1950, S. 18.

3) Ebenda, S. 40.

4) Ebenda, S. 68.

- ein Absinken der Produktion kann nicht in gleicher Weise Desinvestitionen induzieren wie eine aufsteigende Produktion zu Investitionen Veranlassung gibt.¹⁾

Die Marxsche Aufgabenstellung wurde jedoch nur zum Teil in Angriff genommen; neben der Beschreibung eines Modells der quantitativen Faktoren im Wirtschaftswachstum wurden die Fragen nach einer für gleichgewichtiges Wachstum optimal organisierten Gesellschaft, nach den Bedingungen für den Menschen, sehr unbefriedigend diskutiert.

Multiplikator und Akzelerator leisten sehr viel bei der Erklärung von Prozessen mit endogenen Ursachen, die zum Teil für die Dynamik im Wirtschaftsprozess verantwortlich sind. Hiermit können jedoch die Änderungen von Konsumtengewohnheiten nicht erklärt werden. Im Fall des wirtschaftlichen Wachstums sind die Chancen, mit mechanischen Modellen einen wirtschaftlichen Prozeß befriedigend zu erklären, noch geringer. Ein derartiges Modell kann nur die Bedingungen eines Wachstumsprozesses angeben, aber nicht die Ursachen. Diese liegen nämlich nach der Definition von Wirtschaft und Wirtschaftstheorie (z.B. Erich Schneiders) zum großen Teil außerhalb der reinen Theorie. Jeweils gilt es, den großen Komplex von wirtschaftlich-quantitativen, soziologischen und psychologischen Ursachen verhältnismäßig starker, zwangsläufiger Prozesse festzustellen und zu analysieren.

Zur Diskussion reichen Modelle einfacher Art für verschiedene typische Konjunkturlagen aus; an ihnen kann gezeigt werden, welches die generellen Ziele einer korrigierenden Konjunkturpolitik sein müssen.

In den letzten Jahrzehnten haben sich im westeuropäischen Bereich hauptsächlich drei Typen an Konjunkturlagen herausgebildet.

Erstens: Die Keynesische Konjunkturlage; sie wird definiert als Unterbeschäftigung der Produktionsfaktoren

1) J.R. Hicks, A Contribution ..., a.a.O., S. 83.

Kapital und Arbeit, geringer Investitionsneigung, geringer Sparneigung, schwindende Massenkaufkraft und negative Unternehmererwartung.

In dieser Situation müssen die Ziele der Konjunkturpolitik lauten: Arbeitsbeschaffung, Hebung der Investitionsneigung, Hebung des Konsums.

Zweitens: Die Vollbeschäftigungs-Konjunkturlage der kontinentaleuropäischen Länder der sechziger Jahre; sie wird definiert als Vollbeschäftigung der Produktionsfaktoren Kapital und Arbeit, nicht zu befriedigende Nachfrage nach Arbeitskräften, hohe Sparneigung und hohe Investitionsneigung. In dieser Situation sind die Ziele der Konjunkturpolitik: Eindämmung der Übernachfrage, Beschneidung der Geld- und Kreditschöpfungsmöglichkeiten und Auflockerung des Arbeitsmarktes.

Drittens: Die Stagnation auf hohem Niveau, wie sie z.B. für Großbritannien kennzeichnend ist. Merkmale sind: Vollbeschäftigung des Produktionsfaktors Arbeit, nur teilweise Vollbeschäftigung des Produktionsfaktors Kapital, relativ niedrige Spar- und Investitionsneigung, permanenter Einfuhrüberschuß.

In dieser Situation sind die Ziele: Senkung des Kostenniveaus, Erhöhung der Mobilität des Produktionsfaktors Arbeit, Hebung der Investitionsneigung.

Diese drei geschichtlichen Typen an Konjunkturlagen sind nicht vollständig, in ihren wesentlichen Punkten jedoch hinreichend beschrieben; ebenso sind die Hauptziele der Konjunkturpolitik in dem betreffenden Zeitpunkt aufgezeigt.

Wachstumslagen in dieser typischen Ausprägung, wie sie eben für die Konjunkturlagen aufgezeigt wurden, sind nicht vorhanden bzw. ergeben keine sinnvolle Darstellung. Das mögliche Modell ähnelt stark dem Beispiel einer Stagnation auf hohem Niveau. Als Merkmale können Vollbeschäftigung von Arbeit und Kapital und eine durchschnittliche Spar- und Investitionsneigung verbunden mit technischem Fortschritt gelten.

Die Ziele einer Politik des wirtschaftlichen Wachstums sind: Hebung der Flexibilität der Produktionsfaktoren Grund und Boden, Arbeit und Kapital; Schaffung von Investitionsanreizen, Hebung der Sparneigung und Schaffung von Konsummöglichkeiten.

Diese Ziele verhalten sich identisch mit der Mehrzahl der Ziele einer Konjunkturpolitik in der Keynesschen Situation, nämlich mit der Hebung bzw. Schaffung von Konsummöglichkeiten und der Hebung der Investitionsneigung.

Zwischen weiteren Zielen der beiden Politiken kann ein harmonisches Verhältnis herrschen, z.B. wenn unter Hebung der Investitionsneigung die Schaffung von Kapazitäten für herkömmliche Güter mit herkömmlichen Produktionsmethoden und unter Schaffung von Investitionsanreizen die Produktion neuer Güter verstanden wird.

Antinomische und widersprüchliche Zielsetzungen bestehen zwischen Zielen der Konjunkturpolitik und der Politik des wirtschaftlichen Wachstums hinsichtlich Arbeitsbeschaffung und Hebung der Flexibilität der Produktionsfaktoren; eine Konjunkturpolitik bei nicht ausgelasteten Kapazitäten strebt zuerst eine Vollbeschäftigung der Produktionsanlagen an; eine Wachstumspolitik sucht jedoch Flexibilität zu schaffen, um Strukturanpassungen zu erleichtern.

Harmonische Ziele der Konjunkturpolitik in der Vollbeschäftigung und der Politik des wirtschaftlichen Wachstums sind Auflockerung des Arbeitsmarktes und Verbesserung der Flexibilität der Produktionsfaktoren; neutrale oder aber auch antinomische Ziele können sein Eindämmung der Geld- und Kreditschöpfung und die Schaffung von Investitionsanreizen; widersprüchliche Ziele liegen vor bei Eindämmung der Übernachfrage und Schaffung von Konsummöglichkeiten.

Die Ziele der Konjunkturpolitik im Stagnationsstadium verhalten sich zu den Wachstumszielen entweder neutral oder harmonisch. Die vielfach antinomische oder gar

widersprüchliche Zielsetzung von Konjunktur- und Wachstumspolitik stellt eine Reihe eigener Probleme: Die Ziele der Konjunkturpolitik sind kurzfristiger Natur, während die Ziele der Wachstumspolitik langfristig angestrebt werden müssen und auch langfristige Geltung haben. Indessen sind die Forderungen, die aus einer konjunkturpolitischen Situation gezogen werden müssen, umgehend in Ziele zu formulieren und durch Maßnahmen anzustreben. Die Ziele der Konjunkturpolitik erhalten dadurch eine Priorität vor den Zielen der Wachstumspolitik. So hat es den Anschein - ein Blick in die praktizierte Wirtschaftspolitik scheint diese Annahme vielfach zu bestätigen -, als ob wachstumspolitische Maßnahmen nur durch das zufällige Zusammentreffen von harmonisierenden Zielen der Konjunktur- und Wachstumspolitik zu erreichen seien. Die Koordinierung von Maßnahmen der Konjunkturpolitik und der Politik des wirtschaftlichen Wachstums kann im wesentlichen nur durch eine Abstimmung von Unternehmern und Trägern der Wirtschaftspolitik erreicht werden, vor allem durch eine Stabilisierung der Unternehmererwartungen. Eine Politik in dieser Richtung erfordert eine ungewöhnlich umfassende Information, die nur durch institutionelle Zusammenarbeit sichergestellt werden kann.

2. Stabilisierung als ordnungspolitische Aufgabe

a) Die Unterscheidung von Wachstum und Konjunktur kann man unter zahllosen Aspekten untersuchen. Man kann insbesondere bei einer ordnungspolitischen Betrachtung nicht über wirtschaftliches Wachstum sprechen, ohne gleichzeitig auch das Konjunkturproblem zu erörtern.¹⁾ Das zeigten auch die Ausführungen auf den vorhergehenden Seiten. Die Schaffung von Institutionen, der Rahmen für das wirtschaftliche Handeln, muß eine integrierende Betrachtungsweise ermöglichen und sicherstellen.

1) Herbert Giersch, Wachstum und Konjunktur, in Bombach u.a., Wachstum und Konjunktur, Darmstadt u. Opladen 1960, S. 136.

Wirtschaftliches Wachstum ist ein säkulares Phänomen. Es findet meist in einem evolutorischen Prozeß statt; nicht selten wirkt sich eine revolutionäre Innovation oder eine Reihe solcher sehr rasch in einer starken Erhöhung des Bruttosozialprodukts aus.

Das erfordert ein Aufzeigen der auslösenden Motive, nicht lediglich eine Beschreibung des wirtschaftlichen Wachstums. Es muß in jedem Fall erreicht werden, daß die verschiedenen Konjunkturlagen als kurzfristiges Auf und Ab, also short-run-Schwankungen um den Wachstumstrend, zu beschreiben sind. Konjunktur- und Säkularschwankungen überlagern sich; die langfristige Bewegung wird im Rahmen "monotoner" kurzfristiger Schwankungen wirksam.¹⁾

Die Vorstellungen der Unternehmer, aber auch der Konsumenten über Wirtschaftswachstum lassen sich nicht reibungslos verwirklichen; Anpassungen, zeitliche Verschiebungen, Engpässe, psychologische Hemmnisse, Fehlentscheidungen, Fehlannahmen, Falschinformationen sind oft Ursachen von Schwankungen, die sich in vielen wirtschaftlichen Impulsen addieren, subtrahieren etc. So könnte man wirtschaftliches Gleichgewicht als einen zufälligen Zustand bezeichnen.

Das Interesse am Verhältnis von Wachstum und Konjunktur im Rahmen der theoretischen Wirtschaftspolitik ist von der Frage nach dem Einsatz von Instrumenten bestimmt. Denn es ist erforderlich, zwischen Erscheinungen des wirtschaftlichen Wachstums und der Konjunktur zu unterscheiden. Strukturveränderung im Aufbau des Produktionsapparates ist im allgemeinen Wachstumserscheinungen zuzurechnen. Hierzu ist noch ergänzend zu bemerken, daß Strukturänderungen allerdings nicht nur vom wirtschaftlichen Wachstum verursacht werden, sondern ebenso von Veränderungen im Produktionsaufbau stammen können, die

1) L. Dupriez, Konjunktur- und Säkularentwicklung, in Zeitschrift für die gesamten Staatswissenschaften, 119. Bd., 1961, S. 290.

gewandelten Konsumgewohnheiten Rechnung tragen. Konjunktuelle Erscheinungen sind von der Güterseite her, z.B. Reinvestitionszyklen, Lagerhaltungszyklen und die - abstrakt gesprochen - um den Trend oszillieren. Die Erfahrungen im 20. Jahrhundert lehren, daß Konjunkturschwankungen eine Erscheinung des sich unregelmäßig vollziehenden wirtschaftlichen Wachstums sind. Sie erscheinen als Entwicklungsspurts mit dazwischenliegenden Pausen, in denen die Produktion nur geringfügig wächst, stagniert oder sogar absolut schrumpft.¹⁾

Wenn auch alle Erscheinungen des Wachstums sich kurzfristig äußern, so wird man doch mit einer solchen Bestimmung gerade beim Eingehen auf das Verhältnis von Konjunktur und Wachstum nichts Entscheidendes ausrichten. Für die Praxis ist viel entscheidender, ob ein langfristiger Trend erkennbar ist. Rein rechnerische Zahlenwerte sagen nichts darüber aus, ob ex ante Wachstum oder Konjunktur herrscht. Unerläßliches Attribut von Wachstum ist die Schaffung eines besseren Produktionsapparates. Für den Wirtschaftenden heißt das wesentlich: Steigerung der Arbeitsproduktivität durch Substitution der Arbeitskraft durch Kapital; oder geringerer zeitlicher Arbeitsaufwand bei der Erstellung desselben Gutes. Damit werden Erhöhung der Arbeitsproduktivität durch Arbeitsteilung und Handel zu Wachstumserscheinungen sekundären Ranges, denn diese sind bei gleichem Produktionsapparat möglich und werden vom Wirtschaftlichkeitsprinzip gefordert. Konjunktuelle Schwankungen des Wachstums können durch Engpässe, falsche Erwartungen über Investitionschancen etc. verursacht werden oder durch einen Struktureffekt, wie das Auseinanderfallen von Kapazitäts- und Einkommenseffekt. Es ist offensichtlich, daß solchen konjunkturellen Erscheinungen in anderer Weise zu begegnen ist als konjunkturellen Erscheinungen aufgrund geänderter Erwartungen.

1) Herbert Giersch, Wachstum ..., a.a.O., S. 132.

Die von Harrod und Domar aufgezeigte Gleichgewichtsrates des Wachstums kann nicht als Kriterium zur Feststellung von Wachstum oder Veränderung der Konjunkturlage verwandt werden. Die Bestimmung der Wachstumsrate allein vom Wachstum der autonomen Investitionen genügt hierzu nicht, denn damit werden nicht Primär-, sondern lediglich Sekundäursachen aufgezeigt. Hicks ist Recht zu geben, wenn er anführt: "What we have to study ... is not fluktuation as such, but fluctuation about a rising trend. The cycle which have experienced have all of them taken place against on back ground of secular expansion."¹⁾

Die Art, wie Hicks die Auswahl seiner Kriterien vornimmt, läßt ersehen, daß er es darauf absieht, Werkzeuge zu schaffen, die ein Eindringen in die historische Wirklichkeit erlauben. So ist er der Ansicht, daß es ohne eine historische Untersuchung nicht gelingt, diese Begriffe zur Verwendung zu bringen.²⁾

Eine nähere Betrachtung der Hick'schen Gründe für ein Oszillieren um einen Trend, also von Konjunkturschwankungen, weisen das Phänomen "Konjunktur" als zum System einer Marktwirtschaft gehörend aus. "Die Hauptursache dafür liegt in der Freiheit der privaten Konsum- und Investitionsentscheidung."³⁾ So werden die Konjunkturschwankungen als die pathologischen Begleiterscheinungen der Marktwirtschaft gedeutet.⁴⁾

Demgegenüber ist Wachstum eine Erscheinung, die in einer für Wirtschaftstheoretiker weiten, unter wirtschaftspolitischen Gesichtspunkten jedoch engen Fassung als Veränderung des Kapitalstocks gesehen werden kann, das sich zusammensetzt aus den Komponenten: immaterielles Pro-

1) I.R. Hicks, Contribution ..., a.a.O., S. 8.

2) Es ist Hicks gelungen, einige Wachstums- und Konjunkturphänomene aus dem Wirtschaftssystem heraus abzuleiten, ohne aber jedoch die eigentlichen Ursachen aufzeigen zu können. Seine Theorie ist ein Werkzeug der ex-post-Betrachtung und eignet sich nur in geringem Umfang als ein Werkzeug zum Aufzeigen der sozialökonomischen Entwicklungsmöglichkeiten.

3) Herbert Giersch, Wachstum ..., a.a.O., S. 136.

4) Hans Langelütke, Grenzen und Voraussetzungen der Konjunkturstabilisierung, in Die wissenschaftliche Fundierung der Konjunkturpolitik, Berlin o.J., S. 23.

duktivvermögen, nicht reproduzierbares Naturvermögen, reproduzierbares Produktivkapital und reproduzierbares Konsumtivkapital.¹⁾ Eine auf Stabilität bedachte Wirtschaftspolitik wird auf ein konstantes Wachstum des Konsumtivkapitals achten. Instrument dieser Politik kann das sein, was in der Zwischenzeit als aufeinander abgestimmte Aktion - action concertée - bekannt geworden ist.

b) Nach den angeführten Überlegungen ist es verständlich, daß : Kriterien einer Konjunktur- und Wachstumspolitik nicht allein volkswirtschaftliche Größen wie Sozialprodukt, Wachstumsrate sein können. Eine Beschränkung auf den quantifizierbaren Sachzusammenhang kann grundsätzlich nicht hingenommen werden.

Erforderlich ist immer eine Interpretation des Sinnzusammenhangs. Die volkswirtschaftlichen Größen erscheinen nicht ausreichend, weil sie keine befriedigenden Angaben machen, insbesondere im Hinblick auf Hemmnisse einer sachgerechten Konjunktur- und Wachstumspolitik:

- über die Einstellung der Wirtschaftenden zur Wirtschaftsordnung; das erscheint deshalb bedeutungsvoll, weil "die Sicherstellung der Wirtschaftsordnung die wichtigste Aufgabe der obersten Träger der Wirtschaftspolitik ist";²⁾
- über die herrschenden Motive und Ziele bzw. ihre Abweichung von einer rationalen sozio-ökonomischen Motivation und Zielsetzung;
- über das Urteilsvermögen und die Beurteilung der augenblicklichen konjunkturellen Situation;

1) Werner Ehrlicher, Probleme langfristiger Strukturwandlungen des Kapitalstocks, in Strukturwandlungen einer wachsenden Wirtschaft, Schriften des Vereins für Sozialpolitik N.F., Band 30/II, S. 872.

2) Walter Eucken, Grundlagen ..., a.a.O., S. 285 ff.

- über die Kenntnis der Chancen des wirtschaftlichen Wachstums. Das große Wachstum tritt auf in "Gesellschaften, wo die Menschen ein Auge für ökonomische Möglichkeiten haben".¹⁾

Die beanstandeten Mängel ergeben sich folgerichtig aus dem erweiterten Ansatz dieser Arbeit, sozial-psychologische und anthropologische Gesichtspunkte mit einzubeziehen.

In der Praxis hat es sich als unmöglich erwiesen, die Konjunkturschwankungen völlig auszuschalten. Dies sollte auch nicht das Ziel der Konjunkturpolitik sein. Denn Schwankungen der Konjunkturlage sind notwendigerweise mit dem marktwirtschaftlichen System verbunden, und zwar sind sie Ausdruck eines ganzen Komplexes an Ursachen²⁾, die eine Abweichung vom wirtschaftlichen Gleichgewicht bewirkt haben und eine fehlerhafte Wirtschaftspolitik, falsche Haltungen bzw. Handlungen der Wirtschaftenden, institutionelle Spannungen etc. aufweisen. Die Konjunkturpolitik kann demnach nur darauf bedacht sein, die Schwankungen zu verringern, und zwar in dem Umfang, daß einerseits die Ursachen der Kräfte des Ungleichgewichts erkannt und beseitigt werden und andererseits die Unterbeschäftigung der Produktionsfaktoren minimal gehalten wird.³⁾

Die Information mit wirtschaftlichen Daten reicht nicht aus. Wenn auch mit dem gegebenen Rüstzeug der Befragungstechnik Aufschlüsse unter den hier gewünschten Aspekten gewonnen werden können, ist eine Interpretation aus gesamtwirtschaftlicher und gesellschaftlicher Sicht notwendig. Denn hinzutreten müssen noch die Kenntnisse über die Auswirkungen einer Politik, die eine Korrektur von Zielvorstellungen des wirtschaftlichen Handelns bei den Wirtschaftenden betreibt und dem hieraus folgenden geänderten Verhalten der Wirtschaftenden.

1) W.A. Lewis, Theorie ..., a.a.O., S. 18.

2) Gottfried Haberler, Prosperität ..., a.a.O., S. 16.

3) Konjunkturpolitik, die nur Vollbeschäftigungspolitik betreibt, verschleiert u.U. die wirtschaftliche Wirklichkeit; siehe hierzu Hans Jürgen Seraphim, Theorie ..., a.a.O., S. 255.

Allgemein anerkannter Maßstab der Konjunkturpolitik ist die kurzfristige Maximierung des Bruttosozialprodukts bei Vollbeschäftigung der Produktionsfaktoren und wirtschaftliche Stabilität. Eine genauere Beschreibung lautet auf Abstimmung der monetären Gesamtnachfrage mit der Produktionskapazität bei Gewinnung bzw. Beibehaltung des Gleichgewichts; als Mittel dienen Maßnahmen zur Beeinflussung der Nachfrage.¹⁾ Kriterien sind demnach:

- Erreichung des wirtschaftlichen Gleichgewichts,
- Beeinflußbarkeit der Nachfrage durch die Geld-, Kredit- und Finanzpolitik.

Eucken betont, daß Tendenzen zum Abbau einer Wirtschaftsordnung frühzeitig erkannt und ausgeschaltet werden müssen.²⁾ Eine solche Tendenz könnte sich aus der Besetzung der für die Durchführung der Konjunkturpolitik verantwortlichen Institutionen mit Interessenvertretern ergeben, sofern Zielsetzungen und Einsatz der Instrumente nach Interessen manipuliert werden. Eine institutionelle Sicherung erscheint erst dann erfolgversprechend, wenn eine Reihe von Kriterien entwickelt und Allgemeingut geworden sind: die Belebung und Festigung des Wettbewerbs³⁾, die Bildung von Maßstäben zur Beurteilung von wirtschaftspolitischen Maßnahmen bzw. Erstellen neutraler Gutachten und Ausbildung von Modellen zur Lösung von gesellschaftlichen Konflikten (Lohnfindung etc.).

Die Maßnahmen der Konjunkturpolitik wenden sich an Unternehmer, Gewerkschaften, Verbraucher und öffentliche Haushalte. Es werden somit einzelne Menschen angesprochen, ihr wirtschaftliches Handeln in einem bestimmten Umfang zu ändern, wenn Konjunkturschwankungen nicht allein aus dem Sachzusammenhang, der Veränderung volkswirtschaftlicher Größen im Zeitablauf erklärt werden können. Dies erfordert bei den Unternehmern eine Wandlung der Zielvorstellung und Änderung der Motivationsstruktur.

1) Staatslexikon Bd. 8, Art. "Wirtschaftliche Konjunkturen" von Hans Besters, Sp. 747/748.

2) Walter Eucken, Grundsätze ..., a.a.O., S. 223.

3) Ebenda, S. 291 ff: Die regulierenden Prinzipien.

Die Konjunkturpolitik hat das zu berücksichtigen durch Erarbeiten und Publikation von Analysen der wirtschaftlichen Lage, deren Ergebnis von den Wirtschaftenden geteilt werden kann, durch die Erläuterung und Abklärung der konjunkturellen Zielsetzung. Das Handeln der wirtschaftspolitischen Träger muß dann mit einem Minimum an ~~Spontaneität~~ und Willkür vollzogen werden.¹⁾

Bei Regierungen herrscht zumeist eine Tendenz zum Perfektionismus vor; ~~sie wurden dabei noch von den Regierten unterstützt.~~ Das hatte in Deutschland z.B. eine teilweise aufgeblähte Gesetzgebung zur Folge, an die sich eine umfangreiche Rechtsprechung anschloß. Frankreich verdankt dieser Tatsache eine aufgeblähte Wirtschaftsverwaltung. Diese Behördenapparate sind in zweifacher Weise Quellen der Unwirtschaftlichkeit: hohe Kosten und Schwerfälligkeit bei der Anpassung an gewandelte wirtschaftliche Verhältnisse. Ein Perfektionismus in der Konjunkturpolitik ist beim derzeitigen Stand der Kenntnis über Wirkungen konjunkturpolitischer Maßnahmen und in der Unkenntnis über den zukünftigen Konjunkturverlauf, die eine rasch sich ändernde konjunkturelle Zielsetzung nach sich zieht, sehr nachteilig. Eine Bestimmung auch hinsichtlich der Rangordnung der Ziele ist unbedingt erforderlich.

Die konjunkturpolitischen Maßnahmen müssen so aufeinander abgestimmt sein, daß die Erreichung eines konjunkturpolitischen Zieles ein Unterziel langfristiger Überlegungen ist. Darüber hinaus sind gesellschaftspolitische Überlegungen als Vorprüfung für Maßnahmen zur Hebung des wirtschaftlichen Wachstums erforderlich. So können Hemmungen für das Hinzutreten neuer Unternehmen vorhanden sein, wie die Begünstigung großer Unternehmen durch Massenfertigung, aber auch Chancen zur Errichtung neuer Unternehmungen, z.B. durch Differenzierung von Produkten der Investitionsgüterindustrie.²⁾

1) Vgl. Konstanz der Wirtschaftspolitik, Walter Eucken, Grundsätze ..., a.a.O., S. 285 ff.

2) Hans Otto Lenel, Wachstum der Wirtschaft und Wachstum der Unternehmen, in ORDO XV/XVI, S. 141 ff.

Eine Politik des wirtschaftlichen Wachstums hat langfristig wirksame Maßnahmen unter langfristigen Aspekten zu treffen; insbesondere betreffen sie die Vergrößerung des Sachkapitals, die Wirtschaftsstruktur, die Faktormobilität und die Einkommensverteilung. Kriterien hierzu sind die langfristige Vollbeschäftigung der Produktionsfaktoren, wobei jedoch für die Arbeitskraft eine "gesellschaftliche Norm der angemessenen Arbeitszeit" gilt, und die Erhöhung des gesellschaftlichen Lebensniveaus.

Die ordnungspolitischen Überlegungen im Rahmen einer Politik des wirtschaftlichen Wachstums sind zum großen Teil als Korrektiv zu verstehen. Die für die Wirtschaftsordnung gefährlichen Tendenzen sind allerdings oftmals erst spät erkennbar. Es sind nicht nur Daten für den Wirtschaftsprozess zu setzen, sondern auch für die wirtschaftliche Moral, für eine humane Gestaltung des Lebens etc.

Wirtschaftliches Wachstum hat als Begleiterscheinung immer spekulative Erwartungen, deshalb müssen Maßnahmen getroffen werden, daß die Wirtschaftenden ihr Leistungsentgelt erhalten; eine Voraussetzung hierzu ist ein voll funktionsfähiger Markt. Alle Maßnahmen müssen korrigierbar sein, d.h. den Entwicklungen anzupassen.

Wirtschaftliches Wachstum ist das Ergebnis menschlicher Handlungen. Menschliches Handeln ist zielgerichtet. So ist zur Rationalisierung der Gesellschaft eine Koordination der Motive erforderlich, d.h. eine klare Definition des Zieles und Übereinstimmung der Maßnahmen mit diesem Ziel und die Einhaltung einer Rangliste der Ziele. In den Prozeß der Rationalisierung wird auch der Verbrauch mit einbezogen, denn die "Förderung positiver Tendenzen"¹⁾ verpflichtet, den verschwenderischen Verbrauch, die "gadgets" einzudämmen.

1) Bombach u.a., Wachstum und Konjunktur, Darmstadt u. Opladen 1960, S. 33.

c) Die Bedeutung der Institutionen im Rahmen der Stabilisierung von Konjunktur und Wachstum ist außerordentlich groß.

Dieser Bedeutung entspricht die Vielfältigkeit des Begriffs "Institution"; dies bereitet Schwierigkeiten, die daher stammen, daß der Begriff "Institution" soziologische, anthropologische, rechtliche und wirtschaftliche Aspekte vereinigt und in verschiedenen speziellen Wissenschaftsgebieten Verwendung findet. Diese Schwierigkeiten haben ihre Ursache in dem Versuch, "die Institutionen als einen bestimmten Haufen von sozialen Gebilden anderen Mehrschaften gegenüberzustellen". "Vielmehr handelt es sich um eine Betrachtungsweise aller Körperschaften, ja sogar von Gruppen."¹⁾

Geht man davon aus, daß Institutionen aus Gründen der Zweckmäßigkeit entstanden sind, so können sie als der bewußte oder unbewußte Versuch einer sozialen Gestaltung der verschiedensten Prozesse gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Art gekennzeichnet werden. Die einschlägigen Darstellungen legen es darauf an, darzulegen, daß der einzelne durch Institutionen in seinem Denken und Handeln verpflichtet wird. Hiermit erfüllen sie eine bestimmte soziologische und anthropologische Funktion. Diese besteht nach allgemeiner Ansicht in einem Schutzcharakter für die Gemeinschaft und einzelner Gruppen vor den spontanen Regungen des Individuums.

Für den Rahmen dieser Untersuchung ist die Interpretation der Institutionen durch Gehlen wertvoll. Hiernach haben die Institutionen die Aufgabe der Entlastung, d.h. der Freisetzung von Individuen und Gesellschaft von der Notwendigkeit, gleichartige, wiederkehrende Situationen stets von Neuem zu durchdenken und die in dieser jeweiligen Situation notwendigen Handlungsketten aufzubauen. Die Institutionen sind somit das Ergebnis von sich immer wiederholenden, ähnlichen Prozessen; sie sind das Bleibende im Gegensatz zum Vorübergehenden und Gelegentlichen.

1) Leopold von Wiese, Art. Institutionen im HdSW, 5. Bd., S. 298.

Eine weitere Funktion kommt den Institutionen in Konfliktsituationen zu. Konflikte sind ebenso ständig wiederkehrende Auseinandersetzungen, die sich zwangsläufig und notwendigerweise einstellen. Ohne eine Institutionalisierung der Lösung von Konflikten kann es zu Überforderungen kommen. Das Wesen einer derartigen Institutionalisierung kann man mit Umweltstabilisierung im Sinne von Gehlen bezeichnen.¹⁾ "Das elementare menschliche Interesse an der Gleichförmigkeit des Naturverlaufs ist höchst bemerkenswert; es entspricht einem instinktähnlichen Bedürfnis nach Umweltstabilität, denn in einer zeitunterworfenen und notwendig wandelbaren Wirklichkeit besteht das Maximum an Stabilität in einer automatischen, periodischen Wiederholung des Gleichen, wie sie die Natur ja auch annähernd zeigt."

Die Bedeutung der Institutionen im Wirtschaftsleben scheint ständig zuzunehmen. Zahllose dauernde oder dauernd wiederkehrende Aufgaben werden institutionalisiert.²⁾ Zur richtigen Bestimmung von Bedeutung und Funktion der Institutionen im Bereich der Wirtschaft gehört neben der Kenntnis der wirtschaftsgeschichtlichen Bestimmung insbesondere die Kenntnis der grundsätzlichen Notwendigkeit von wirtschaftlichen Institutionen für den Wirtschaftsprozeß und nicht zuletzt auch für das Individuum.

Die sozialpsychologische Bedeutung der Institutionen hat Gehlen hervorgehoben. "So kann man die Kompliziertheit, die Einseitigkeit und oft die Bizarrie menschlicher Einrichtungen ganz gut auf dem Hintergrund einer Auffassung vom Menschen begreifen, die sagt, er sei das instinktverlassene Wesen."³⁾ Der Mensch ist ein weltoffenes Wesen, durch Außenereignisse und neue Daten bestimmbar. Institutionen sind Außenstützen.

1) Arnold Gehlen, Die Seele im technischen Zeitalter, a.a.O., S. 15.

2) Siehe hierzu den Aufsatz von Giersch, Wachstum und Konjunktur, in Bombach u.a., a.a.O., S. 142; es fällt auf, wie oft Giersch hinsichtlich der Stabilitätspolitik auf die Übernahme stabilisierender Funktionen durch bestehende Institutionen verweist, z.B. Zentralbank, Gewerkschaften.

3) Arnold Gehlen, Seele ..., a.a.O., S. 23

Wirtschaftswachstum von der Dauer und mit den Wachstumsraten, wie sie seit hundert Jahren der Fall sind und auch für absehbare Zeit möglich und wahrscheinlich sein werden, bedeutet fortwährendes Sprengen des augenblicklichen ökonomischen Rahmens, bedeutet also auch Abschütteln aller Institutionen, d.h. der Normen, Einrichtungen, Gesetze und Verhaltensstile, der Formen ihres Zusammenwirkens, die an das Vergehende gebunden sind. Gehlen macht hierzu darauf aufmerksam, daß eine Veränderung der Institutionen nur allmählich vor sich gehen dürfe. "Zerschlägt man die Institutionen seines Volkes, dann wird die ganz elementare Unsicherheit, die Ausartungsbereitschaft und Chaotik im Menschen freigesetzt."¹⁾ Das Schaffen von Ordnungen und von Institutionen ist insbesondere in den Zeiten des Wandels notwendig; der Ruf "Zurück zur Natur" ist in solchen Zeiten destruktiv; Gehlen bringt stattdessen die einfache Formel "Zurück zur Kultur".

Institutionen sind dauernde Gefüge menschlichen, geordneten Zusammenlebens. Eine wachsende Wirtschaftsgesellschaft hat als besondere Aufgabe die Schaffung solcher Institutionen.

d) Die für diese Untersuchung gewählte Begrenzung des Forschungsgegenstandes "Europäische Wirtschaftsgemeinschaft" erfordert eine Bestimmung des "kulturellen Rahmens" und das Aufzeigen einiger zeitgeschichtlicher Tendenzen. Der hier verwandte Begriff "Wirtschaftspolitik" schließt eine planende Veränderung des Wirtschaftsablaufs und der Ordnung des Wirtschaftslebens, um sie menschenwürdig zu machen, mit ein. Der Zusammenhang der Staatsordnung und der Wirtschaftsordnung²⁾, die historische Unterbauung der Theorie³⁾ und das Problem der Zwangsläufigkeit einer Entwicklung sind bekannte Fragenkreise, die sich einer vereinfachenden Betrachtung eines politischen Gebildes widerstrebend in den Weg legen. Die herrschende Auffassung einer engen Begrenzung des For-

1) Arnold Gehlen, Die Seele ..., a.a.O., S. 24.

2) Walter Eucken, Grundsätze ..., a.a.O., S. 334.

3) Hans Jürgen Seraphim, Wirtschaftspolitik, a.a.O., S. 116.

schungsgegenstandes "Wirtschaft" führt zu einer gefährlichen Introspektion der Wissenschaft, so daß die Nüchternheit des wissenschaftlichen Urteilsvermögens in Gefahr ist. (Rudolf Richter weist in der Rezension von Jochimsens "Ansatzpunkte einer Wohlstandsökonomie" auf diese gegebene Möglichkeit hin.¹⁾)

Die Wirtschaftspolitik hat "den Menschen als das Maß ihres Denkens" zu nehmen; damit setzt sie sich heute als Disziplin von der theoretischen Wirtschaftswissenschaft ab. Hierbei kommt es darauf an, dem stets in seiner Existenz gefährdeten Menschen den Rahmen zu einem wirtschaftlichen Handeln zu schaffen. Das wirtschaftliche Problem der Bildung und Verteilung des Sozialprodukts ist hierbei ein abgeleitetes Problem; dieses Wirtschaften vollzieht sich in der menschlichen Gesellschaft, einer Art "Notgemeinschaft". Überfluß an Gütern und gesellschaftlicher Harmonie sind utopische Annahmen.

Alle Zukunftsüberlegungen, die dieses Bewußtsein nicht expressis verbis in ihr Denken mit einbeziehen, wirken unreal und unterliegen der Gefahr, "unmenschlich" zu sein. Man kann unterstellen, daß alle Forscher auf der Grundlage dieser Voraussetzungen gearbeitet haben und arbeiten; der Prozeß der Bewußtmachung ist jedoch notwendig und führt zu Konsequenzen. So äußert sich Erich Schneider: "Man vergesse nicht, daß in einem Programm primär eine Gestaltungsidee und ein Wille zur Realisierung dieser Idee zum Ausdruck kommen."²⁾

Was unter "Gestaltungsidee" zu verstehen ist, kann wohl nur auf dem Hintergrund von "Kultur" interpretiert werden. Hierbei ist Kultur der Sammelbegriff für die Summe der Motive des menschlichen Handelns. Diese Motive sind nicht selbstverständlich und von innen heraus vorgegeben, so daß menschliches Handeln für die Zukunft das erreichte Niveau des Handelns sichert. Regelmäßig wirkt der Fortschritt der Zivilisation auf Traditionen, Rechte und

1) Rudolf Richter in Weltwirtschaftliches Archiv, Bd 92 (1964), S. 47⁺

2) Erich Schneider, Planung Programmierung und Koordination in der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, in WA, Bd. 93, 1964, S. 16.

Institutionen abbauend. "Er vernatürlicht den Menschen, primitivisiert ihn und wirft ihn zurück auf die natürliche Instabilität seines Instinktlebens. Die Bewegungen nach dem Verfall zu sind stets natürlich und wahrscheinlich, die Bewegungen nach der Größe, dem Anspruchsvollen und Kategorischen hin sind stets erzwungen, wirksam und unwahrscheinlich."¹⁾

Unsere Kultur und die abendländische Geschichte lebt von dem Prozeß der Aufklärung und Rationalisierung; Aufklärung heißt hier Humanisierung, Abbau der Machtverhältnisse zugunsten des einzelnen und der Sache, Abbau der den Menschen befremdenden Natur und der ihn beherrschenden, unsachlichen Umwelt. Rationalisierung ist die Entlastung des Handelns von Unnötigem, d.h. der ökonomische Einsatz von Energie, Ausformung der Wirtschaft zum Mittel des menschlichen Lebens.

3. Ordnungspolitik in der EWG

a) Die Aufgaben einer Ordnungspolitik in der EWG betreffen zu allererst eine Bestandsaufnahme verschiedener Bereiche. Die Beschreibung des rechtlichen Rahmens, der Wirtschaftsordnung, der Institutionen und Instrumente erscheint noch als der weniger schwierige Teil hierbei zu sein.²⁾ Doch bleibt daneben eine Konkretisierung der im vorhergehenden Abschnitt dargelegten Ausführungen dringend erforderlich, insbesondere benötigen verschiedene, häufig benutzte Begriffe noch einer letzten Zusammenfassung und einer Schilderung in ihrer heutigen Erscheinung.

Der Begriff Kultur wird seit Spengler in Deutschland unterschieden in Zivilisation als dem technischen Fortschritt, realisiert in einem wirtschaftlich höheren Versorgungsniveau, und Kultur als dem Ausdruck des geistig-seelischen Bildungsvorgangs. Diese Spaltung ist nicht

1) Arnold Gehlen, Anthropologische Forschung ..., a.a.O., S. 59.

2) Siehe Teil III.

realistisch und führt in eine Sackgasse; sie kann nicht beibehalten werden. Das Handeln und Verhalten des Menschen unterliegt allgemeinen kulturellen Normen. Kultur ist eine Gesamthaltung von Mensch und Gesellschaft, die in allen Handlungsbereichen motivbildend wirksam ist.

Kultur ist ein Sammelbegriff für die Motive und Handlungen des einzelnen und der Gesellschaft zur Anpassung der Natur und Umwelt an die menschlichen Erfordernisse. Kultur stellt die Art und Weise der "Vermenschlichung" der Natur und Umwelt sowie die Setzung der Bedingungen zur Entfaltung des Menschen; sie erleichtert und ermöglicht, eine "zeitgemäße" Form zu finden.

Man kann einige Merkmale aufstellen für eine "aufstrebende" Kultur:

- Kultur ist der Gegensatz zur Natur; die Natur ist destruktiv, die Kultur widersetzt sich diesem Trend;
- Kultur fordert die Entfaltung des Menschen, seiner Begabung und seines Wissens;
- Kultur setzt zweckrationales Handeln voraus, damit die gesellschaftlichen Verhältnisse nicht die Machtverhältnisse widerspiegeln, sondern durch die Sachnotwendigkeiten geformt sind.

Menschliche Motivationen und Handlungsweisen, Verhalten und Zielvorstellungen sind deshalb weithin kulturell bestimmt und aus der Kultur ableitbar, d.h. die denkbaren Ziele - die Ziele, die irgendwann und irgendwie von Menschen als wünschenswert angesehen oder auch nur erdacht wurden - sind noch nicht mögliche Ziele im Sinne einer Daseinsrichtigkeit.¹⁾

1) Das Postulat der Werturteilsfreiheit (Max Weber, Der Sinn der "Wertfreiheit" der soziologischen und ökonomischen Wissenschaften, Gesammelte Aufsätze zur Wissenschaftslehre, 2. Auflage, Tübingen 1951, S. 485 ff) fordert nicht, daß Ziele nicht Gegenstand wissenschaftlicher Untersuchung sein können. Dieses Postulat erfaßt nicht die Problemstellung, d.h. das Forschungsthema und das Problem der Werte als Forschungsgegenstand (hierzu Ralf Dahrendorf, Gesellschaft ..., a.a.O., S. 27 ff).

Die eigene wirtschaftliche Lage ist ein existentielles Problem des einzelnen Menschen; Lebenshaltungsniveau ist ein anthropozentrisches Problem, erst sekundär ein wirtschaftliches, da Wirtschaften menschlichen Zielen dient, nicht wirtschaftlichen. Der Prozeß der Kultur ist Erhellung, d.h. Bewußtmachung der Ziele und Rationalisierung der Handlungen. Menschliches Handeln ist weitgehend aus der Kultur bestimmbar; so kann die Handlungsweise des Menschen zur Sicherung seiner Existenz am Grad der erreichten Rationalität beurteilt werden. Die heutige Wachstumstheorie behandelt den Produktionsfaktor Arbeit als endogene Größe und versachlicht die wirtschaftliche Tätigkeit des Menschen. "Arbeit" ist der anthropozentrischen Sphäre entzogen; die existenziellen Bezüge werden weitgehend gedanklich eliminiert. Das hat für beschränkte Untersuchungszwecke durchaus Vorteile, ist aber bei einer langfristig abgestellten Betrachtung nur eine Teilbetrachtung. Bei einer "Verlängerung der Gedanken" entsteht aus dem einfachen Verfahren einer Prozeßbestimmung das Verständnis und die Erkenntnis für eine geschichtliche Entwicklung.

Dieser Mißbrauch des "Menschen" ist kein Fall allein der Wirtschaftswissenschaft, sondern der gesellschaftlichen Lage. Neben einer Linie des Fortschritts zieht sich eine Linie radikaler werdender Unmenschlichkeit; die Barbarei selbst entwickelt sublimere Formen, in denen sie immer wieder neu auftritt. Sie wird begleitet von einer Reihe gesellschaftlicher Entwicklungen, die einen Großteil der Menschheit in Formen der Unfreiheit wirtschaftlicher, gesellschaftlicher u.a. Art hält. Seit den utopischen Sozialisten, verstärkt seit Marx, verwenden Kritiker wirtschaftliche Argumente für die Gründe dieser Entwicklung. Es ist unbestritten, daß die Organisation der Wirtschaft Ursache vieler Entwicklungen der Unfreiheit war.

Sie zu erkennen, ist nicht schwer; jeder ethisch Verpflichtete, jeder, der es wagt, von einem Interessen-

standpunkt abzusehen und eine denkerische Bewegung zum Allgemeinen vollzieht, wird zustimmen, daß es eine gerechte und damit auch ungerechte Einkommensverteilung, eine Ungleichheit der Startchancen gibt. Diese Einsichten sind seit Kants "Grundlegung der Metaphysik der Sitten" europäisches Gemeingut. Doch die Rechtfertigung des Kampfes gegen diese Unfreiheiten, insbesondere der wirtschaftlichen, d.h. der vielfach tatsächlich bedeutsamen Formen der Unfreiheit sowie der Grad im Einsatz, sie zu beseitigen, wird von der Art der Begründung abhängen. Gerechtigkeit ist indessen ein allgemein akzeptiertes Ziel der Wirtschaftspolitik.¹⁾

Die Formen der Unfreiheit gehören mit in das Erscheinungsbild der Kultur, und sie bestimmen ebenso die Handlungsweise des Menschen. In ähnlicher Weise wie die Kulturkritik können die Wirtschaftswissenschaften, insbesondere die Wirtschaftspolitik, Urteile über die Formen des wirtschaftlichen Handelns geben. Darüber hinaus scheint es eine legitime Aufgabe der Wirtschaftsordnungspolitik zu werden, die sich im Fluß befindliche Umformung der Gesellschaft zu einer konjunkturbewußten Wachstumsgesellschaft zu steuern. Denn die Chancen für ein weiteres wirtschaftliches Wachstum liegen nicht nur in der Vermehrung des Kapitals, sondern auch in Veränderungen im menschlich-sozialen Bereich.

Die Wirtschaftswissenschaften haben speziell im deutschen Sprachgebiet die Aufgabe zu begreifen, eine kritische Instanz für das wirtschaftliche Handeln und die Organisation der Wirtschaft zu sein.

Der Mensch ist ein Zuchtwesen.²⁾ "Die Formierung des Antriebslebens wird ... unter immer neuen Bedingungen

1) Siehe hierzu u.a. Hans Jürgen Seraphim, Theorie ..., a.a.O., S. 245 ff; Terence Willmot Hutchinson, Das Problem der systematischen Verknüpfung von Normen und von Aussagen der positiven Ökonomik in grundsätzlicher Betrachtung, in Probleme der normativen Ökonomik und der wirtschaftspolitischen Beratung, Schriften des Vereins für Socialpolitik, NF Bd. 29, Berlin 1963, Tab. S. 6.

2) Arnold Gehlen, Mensch ..., a.a.O., S. 357 ff.

notwendig immer neu angefaßt."¹⁾ Für den Bereich der Wirtschaftspolitik bringt dies als Aufgabe: das Erkennen der Herausforderung des wirtschaftlichen Lebens, insbesondere des Fortschritts und die Sublimierung des Triebes im Menschen, dieser Herausforderung zu begegnen, d.h. zum zweckrationalen Handeln zu finden.

Das zweckrationale Handeln ist ein fundamentales Prinzip des Wirtschaftens. Dieses wird durch modifizierende Prinzipien ergänzt, z.B. die Erhöhung der Qualität; die Qualität dürfte einen höheren Rang einnehmen als die Quantität. Denn das Kriterium ist nicht - wie schon an anderer Stelle²⁾ ausgeführt wurde - eine Erhöhung des Volkseinkommens, sondern die bessere Versorgung, qualitativ wie quantitativ.

Ein weiteres modifizierendes Prinzip ist die Erweiterung des Wissens und der Handlungs- und Verantwortungsbereiche. Die Zweischneidigkeit des kulturellen Fortschritts hat einige Entwicklungen eingeleitet, z.B. Verengung des Bewußtseins durch Spezialisierung, Verringerung der Kontaktfähigkeit durch geringe gesellschaftliche und geistige Mobilität, Entfremdung durch eigengesetzliche Entwicklung des isolierten Standpunktes (sachliche Notwendigkeiten bilden sich zu Ideologien aus, verführen zu reinen Interessenvertretungen) etc.

Die Wirtschaftsordnungspolitik kann Instrumente entwickeln, die korrigierend in diese Entwicklungen eingreifen.

b) Das Selbstverständnis wirtschaftender Menschen hat sich in den letzten Jahrzehnten sehr stark gewandelt. Im Jahre 1905 erschien von Max Weber "Die protestantische Ethik und der 'Geist' des Kapitalismus". In der Beschreibung der Säkularisierung des Verantwortungsbeußtseins wird die Innensteuerung des wirtschaftenden Menschen in den Ländern mit reformiertem Bekenntnis deutlich. Wenn auch Veblen insbesondere mit seiner

1) Arnold Gehlen, Mensch ..., a.a.O., S. 362.

2) S. 52 ff.

"Theorie der feinen Leute"¹⁾ schon Auflösungsformen einer mit solchen innengesteuerten Menschen gebildeten Gesellschaft zeigt, so prägt doch dieser Menschentyp und seine Gesinnung das wirtschaftliche Leben in den bedeutendsten Industriestaaten.

Heute ist in Europa, ausgehend von den USA, ein nahezu völlig anderer Typ vorherrschend, der "außengesteuerte" Mensch.²⁾ Der heutige Mensch, insbesondere der wirtschaftende, lebt in Superstrukturen³⁾ - Hans Freyer nennt diese "sekundäre Systeme"⁴⁾. Diese Superstrukturen prägen sein Bewußtsein, setzen ihm die Kriterien des - wirtschaftlichen - Handelns. Denn es sind "Systeme der sozialen Ordnung, die sich bis zum Grunde, d.h. bis in die menschlichen Subjekte hinein aufwerfen". "Hier wird mit einem Menschen gerechnet, der gar nicht anders kann, als auf das System ansprechen ...; der Mensch wird auf das Minimum, das von ihm erwartet wird, wirklich reduziert."⁵⁾ So stellt sich die Frage, ob es sich bei diesem System um eine Ordnung mit höherem Grad an Rationalität handelt.⁶⁾ Die Antwort gibt Freyer damit, daß diese zu Ende geführte Rationalität nur von der einen Seite, nämlich von der Seite der Institution (Superstruktur) her, vorangetrieben wird. Die Elemente werden vom System her definiert. Der Mensch wird den Institutionen (Superstrukturen) willig gemacht und ihnen angepaßt. Was er zu sein hat, sogar was er ist, wird nicht von ihm selbst aus, sondern von seiner Stellung und Funktion im Sachprozeß aus entschieden.⁷⁾

-
- 1) Thorsten Veblen, The Theory of the Leisure Class, London 1899, deutsch: Theorie der feinen Leute, Köln-Berlin 1958; Peter von Hasselberg, Funktionalismus und Irrationalität, Frankfurt 1962.
 - 2) David Riesman, Die einsame Masse, Hamburg 1958.
 - 3) Arnold Gehlen, Anthropologische Forschung ..., a.a.O., S. 99.
 - 4) Hans Freyer, Theorie des gegenwärtigen Zeitalters, Stuttgart 1955, S. 86 ff.
 - 5) Ebenda, S. 88.
 - 6) Ebenda, S. 88.
 - 7) Ebenda, S. 89.

Das ist die bis jetzt letzte konsequente Fortentwicklung der Entfremdung. Hier scheint allerdings auch der Prozeß zu einem radikalen Ende gelangt zu sein, den als erster wohl Fichte begriffen und den Hegel philosophisch weiter ausgedeutet hat; Marx hat ihn allerdings in den ökonomischen Prozeß hineininterpretiert. Seitdem bewegt er die Gedanken und Gemüter und verändert die Wirklichkeit.

Nun kann man vom Ende her argumentieren, denn der Mensch befindet sich heute an einem Ort, an den ihn der ökonomische Prozeß hin verschlagen hat, von dem er jedoch wegkommen muß, damit er seine Bestimmung nicht verfehlt.

Der Begriff des "sekundären Systems" ist nicht nur anthropologisch ergiebig; er beschreibt die gesellschaftliche Situation ziemlich genau, insbesondere wird der durch die wirtschaftliche Entwicklung geförderte Aspekt der Gesellschaft beschrieben.

Mit diesem Begriff wird die ungeheure Entfernung der heutigen Gesellschaftsstruktur von der vorausgehenden Feudalgesellschaft mit seiner patriarchalischen Verfassung und von der kapitalistischen Gesellschaft mit seiner Klassenstruktur verdeutlicht. In der modernen Welt breiten sich durch die Verbindung von Naturwissenschaften, Technik und Wirtschaft neue Strukturen über das gesamte Gesellschaftsgefüge aus. Die ehemals hierarchisch ausgerichtete Gesellschaftsstruktur, die sich schlicht in Unter-, Mittel- und Oberschicht trennen ließ, ist nahezu zurückgetreten bzw. nur innerhalb der Strukturen aufweisbar.

Die Rückwirkungen dieser Umschichtungen auf das menschliche Bewußtsein sind nicht zu übersehen und heute nicht zu überschätzen.¹⁾ Im Gegenteil, es besteht die Gefahr, daß dieser Vorgang nicht in dem notwendigen Umfang erkannt wird. Wenn man versucht, in der heutigen Bewußtseinslage den geschichtlichen Gang nachzuziehen, wird

1) Arnold Gehlen, Anthropologische Forschung ..., a.a.O., S. 132/133.

das Fehlen der den geschichtlichen Fakten adäquaten Ausdrucksmittel zur Beschreibung der Veränderungen deutlich. Hieran ist ein Vorgang beteiligt, den Gehlen als "Kulturschwelle" bezeichnet.¹⁾ Der Sachverhalt ist bekannt.²⁾ Die technisch-industriell-naturwissenschaftliche Weltauffassung bringt eine ganz andere Art der Weltbeherrschung mit sich.

Der große Begriff, "organisch", der romantischen Geschichtsschreibung ist durch eine große Zahl von Einzelforschungen für die Entwicklung der Gesellschaft widerlegt. Daß diese Fragestellung formuliert wurde, ist heute kaum mehr nachzuvollziehen. Denn unbestritten geht die Tendenz darauf hin, gesellschaftliche Verhältnisse zu manipulieren, bewußt im Blick auf eine bestimmte Form, für einen bestimmten Zweck, mit exakt definierten Methoden. Ursprüngliche Zweckmäßigkeit, also das, was als solches offensichtlich ist, genügt nicht. Die "Natürlichkeit" gesellschaftlicher Vorgänge und Formen wurde abgestreift; sie werden nicht mehr durch ihr Sosein und Dasein legitimiert.

Aber ebenso ist die "Natürlichkeit" des Wirtschaftens abgestreift worden. "Haushalten" und "versorgen" waren anschauliche Begriffe. Arbeiten und Bedürfnisbefriedigung waren in einem realen Zusammenhang erkennbar. Heute sind beide abstrakt über den Marktpreis verbunden. Die Konsequenzen sind erheblich.

Der alte, natürliche Mensch streifte das Adjektiv "natürlich" ab, wenn er den geistigen Menschen angezogen hatte; daraus ist der Dualismus von Körper und Geist zu erklären.³⁾ Diesem Dualismus entspricht in etwa der Dualismus Arbeiter und Händler. Der Händler hat das reale, naive Verhältnis zur Natur hinter sich gebracht. Statt unter dem Gesetz dieses Verhältnisses leben zu müssen,

1) Arnold Gehlen, Urmensch ..., a.a.O., S. 110.

2) Z.B. Karl Jaspers, Vom Ursprung und Ziel der Geschichte, Frankfurt/M. u. Hamburg 1955, S. 21 ff.

3) Edwin Nuir, Der natürliche und der politische Mensch, Neue Auslese, 1947, II/2, zitiert nach Arnold Gehlen, Urmensch ..., a.a.O., S. 121.

kann er dieses manipulieren oder spekulativ ausnutzen. Er muß es nicht, er kann es jedoch. Das reale Verhältnis kann er deshalb mißachten, weil er als der neue natürliche Mensch sich in seiner Umwelt entwickelt; er verändert sich mit den Umständen. Der Händler lebt in einer abstrakten, fiktiven Welt der Austauschrelationen.

Da er abgesperrt ist von der Natur erster Hand, mangelt es ihm an "den Handlungs- und Erfahrungschancen, welche in diesen liegen".¹⁾ Was die Wirtschaftstheorie als "mangelnde Markttransparenz" bezeichnet, ist weniger eine Folge der Verkehrswirtschaft als der heutigen unübersehbaren Gesellschaften, in denen der einzelne in vereinseitigten und dem menschlichen Bedürfnis weit entfernt liegenden Tätigkeiten lebt. Kaum mehr kann der Tätige "aus dem sinnlichen und geistigen Umgang mit Sachen und Menschen Maßstäbe von Qualitäten und lebenswerten Erfahrungen entwickeln".²⁾ So gelangt der einzelne, auch der Wirtschaftende, zur Kenntnis der großen, ihn betreffenden, systemeigenen Probleme nicht mehr durch eigene Erfahrung, sondern über Informationen. Diese Probleme sind seinem Wissen deshalb unzugänglich, weil dieses Wissen doch "nur im Umkreis der eigenen handelnden Erfahrung erwachsen kann. Die Erfahrung zweiter Hand tritt in diese Lücke. Sie informiert und verdeckt gleichzeitig eine Unendlichkeit unverstandener Kausalitäten und ungeahnter Eindrücke."³⁾ Die Bedeutung der Erfahrung zweiter Hand für das Wirtschaftssubjekt von heute, auch für die Wirtschaft - insbesondere für die Konjunkturpolitik - soll nur angedeutet werden.

Produktions- und Konsumtionsfreiheit sind unabdingbare Voraussetzungen des marktwirtschaftlichen Systems. Es gibt verschiedene Hindernisse, die dieser Freiheit einen eng begrenzten Rahmen lassen, z.B. mangelhafte Markttransparenz. Die Massenhaftigkeit und Kompliziertheit einer modernen Wirtschaftsgesellschaft ist nur noch mit Hilfe von statistischen Erhebungen zu übersehen. Eine

1) Arnold Gehlen, Urmensch ..., a.a.O., S. 125.

2) Ebenda, S. 128.

3) Ebenda, S. 130.

Erfahrung der Breite des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lebens ist praktisch unmöglich. Der Unternehmer kann sein Risiko, ein Gut am Markt zu placieren, immer mehr nur als ein Lottospiel betreiben, wenn ihm nicht ein eingespielter Marktforschungs- und werbepsychologischer Apparat zur Verfügung steht.

Der Schluß aus diesen Überlegungen läßt sich zur Formulierung eines Teiles des Realtyps verwenden:

- Der Ausgleich des Verhältnisses von Allgemeinem und Besonderem ist gestört. Dem kann nur durch eine Anstrengung, sowohl den Anspruch der Person wie die Forderungen der Gesellschaft bewußt zu machen, entgegengewirkt werden. Doch der einzelne steht diesem Problem machtlos gegenüber. Wirtschaftspolitik kann in ihrem engeren Bereich einen Beitrag zur Lösung geben, indem sie die verschiedenen Interessengruppen zusammenbringt und ihnen eine gemeinsame Verantwortung überträgt. Es gilt, Formen des Interessenausgleichs zu finden.
- Je größer der Grad der Arbeitsteilung, umso größer der Grad der Zweckrationalität, umso größer auch die Gefahr der Entfremdung und zu eigengesetzlichen, von der Wirklichkeit sich entfernenden Entwicklungen.¹⁾ Auf zwei Ebenen ist es möglich, hier destruktiven Tendenzen entgegenzuwirken:

Einmal benötigt der einzelne Mensch die Kenntnis der wirtschaftlichen und sozialen Fakten in einem Umfang, die ihm seine Stellung in Wirtschaft und Gesellschaft erkennen lassen; vor allem aber müssen ihm die Ziele bewußt werden. Zum anderen ist Teilhabe an der Verantwortung für den jeweiligen Lebensbereich, auch im Wirtschaftsunternehmen, also die allgemeine Durchsetzung des demokratischen Prinzips, eine Bedingung für eine menschenwürdige Gesellschaft.

1) Arnold Gehlen, Urmensch ..., a.a.O., S. 33.

c) Das eben geschilderte Phänomen der Erfahrung zweiter Hand ist im europäischen Raum eng verwandt mit einem Wandel des Verhältnisses von Trägern der Wirtschaftspolitik und Wirtschaftenden. Sieht man ab vom Anwachsen der Wirtschaftstätigkeit des Staates, läßt sich dennoch eine Abnahme der Distanz von Staat und Wirtschaftenden feststellen.

Das herkömmliche Bild des Verhältnisses von Staat und Wirtschaftsgesellschaft ist noch in großem Umfang aus dem 19. Jahrhundert überliefert¹⁾; es ist weitgehend veraltet.

Die verschiedenen, im Wirtschaftsleben bestehenden Gruppen der Gesellschaft, wie Unternehmer, Konsumenten, Arbeitnehmer, haben verschiedene Interessen. Meist werden diese Gruppen in Frontstellung zueinander gesehen und beschrieben.

So ist der Staat der Träger von Wirtschaftspolitik und ordnungssetzender Macht; die Verwaltung des Staates nimmt als Ort der Willensbildung einen mehr oder weniger von den Interessengruppen unabhängigen Standort ein.

Die Unternehmer sind die Werte schaffenden Wirtschaftssubjekte, die in dem Rahmen, den ihnen der Staat setzt, produzieren und am Markt auftreten.

Die Arbeitnehmer sind der schwache Partner am Arbeitsmarkt, dem man zur Seite steht, soweit keine anderen Konflikte diesen Beistand als nicht opportun erscheinen lassen.

Der Konsument bzw. die Gruppe der Konsumenten, als die zahlenmäßig größte und ihrer Kaufkraft nach am meisten konstante Marktpartei, fehlt in diesem Bilde. - Nun ist diese Darstellung in ihrer Einseitigkeit gewiß kein Abbild der gegenwärtigen Verhältnisse, doch ändert dieses Eingeständnis nichts an dem Sachverhalt, daß diese Sicht

1) So noch Joseph A. Schumpeter, Kapitalismus ..., a.a.O., S. 226 ff, wenn auch hier Entwicklungslinien einer Fortbildung der Wirtschaftsgesellschaft aufgezeigt werden. Die Interessengegensätze bleiben bestehen.

vorherrscht. Ein Blick in die Literatur läßt dieses erkennen. Diese Tatsache ist weder beruhigend noch zufriedenstellend.

Welche Züge hätten dann eine zeitgemäße Sicht, eine moderne Beschreibung zu zeigen? Die Gegensätzlichkeit der Mächte im Ordnungsgefüge ist weit geringer, als dies oftmals betont wird. Das moderne Wirtschaftsleben, der Produktionsprozeß, wird nur durch Zusammenarbeit ermöglicht und in Gang gehalten. Das Beharren auf gegensätzlichen Grundsatzpositionen ist als außerordentliches Hemmnis des wirtschaftlichen Prozesses erkannt worden. Die Vertreter des Ordoliberalismus haben diesen Teilaspekt in ihren Werken berücksichtigt und wurden in ihren Vorstellungen vom wirtschaftlichen Wettbewerb davon beeinflusst.¹⁾

Die extreme Position des Liberalismus, der dazu mißbraucht werden konnte, die wirtschaftliche Freiheit einzuschränken, erwies sich in der wirtschaftlichen Wirklichkeit als unhaltbar. Hierzu trugen betriebswirtschaftliche Überlegungen zur optimalen Gestaltung von Unternehmensgrößen bei. Schmalenbach²⁾ betont die betriebswirtschaftliche Zusammenarbeit aus dem Anwachsen der Kapitalintensität. Böhler³⁾ verweist auf die wachsende Starrheit des Produktionsapparates, die soziale Gesetzgebung einer Mitbestimmung der Arbeitnehmer bei bestimmten Fragen der Unternehmensleitung, die wechselnden Marktgrößen und weltwirtschaftlichen Verflechtungen in Verbindung mit der Weltwirtschaftskrise und der weltwirtschaftlichen Re-Integration nach dem Zweiten Weltwirtschaftskrieg. "Mithin geht der Weg zur Neuordnung der Weltwirtschaft über die regionale Lösung zur

1) Franz Böhm, Die Ordnung der Wirtschaft als geschichtliche Aufgabe und rechtsschöpferische Leistung, Stuttgart 1937. W.A. Jöhr, Der Kompromiß als Problem der Gesellschafts-, Wirtschafts- und Staatsethik, Tübingen 1958.

2) Eugen Schmalenbach, Kostenrechnung und Preispolitik, 8. verbesserte Auflage, Köln u. Opladen 1963, S. 476.

3) Eugen Böhler, Grundlagen und Grundlehren, 3. Auflage, Zürich 1957, S. 236.

globalen nicht von oben nach unten, sondern von unten nach oben."¹⁾

Nun läßt sich die beobachtete Neigung, Interessengegensätze zurückzudrängen und Formen der Zusammenarbeit zu entwickeln, als Pendelbewegung von einer individualistischen Haltung zu einer Bereitschaft für kollektive Zusammenschlüsse erklären. Dafür gibt es einige Hinweise, insbesondere im Bereich der EWG. Jedoch wird man den geistigen Strömungen nicht gerecht, die ein neues Verständnis für Positionen zwischen den Extremen geschaffen haben.

Die Frontstellung, Kampfsituation kann als Zeichen einer barbarischen Haltung und als primitives Mittel der Durchsetzung von Machtpositionen gewertet werden. Das Miteinander - das "dialogische Prinzip" Martin Bubers²⁾ - ist nicht nur eine pragmatische Haltung, sondern auch eine höhere Stufe der wirtschaftlichen Verhaltensweise, die weitere Möglichkeiten eines wirtschaftlichen Fortschritts eröffnet. Wie jeder kulturelle Fortschritt kann der erreichte Stand jederzeit wieder verlorengehen, wenn sich die Teilnehmer am wirtschaftspolitischen Prozeß nicht an die Regeln der Zusammenarbeit halten. Denn Zuspitzungen auf Alternativen bringen diesen Rückfall mit sich.

Das kann nicht heißen, daß die Gesellschaft den einzelnen in sich aufgehen läßt, das würde das personale Prinzip verletzen. Wie an anderer Stelle ausgeführt, ist zum Beispiel Weippert³⁾ anderer Ansicht; eine dritte Haltung nimmt Rommig⁴⁾ ein, der sich allerdings mit seiner Haltung einer zeitgemäßen Lösung der Schaffung einer menschenwürdigen Gesellschaft verschließt; seine opera-

1) Andreas Predöhl, Weltwirtschaft und europäische Integration, Münster 1960, S. 21.

2) Das "dialogische Prinzip" ist eine spezielle Form des Kompromisses, wenn man diesen platten Vergleich ziehen will. Die Antinomie der Werte (W.A. Jöhr, Der Kompromiß ..., a.a.O., S. 30 ff) wird durch Einigung auf einen neuen Wert aufgehoben.

3) Georg Weippert, Vom Werturteilstreit ..., a.a.O., S. 97.

4) Friedrich Rommig, Theorie der wirtschaftlichen Zusammenarbeit, Berlin 1966, S. 294.

tive Ordnung scheint direkt in eine korporative Gesellschaft zu münden.

Eine zeitgemäß erscheinende Ordnung würde sich demnach aus folgenden Partnern zusammensetzen: Der Staat setzt die Daten der Wirtschaftspolitik. Er steht über den Unternehmerhaushalten (Verbände, Einzelunternehmer, Konzerne, Großunternehmen), Staatshaushalten, Konsumentenhaushalten.

Die organisatorische Lösung ist in der parlamentarischen Demokratie im Parlament - oder Ausschuß - gefunden, wo diese drei Gruppen ihre Haltung vertreten und ihre Interessen vortragen können.

Dabei darf jedoch nicht übersehen werden, daß in mancher Hinsicht diese institutionellen Einrichtungen den Anforderungen nicht mehr genügen. Die stets herrschende Tendenz zur Durchsetzung von berufsständischen bzw. Verbandsinteressen findet nur noch bei schwachen, einer sachbezogenen Kritik fähigen Gruppe Widerstand.¹⁾

Der Staat als Träger findet autonom zu einer Analyse der Lage, zu einer Willensbildung und setzt die beschlossenen Maßnahmen aus eigener Machtvollkommenheit durch. Das Wirtschaftssubjekt ist lediglich Außenseiter, wenn es versucht, Einfluß auf den Staat - Gesetzgeber und Verwaltung - zu bekommen. Der Ausdruck "Lobby", "pressure-group", "Verbandsdemokratie" ist lediglich ein Spiegelbild des zutiefst ungeklärten Verhältnisses des Unternehmers zu denen, die ihn regieren und stellt keine Widerlegung dar. Der typische Unternehmer des 19. Jahrhunderts will für sich frei handeln und entscheiden können; er akzeptiert den Staat, wenn auch nur in der sehr zurückgedrängten Form des Staates, der sich nicht in die Wirtschaft einzumischen hat (sog. Nachtwächterstaat nach Lassalle).

1) Jürgen Habermas, Strukturwandel der Öffentlichkeit, Neuwied 1962, S. 225: "Der neue Status des Abgeordneten ist nicht länger durch die Teilhabe an einem allgemein ~~räsonierenden~~ Publikum charakterisiert."

Die Beziehungen zwischen beiden haben personenhafte, naturhafte Züge an sich. Der Staat im 19. Jahrhundert ist noch durch den Monarchen repräsentiert. Erst das Aufkommen des Massenhaften, das den Einzug der Statistik notwendig und möglich macht, führt ein gegenseitiges verpflichtendes Abhängigkeitsverhältnis ein.

Jeder war sich selbst verantwortlich. Hierin zeigt sich ein weiterer Unterschied zur heutigen Zeit: Verantwortlichkeit zeigt das moderne Unternehmertum nur so weit, wie es ihm zum Vorteil gereicht, und zwar nicht nur in engen überschaubaren Zeiträumen; man hat gelernt, sehr lange Fristen ins Auge zu fassen. Man ist sich seiner Macht bewußt und weiß sie einzusetzen. Ein Beispiel hierfür sind die sehr strengen Geschäftsbedingungen angesehener und großer Unternehmen gegenüber ihren Zulieferern, die sich dadurch zumeist in sehr großer Abhängigkeit befinden.

Nunmehr will man sich gegenseitig keine Schwierigkeiten machen, d.h. man ist weniger sich als dem Konkurrenten, dem Fiskus, dem Staat verantwortlich. So ergibt sich, daß der soziologische Sachverhalt der Außensteuerung, den die amerikanische Soziologie für das Individuum in der amerikanischen Gesellschaft festgestellt hat, auch im Unternehmerbereich zu finden ist.¹⁾

Das liberale Wirtschaftssystem forderte die Nichteinmischung des Staates in das Wirtschaftsleben. Die Gegenwart ist erfüllt von Bemühungen, das Wirtschaftsleben in Staat und Gesellschaft zu reintegrieren. Hier käme den Verbänden eine außerordentliche Funktion zu, wenn nicht das Parlament sich seiner Aufgabe als kritische Funktion begeben hätte.²⁾ Zum anderen besteht die Neigung

-
- 1) David Riesmann, Die einsame Masse, a.a.O., S. 147:
"Der Geschäftsmann ist von der Idee des 'fairen Wettbewerbs' erfüllt. Infolgedessen muß er oftmals verhandlungs- und kompromißbereit sein, auch dann, wenn er auf seinem Recht bestehen könnte..."
 - 2) Jürgen Habermas, Strukturwandel ..., a.a.O., S. 198:
"Die Konkurrenz organisierter Privatinteressen dringt in die Öffentlichkeit ein. Der im öffentlichen Raisonement ermittelte Konsensus weicht dem nicht-öffentlich erstrittenen oder einfach durchgesetzten Kompromiß. Den auf diesem Wege zustande gekommenen

im Verband, in seiner Interessengemeinschaft abgesichert zu leben. Man lebt und entscheidet im System, in der Illusion, mitsprechen, mitentscheiden und mitverantworten zu können, ohne sich im klaren darüber zu sein, daß ein Großteil der Verbandsmitglieder für jegliche Entscheidung und jegliche Mitsprache ohne Bedeutung sind, weil die drei, vier Großen, die Preisführer, den engen Spielraum, den der Verband überhaupt hat, für sich in Anspruch nehmen. Darüber hinaus ist fraglich, inwieweit die Verbandsleitung, also die Funktionärsschicht, nicht schon jegliche Entscheidung vorbestimmt hat. Das ist eine nicht zu übersehende Tatsache in unserem heutigen Wirtschaftssystem; hiermit wird der Einfluß einer Mehrzahl begrenzt; die Herrschaft der Verbandsleitung ist an seine Stelle getreten. Jedes Verbandssystem ist, für sich ausgebildet, ein sekundäres System. Hier gibt es Normen und Verhaltensweisen, die jedoch in einer anderen Weise vorgegeben sind, wie im frühkapitalistischen, monarchischen Staat. Das Verhalten steht ganz unter dem Gesetz des "fair play". Es erfordert eine geniale Leistung, um daneben bestehen zu können.

Das wirtschaftspolitische Instrumentarium war bis vor wenigen Jahrzehnten sehr bescheiden: es waren Instrumente für die Geldpolitik, vor allem so z.B. der Diskontsatz bzw. die Änderung dieses Satzes. In einer Zeit, in der die Wirksamkeit dieses Instruments nur sehr gering ist¹⁾, kann sich die paradoxe Situation ergeben, daß

Gesetzen läßt sich, selbst wenn ihnen das Moment der Allgemeinheit in vielen Fällen erhalten bleibt, das Moment der "Wahrheit" nicht länger indizieren; denn auch die parlamentarische Öffentlichkeit, die Stätte, an der sie sich auszuweisen hatte, ist zerbrochen."

- 1) Josua Werner, Die Wirtschaftsverbände in der Marktwirtschaft, Zürich u. St. Gallen 1957. Werner hat diese Innenverhältnisse im Verbandsleben nicht ausreichend berücksichtigt, wie er auch die Reintegration der Wirtschaft in den Staat über die Verbände und ihr Mißlingen infolge eines nicht genügend qualifizierten Parlaments ausläßt.

z.B. viele Kreditinstitute eine Erhöhung des Satzes wünschen¹⁾²⁾. Man kann sich sehr schwer vorstellen, daß es eine Zeit gegeben haben soll, die die Intensität des Wirtschaftslebens nach unterschiedlichen Sätzen des Diskontsatzes von 1 bis 2 % Schwankungen regulierte, selbst wenn man berücksichtigt, daß die Flexibilität des Kreditapparates infolge einer sehr geringen Bedeutung des Buchgeldes nicht groß war. Der Diskontsatz wirkte direkt, d.h. der Bankkredit war schwieriger zu beschaffen, wenn der Diskontsatz stieg. Die konjunkturellen Schwankungen waren jedoch fühlbar größer und führten in soziale Konfliktsituationen.

Die Finanzpolitik wächst nur langsam in die Rolle eines Instruments der Wirtschaftspolitik, insbesondere der Konjunktur- und Wachstumspolitik. Die Höhe des Anteils am Sozialprodukt, die der Staat über Abgaben für sich beansprucht, macht jede vermutete wirtschaftspolitische Neutralität des Staates illusorisch (keine Fachtagung unterläßt diesen Hinweis³⁾).

In jener Zeit, in der - wie zu vermuten ist - die Gewinnmaximierung praktiziert wurde, in der es immer Arbeitslose gab und in der man bedenkenlos Arbeiter entlassen konnte und entließ, war der Diskontsatz für den selbstverantwortlichen Unternehmer, der die Gewinnmöglichkeit als Maßstab seines Handelns immer vor Augen hatte, ein unmittelbarer Maßstab. Mit einer Veränderung des Diskontsatzes wurde sein Motiv des Wirtschaftens angesprochen.

1) Rudolf Stucken, Geld und Kredit, 2. Auflage, Tübingen 1957, S. 89.

2) Die Änderung des Diskontsatzes setzt hierbei kein Datum der Wirtschaftspolitik, sondern bedeutet lediglich eine technische Reaktion bzw. eine Anpassung an die Verhältnisse am Geldmarkt (so z.B. bei der Diskonterhöhung im Sommer 1965).

3) Siehe Fritz Neumark, Die Bedeutung der staatlichen Finanzpolitik in einer stetig wachsenden Wirtschaft, in Beihefte der Konjunkturpolitik, Heft 2, Berlin 1957, S. 12.

Heute werden mit diesem Instrument die Motive des modernen Menschen, die ihn zum wirtschaftlichen Handeln drängen, nicht oder nahezu nicht mehr getroffen und geformt. So stellt Ehrlicher ausführlich dar, daß empirisch lediglich bei der Finanzierung des Wohnungsbaus Auswirkungen von Diskontsatzänderungen festzustellen sind.¹⁾

Wenn nun mit einem Begriff "Wirtschaft" operiert wird, der sich als viel zu eng gefaßt erweist, werden die Motive des wirtschaftlichen Handelns, die nicht auf ihr Verhältnis zur menschlichen Handlungs- und Motivationsstruktur überprüft wurden, lediglich als abgeleitete Motive gefunden werden.

Die Struktur der am Wirtschaftsleben Beteiligten ergibt für die öffentlichen Haushalte sozial-kulturelle Motive, für die Unternehmerhaushalte Motive der Maximierung des Umsatzes und der Marktanteile sowie Gewinn-, Macht- und Innovationsmotive²⁾ und für die Konsumentenhaushalte das Motiv der Steigerung des Konsumniveaus.

Wie sind diese Motive in das System der Motivationsstruktur einzubauen? Nach Gehlen besteht diese Motivationsstruktur aus Entlastung, Vereinfachung und Verfeinerung im kulturellen Prozeß. Diese Prozesse lösen Kräfte aus gegen die Natur, die den Menschen in seiner Art bedroht, gegen die als Chaos erscheinende und nicht zu beherrschende Umwelt, gegen die allgemeine Nivellierungstendenz. Die Vorgänge der Entlastung, Vereinfachung und Verfeinerung stärken außerdem den Prozeß der Individuation und Individualisierung.

Die Subsumierung der primär auftretenden Motive des Wirtschaftens unter die Motivationsstruktur kann allerdings erst nach einer Interpretation durch die zeit- und geistesgeschichtlichen Trends unternommen werden.

1) Werner Ehrlicher, Geldkapitalbildung und Realkapitalbildung, Tübingen 1956.

2) Heinz Haller, Typus und Gesetz, a.a.O., S. 159.

Als Ergebnis läßt sich nun ein weiterer Teil des Real-
typs bestimmen:

- Die Öffentlichkeit als kritische Instanz für die Maßnahmen der Staatsverwaltung wird ihrer Funktion nicht mehr gerecht. Die kritische Funktion kann vom Parlament praktisch nur selten¹⁾, von den interessenbezogenen Wirtschaftsverbänden a priori nicht wahrgenommen werden. Der Ruf nach unabhängigen Gutachtergremien ist in dieser Situation verständlich. Er ist jedoch nur einer der möglichen Ansatzpunkte zur Bildung einer kritischen Instanz, an der hauptsächlich die Träger der wirtschaftlichen Macht beteiligt sein sollten.
- Das Phänomen der Erfahrung zweiter Hand verweist auf die Notwendigkeit einer umfassenden, sachlichen Information.

Hier liegen die großen Möglichkeiten der Träger der staatlichen Wirtschaftspolitik, nämlich in Ausbildung, in der Sammlung und Publikation von Informationen.

1) Günter Schmolders, Der Politiker und die Währung, Frankfurt/M. 1959.

T e i l I I I

Die wirtschaftspolitischen Systeme der EWG-Staaten und
die Möglichkeiten zu einer gemeinsamen Konjunktur- und
Wachstumspolitik

I. Die Wirtschaftsverfassungen der Mitgliedsstaaten

1. Der Begriff "Wirtschaftsverfassung"

a) Unter Wirtschaftsverfassung wird die formale und rechtliche Organisation einer Volkswirtschaft verstanden.¹⁾ Diese Definition erweist sich als notwendig, da eine Wirtschaftsverfassung sehr verschiedene Ordnungen beinhalten kann.²⁾ Unter Wirtschaftsverfassung ist daher grundsätzlich etwas anderes zu verstehen als unter Wirtschaftssystem, Realtyp und dergleichen. Wirtschaftsverfassungen als die rechtliche Ordnung des Wirtschaftslebens sind in der Vergangenheit aus beiden Wurzeln entstanden.

Die Organisationsstruktur der nationalen Volkswirtschaften ist weitgehend geschichtlich bedingt, teils bewußt gestaltet, überwiegend jedoch überkommen. Diese überkommenen Verhältnisse wurden im Laufe der Zeit rechtlich festgelegt und kodifiziert. Erst in jüngster Zeit wurde bewußt gestaltend in die Wirtschaftsordnung eingegriffen. Wenn im folgenden hier lediglich die Organisationsstruktur und die sie tragenden Prinzipien und Umstände, die Grundrichtungen und Tendenzen aufgezeigt sind, kann nicht die geschichtliche Entwicklung geschildert werden, können keine Hypothesen aufgestellt und Überlegungen

1) Siehe auch Fritz Rittner, Art. "Wirtschaftsrecht", in Staatslexikon, Bd. 8, Sp. 817 ff, insbesondere Sp. 820. Dieser Begriff wird nicht einheitlich gebraucht; die von Eucken verwandte Fassung: "Unter 'Wirtschaftsverfassung' haben wir die Gesamtentscheidung über die Ordnung des Wirtschaftslebens eines Gemeinwesens zu verstehen" (Walter Eucken, Grundlagen ..., a.a.O., S. 52 f) läßt sich allerdings auf diese Formel bringen.

2) Hans Jürgen Seraphim, Theorie ..., a.a.O., S. 276.

angestellt werden, wie es zu dieser heutigen wirtschaftlichen Verfassung gekommen ist.

Notwendig ist allerdings eine Typenbildung bzw. ein Aufzeigen des "Grundsatzentscheides" (nach Eucken) zur Befolgung eines Wirtschaftsordnungsprinzips. Das ist bedeutungsvoll hinsichtlich der Motive zur Ausgestaltung einer Wirtschaftsverfassung sowie der Überprüfung auf die zweck- und zeitgemäße Organisation.

Die stärksten Impulse zur Bildung einer Wirtschaftsverfassung gingen von der Staatsgewalt aus, denn diese setzte und normierte das Recht. In einer geschichtlichen Betrachtung müßte jedoch geprüft werden, ob diese Legalisierung nicht lediglich ein Akt der Konservierung eines bestehenden Zustandes war; notwendig ist darüber hinaus die Prüfung, inwieweit ein - partielles - Ordnungsprogramm verwirklicht wurde, ob damit ein ganz spezielles ordnendes Programm durchgeführt und inwieweit Gruppeninteressen durchgesetzt werden konnten. Dabei gilt es zu bedenken, daß Interessenlagen sich verändern können, die Struktur der Organisation jedoch dieselbe bleibt; das positive Recht erfährt durch die Rechtsauslegung einen neuen Inhalt, die das gesetzte Recht materiell verändert.

b) Unser Begriff "Wirtschaftsverfassung" besteht im wesentlichen aus der rechtlichen Ordnung des Geld- und Kreditwesens, der Marktverfassung und der Haushaltsverfassung.

Die Institutionen der Wirtschaftspolitik kommen als hoheitliche Machttträger nicht in Betracht, denn hier soll vor allem die Stellung der Träger von Marktmacht im Rechtssystem aufgezeigt werden.

Die Wirtschaftsverfassung wird hier als ein Inbegriff abstrakter Rechtsformen verstanden, die erst einer Konkretisierung bedarf. Sie kann als weitere Grundlage zur Erörterung von Realtypen, Leitbildern, Konzeptionen oder wirtschaftspolitischen Systemen dienen.

2. Die Wirtschaftsverfassung in Belgien

a) Die Wirtschaftsverfassung Belgiens basiert auf Vertragsfreiheit und Privateigentum. Ähnlich wie in den Niederlanden ist die Abhängigkeit zu den angrenzenden, großen Wirtschaftsgebieten außerordentlich hoch. So zeigen sich auch hier verwandte Züge: Die Wettbewerbsordnung ist von dem Gedanken eines Schutzes vor dem Mißbrauch wirtschaftlicher Macht geprägt. Die liberale Haltung des Staates und der Unternehmer schließt eine Neigung zu Wettbewerbsabsprachen bzw. deren Tolerierung nicht aus.¹⁾ Die Offenheit der belgischen Wirtschaft führt nur selten zu einem Mißbrauch der Wirtschaftsmacht.²⁾ Ebenfalls ist das Klima zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern so gut, daß eine paritätische Kommission die Lohnfestsetzung in Anlehnung an den Einzelhandelsindex vornehmen kann.³⁾

b) Die Aufsicht über das Kreditwesen in Belgien üben die belgische Nationalbank, die Bankenaufsichtsbehörde und der Rentenfonds zusammen mit dem Finanzministerium aus.

Die Bankenaufsicht wurde im Jahre 1935 durch Erlaß gegründet. Oberste Behörde ist die Bankenkommission; sie ist ein unabhängiges Organ, dessen Budget zum Teil aus seinen Einnahmen der Kapitalmarktlenkungsstelle und zum Teil von den beaufsichtigten Banken getragen wird. Je zwei Mitglieder der belgischen Bankenvereinigung, der belgischen Nationalbank und des Instituts de Rediscont et de Garantie bilden das Gremium. Daneben kontrollieren unabhängige Revisoren über die Banken.

Die Kreditinstitute unterliegen der Bankenaufsicht. Die Bankenkommission stützt sich in der Überwachung auf unabhängige Revisoren. Diese können gegen geschäftspolitische Entscheidungen der Kreditinstitute ein Veto einlegen, wenn Bestimmungen des Bankgesetzes verletzt werden.

1) Klaus Möbius, Abschnitt "Wirtschaft" in Art. "Belgien", Staatslexikon, 1. Bd., 1957, Sp. 1016.

2) J. Zijlstra, Wirtschaftspolitik ..., a.a.O., S. 9.

3) Valéry Janssens, La Belgique: Régime économique essentiellement libre, in Wirtschaftssysteme des Westens, a.a.O., S. 19 ff.

Die 1850 gegründete belgische Nationalbank besteht in der Form einer Aktiengesellschaft¹⁾; ihre Statuten wurden mehrfach geändert, zuletzt 1957. Organisation und Funktion blieben im wesentlichen dieselben. Der Gouverneur wird vom König ernannt und hat im Direktionsausschuß den Vorsitz. Die Überwachung der Bank übernimmt ein Kommissarskollegium und ein Regierungskommissar. Der Direktionsausschuß setzt sich aus dem Gouverneur, dem Vizegouverneur und einer Anzahl von Direktoren zusammen; er beschließt im Rahmen des Gesetzes. Darüber hinaus hat der Regentenrat - Gouverneur, die Direktoren und zehn Regenten, die von der Hauptversammlung der Aktionäre gewählt werden - Einfluß auf die Gestaltung der Geschäftspolitik. (Die Aufgaben der Bank sind satzungsmäßig - entsprechend der privatrechtlichen Gesellschaftsform - die Durchführung von Bankgeschäften und die Gewinnerzielung. Heute wird hierunter die Pflege der Währung verstanden.²⁾) Er versammelt sich einmal wöchentlich und befaßt sich mit sämtlichen grundsätzlichen Fragen.

Weiter bestehen der Generalrat - Gouverneur, Direktoren, Regenten und Kommissare - und die Hauptversammlung als Aktionärsvertretung.

Für die Geld- und Kreditpolitik ist eine Vielzahl von Behörden zuständig: das Schatzamt, die Notenbank und die Commission bancaire.³⁾

c) Die in der Nachkriegszeit als erforderlich erachtete Nationalisierung konnte vermieden werden. Jedoch sind einige wenige Schlüsselpunkte in Industrieunternehmen und Kreditinstituten in der Lage, weitgehend das gesamte Wirtschaftsleben zu lenken.⁴⁾

Die Interventionen der Regierung in der Weltwirtschaftskrise konnten in der Nachkriegszeit weitgehend beseitigt

1) Siehe Acht europäische Zentralbanken, a.a.O., S. 11 ff.

2) Ebenda, S. 13.

3) Die währungspolitischen Instrumentarien in den Mitgliedsstaaten der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, Hrsg. EWG, Brüssel 1962, S. 193.

4) Valéry Janssens, La Belgique ..., a.a.O., S. 19 ff.

werden. An Preiskontrollen existieren noch die Festsetzung von Maximalpreisen und Ertragsspannen im Einzel- und Zwischenhandel. 1957 waren diesbezügliche Regelungen noch in Kraft für Brot, Eisenbahnen und Haushaltsgas. Es ist verfehlt, hieraus anzunehmen, daß freier Wettbewerb herrscht. Wettbewerb ist lediglich im Dienstleistungssektor festzustellen. In welchem Umfange Preisabsprachen vorherrschen, ist allerdings schlecht abzuschätzen, da hierüber keine Unterlagen zur Verfügung stehen.

Die rechtliche Ordnung des Wettbewerbs ist in Belgien noch in den Anfängen. Im Jahre 1960 wurde das Gesetz zum "Schutz gegen den Mißbrauch wirtschaftlicher Macht" verabschiedet. Dieses Gesetz will nur die treffen, die einen beherrschenden Einfluß ausüben, deren Auswirkungen gegen das allgemeine Wohl verstoßen.¹⁾ Die Auswirkungen dieses Gesetzes sind noch nicht zu übersehen, überdies sind die ausführenden Organe finanziell und personell in ihrer Tätigkeit beengt.²⁾

In der Nachkriegszeit wurden zur Erleichterung von Zusammenschlüssen steuerliche Maßnahmen ergriffen. Dies wurde mit der Stärkung der Position gegen die ausländischen Wettbewerber begründet.

Die Freiheit der Unternehmer ist nicht wesentlich beschränkt. Ähnlich wie in den Niederlanden bestehen verschiedene Verbände, an der Spitze der Zentrale Wirtschaftsrat, der sich zu je 50 % aus Arbeitgebern und Arbeitnehmern zusammensetzt; auf der nächstunteren Ebene bestehen branchenmäßig gegliederte Berufsverbände sowie Unternehmensräte.

Die Lohnfestsetzung erfolgt durch Kollektivvertrag.

d) Die lokalen Körperschaften - Provinzen und Gemeinden - sind in ihrer Finanzwirtschaft wohl selbständig, unterliegen jedoch einer zentralen Kontrolle und besitzen

1) Hefermehl u.a., Jura europae, a.a.O., Ziff. 20.70.7.

2) J. Zijlstra, Wirtschaftspolitik, a.a.O., S. 8.

keine Hoheitsrechte bzw. nur eine Steuerhoheit in engen, durch Gesetz bestimmten Grenzen. Die Haupteinnahmen dieser Körperschaften bestehen in Zuweisungen aus zentralen Fonds.¹⁾

3. Die Wirtschaftsverfassung in der Bundesrepublik Deutschland

a) Die Bonner Verfassung gibt nur Andeutungen zur Bestimmung der Wirtschaftsverfassung. Es wird in Art. 20 GG lediglich festgestellt, daß die Bundesrepublik ein sozialer Rechtsstaat sein soll. Darüber hinaus werden keine weiteren Normen gegeben.

Zur Bestimmung, welche Regelungen die Wirtschaftsverfassung ordnen, müssen herangezogen werden:

- das allgemeine Freiheitsrecht der freien Persönlichkeitsentfaltung (Art. 2 GG),
- die wirtschaftlichen Freiheitsrechte der freien Berufs- und Arbeitsplatzwahl (Art. 12 GG) und die Gewährleistung des Privateigentums und des Erbrechts (Art. 14 GG),
- die Möglichkeit der entschädigungspflichtigen Vergesellschaftung des Privateigentums (Art. 15 GG); dieses Entschädigungsrecht findet jedoch seine Schranken nach Art. 19, wonach kein Grundrecht in seinem Wesensgehalt angetastet werden darf.

Eine sinngemäße Interpretation des Grundgesetzes ergibt für die Rechtsordnung: Garantierung der persönlichen Freiheitssphären und freiheitliche individuelle Wirtschaftsplanung.

b) Die rechtliche Ordnung des Geld- und Kreditwesens der Bundesrepublik ist durch das Bundesbankgesetz und durch das Kreditwesengesetz bestimmt. Daneben bestehen noch speziell Regelungen, z.B. das Pfandbriefgesetz und ähnliche Gesetze.

1) A. Magain und G. Coppée, Staatshaushalt und Finanzsystem Belgiens, in Handbuch der Finanzwissenschaft, 3. Bd., a.a.O., S. 270 u. 288.

Nach dem Bundesbankgesetz vom 26. Juni 1957 ist die Deutsche Bundesbank eine bundesunmittelbare juristische Person des öffentlichen Rechts (§ 2). Sie regelt mit Hilfe der währungspolitischen Befugnisse, die ihr nach diesem Gesetz zustehen, den Geldumlauf und die Kreditversorgung der Wirtschaft mit dem Ziel, die Währung zu sichern und sorgt für die bankmäßige Abwicklung des Zahlungsverkehrs im Inland und mit dem Ausland (§ 3).

Die Währungs- und Kreditpolitik der Bank bestimmt der Zentralbankrat, der aus dem Präsidenten und dem Vizepräsidenten der Deutschen Bundesbank, den weiteren Mitgliedern des Direktoriums und den Präsidenten der Landeszentralbanken besteht. Der Präsident und der Vizepräsident sowie die weiteren Mitglieder des Direktoriums werden vom Bundespräsidenten auf Vorschlag der Bundesregierung, die Präsidenten der Landeszentralbanken auf Vorschlag des Bundesrates bestellt.

Das Kreditwesen wird durch das Gesetz über das Kreditwesen vom 10. Juni 1961 geordnet. Die Kreditinstitute werden verschiedenen Bestimmungen unterworfen und unterstehen der Aufsicht des Bundesaufsichtsamtes für das Kreditwesen. Sie sind verpflichtet, hinsichtlich ihres Eigenkapitals und der Liquidität bestimmte Relationen einzuhalten. Sie sind hinsichtlich verschiedener Kredite mitteilungsspflichtig. Eine behördliche Festlegung von Kredit- und Einlagenzinsen ist möglich und hat bis zum Frühjahr 1967 bestanden.

Die Bundesbank ist in Zielsetzung und Durchführung ihrer Geld- und Kreditpolitik vollständig unabhängig von der Bundesregierung. Hierin sind die Konsequenzen von zwei politisch verursachten Währungskatastrophen zu sehen. Nach dem Gesetz ist die Notenbank zwar verpflichtet, die "allgemeine Wirtschaftspolitik der Bundesregierung zu unterstützen", doch hat diese Anweisung keinen zwingenden Charakter.

Das erste Ziel der deutschen Notenbankpolitik ist die Stabilitätserhaltung der Währung. Die Übertragung dieser

Aufgabe erscheint sinnvoll, da hier der Regierungspolitik Schranken durch ihre Interessenlage gesetzt sind. Die Bundesbank führt die Beschlüsse des Zentralbankrats aus, der von Weisungen der Bundesregierung unabhängig ist - gleichzeitig jedoch hat der Präsident der Bundesbank das Informationsrecht und kann an Sitzungen des Bundeskabinetts teilnehmen, in denen Fragen der Geld-, Kredit- und Finanzpolitik besprochen werden.

c) Die Verfassung der Märkte ist von zentraler Bedeutung für die Wirtschaftsverfassung. Oftmals wird unter der Ordnung dieser Märkte die Ordnung der Wirtschaft als Bedingungskonstellation des wirtschaftlichen Handelns und des Verhaltens der Menschen zueinander verstanden.¹⁾ In dieser Hinsicht steht für die Bundesrepublik außer Zweifel, daß die Wirtschaftsordnung einen freien Wettbewerb der Marktteilnehmer vorsieht. Dieser Grundsatz ist im Grundgesetz verankert.

Das Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen von 1957 (Kartellgesetz) regelt die Ordnung der Märkte; es enthält ein grundsätzliches Verbot von Kartellen - die Rechtsform des Kartells ist dabei unerheblich²⁾ - und unterstellt die Ausnahmen vom Kartellgesetz einer Mißbrauchsaufsicht. Das Kartellgesetz wird durch das Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb ergänzt, das Verstöße gegen die guten Sitten einer Haftung unterwirft, sowie durch das Rabattgesetz und die Zugabeverordnung. Weitere wettbewerbsmindernde Gesetze haben geringere Bedeutung, wie z.B. das Patentgesetz und verschiedene Zulassungsbeschränkungen, die jedoch nach einem Grundsatzentscheid des Bundesgerichtshofes nicht mehr objektive, sondern lediglich subjektive Kriterien bei der Beurteilung der Zulassung verwenden dürfen.

1) Gutmann/Hochstrate/Schlüter, Die Wirtschaftsverfassung der Bundesrepublik Deutschland, Stuttgart 1964, S. 17.

2) Hefermehl u.a., Jura europae, München u. Berlin/Paris 1966, Ziff. 10.7.5.

Besonders geordnet sind der Arbeitsmarkt, auf dem Koalitionsfreiheit und Tarifautonomie herrscht, der Agrarmarkt und der Markt der Verkehrsleistungen.

d) Die Verfassung der öffentlichen Haushalte in der Bundesrepublik ist nach dem Prinzip der Selbstverwaltung geregelt. Die Gebietskörperschaften - Bund, Länder und Gemeinden - stellen ihre Haushalte in eigener Verantwortung auf. Zur Bestreitung der Ausgaben stehen jeder Seite der Gebietskörperschaften bestimmte Steuerquellen zur Verfügung. Allerdings ist das Nebeneinander von Bund, Ländern und Gemeinden - wie in anderen Bundesstaaten - gerade in dem Bereich der Finanzverwaltung sehr problematisch.¹⁾ Diese Probleme werden durch Finanzausgleiche zwischen den Ländern und zwischen den einzelnen Ländern und ihren Gemeinden gemildert.

Die unter konjunkturpolitischen Gesichtspunkten problematische Unabhängigkeit der öffentlichen Haushalte ist Gegenstand des Gesetzes zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft von 1967. Hiernach wurde die Bundesregierung ermächtigt, den Gebietskörperschaften ein bestimmtes konjunktur- und wachstumspolitisches Verhalten bei der Aufstellung der Haushaltspläne vorzuschreiben.

4. Die Wirtschaftsverfassung in Frankreich

a) Grundlagen der französischen Wirtschaftsverfassung sind, wie in den Nachbarstaaten, das Privateigentum und die Vertragsfreiheit. Doch sind die ernstesten Fragen der französischen Wirtschaftspolitik nicht primär die nach den Grundsätzen der Wirtschaftsordnung, sondern nach der Umstrukturierung der Wirtschaft. So wird heute im Rahmen der EWG das Hauptaugenmerk nicht - wie even-

1) Fritz Terhalle, Das Finanz- und Steuersystem der Bundesrepublik Deutschland, in Handbuch der Finanzwissenschaft, a.a.O., S. 162.

tuell anderswo - auf die seit Jahrzehnten bestehende Neigung der Unternehmer zu Zusammenschlüssen¹⁾ gelegt, sondern auf einen Gesamtkomplex von Maßnahmen zur Hebung des wirtschaftlichen Wachstums²⁾. Frankreich stand jahrzehntelang im Geruch, der "ökonomisch kranke Mann in Europa" zu sein³⁾; es hatte bis 1950 mit die geringsten Wachstumsraten des Bruttosozialprodukts pro Kopf der Bevölkerung⁴⁾. Nach Kleps waren es vor allem drei Faktoren, die die Leitlinien der französischen Wirtschaftspolitik - wirtschaftliches Wachstum, Umstrukturierung, Öffnung der Volkswirtschaft bewirkten:

- Der französische Unternehmer war, wie die Weltwirtschaftskrise zeigte, wenig geneigt, das Risiko langfristiger Investitionen ohne staatliche Sicherungen einzugehen.
- Der Wiederaufbau der überalterten Wirtschaft nach dem Zweiten Weltkrieg drohte am Kapitalmangel zu scheitern.
- Die Regierung war auf ausländische Investoren angewiesen und mußte diese von den Ertragschancen überzeugen.⁵⁾

So läßt sich zur Zeit nicht absehen, ob die liberalen Tendenzen, dem Markt eine stärkere Rolle im Wirtschaftsleben zu geben, gegenüber anderen Tendenzen, insbesondere korporativer und dirigistischer Art, das Feld behaupten. Die augenblickliche Lage läßt sich nur als eine Übergangssituation kennzeichnen.

1) J. Zijlstra, Wirtschaftspolitik ..., a.a.O., S. 14.

2) Siehe hierzu Karlheinz Kleps, Langfristige Wirtschaftspolitik in Westeuropa, Freiburg i.B. 1966, S. 69 ff; Lotte Müller-Ohlsen, Wirtschaftsplanung und Wirtschaftswachstum in Frankreich, Tübingen 1967, S. 1 ff; J. Zijlstra, Wirtschaftspolitik ..., a.a.O., S. 13 ff.

3) Karlheinz Kleps, Langfristige Wirtschaftspolitik ..., a.a.O., S. 71.

4) Siehe hierzu Lotte Müller-Ohlsen, Wirtschaftsplanung ..., a.a.O., Tab. 1, S. 5.

5) Karlheinz Kleps, Langfristige Wirtschaftspolitik ..., a.a.O., S. 71/72.

b) Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde das französische Bankwesen neu geordnet.¹⁾

Mit der Bankgesetzgebung beabsichtigte der Staat einen lediglich lockeren Einfluß auf das Kreditwesen und die Verwirklichung einer ständischen Wirtschafts- und Berufsordnung²⁾, so vor allem die Gesetze von 1941.

Die Reformgesetzgebung von 1945 verfolgte die Absicht, den Einfluß des Staates auf die Gestaltung der Wirtschaftspolitik zu vergrößern, insbesondere durch die Überwachung bzw. Verstaatlichung der bedeutendsten Kreditinstitute; demgegenüber trat das Ziel, die Einlagen im Kreditsystem zu sichern, zurück.³⁾

Auf dieser Basis wurde die Bankenaufsicht organisiert; sie liegt bei mehreren Instanzen: dem Nationalen Kreditrat, der Bankkontrollkommission, den Regierungskommissaren und Zensoren und dem Berufsverband der Banken und der Finanzinstitute.

Der Zentrale Kreditrat setzt sich seit seiner letzten Reform (Gesetz vom 2.8.1957) aus verschiedenen Gruppen zusammen: 11 Mitglieder werden von den Berufsverbänden vorgeschlagen und vom Finanzminister ernannt, 8 von den Arbeitnehmerorganisationen vorgeschlagen und vom Finanz- oder Arbeitsminister ernannt, 7 sind Vertreter verschiedener Ministerien und des Planungsgeneralkommissariats, und 8 Mitglieder sind Vertreter des Banken- und Börsenwesens sowie 8 Vertreter des öffentlichen und halböffentlichen Kreditsektors. Den Vorsitz im nationalen Kreditrat führt der Finanzminister. In der Praxis wird er jedoch durch den stellvertretenden Vorsitzenden, den Gouverneur der Bank von Frankreich, präsiidiert.

1) Die grundlegenden Bestimmungen der französischen Bankaufsicht befinden sich in den Gesetzen vom 30.6.1941, vom 14.1.1941 und vom 2.12.1945. Diese Gesetze wurden später durch das Gesetz vom 14.5.1946 und die beiden Erlasse für die Depositenbanken vom 28.5.1946 in wesentlichen Punkten ergänzt.

2) Dermitzel-Damm-Richebächer-Bössel-Bröker, Das Bankwesen im Gemeinsamen Markt, Baden-Baden 1962, S. 201.

3) Ebenda, S. 205.

Die Aufgaben des Nationalen Kreditrates bestehen in erster Linie in einer beratenden Tätigkeit, der Abgabe von Stellungnahmen zu allen Fragen, die das Kreditwesen oder die Kreditpolitik berühren. Weiter kann er für alle Banken und Finanzinstitute Entscheidungen allgemeiner und individueller Art treffen¹⁾; das betrifft ebenso die Regelung des Kreditgeschäfts, insbesondere die Festlegung von Konditionen und Liquiditätsrichtsätzen wie Verbesserungen in der Organisation des Kreditgewerbes. Darüber hinaus ist der nationale Kreditrat Berufungsinstanz bei Meinungsverschiedenheiten zwischen den Kreditinstituten und den sie beaufsichtigenden Staatskommissaren.

Die Bankenkontrollkommission²⁾ besteht aus 5 Mitgliedern; ihr gehören der Gouverneur der Bank von Frankreich, der Präsident der Finanzabteilung des Staatsrates, der Direktor des Schatzamtes beim Finanzministerium, der Präsident des französischen Bankenverbandes und ein Vertreter des Bankpersonals an. Die Aufgaben sind: Berufungsinstanz für Entscheidungen individueller Art des Nationalen Kreditrats, die materielle Bankaufsicht über die privaten Banken und Finanzinstitute und damit verbunden der Erlaß von Bestimmungen über das Mindestkapital der Banken und von Kreditrichtsätzen³⁾, Überwachung der Geschäftspolitik der Kreditinstitute aufgrund der eingereichten Monats- und Vierteljahresausweise und Bilanzen. Eine weitere Aufgabe der Bankenkontrollkommission ergibt sich aus der Befugnis zu Disziplinarmaßnahmen gegenüber solchen Kreditinstituten, die gegen Entscheidungen allgemeiner Art des Nationalen Kreditrates verstoßen haben.⁴⁾

Weitere Träger der Kreditpolitik sind das Schatzamt und die Bank von Frankreich unter der Leitung des Gouverneurs der Bank, der von der Regierung ernannt wird und den Weisungen des Finanzministeriums untersteht.

1) Art. 23 des Gesetzes vom 13.6.1941.

2) Gesetz vom 13.6.1941.

3) Erlasse Nr. 46-1246 und 46-1247 vom 28.5.1946.

4) Gesetz vom 13. und 14.6.1941.

c) Die französische Gesetzgebung befaßt sich nicht besonders mit der Frage der Gruppenbildung.¹⁾ Es sind alle möglichen Zusammenschlüsse denkbar. "In Unternehmerkreisen ist die Neigung groß, dem Zusammenschluß mit Hilfe der Behörden den Vorzug vor dem Wettbewerb zu geben."²⁾

d) Die öffentliche Haushaltswirtschaft ist streng zentralistisch ausgerichtet; die Departements und die Gemeinden werden bisweilen als "nachgeordnete Gebietskörperschaften" bezeichnet³⁾ und sind sowohl in finanzieller als auch in jeder anderen Beziehung der Zentralgewalt streng untergeordnet⁴⁾.

5. Die Wirtschaftsverfassung Italiens

a) Die Verfassung der italienischen Republik von 1948 garantiert im Abschnitt II (Art. 25-47) die Freiheit der wirtschaftlichen Betätigung: "Die private wirtschaftliche Initiative ist frei" und das Institut des Privateigentums. Art. 46 gibt den Arbeitern das Streikrecht, d.h. "in Übereinstimmung mit den Erfordernissen der Produktion das Recht, bei der Leitung der Betriebe in der Weise und in den Grenzen mitzuarbeiten, die die Gesetze bestimmen". Für die Gewerkschaften besteht lediglich eine Registrierpflicht (Art. 39).

Die Besonderheiten des italienischen Bankwesens erklären sich aus der Struktur der italienischen Wirtschaft. Die Hauptmerkmale sind ein chronischer Mangel an langfristigen Mitteln, der durch den Wiederaufbau nach 1945 vergrößert wurde und eine außerordentliche Empfindlichkeit der italienischen Bevölkerung auf Inflationserscheinungen. So können die Behörden und die Notenbank

1) Hefermehl u.a., Jura europae, a.a.O., Ziff. 30.70.32.

2) J. Zijlstra, Wirtschaftspolitik ..., a.a.O., S. 14.

3) P. Coulbois, Staatshaushalt und Finanzsystem Frankreichs, in Handbuch der Finanzwissenschaften, 3. Bd., Tübingen 1958, S. 239.

4) Ebenda, S. 237.

keine unorthodoxe Währungspolitik durchführen, ohne eine starke Reaktion bei der Bevölkerung hervorzurufen.¹⁾

b) Die Rechtslage für das heutige italienische Kreditwesen ist das königliche Gesetzesdekret Nr. 375 vom 12. März 1936. Das Gesetz geht davon aus, daß die Sammlung der in jeder Form in der Öffentlichkeit erzielten Ersparnisse sowie die Kreditgewährung Funktionen von öffentlichem Interesse sind; aus diesem Grunde wurden die Banken einem Überwachungssystem unterworfen. Aufgrund des Gesetzes wurden

- die Banca d'Italia - die Notenbank - zu einem Institut des öffentlichen Rechts erklärt;
- alle Kreditinstitute einer einheitlichen Aufsicht und besonderen Bestimmungen unterstellt; das betrifft die Gründung, die Eröffnung von Geschäftsstellen, die Zusammensetzung ihrer haftenden Mittel und die Höhe ihrer Pflichtreserven;
- die Depositen entgegennehmenden Banken in verschiedene Kategorien eingestuft;
- die Geschäftsbanken gezwungen, das mittel- und langfristige Kreditgeschäft aufzugeben;
- die Spezialkreditinstitute bei der Vergabe von mittel- und langfristigen Krediten einer besonderen Regelung unterworfen.²⁾

Die Notenbank hat neben mehr oder weniger organisatorischen Pflichten, wie der Durchführung des Zahlungsverkehrs und der Erhebung von Statistiken über das Geld- und Kreditwesen, die Aufgabe, Kassenkredite bis zu einer festgelegten Obergrenze zu gewähren und die gesetzmäßige Gewährung von Krediten und Verwaltung von Spargeldern zu beaufsichtigen.

Ein sogenannter "Interministerieller Ausschuß" für das Kredit- und Sparwesen ist für die Geld- und Kreditpolitik

1) Dermitzel/Damm/Richebächer/Bösel/Bröker, Das Bankwesen ..., a.a.O., S. 267.

2) Ebenda, S. 265.

verantwortlich. Der Ausschuß besteht aus mehreren Fachministern, hat jedoch lediglich formell die Verantwortung über die Gestaltung und Koordinierung der Geld- und Kreditpolitik; die Notenbank führt Beschlüsse des Ministerrats aus. Praktisch ist jedoch der Notenbankgouverneur als Mitglied des Ministerausschusses die höchste sachliche Autorität in allen Währungs- und Kreditfragen.¹⁾

Das Kreditwesen unterliegt einer vollkommenen Bankenaufsicht. Die Banca d'Italia ist seit 1947 mit der Bankenaufsicht beauftragt. Ihr unterliegt die Befugnis zur Erteilung von Erlaubnis und Untersagung des Geschäftsbetriebes. Die Erlaubnis wird erst aufgrund einer Bedürfnisprüfung nach objektiven Kriterien, wie nach der wirtschaftlichen Notwendigkeit u.ä., erteilt. Die Höhe des Eigenkapitals unterliegt einer fortwährenden Kontrolle.

Das Volumen des Kreditgeschäfts der Banken wird von der Ausstattung mit Eigenkapital abhängig gemacht. Für dauernde Beteiligungen und die Anlage in Wertpapieren sind einschränkende Vorschriften zu beachten.

Satzungsänderungen, z.B. der Banken nationalen Interesses, müssen von der Bankenaufsichtsbehörde gebilligt werden. Die Kreditinstitute des öffentlichen Rechts, die Banken nationalen Interesses und Sparkassen unterliegen darüber hinaus weiteren strengen Bestimmungen.

c) Die rechtliche Organisation der Märkte ist in Italien durch kein Gesetz geregelt. Ebenso wenig bestehen wettbewerbsmindernde Gesetze. Als Folge davon sind Absprachen zwischen Unternehmen und Unternehmensverbänden weit verbreitet. Bemerkenswert ist, daß die Weltwirtschaftskrise und die hierbei verursachten Strukturänderungen eine kritische Haltung gegenüber der Wettbewerbsverfassung einer marktwirtschaftlichen Ordnung geweckt

1) Acht europäische Zentralbanken, hrsg. von der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich, Frankfurt/M. 1963, S. 260.

haben. Darüber hinaus ist auch in Italien zu beobachten, daß die technische Entwicklung eine Tendenz zu Monopolen und Oligopolen hervorgebracht hat. Die zwei großen Probleme der Nachkriegswirtschaftspolitik - die strukturelle Unterbeschäftigung und die stark unterschiedliche Entwicklung in den verschiedenen Regionen Italiens - waren nach Ansicht der bestimmenden wirtschaftspolitischen Instanzen der Entwicklung eines Wettbewerbsmarktes hinderlich.

So kennt Italien keine Registrierung von Kartellen und Absprachen; über die Kartellisierung können deswegen keine Angaben gemacht werden. In den letzten Jahren wurden allerdings einige Anstrengungen unternommen, ein Gesetz zur Regelung des Wettbewerbs zu schaffen.¹⁾ "Der Gesetzgeber ... ist darum besorgt, jene Zusammenschlüsse einzudämmen, welche ... vor allem die Gläubiger übervorteilen."²⁾

Dagegen bestehen in weitem Umfang Preiskontrollen z.B. für Brennstoffe, für Eisen und Stahl, Autoreifen und Vorprodukte der Landwirtschaft; diese dienen insbesondere auf dem Gebiet der landwirtschaftlichen Produkte, teilweise der Reduzierung der Preise.

Die Festsetzung der Löhne erfolgt im Normalfall durch Kollektivvertrag. Eine systematische Kontrolle der Löhne existiert nicht; jedoch sind Interventionen auf dem Arbeitsmarkt möglich, z.B. in der Landwirtschaft; hier können die Arbeitgeber verpflichtet werden, eine bestimmte Anzahl Arbeiter einzustellen.³⁾

d) Was die Haushaltsverfassung betrifft, so werden die Gebietskörperschaften in ihrer finanziellen Selbstverwaltung durch Art. 119 der Verfassung eingeschränkt.

1) Ob diese Bemühungen Erfolg hatten, ist dem Verfasser nicht bekannt.

2) Ministerieller Bericht zum Codice Civile Nr. 963, zitiert nach Hefermehl u.a., *Jura europae*, a.a.O., Ziff. 40.70.9.

3) In Wirtschaftssystem des Westens, a.a.O., Bd. II.

Die Regionen, u.a. Sizilien, Sardinien, Trient, sind berechtigt, selbständig eigene Steuern oder Anteile an Staatssteuern zu erheben. Die Provinzen hingegen können Zuschläge bei einigen Staatssteuern einführen und haben Anteile an Staatssteuern; die Gemeinden besitzen ebenfalls Anteile und Zuschläge an Staatssteuern und außerdem das Recht auf einige wenige eigenen Steuern.¹⁾

6. Die Wirtschaftsverfassung der Niederlande

a) Die Wirtschaftsverfassung der Niederlande unterscheidet sich in den grundsätzlichen Zügen wenig von den anderer Staaten. Die praktizierte Wirklichkeit bringt es jedoch zu einer ganz eigenen Ausprägung. Das hängt mit der besonderen Bedingungskonstellation der niederländischen Volkswirtschaft zusammen. Denn diese ist in einem ganz erheblichen Umfang von den angrenzenden Wirtschaftsgebieten abhängig. (Dies äußerte sich z.B. darin, daß der Gulden am 4. März 1961 Zug um Zug mit der DM aufgewertet wurde.)

Die Hauptprobleme der niederländischen Wirtschaftspolitik sind weniger ordnungspolitischer als konjunkturpolitischer Art: die Sicherung der Vollbeschäftigung, die oft durch eine große Konjunkturabhängigkeit und die Auswirkungen von Strukturänderungen bedroht wird.²⁾

Das an sich liberale System ist mit einigen Institutionen durchsetzt, die in anders strukturierten Wirtschaften als nicht ordnungskonform bezeichnet würden. So ist das Prinzip der Niederlassungsfreiheit durch Betriebs- und Niederlassungslizenzen eingeschränkt, Wettbewerbsabsprachen können für allgemeinverbindlich erklärt werden, und die Löhne werden von einer zentralen Institution festgesetzt.³⁾

1) L. Losciani, Staatshaushalt und Finanzsystem Italiens, in Handbuch der Finanzwissenschaft, 3. Bd., a.a.O., S. 290.

2) C. Goedhart u.a., Das Wirtschaftssystem der Niederlande nach 1945, in Die Wirtschaftssysteme des Westens, II. Bd., Hrsg. Rudolf Frei, Tübingen-Basel.

3) Theodorus L.M. Thurlings, Abschnitt "Wirtschaft", in Art. "Niederlande", Staatslexikon, 5. Bd., Freiburg i.B. 1960, Sp. 1041 ff.

b) Träger der Kreditpolitik ist die Notenbank, die Nederlandsche Bank, die als Hauptaufgabe die "Regulierung des Wertes der niederländischen Geldeinheit, in der dem Wohlstand des Landes dienlichsten Weise" hat.¹⁾ Der Finanzminister hat Weisungsrecht; die Notenbank kann jedoch gegen Weisungen des Finanzministers bei der Krone Berufung einlegen. Doch gibt es "nicht die geringsten Zweifel, daß die Nederlandsche Bank mit aller nur denkbaren Selbständigkeit regiert".²⁾

Eine weitere Aufgabe der Notenbank ist die Durchführung der Bankenaufsicht. Die Nederlandsche Bank kann in dieser Hinsicht mit dem Kreditinstitut Besprechungen ansetzen, sobald deren Geschäftspolitik zu Bedenken Anlaß gibt. Diese Art der Bankenaufsicht löste die strengen Kompetenzen der Notenbank während des Krieges ab. Diese Regelung beruhte auf einem Gentlemen-Agreement aus dem Jahre 1946 zwischen Notenbank und Kreditinstituten. Die Banken verpflichteten sich, die Notenbank rechtzeitig über Reorganisationen, Fusionen, freiwillige Liquidationen und den Erwerb von dauernden Beteiligungen in Handelsbanken zu unterrichten.

Die Notenbank führte im Jahre 1951 eine quantitative Kreditkontrolle ein, die im Mai 1952 durch ein neues Gesetz zur Überwachung des Kreditwesens kodifiziert wurde; es enthält wesentliche Bestimmungen des Gentlemen-Agreement von 1946. Die gesetzliche Grundlage der heutigen Bankenaufsicht ist das Gesetz vom 21.6.1956 (BAG); es wird durch eine Reihe von Gentlemen - Agreements ergänzt. Neben technischen Fragen der Bankenaufsicht, wie Registrierung, Informationspflicht, kann die Notenbank Vorschriften erlassen über

- den Mindestbestand der flüssigen Mittel im Verhältnis zu den Einlagen;
- die Höchstgrenze der zu gewährenden Kredite oder Investitionen;

1) Art. 9 Bankgesetz 1948.

2) Dermitzel/Damm/Richebächer/Bösel/Bröker, Das Bankwesen ..., a.a.O., S. 416.

- das Verbot oder die Einschränkung in der Gewährung bestimmter Arten von Krediten.¹⁾

Das Gesetz sieht als erstes Mittel zur Beilegung von währungspolitischen Konflikten Agreements zwischen Notenbank und Kreditinstituten vor; wenn durch diese die Notstände nicht abgestellt werden können, erläßt die Notenbank mit Genehmigung des Finanzministers nach Anhörung des Bankrates direkte Anordnungen; diese müssen vom Parlament innerhalb von drei Monaten als Gesetz angenommen werden.

c) Die freiwillige Vereinbarung ist - analog der Regelung auf dem Gebiet der Geld- und Kreditpolitik - das Hauptinstrument auch auf dem Gebiet der Preis- und Wettbewerbspolitik. Obwohl seit der Krisen- und Kriegszeit der Wirtschaftsminister die Befugnis hat, Preise festzusetzen, macht es das gute Einvernehmen von Unternehmern und Wirtschaftsministern bis heute überflüssig, von dieser Möglichkeit Gebrauch zu machen. So haben z.B. die Unternehmer Lohnerhöhungen nicht zum Anlaß und zur Begründung von Preiserhöhungen genommen. Wurden Preiserhöhungen dennoch notwendig - infolge höherer Rohstoffpreise -, wurden sie mit dem Wirtschaftsminister für eine ganze Branche abgesprochen.

Die Niederlande sind traditionell dem Freihandel sehr aufgeschlossen. Marktabsprachen sind jedoch erlaubt. In der Vergangenheit gab die Regierung zu erkennen, daß sie geneigt sei, solche Absprachen allgemeinverbindlich zu erklären, d.h. Kartelle einzurichten. Nach dem Zweiten Weltkrieg brach dann wieder die liberale Haltung durch. So wird heute die Kartellbildung kontrolliert, und zwar mit Hilfe eines Mißbrauchsverbots von Kartellen. Die Behörden sind befugt, eine Regelung des wirtschaftlichen Wettbewerbs für nichtig zu erklären und im Falle einer wirtschaftlichen Machtposition bestimmte Vorschriften zu erlassen. Zu behördlichen Eingriffen kam es bisher noch

1) Art. 10 BAG.

nicht.¹⁾

Die Wettbewerbsordnung hat jedoch keinen grundsätzlichen, sondern lediglich kasuistischen Charakter. Das Wettbewerbsgesetz von 1956 sieht allerdings die Möglichkeit des Verbots von bestimmten Kartelltypen vor.

Darüber hinaus kann die Regierung über das Betriebserrichtungsgesetz die Marktverhältnisse durch Verweigerung von Konzessionen beeinflussen.

Eine Besonderheit ist die Regelung der Mitbestimmung durch ein Rahmengesetz aus dem Jahre 1950.

Die höchste Instanz ist der sozialökonomische Rat, der in erster Linie Gutachten zu sämtlichen auftauchenden wirtschaftlichen und wirtschaftspolitischen Problemen erstellt. Seine Pflicht ist es, alle wichtigen Maßnahmen der Regierung zu beurteilen. Er setzt sich aus je einem Drittel Arbeitnehmern, Arbeitgebern und von der Regierung berufenen Unabhängigen zusammen.

In der unteren Ebene bestehen freiwillige, vertikale und horizontale Wirtschaftsorganisationen, in denen die Arbeitnehmer und Arbeitgeber vertreten sind. Diese Organisationen können auf die angeschlossenen Unternehmen sowohl im Interesse der Arbeitgeber als auch der Arbeitnehmer Einfluß nehmen. Gegenstände der Einflußnahmen können alle geschäftlichen und geschäftspolitischen Angelegenheiten sein.

d) Die öffentliche Haushaltswirtschaft ist gekennzeichnet durch ein sehr kompliziertes Zuweisungssystem an die Provinz- und Gemeindehaushalte. Die Höhe der Einkünfte dieser Haushalte aus Steuern und Ausgleichsleistungen wird nach bestimmten Schlüsseln berechnet.²⁾

1) Hefermehl u.a., Jura europae, a.a.O., Ziff. 60.70.6.

2) B. Schendstoh, Staatshaushalt und Finanzsystem der Niederlande, in Handbuch der Finanzwissenschaft, 3. Bd., Tübingen 1958, S. 323.

II. Die langfristige Wirtschaftspolitik in den Staaten der EWG

1. Die langfristige Wirtschaftspolitik in Belgien

a) Belgien fand sich nach Beendigung des Zweiten Weltkrieges in einer relativ günstigen Lage; die Wirtschaft war von Zerstörungen weniger betroffen als in den Nachbarstaaten.¹⁾ Die Rückkehr zu einem liberalen System der Wirtschaftspolitik gelang frühzeitig. Insgesamt jedoch befriedigte die Struktur der belgischen Wirtschaft nicht; dies führte zu einer niedrigen Wachstumsrate, die in Europa mit an letzter Stelle rangierte.²⁾ Das Strukturproblem war vielschichtig: hoher Anteil stagnierender Wirtschaftsbereiche an der Erstellung des Sozialprodukts, traditionsverwurzelte Unternehmen in Branchen, die in anderen Staaten zur Wachstumsindustrie zählten, geringes Bevölkerungswachstum etc.³⁾

Langjährige Überlegungen führten 1959 zum Beschluß einer Wirtschaftsprogrammierung.

b) Zwar standen schon seit 1948 einige Beratungsorgane der Regierung und dem Parlament in ihren Beratungen zur Seite. An der Spitze dieser Gremien standen der Conseil Central de l'Economie und der Conseil National du Travail. Sie gaben und geben heute noch Gutachten ab und äußern sich auch mit Vorschlägen.⁴⁾ Auf Branchenebene wurden mit denselben Aufgaben die Conseils Professionnels gebildet. Zu diesen bereits bestehenden Institutionen traten durch Königliche Verordnung vom 14. Oktober 1959 das Bureau de Programmation Economique - eine Abteilung des Wirtschaftsministeriums -, bestehend aus zwölf vom Comité Ministeriel de Coordination

1) Karlheinz Kleps, Langfristige Wirtschaftspolitik ..., a.a.O., S. 116.

2) Jean Paelinck, Technische Aspekte der Wirtschaftsprogrammierung in Belgien, in Konjunkturpolitik, 10. Jahrgang, 4. Heft, Berlin 1964, S. 255.

3) Vgl. hierzu Jean Paelinck, a.a.O., S. 257/58.

4) Valéry Janssens, La Belgique ..., a.a.O., S. 19 ff.

Economique et Sociale ernannten Mitgliedern. Die wichtigste, verantwortliche Institution ist das Comité Ministeriel, das sich aus den zuständigen Ministern zusammensetzt. Diese erteilt dem Bureau de Programmation Economique Anweisungen zur Erstellung eines Wirtschaftsprogramms.¹⁾

Als höchstes beratendes Organ, das jedoch auch mit Entscheidungsbefugnis ausgestattet ist, trat mit Königlicher Verordnung vom 25. November 1960 das Comité National de l'Expansion Economique.²⁾ Seine Aufgaben bestehen in erster Linie in der Festlegung allgemeiner Richtlinien für die Wirtschaftspolitik, in der Berechnung der sektoralen Entwicklungsperspektiven und in der Abfassung von Gutachten über öffentliche und private Investitionsvorhaben. Die Sitze verteilen sich auf vier Minister, fünf Unternehmer und fünf Gewerkschaftsvertreter. Seine Entscheidungen gelangen über das Comité Ministeriel an das Bureau de Programmation. Darüber hinaus wurden zahlreiche Kommissionen gebildet, die zur Beratung in verschiedenen Sachfragen, wie Finanzierung, Mittelstandsunternehmen, zur Verfügung stehen oder die Tätigkeit der Provinzverwaltung koordinieren.

c) Die Instrumente der Programmierung sind ökonometrische Entscheidungsmodelle, Beratungen zunächst in den Conseils Professionnels und sodann in anderen Gremien ("Planbesprechungen").³⁾

Diese beiden Instrumente reichen deshalb aus, weil - wie Paelinck betont - "niemals daran gedacht wurde, strenge Ziele für die verschiedenen Wirtschaftsbereiche zu setzen".⁴⁾ Das Hauptgewicht der Programmierung liegt darin, "die Effizienz der freien Marktwirtschaft durch eine bessere und vollständigere Information der verschiedenen Wirtschaftsbereiche zu erhöhen".⁵⁾ Mittelbaren Einfluß

1) Karlheinz Kleps, Langfristige Wirtschaftspolitik ..., a.a.O., S. 120.

2) Ebenda, S. 121.

3) Jean Paelinck, Technische Aspekte ..., a.a.O., S. 274.

4) Ebenda, S. 259.

5) Ebenda, S. 259.

besitzt die Programmierung allerdings über die Wirtschaftspolitik der Regierung, die sich insbesondere in ihrer Haushaltspolitik an den Zielen des Programms orientiert.¹⁾

2. Die langfristige Wirtschaftspolitik in der Bundesrepublik Deutschland

a) Eine langfristige Wirtschaftspolitik gibt es in der Bundesrepublik im Rahmen der Sozialen Marktwirtschaft. Derjenige, welcher Programmierung sucht, forscht vergebens.²⁾ In der Zeit der CDU/FDP-Koalitionen gab es wohl Diskussionen hierüber, doch gelangten sie nie weiter als über die grundsätzlichen Fragen, z.B. über die Zweckmäßigkeit von volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen oder die Erarbeitung von Perspektiven. Ansätze einer Wendung waren zu erkennen in dem Bericht des Bundeswirtschaftsministeriums zur Beurteilung der wirtschaftlichen Entwicklung im Jahre 1964. Es war der erste Bericht dieser Art und der einzige des Ministeriums. Denn im selben Jahr wurde durch Gesetz ein Gutachtergremium zur Beurteilung der wirtschaftlichen Lage eingesetzt.³⁾

b) Dieses Gremium besteht aus fünf vom Bundespräsidenten ernannten unabhängigen Persönlichkeiten. Ihre Aufgabe besteht darin, die jeweilige gesamtwirtschaftliche Lage und deren absehbare Entwicklung darzustellen, zu untersuchen, wie die wirtschaftspolitischen Ziele - Stabilität des Preisniveaus, hoher Beschäftigungsstand, außenwirtschaftliches Gleichgewicht, stetiges und angemessenes Wachstum - erreicht werden können und mögliche Spannungen zwischen der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage und dem gesamtwirtschaftlichen Angebot aufzeigen.⁴⁾

1) J. Zijlstra, Wirtschaftspolitik ..., a.a.O., S. 10.

2) Siehe hierzu auch Karlheinz Kleps, Langfristige Wirtschaftspolitik ..., a.a.O., S. 358 ff.

3) Gesetz über die Bildung eines Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung vom 14.8.1963.

4) § 2 Gutachter-Gesetz.

Allerdings kann im Sachverständigenrat und seinen Gutachten schwerlich mehr als ein Ansatz zu einer längerfristigen Politik gesehen werden; der Rahmen der reinen Konjunkturpolitik ist jedoch durch die Jährlichkeit der Gutachten gesprengt.

1967 wurde das Gesetz zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft verabschiedet. Der Name ist insoweit irreführend, als damit keine Wachstumspolitik eingeleitet wurde. Das Ziel des Gesetzes ist die Verhinderung von starken Konjunkturschwankungen, um ein stabiles Wirtschaftswachstum zu gewährleisten. Hierzu wurde u.a. eine "Mittelfristige Finanzplanung" geschaffen; der Bund wurde verpflichtet, eine unverbindliche Rahmenplanung für den Zeitraum von fünf Jahren vorzulegen.¹⁾ Der Name kann dennoch ein Hinweis auf eine geänderte Haltung der wirtschaftspolitischen Instanzen sein.

3. Die langfristige Wirtschaftspolitik in Frankreich

a) Einen allgemeinen Begriff von "planification"²⁾ gibt es nicht, denn der Gebrauch des Wortes "planification" wird von Staat zu Staat verschieden angewandt, je nachdem, was die Politik von dieser Methode hält. Selbst für Frankreich kann man keinen Begriff formulieren, da in den verschiedenen Planungsperioden unterschiedliche Vorstellungen versucht wurden.

1) § 9 Abs. 1 Stabilitätsgesetz.

2) Siehe hierzu u.a. folgende Literatur: Lotte Müller-Ohlsen, Wirtschaftsplanung und Wirtschaftswachstum in Frankreich, Tübingen 1967; Karlheinz Kleps, Langfristige Wirtschaftspolitik ..., a.a.O., S. 65 ff; Karlheinz Kleps, Konkurrenz wirtschaftspolitischer Konzeptionen in der EWG, in ORDO XV/XVI, Düsseldorf u. München 1965, S. 275 ff; Gerhard Tholl, Die französische Planification - ein Vorbild?, in ORDO XV/XVI, a.a.O., S. 197 ff; Karl Albrecht, Planifikateure beim Werk, Düsseldorf u. Wien 1964; A. Loutfy, La planification de l'Economie, Genève 1964; Pierre Bauchet, La Planification Française, Paris 1962; Bernard Cazes, La Planification en France et le IV^e Plan, Paris 1962.

Der erste Plan, nach seinem Schöpfer Monnet-Plan genannt (1947-1952)¹⁾, setzte als Ziel das Wachstum von Produktion und Handel, die Steigerung der Arbeitsproduktivität, die Vollbeschäftigung und die Steigerung des Lebensstandards, und zwar vor allem in den Bereichen elektrische Energie, Eisen und Kohle, Maschinenbau, Landwirtschaft,

b) Die Planung sah drei Stufen vor:

- Vorbereitung des Planes durch das Generalsekretariat (Commissariat Général du Plan d'Equipement et de la Productivité);
- kritische Prüfung der sektoralen Planentwürfe durch sogenannte Modernisierungskommissionen (commission de modernisation), die aus Unternehmern, Verwaltung, Experten und Arbeitnehmern bestehen. Je eine Kommission hat Vorschläge für das optimale Produktionsvolumen zu machen und ein Urteil über die Arbeitsproduktivität in dem betreffenden Sektor zu fällen (vertikale und horizontale Gruppen). Begutachtung durch den Conseil économique et social, das als Wirtschaftsparlament bezeichnet werden kann;
- Prüfung und Verabschiedung des Planes durch den Conseil supérieur du Plan, das Comité interministériel du Plan de développement économique et social und das Parlament.

Daneben haben die Verantwortung für die Finanzierung der Investitionen und die Beachtung der Geldwertstabilität:

- der nationale Kreditrat (s.o.),
- die Kommission für die volkswirtschaftliche Gesamtrechnung (Commission du bilan national) und
- die Kommission für die Investitionen.

Die Planinstrumente sind auf zwei verschiedene Bereiche abgestellt: Im Bereich der nationalisierten Industrie (secteur concerté) - wobei jedoch der staatliche Einfluß

1) A. Loutfy, La planification de l'Economie, Genève 1964.

unterschiedlicher Natur sein kann, vom Regiebetrieb bis zum privatwirtschaftlich organisierten Unternehmen, in dem lediglich der Staat Kapitaleigner ist - herrscht die Anordnung der Verwaltung vor in Gestalt von vertraglichen Übereinkünften zwischen Verwaltung und Unternehmen.

Darüber hinaus sind ebenso die Sozialpartner - nach einem von Monnet entworfenen Leitgedanken - durch ihre Vertretung in den Commissions de Modernisations an der Erstellung des Planes beteiligt.¹⁾ Von daher leitet sich auch das Schlagwort von der "Economie Concertée" ab. Als Zwangsmittel zur Durchsetzung der Vereinbarung stehen Maßnahmen des Staates im Hintergrund.

Der Restbereich der Privatwirtschaft hat sich nach einer ganzen Skala von Maßnahmen zu richten bzw. steht ihr gegenüber: Baugenehmigungen, verbindliche Produktionsprogramme, Rohstoffkontingente, Prüfung der Ausrüstungsprogramme, Devisenzuteilung, Finanzierungsmittelzuteilung, Emissionskontrolle, steuerliche Vergünstigungen, Preisfestsetzungen u.a.m.

Die Intentionen und die Beschränkungen des ersten Planes wurden nicht beibehalten. Bis zum IV. Plan wurde er in seiner Breite und Bedeutung außerordentlich ausgeweitet. Die skeptische Haltung der jeweiligen Regierungen der IV. Republik gegenüber den Erfolgsmöglichkeiten der französischen Experimente²⁾ wich einer Erhebung des "Planes auf wirtschaftspolitischen Gebiet zum Mythos des gaullistischen Regimes"³⁾. Dabei widerstrebt es, die Wandlungen der französischen Planifikation als eine Wendung zur Planwirtschaft im herkömmlichen Sinn anzusehen. Der ideologische Stammvater dieser Art staatlicher Wirtschaftslenkung ist nicht der Sozialismus, der von Marx her aus einer humanistischen Tradition schöpft - ohne Beantwortung der Frage nach Irrwegen -, sondern die

1) Siehe Die Grundgedanken der französischen Planifikation, ein Vortrag von Jean Ripert in Zürich, in Neue Zürcher Zeitung Nr. 128 vom 11.5.1965.

2) So Gerhard Tholl, Die französische Planifikation - ein Vorbild? in ORDO XV/XVI, S. 204.

3) Ebenda, S. 207.

nationalstaatliche Machtpolitik merkantilistischen Ursprungs (so weist ihn jedenfalls de Gaulle in seinen Reden aus).

c) Da hier vor allem danach gefragt werden soll, wie das einzelne Wirtschaftssubjekt zur klaren Erkenntnis der wirtschaftlichen Lage kommt und zu einem Handeln gelangt, das Wirtschaftswachstum schafft, ist vor allem die Motivierung der Planifikation wichtig:

- Es wird immer wieder dargelegt¹⁾, daß in der modernen (Konsum-)Gesellschaft der private Konsum zu Lasten der "sozialen" Investitionen ausgedehnt wird. Tholl²⁾ weist die zwei stützenden Annahmen - der Konsument ist sich über die wesentlichen Bedürfnisse im unklaren, und diese wesentlichen Bedürfnisse können nur durch die öffentliche Hand befriedigt werden - als nicht haltbar zurück.
- Der Plan als "instrument de prévision" soll Aussagen über die künftige Entwicklung machen, d.h. den Unternehmern über die Bedingungen des Wirtschaftswachstums Aufschluß geben.
- Der so gegebene Entwicklungspfad soll Fehlinvestitionen verhindern und die Investitionstätigkeit fördern.

Der französische V. Plan betont wesentlich stärker als früher die Rolle des Marktes bei der Verwirklichung des Planes. Zu der weiterhin bestehenden Aufgabe, ein Instrument im Rahmen der Entwicklungspolitik zu sein, trat die Funktion des Planes als einer nationalen Marktuntersuchung für alle Wirtschaftsträger, die Entscheidungen zu treffen haben.³⁾ Dies sei erforderlich, da die heutige Marktlage keine künftigen Bedürfnisse und Entwicklungen widerspiegeln könne.⁴⁾ Die Institutionen sind oben genannt; an Instrumenten wurden sämtliche praktisierten eingesetzt, z.B. Einflußnahme auf die Entwicklung der Löhne und Gehälter, Variation der öffentlichen Investitionen, Kredit- und Zinspolitik, Preiskontrollen.

1) Pierre Massé, Jean Meynand, Bernard Cazes.

2) Gerhard Tholl, Die französische ..., a.a.O., S. 216/7.

3) J. Zijlstra, Wirtschaftspolitik ..., a.a.O., S. 14.

4) Ebenda, S. 17.

4. Die langfristige Wirtschaftspolitik in Italien

Die Wirtschaftsplanung für längere Perioden wurde in Italien nach dem Zweiten Weltkrieg begonnen.¹⁾ Heute steht sie in einer dritten Planungsphase, die für die Jahre 1964-1969 einen Fünfjahresplan vorsieht.²⁾ Die gesamte Wirtschaftsplanung ist ein Komplex von Globalplanungen und Partialplänen zur Förderung einzelner Wirtschaftszweige und einzelner Regionen.³⁾ Als Planungsbehörden fungieren verschiedene Regierungsinstitutionen. Instrumente werden eingesetzt: Beihilfen und Steuererleichterungen, Zinsverbilligung, Preiskontrolle und Investitionskontrolle.

5. Die langfristige Wirtschaftspolitik in den Niederlanden

a) Die Wirtschaftsplanung in den Niederlanden hat subsidiären Charakter. Die Funktion der Planung im Rahmen der Wirtschaftspolitik wird durch die Funktion der erstellenden Institution dargelegt.

b) Das Centraal Planbureau erstellt regelmäßig Prognosen über die mögliche Wirtschaftsentwicklung der nächsten sechs bis zwölf Monate⁴⁾; diese Prognosen dienen den verschiedenen Ministerien zur Orientierung. Die Beratungsfunktion des Amtes umfaßt jedoch auch die Koordination der wirtschaftspolitisch relevanten Aktionen der

1) Ute Morgenroth, Die italienische Wirtschaftsplanung, in Weltwirtschaftliches Archiv, Bd. 96, Heft 2, 1966, S. 351 ff.

Die Wirtschaftsprogrammation in Italien, in Neue Zürcher Zeitung Nr. 35 vom 3.2.1965.

2) Ute Morgenroth, Die italienische ..., a.a.O., S. 360.

3) Siehe J. Zijlstra, Wirtschaftspolitik ..., a.a.O., S. 22/23.

4) C.A. van den Beld, Erfahrungen mit den Zentralökonomischen Plänen in den Niederlanden, in Programmierung im Gemeinsamen Markt, Schriftenreihe der Forschungsstelle der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn 1963, S. 83 ff.

einzelnen Ministerien¹⁾ sowie die Durchführung von Spezialuntersuchungen und Gutachten sowohl aus eigener Initiative als auch im Auftrag der Regierung oder des Sozialökonomischen Rates.

Neuerdings werden Prognosen über mittlere Fristen (drei Jahre) gemacht. "Die niederländische Planung hat globalen Charakter, arbeitet mit makro-ökonomischen Begriffen und soll den Politikern eine quantitative Vorstellung davon verschaffen, welche Wirkung der Einsatz bestimmter Instrumente für die angestrebten Ziele haben kann."²⁾

Besondere Instrumente der Wachstumspolitik wurden nicht als notwendig angesehen; vielmehr werden die der allgemeinen Wirtschaftspolitik angewandt. Mit Ausnahme der Instrumente der Regionalpolitik greifen sie nicht in den Marktmechanismus ein.³⁾

III. Die Institutionen der Konjunkturpolitik in den Mitgliedstaaten der EWG

1. Die Institutionen der Konjunkturpolitik Belgiens⁴⁾

a) Die wirtschaftspolitische Aktivität des belgischen Staates beschränkt sich im wesentlichen - abgesehen von routinemäßig anfallenden Aufgaben - auf das Gebiet der Sozialpolitik.⁵⁾ Es ist deshalb verständlich, daß es in Belgien bisher nicht zur Bildung von speziellen Organen der Konjunkturpolitik gekommen ist; die konjunkturpolitischen Aufgaben werden von verschiedenen Trägern der Wirtschaftspolitik wahrgenommen.

1) Das Beispiel der Niederlande, in Neue Zürcher Zeitung Nr. 323 vom 24.11.1965.

2) J. Zijlstra, Wirtschaftspolitik ..., a.a.O., S. 24.

3) Ebenda, S. 24.

4) Vgl. hierzu: W. v. Golowatscheff, Belgien, in Beihefte der Konjunkturpolitik, Heft 3, a.a.O., S. 9 ff; EWG, Die währungspolitischen Instrumentarien ..., a.a.O., S. 189 ff.

5) W. V. Golowatscheff, Belgien, a.a.O., S. 9/10.

b) Die mit konjunkturpolitischen Problemen befaßten Instanzen können in drei Gruppen aufgeteilt werden. Die erste Gruppe umfaßt die Regierung und die von ihr gebildeten Ministerratsausschüsse:

- der Ministerrat (Conseil des Ministres);
- der Ministerratsausschuß für wirtschaftliche Koordinierung (Comité Ministériel de Coordination Economique);
- der interministerielle Wirtschaftsausschuß (Commission Economique Interministérielle);
- die mit wirtschaftlichen Fragen befaßten Minister.

Der Ministerrat ist - wie in anderen Staaten - das entscheidende politische Gremium. Der Ministerratsausschuß für wirtschaftliche Koordinierung¹⁾ ist mit der Abstimmung der verschiedenen wirtschaftspolitischen Maßnahmen und Plänen der einzelnen Ministerien befaßt. Der wirtschaftliche Kurs wird im wesentlichen hier festgelegt.

Der interministerielle Wirtschaftsausschuß²⁾ erfuhr durch die Bildung des Comité Ministériel eine Abwertung und hat seine Hauptaufgabe in der Vorbereitung und technischen Durchführung der mehrere Ministerien betreffenden wirtschaftlichen Maßnahmen.

Eine zweite Gruppe umfaßt die Träger der Währungspolitik:

- Belgische Nationalbank (Banque Nationale de Belgique);
- Bankenausschuß (Commission Bancaire);
- Rentenfond (Fond des Rentes).

Die Belgische Nationalbank wird in der Form einer Aktiengesellschaft geführt; zwar befinden sich 50 v.H. des Aktienkapitals im Besitz des Staates, jedoch hat sich die Bank eine faktische Unabhängigkeit bewahrt.³⁾ Zu nennenswerten Konflikten mit der Regierung kam es bisher nicht.

Der Gouverneur und das Direktorium werden auf Vorschlag der Regierung vom König ernannt. Die Nationalbank hat

1) Eingerichtet durch königlichen Erlass vom 26.8.1938, durch weitere Erlasse ergänzt.

2) Ministerielle Verfügung vom 28.3.1934.

3) W. v. Golowatscheff, Belgien, a.a.O., S. 13.

sich bisher weitgehend einer konjunkturpolitischen Aktivität enthalten; sie berichtet allerdings laufend über die konjunkturelle Entwicklung.

Der Rentenfond - eine Körperschaft des öffentlichen Rechts - reguliert die Kurse der mittel- und langfristigen Staatspapiere durch Offenmarktoperationen und Interventionen am Geldmarkt.

Der Bankenausschuß¹⁾ besteht aus sieben Mitgliedern - Vertreter der Kreditinstitute und der Nationalbank - und überwacht die Einhaltung der gesetzlichen Vorschriften durch die Kreditinstitute. Seine wichtigste Befugnis "besteht darin, bestimmte Liquiditätskoeffizienten im Sinne von Relationen zwischen den einzelnen Bilanzposten festzusetzen".²⁾

Eine dritte Gruppe wird durch verschiedene Gremien der Branchen- oder Standesvertretungen gebildet; diese haben überwiegend eine beratende Funktion.

2. Die Institutionen der Konjunkturpolitik in der Bundesrepublik Deutschland

a) Die Konjunkturpolitik in Deutschland konnte sich seither auf keine spezielle Institution stützen. Hierin zeigt sich eine gewisse Abneigung der Verfechter der Sozialen Marktwirtschaft, die für die wirtschaftspolitische Linie der Nachkriegszeit verantwortlich waren. Auch war die wirtschaftliche Entwicklung in der Nachkriegszeit, jedenfalls nach Ansicht von Regierungsstellen, relativ störungsfrei. Die teilweise erhebliche Gefährdung der Geldwertstabilität brachte allerdings einen Gesinnungswandel mit sich. So äußerten sich das Bundeswirtschaftsministerium und das Bundesfinanzministerium im Jahre 1964: Die Gefahr eines Wirtschaftsrückgangs sei in Zukunft mit Sicherheit ohne eine bewußte Konjunkturpolitik nicht auszuschließen.³⁾ Sie kamen sogar zu der

1) Errichtet durch Königlichen Erlaß vom 9.7.1935.

2) W. v. Golowatscheff, Belgien, a.a.O., S. 14.

3) Deutscher Bundestag, zu Drucksache IV/1752, Anlage 1, S. 14.

Ansicht, daß die traditionellen Mittel der deutschen Konjunkturpolitik dazu nicht mehr ausreichen.¹⁾ So ist lediglich die Deutsche Bundesbank für den Teilbereich der Währungspolitik - als Träger der Konjunkturpolitik - zu qualifizieren.

b) Die politische Verantwortung für die Konjunkturpolitik hatte - abgesehen von der allgemeinen Verantwortung des Kanzlers - der Bundeswirtschaftsminister. Wichtige Teilbereiche, wie Währungspolitik und Haushaltspolitik, entziehen sich allerdings seinem direkten Einflußbereich.

Die Haushaltspolitik hätte von erheblicher konjunkturpolitischer Bedeutung sein können. Von einem systematischen Einsatz kann jedoch erst in jüngster Zeit gesprochen werden.

Durch das "Gesetz zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft" von 1967 wurde die Grundlage zur Bildung eines Konjunkturrates für die öffentliche Hand geschaffen.²⁾ Die siebzehn Mitglieder als Vertreter der öffentlichen Haushalte von Bund, Ländern und Gemeinden beraten über die erforderlichen konjunkturpolitischen Maßnahmen, insbesondere über eine eventuelle Konjunktur-Ausgleichsrücklage³⁾ und über die Beschränkung der Kreditaufnahme der öffentlichen Hand⁴⁾. Erfahrungen mit der Arbeitsweise des Konjunkturrates sind bis jetzt nicht gemacht worden.⁵⁾

1) Deutscher Bundestag, zu Drucksache IV/1752, a.a.O., S. 14. In dieser Denkschrift - überschrieben mit "Erweiterung des konjunkturpolitischen Instrumentariums" - werden die Möglichkeiten einer antizyklischen Finanzpolitik (Haushaltspolitik, Kreditpolitik) dargelegt.

2) § 18 Stabilisierungsgesetz.

3) § 15 Stabilisierungsgesetz.

4) § 19 Stabilisierungsgesetz.

5) Dieser Rat hatte einen Vorgänger im "Runden Tisch", einer losen Besprechungsgruppe von Vertretern der öffentlichen Hand, die die Aufgabe hatte, die Begehung von öffentlichen Anleihen aufeinander abzustimmen; es sollte eine Überforderung des Kapitalmarktes vermieden werden. Im Endergebnis waren diese Besprechungen nicht erfolgreich, außer im Festhalten der Beteiligten an einem zeitweiligen Emissionsstop.

Die Deutsche Bundesbank ist nach dem Gesetz¹⁾ von Weisungen der Bundesregierung unabhängig²⁾. Sie hat allerdings die Wirtschaftspolitik der Bundesregierung zu unterstützen, soweit ihre Aufgaben, insbesondere die Stabilhaltung des Geldwertes, nicht berührt werden. Das währungspolitisch entscheidende Gremium ist der Zentralbankrat, dem 20 Mitglieder, neun Mitglieder des Direktoriums und elf Landeszentralbankpräsidenten, angehören und die auf Vorschlag teils der Länder, teils der Bundesregierung vom Bundespräsidenten ernannt werden.

Die Unabhängigkeit von der Bundesregierung und die Aufgabe der Stabilerhaltung der Währung legten der Bundesbank in den letzten Jahren einseitig die Last eines konjunkturpolitischen Handelns auf die Schultern.³⁾

3. Die Institutionen der Konjunkturpolitik in Frankreich

a) Eine Darstellung des institutionellen Rahmens der Konjunkturpolitik in Frankreich kann nur eine unübersichtliche und fragmentarische Beschreibung ergeben. In der Zeit der IV. Republik bis 1958 wechselten sich wirtschaftspolitisch völlig entgegengesetzt ausgerichtete Regierungen in rascher Folge ab, so daß eine durchgehende konjunkturpolitische Linie nicht vorhanden ist.⁴⁾ Die Konjunkturpolitik blieb weitgehend eine Sache der Verwaltung. Deren Entscheidung ist naturgemäß nicht immer klar zu erkennen, zumal die Kompetenzen auf zahlreiche Gremien aufgegliedert sind.

In der V. Republik hat die Regierung die Entscheidungsgewalt im wesentlichen sich vorbehalten, ohne allerdings die übrigen Gremien aus dem Prozeß der Willensbildung

1) Gesetz über die Deutsche Bundesbank vom 26.7.1957.

2) § 12 Bundesbankgesetz.

3) Selbst das sogenannte "Kuponsteuergesetz" von 1965 geht auf ihre Initiative zurück.

4) A. Vosen, Frankreich, in Die institutionelle Verankerung ..., a.a.O., S. 28.

auszulassen.¹⁾

b) Die Träger der Konjunkturpolitik lassen sich im wesentlichen unter zwei Gesichtspunkten ordnen. Die erste, für die Konjunkturpolitik bedeutendere Gruppe umfaßt die für das Kreditwesen zuständigen Organe:

- den Nationalen Kreditrat (Conseil National du Crédit)²⁾; seine vierzig Mitglieder vertreten Kreditnehmer, Arbeitnehmer, Kreditinstitute und Regierung. Er arbeitet eng mit der Bank von Frankreich zusammen und berät die Regierung in ihrer Kredit- und Finanzpolitik. In seinen Aufgabenbereich f llt die Festlegung von Liquiditätsvorschriften, die jedoch außerdem noch der Zustimmung des Finanzministers bedürfen. Seit Anfang 1961 legt der Kreditrat bestimmte Margen fest, in denen die Bank von Frankreich die Höhe der Mindestreservesätze bestimmt;³⁾
- die Bankenkontrollkommission (Commission de Contrôle des Banques); sie überwacht die Geschäftstätigkeit der Kreditinstitute;
- den Zentralen Risikodienst (Service Central des Risques); er wird als Abteilung der Bank von Frankreich geführt und hat eine Kontrollfunktion über die Kreditmarktverschuldung der Wirtschaft;
- die Generaldirektion des Kreditwesens (Direction Générale du Crédit); sie ist ebenfalls eine Abteilung der Bank von Frankreich.

Die eigentliche Bedeutung aller dieser Gremien liegt im Zusammenspiel von gegenseitiger Information und Teilhabe am Prozeß der Willensbildung. Alle beteiligten Institutionen sind in ihrer Verantwortung für die Währung eng miteinander verbunden.⁴⁾

1) Der nicht geringe Einfluß der Finanzpolitik in den modernen Staaten ist in Frankreich durch die Geschäfte des Schatzamtes besonders groß; vgl. hierzu und zu diesem Abschnitt "Die kreditpolitischen Mittel in Frankreich", in Neue Zürcher Zeitung Nr. 112 vom 25.4.1965 und Nr. 114 vom 27.4.1965.

2) Errichtet durch Gesetz vom 2.12.1945.

3) EWG, Die währungspolitischen Instrumentarien ..., a.a.O., S. 15.

4) Ebenda, S. 15.

Eine zweite Gruppe wird durch Einrichtungen im Bereich der Wirtschafts- und Finanzpolitik gebildet:

- Das Schatzamt (Trésor); als Abteilung des Finanzministeriums ist seine wichtigste Aufgabe, für die Finanzierung des Budgets zu sorgen. Zur Erfüllung dieser Aufgabe emittiert es Schatzwechsel "à quichets ouverts".¹⁾ Das Schatzamt gewährt aber ebenso mittel- und langfristige Darlehen an die Wirtschaft und den Wohnungsbau. Es hat damit große Ähnlichkeit mit einem Kreditinstitut.²⁾

Die Transaktionen des Schatzamtes sind konjunkturpolitisch bedeutungsvoll, doch ist es zweifelhaft, ob es sich in erster Linie an konjunkturpolitischen Gesichtspunkten orientiert.³⁾

- Der Wirtschaftsrat (Conseil Economique)⁴⁾; er ist ein berufsständisches Organ mit beratender Funktion mit 149 Mitgliedern aus Industrie, Arbeitnehmerschaft, Landwirtschaft, Wissenschaft etc. Er befaßt sich mit fast allen amtlichen Plänen, die wirtschaftliche Fragen berühren und gibt hierüber Gutachten ab. So berät er auch über die konjunkturelle Lage.
- Das Plankommissariat (Commissariat Général du Plan de Modernisation et d' Equipement)⁵⁾; seine Aufgabe ist die Planerstellung über die Modernisierung und die Ausgestaltung der Wirtschaft sowie das Studium der langfristigen Entwicklung der Wirtschaft.⁶⁾ Konjunkturpolitisch relevant sind seine Gutachten über die Investitionsfinanzierung.
- Die Kommission für volkswirtschaftliche Gesamtrechnung und Nationalbudget (la Commission des comptes et des budgets économiques de la nation)⁷⁾; sie setzt

1) Schatzwechsel ohne Begrenzung des Gesamtbetrages der Emission; vgl. hierzu EWG, Die währungspolitischen Instrumentarien ..., a.a.O., S. 114.

2) EWG, Die währungspolitischen Instrumentarien ..., a.a.O., S. 138.

3) A. Vosen, Frankreich, a.a.O., S. 34.

4) Errichtet durch Gesetz vom 20.3.1951.

5) Errichtet durch Verordnung vom 3.1.1946.

6) A. Vosen, Frankreich, a.a.O., S. 35.

7) Errichtet durch Verordnung vom 18.2.1952.

sich aus Parlamentariern und Sachverständigen zusammen. Ihre Aufgabe besteht in der Wahrnehmung der Beratungsfunktion; zu diesem Zweck verfaßt sie Berichte über die wirtschaftliche Lage, die Bedingungen des wirtschaftlichen Gleichgewichts und die wirtschaftlichen sowie finanzpolitischen Ziele der Regierung.

4. Die Institutionen der Konjunkturpolitik in Italien

a) Wie in Frankreich, so sind auch im Fall Italien einige Schwierigkeiten bei der Darstellung des konjunkturpolitischen "Systems" gegeben. Einige Ursachen liegen in der Struktur von Verwaltung und Wirtschaft begründet¹⁾; bis heute bestimmen die speziellen Probleme Italiens die Wirtschaftspolitik. In mehreren Staaten Westeuropas wurde in der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg die Konjunkturpolitik in die nationale Wirtschaftspolitik integriert. Vielleicht fehlte hierzu in Italien der aktuelle Anlaß, denn "seit der Stabilisierung im Jahre 1947 wurde die gesamtwirtschaftliche Entwicklung Italiens nicht durch extreme konjunkturelle Schwankungen gestört und sind monetäre Spannungen nicht aufgetreten".²⁾ So ist bis heute die Konjunkturpolitik in Italien kein systematischer Teil der Wirtschaftspolitik; Ansätze hierzu wurden allerdings mit den konjunkturpolitischen Maßnahmen ab Mitte 1963 unternommen.³⁾

b) Die konjunkturpolitisch relevanten Gremien sind

- der Ministerrat;
- die zuständigen Minister;
- der Interministerielle Ausschuß für Kredit und Sparen

1) Siehe oben, S. 168.

2) EWG, Die währungspolitischen Instrumentarien ..., a.a.O., S. 186.

3) Siehe hierzu Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, Jahresgutachten 1966, Ziff. 238, abgedruckt in Deutscher Bundestag, Drucksache V/1160.

(Comitato interministeriale per il credito e il risparmio); diesem seit 1948 bestehenden Ausschuß gehören die mit wirtschaftlichen Fragen befaßten Minister an. Der Gouverneur der Bank von Italien nimmt an den Beratungen teil. Der Ausschuß ist letztlich für die gesamte Währungspolitik verantwortlich. Ausführende Organe der Beschlüsse sind das Schatzministerium und die Bank von Italien. "Die Tatsache, daß der Bank von Italien formell nur die Ausführung der Beschlüsse des Ministerausschusses zusteht, darf nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Zentralbank über einen weitreichenden Ermessensspielraum verfügt und daß ihrem Gouverneur allgemein die höchste technische Verantwortung in allen Währungs- und Kreditfragen zuerkannt wird."¹⁾ Diese Feststellung dürfte auch für die Mitwirkung des Gouverneurs an der Willensbildung im Ministerausschuß Gültigkeit haben.

Das Schatzamt hingegen führt seine Operationen fast ausschließlich unter dem Gesichtspunkt der Finanzierung des Staates und nur selten unter konjunkturpolitischen Zielsetzungen durch.²⁾

5. Die Institutionen der Konjunkturpolitik in den Niederlanden

a) Zu den allgemeinen Grundsätzen der staatlichen Wirtschaftspolitik in den Niederlanden gehört mit an erster Stelle die Vollbeschäftigungspolitik unter konjunkturellem und strukturellem Aspekt.³⁾ In diesem Zusammenhang ist festzuhalten, daß die Niederlande nach Überwindung der Kriegsschäden das praktizierte dirigistische System nicht restlos verlassen haben. So herrscht noch ausge-

1) Neue Zürcher Zeitung, Geld- und kreditpolitische Mittel in Italien, Nr. 147 vom 30.5.1965.

2) EWG, Die währungspolitischen Instrumentarien ..., a.a.O., S. 186; vgl. auch S. 174/175.

3) Institut für Wirtschaftsforschung der Universität Amsterdam, Das Wirtschaftssystem der Niederlande nach 1945, in Rudolf Frei, Wirtschaftssysteme ..., Bd. I, a.a.O., S. 131.

prägender Agrar dirigismus, Lohnfestsetzung u.a.m.¹⁾ Der Abstand zur Sozialen Marktwirtschaft ist damit recht beträchtlich.²⁾ Dies zeigt sich auch im Aufbau einer öffentlich-rechtlichen Wirtschaftsorganisation³⁾ als Selbstverwaltungsorgan und beratender Institution.

b) An der Spitze der für die Konjunkturpolitik verantwortlichen Gremien steht die Regierung, insbesondere

- der Ministerrat;
- der Rat für wirtschaftliche Angelegenheiten; er ist ein interministerieller Ausschuß, dem alle mit wirtschaftlichen Fragen befaßte Minister angehören. Seine Aufgabe ist es, über die Wirtschaftspolitik zu beraten und diese zu koordinieren;
- die Minister.

Der Finanzminister hat durch seinen Aufgabenbereich die Hauptlast der konjunkturpolitischen Verantwortung zu tragen. In seine Zuständigkeit fällt die Geld- und Kreditpolitik. Weitere Organe dieses Bereichs sind:

- die Notenbank (Nederlandsche Bank N.V.); sie wird von einem Direktorium geleitet, dessen Mitglieder von der Krone auf Vorschlag der Hauptversammlung - die Nederlandsche Bank ist eine Aktiengesellschaft im Besitz des Staates - und des Direktoriums ernannt werden. Die Notenbank hat die Aufgabe, die Währung zum Wohle des Landes zu regulieren und möglichst zu stabilisieren; der Finanzminister kann ihr Weisungen geben;
- der Bankrat; seine siebzehn Mitglieder sind Vertreter der Industrie, des Handels, des Kreditgewerbes, der Arbeitnehmer etc. Der Bankrat berät über die wirtschaftliche und finanzielle Entwicklung und kann dem

-
- 1) Lotte Müller-Ohlsen, Die institutionelle Verankerung von Mitteln der Konjunkturpolitik in den Niederlanden, in WA, Bd. 77, 1956, S. 297.
 - 2) Anderer Meinung ist Tinbergen; J. Tinbergen, Prognose der niederländischen Wirtschaftslage für das Jahr 1954, in Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft, Bd. 110, 1954, S. 577 ff.
 - 3) Gesetz über die öffentlich-rechtliche Wirtschaftsorganisation von 1950.

Finanzminister Gutachten über Probleme der Bankpolitik zuleiten.¹⁾

Die Arbeitsweise auf dem Gebiet der Währungspolitik basiert auf einem engen Kontakt zwischen den beteiligten Stellen; dies äußert sich in den Beziehungen zwischen Notenbank und Kreditgewerbe durch Vereinbarungen in der Form des Gentlemen Agreement.²⁾

Im Rahmen der öffentlich-rechtlichen Wirtschaftsorganisation wurden mehrere beratende Gremien errichtet; diese sind

- der Sozial-ökonomische Rat; seine 145 Mitglieder vertreten Arbeitgeber und Arbeitnehmer oder werden - ein Drittel - von der Krone ernannt. Der Rat äußert sich auf eigene Initiative und auf Antrag der Regierung zu allen wirtschaftlichen Fragen;
- die Stiftung der Arbeit (Stichting van de Arbeid); sie ist eine Gründung zentraler Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen. Ihr Auftrag lautet auf Schaffung und Förderung dauerhafter und guter sozialer Verhältnisse in den Betrieben.³⁾ Besondere Bedeutung kommt der Stiftung im Rahmen der Lohnfindung zu. Die Löhne werden von der Regierung festgesetzt und von dem Kollegium der Reichsschlichter überwacht.⁴⁾ Vor wichtigen Entscheidungen holt das Kollegium die Meinung der Stiftung ein. So hat sie heute die Hauptverantwortung in Tariffragen;⁵⁾
- das zentrale Planbüro⁶⁾; es hat alle Vorarbeiten zu leisten, die für die Aufstellung des jährlichen Wirtschaftsplanes erforderlich sind und berät die Regie-

1) EWG, Die währungspolitischen Instrumentarien ..., a.a.O., S. 17.

2) Neue Zürcher Zeitung, Kredit- und Liquiditätspolitik in den Niederlanden, Nr. 142 vom 25.5.1965.

3) Lotte Müller-Ohlsen, Die institutionelle Verankerung ..., a.a.O., S. 309.

4) Die Erfahrungen zeigen, daß man ständig in die Richtung auf eine freie Lohnpolitik gedrängt wird; so steht man jetzt vor der Frage, ob man den letzten Schritt zur vollkommenen Freiheit tun soll. Siehe hierzu J. Zijlstra, Wirtschaftspolitik ..., a.a.O., S. 61.

5) Neue Zürcher Zeitung, a.a.O., Nr. 142.

6) Errichtet durch Gesetz vom 21.4.1947.

rung in allen damit zusammenhängenden Fragen. Sein indirekter Einfluß ist sehr groß, da seine Berechnungen und Untersuchungen über vielfältige interministerielle Kontakte zur Kenntnis der Regierung gelangen und Resonanz finden.¹⁾

IV. Die Instrumente der Konjunkturpolitik in den Mitgliedstaaten der EWG

1. Die Instrumente der Konjunkturpolitik in Belgien

a) In der Zeit der Weltwirtschaftskrise wurde mittels Gesetzen und Verordnungen die Möglichkeit eines Systems zur Steuerung des Außenhandels geschaffen. Die jahrzehntealte Tradition einer jeglichem staatlichen Interventionismus abholden konservativ-liberalen Wirtschaftspolitik suchte jedoch selbst in schwierigen Situationen mit einem Minimum an staatlichen Hilfseingriffen auszukommen.²⁾ Belgien hat so in der Nachkriegszeit sehr frühzeitig seine Rückkehr zur Marktwirtschaft vollzogen.

b) Im Bereich der Finanzpolitik werden die Budgetpolitik, die Ausgabenpolitik und Änderungen im System der Abgaben zu konjunkturpolitischen Zwecken herangezogen. Die konjunkturpolitischen Instrumente außerhalb des Bereiches der Währungspolitik wurden in der Vergangenheit weitgehend nur zu ergänzenden Maßnahmen gebraucht. Die Finanzpolitik erfuhr allerdings eine Aufwertung durch zeitliche Verschiebung von öffentlichen Investitionsvorhaben.³⁾

1) Lotte Müller-Ohlsen, Die institutionelle Verankerung ..., a.a.O., S. 315.

2) W. v. Golowatscheff, Die institutionelle Verankerung von Instrumenten der Konjunkturpolitik in neun europäischen Ländern und in den Vereinigten Staaten von Amerika, in Beihefte zur Konjunkturpolitik, Heft 3, Berlin 1958, S. 9.

3) Neue Zürcher Zeitung, Das System der Kreditpolitik in Belgien, Nr. 133 vom 16.5.1965

In der Budgetpolitik kam hauptsächlich die Politik einer Veränderung der Verschuldung gegenüber dem Bankensystem und dem Publikum zum Einsatz; eine Veränderung der Verschuldung gegenüber dem Ausland stand im Gewicht nach. Die wirtschaftspolitischen Instanzen regulierten mittels der Ausgabenpolitik die Ausgaben der Unternehmer für Investitionen und insbesondere für Nutzungszwecke nach konjunkturellen Überlegungen.

Das Abgabensystem wurde durch eine Schwergewichtsverlagerung auf die Ertragsteuern umgebaut. Die Bemessungsgrundlagen und Tarife, insbesondere die steuerlichen Gewinnermittlungsvorschriften, wurden konjunkturpolitisch variiert. Außerdem wurden Änderungen darüber hinaus bei den Sätzen der Umsatz- und Verbrauchsteuern vorgenommen.

c) Die konjunkturpolitischen Instrumente aus dem Bereich der Währungspolitik bestehen vor allem aus der Diskontpolitik, aber auch der quantitativen und qualitativen Kreditrestriktion, der Offenmarktpolitik und der Mindestreservpolitik.

Die Diskontpolitik hat in den letzten Jahren etwas von der früheren Bedeutung verloren¹⁾; ihr kommt allerdings weithin die größte Bedeutung zu²⁾. Durch die Stellung qualitativer Bedingungen wird nicht nur die Finanzierung von Handelsgeschäften bevorzugt, sondern die Geschäfte werden außerdem auch selektioniert. Der Refinanzierungsspielraum wird durch ~~einen~~ Rediskontplafond quantitativ beschränkt. Die Wirksamkeit der Diskontpolitik hängt allerdings in starkem Maße davon ab, inwieweit Banken und Wirtschaft Änderungen des Diskontsatzes durch die Zentralbank als Signal für eine sich wandelnde Liquiditätslage überhaupt ansehen.³⁾

1) Siehe "Das System der Kreditpolitik in Belgien", in Neue Zürcher Zeitung, Nr. 133 vom 16.5.1965.

2) EWG, Die währungspolitischen Instrumentarien ..., a.a.O., S. 193.

3) Ebenda, S. 207.

Kreditrestriktionen wurden in den letzten Jahren wiederholt durchgeführt, und zwar durch qualitative und quantitative Selektionen. In der Praxis sah dies so aus, daß bezifferte Normen für das zulässige globale Kreditwachstum festgesetzt und die Kreditinstitute aufgefordert wurden, nur solche Projekte zu finanzieren, die zu einer Erhöhung des Güter- und Leistungsangebots führen oder einen Rationalisierungseffekt bewirken.¹⁾

Die Offenmarktoperationen werden nicht wie sonst üblich von der Zentralbank selbst, sondern vom Fonds des Rentes betrieben, zusammen mit der Zentralbank. Der Fonds interveniert zugleich auf dem Geld- und Kapitalmarkt; seine Operationen am Markt für langfristige Papiere sollen dazu dienen, Zinsänderungen im Einklang mit der Diskontpolitik der Zentralbank herbeizuführen.²⁾

Das in der Nachkriegszeit in Kraft getretene System der Bankkoeffizienten diente dazu, eine Monetisierung der während des Krieges bei den Banken untergebrachten Schatzpapiere zu verhindern.³⁾ Es wurde 1961 durch das Instrument der Mindestreservenhaltung ersetzt; mindestreservepflichtige Verbindlichkeiten sind alle Passiva mit Fälligkeiten bis zu zwei Jahren. Dadurch erhielt die Zentralbank eine Möglichkeit zur direkten Beeinflussung der Liquidität der Kreditinstitute.

2. Die Instrumente der Konjunkturpolitik in der Bundesrepublik Deutschland

a) Die Zeit nach der Währungsreform von 1948 ist eine Epoche der Liberalisierung. Einmal wurden nach und nach alle mengenmäßigen Beschränkungen im Außenhandel aufgehoben, die Zölle gesenkt und ebenso der Kapitalverkehr liberalisiert.

1) Neue Zürcher Zeitung, Das System der Kreditpolitik in Belgien, Nr. 133 vom 16.5.1965.

2) EWG, Die währungspolitischen Instrumentarien ..., a.a.O., S. 216.

3) Ebenda, S. 217.

Das Außenwirtschaftsgesetz (AWG) von 1961 stellt zwar fest, daß der Waren-, Dienstleistungs-, Kapital-, Zahlungs- und sonstige Wirtschaftsverkehr mit fremden Wirtschaftsgebieten grundsätzlich frei ist¹⁾, es enthält jedoch zahlreiche Vorschriften, die zu einer Rechtsgrundlage für eine Reglementierung des Außenhandels werden können, z.B. §§ 5 bis 7 AWG. Doch handelt es sich hierbei um eventuelle Maßnahmen zur Abwendung von Störungen, mit anderen Worten: um gesetzliche Ermächtigungen für Ausnahmesituationen.

Die Handelspolitik ist als konjunkturpolitisches Instrument nach und nach von geringerer Relevanz geworden, zumal die Zölle eine einseitige Behandlung erfuhren: Durch wiederholte Senkungen - z.B. die Zollsenkungen in den Jahren 1955 bis 1957 - sind die noch verbliebenen Zollsätze konjunkturpolitisch bedeutungslos geworden. Überhaupt stand bis in die jüngste Zeit bei den nicht-monetären Lenkungsmöglichkeiten ein jederzeit "greifbares Instrumentarium", das diesen Namen wirklich verdient, nicht zur Verfügung.²⁾

b) Das währungspolitische Instrumentarium - von der Bundesbank gehandhabt - besteht aus der Variation der Diskont- und Lombardsätze sowie der Rediskontkontingente, aus Veränderungen der Mindestreservesätze, aus der Offenmarktpolitik und in frühen Zeiten - 1948 und 1951 - aus Kreditstops bzw. -restriktionen.

Die Möglichkeiten der deutschen Zentralbank für eine Kreditpolitik mit durchschlagender Wirkung auf die konjunkturelle Lage sind skeptisch zu beurteilen, da die Abhängigkeit der Kreditinstitute von der Zentralbank nicht sehr groß ist; das "In-die-Bank-zwingen" ist dem deutschen Kreditgewerbe fremd. In allen Perioden restriktiver Kreditpolitik ab 1948 gelang es nicht, die Liquidität der Kreditinstitute entsprechend den konjunktur-

1) § 1 (1) AWG.

2) "Das konjunkturpolitische Instrumentarium in der Bundesrepublik Deutschland", in Neue Zürcher Zeitung, Nr. 42 vom 12.2.1964.

politischen Zielen zu beschränken.¹⁾ Die in den Phasen eines verringerten Wachstums verfolgte expansive Kredit- und Zinssenkungspolitik war erfolgreicher, wenn auch Preisstabilität nicht oder mit einer großen zeitlichen Verzögerung erreicht wurde.²⁾

c) Im Jahre 1967 wurden mit dem Gesetz zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft unter anderem verschiedene Instrumente geschaffen:

- aufeinander abgestimmtes Verhalten der Gebietskörperschaften, Gewerkschaften und Unternehmensverbände³⁾;
- konjunkturorientiertes Verhalten der Gebietskörperschaften bei der Erstellung von Haushaltsplänen⁴⁾;
- Schaffung einer Konjunkturausgleichsrücklage⁵⁾;
- Erstellung von sogenannten mittelfristigen Finanzplänen und Investitionsprogrammen der öffentlichen Haushalte⁶⁾;
- Variation der Abschreibesätze⁷⁾.

Die Schaffung dieser neuen - besser: neuformulierten und schlagkräftig gemachten - Instrumente fiel zusammen mit einer Umorientierung der deutschen Wirtschaftspolitik.

3. Die Instrumente der Konjunkturpolitik in Frankreich

a) Der französische Außenhandel stand lange Zeit im Zeichen einer Schutzzollpolitik.⁸⁾ Ein grundsätzlicher Wandel trat erst seit den politischen Umwälzungen im

1) Ernst Dürr, Wirkungsanalyse der monetären Konjunkturpolitik, Frankfurt/M. 1966, S. 163.

2) Ebenda, S. 252.

3) § 3 (1) Stabilitätsgesetz.

4) §§ 5 u. 16 Stabilitätsgesetz.

5) § 5 (3) Stabilitätsgesetz.

6) §§ 9 u. 10 Stabilitätsgesetz.

7) §§ 26 - 28 Stabilitätsgesetz.

8) Hierbei sei darauf hingewiesen, daß das oberste Ziel der französischen Wirtschaftspolitik der Nachkriegszeit das Wirtschaftswachstum war; Ernst Dürr, Wirkungsanalyse ..., a.a.O., S. 297.

Jahre 1958 ein; allerdings ist noch nicht klar zu übersehen, inwieweit wirtschaftliche, wirtschaftspolitische oder politische Motive für diese geänderte Haltung verantwortlich waren. Eine Vermutung für eine grundsätzliche Änderung in Richtung einer Freihandelspolitik ergibt sich aus der Bereitschaft, die Zölle abzubauen. Gegen diese Annahme spricht jedoch die Praxis bilateraler Handelsverträge.

Insgesamt setzt die französische Handelspolitik folgende Instrumente ein: Veränderung der Zollsätze, Importbeschränkungen quantitativer Art, Exportsubventionen.

b) Der Beitrag der Finanzpolitik zur Konjunkturpolitik war bislang auf den Trésor, d.h. das Schatzamt beschränkt, und zwar über lange Zeiten mit der Wirkung eines ständigen Inflationsdrucks.¹⁾

c) Die Währungspolitik kennt die konjunkturpolitischen Instrumente: Diskontpolitik, Offenmarktpolitik, Mindestreservepolitik, die direkte Kontrolle der Kreditgewährung, die Emission von Schatzzetteln und Schatzscheinen sowie die Festlegung der Konditionen der Kreditinstitute. Die Konjunkturpolitik in Frankreich ist ein unübersichtliches Kapitel moderner Wirtschaftsgeschichte. Auch ist sie ohne Kenntnis der Besonderheiten des französischen Wirtschaftslebens unverständlich.

Das französische Kreditwesen hat als besonderes Merkmal seines Aufbaus die Trennung der Institute mit kurzfristigen Aktiv- und Passivgeschäften von den Instituten mit längerfristigen Geldanlagen (ressources d'épargne); jedoch dürfen die Institute des mittelfristigen Kredits wegen ihrer besonderen Refinanzierung nicht übergangen werden.

Die Struktur des französischen Kreditwesens ist historisch bedingt; die Gesetze aus dem Jahre 1945 haben sich

1) P. Coulbois, a.a.O., S. 249; "Möglichkeiten und Grenzen der französischen Konjunkturpolitik", in Neue Zürcher Zeitung, Nr. 43 vom 13.2.1964.

vornehmlich darauf beschränkt, die organisch gewachsene Organisation rechtlich zu verankern.¹⁾ Traditionell haben sich die Kreditinstitute in Frankreich vornehmlich mit dem kurzfristigen Kreditgeschäft befaßt. Nur ausnahmsweise versuchten sie, Ersparnisse an sich zu ziehen; sie haben diese Tätigkeit den hierfür vom Staat geschaffenen Spezialinstituten überlassen.²⁾

Neben Instituten mit kurzfristigen Einlagen, den Geschäfts- oder Depositenbanken mit Einlagen bis zu zwei Jahren und den Investitions- und Emissionsbanken (Durchführung von Emissionen und Unternehmensgründungen) besteht eine zweite Gruppe von Instituten, die Spareinlagen entgegennehmen und mindestens ebenso lange laufende Kredite geben. Die eigentlichen langfristigen Kredite werden jedoch, wie bemerkt, von Spezialkreditinstituten gewährt.

Eine typische französische Angelegenheit sind außerdem die Spezialkreditinstitute für die Gewährung mittelfristiger Kredite. Konjunkturpolitisch relevant werden diese Gruppierungen durch die Art der Refinanzierung.

Die Diskontpolitik hat im Rahmen der Kreditpolitik eine große Bedeutung.³⁾ Kontokorrentkredite spielen nur eine untergeordnete Rolle; als Finanzierungsinstrument herrscht der Wechsel vor, denn 80 v.H. der an die Wirtschaft gegebenen Kredite werden durch die Diskontierung von Handelswechseln gewährt.⁴⁾ Der Diskontsatz selbst hat eine gegenüber den anderen Ländern gesteigerte Bedeutung; er ist Basiszinssatz für die Sollzinssätze der Kreditinstitute. Durch die Differenzierung des Diskontsatzes, aber auch des Rediskontplafonds, können bestimmte Kreditformen oder die Diskontkredite für bestimmte Wirtschaftsbereiche gesondert behandelt werden.

1) "Die kreditpolitischen Mittel in Frankreich", in Neue Zürcher Zeitung, Nr. 112 vom 25.4.1965.

2) EWG, Die währungspolitischen Instrumentarien ..., a.a.O., S. 110.

3) Ebenda, S. 121.

4) Ebenda, S. 122 u. 152.

Eine weitere große Möglichkeit zur Einflußnahme auf die Kreditgewährung stellt der Rediskontplafonds dar, den die Banque de France für jedes Institut einzeln festlegt.

Die Offenmarktpolitik wird demgegenüber nur beschränkt zur Regulierung des Marktes für Tagesgeld eingesetzt.¹⁾

Das Mindestreservesystem²⁾ (coefficient de trésorerie) ging aus dem System der "Mindestbestände" (planchers) hervor. Handelte es sich zuerst um einen "Mindestbestand an öffentlichen Wertpapieren" (nach einer Vorschrift aus dem Jahre 1948), so legte der Liquiditätskoeffizient ein Verhältnis der liquiden Aktiva zu den Sicht- und kurzfristigen Einlagen in Höhe von 60 v.H. fest.

Das System des Liquiditätskoeffizienten ist mit Beginn des Jahres 1967 durch ein Mindestreservesystem nach dem deutschen System abgelöst worden. Nunmehr müssen unverzinsliche Guthaben im Verhältnis zu den Bankverpflichtungen bei der Bank von Frankreich unterhalten werden. Diese Regelung trat am 21. Januar 1967 in Kraft; zunächst ist allerdings eine Übergangszeit in vier Etappen vorgesehen.³⁾

Einen direkten Eingriff in das Aktivgeschäft der Kreditinstitute stellt die Kontrolle der Kreditgewährung dar, die durch die Bildung einer Evidenzrisikozentrale erreicht wurde. Überschreitet die Verschuldung bei den Kreditinstituten den Betrag von 10 Mio FF, bedarf jeder weitere Kredit der Genehmigung durch die Banque de France.

Insgesamt haben die Behörden einen umfassenden Einblick in die Kreditgewährung an die Wirtschaft; sie besitzen damit eine gute Voraussetzung, unmittelbar auf das

1) EWG, Die währungspolitischen Instrumentarien ..., a.a.O., S. 130.

2) Eingeführt durch Beschluß des Nationalen Kreditrats vom 6.11.1960.

3) "Die französische Kreditpolitik", in Neue Zürcher Zeitung, Nr. 11 vom 12.1.1967.

Kreditvolumen einzuwirken.¹⁾ Die Behörden machen davon Gebrauch, und zwar in der ganzen Skala von der Entstehung bis zum Verbot der Kreditgewährung.

Das Schatzamt - in Wirklichkeit ein Kreditinstitut mit Spezialaufgaben - kann durch die Emission von Schatzzetteln und "eigentlichen Schatzscheinen" die Liquidität der Banken fühlbar beeinflussen. Die Schatzzertifikate müssen von den Banken im Rahmen der ihnen vorgeschriebenen Mindestbestände (plancher) übernommen werden; die "eigentlichen Schatzscheine" mit einjähriger Laufzeit werden dagegen durch eine alle zehn Tage abgehaltene Ausschreibung nach dem Tenderverfahren emittiert.

In der Nachkriegszeit war die französische Kreditpolitik meist nicht sehr erfolgreich. Im Rahmen der Vollbeschäftigungspolitik konnte sie konjunkturelle Rückschläge nicht verhindern. "Vielmehr hat der Verzicht auf eine energische, rechtzeitige Inflationsbekämpfung die ... Wirtschaft besonders anfällig für Rezessionen gemacht."²⁾

4. Die Instrumente der Konjunkturpolitik in Italien

a) In Italien hat sich das, was in anderen Staaten als festes System nicht nur gedanklicher, sondern auch rechtlicher und verwaltungsmäßiger Art zu erfassen ist, noch nicht herausgebildet. Ein systematischer Vergleich der Wirtschaftspolitik ist deshalb äußerst schwierig.

Hingegen sind die Richtlinien der Wirtschaftspolitik verhältnismäßig leicht anzugeben. Diese sind: Erstens die Industrialisierung des Landes; hierin ist eine große wirtschaftspolitische Aufgabe zu sehen, da Italien bis vor kurzem in den überwiegenden Teilen des Gebietes landwirtschaftlich orientiert war. Zweitens tragen die Maßnahmen dieser Politik auch zur Beseitigung der chronischen, starken Arbeitslosigkeit bei. Drittens wird die harmo-

1) EWG, Die wirtschaftspolitischen Instrumentarien ..., a.a.O., S. 134.

2) Ernst Dürr, Wirkungsanalyse ..., a.a.O., S. 304.

nische Entwicklung des Staates, insbesondere die Förderung des nicht oder nur gering industrialisierten Südens, verfolgt. Auf dem Hintergrund dieser Ziele ist der Gebrauch des konjunkturpolitischen Instrumentariums zu sehen.

b) Italien ist ein Land, dem weitgehend die natürlichen Rohstoffe fehlten. Zur Regulierung der Einfuhren dienten Zölle, die oftmals den Charakter von Schutzzöllen bzw. Protektionszöllen hatten.¹⁾ Außerdem wurden quantitative Einfuhrbeschränkungen angewandt, die allerdings - bis auf den Bereich der Landwirtschaft - weitgehend abgebaut worden sind.²⁾ Diese Maßnahmen wurden ergänzt durch eine vom Staat betriebene Einfuhr- und Vorratspolitik.

c) Im Bereich der Finanzpolitik wurde vor allem die Haushaltspolitik eingesetzt: die Veränderung der Ertrags-, Verbrauchs- und Umsatzsteuer, ebenso die Gewährung von steuerlichen Sondervergünstigungen, vor allem im Rahmen der Investitionspolitik sowie die Produktions- und Verbrauchersubvention mit stark interventionistischen Zügen.

d) Das währungspolitische Instrumentarium besteht aus den Instrumenten der Refinanzierungspolitik, der Offenmarktpolitik und der Mindestreservenpolitik.

Die Refinanzierungspolitik weist in Italien gegenüber anderen EWG-Staaten einige Besonderheiten auf. Einmal tritt die Rediskontierung von Wechseln zur Refinanzierung der Kreditinstitute weit in der Bedeutung hinter die Lombardkredite zurück.³⁾

Die Höhe des für das einzelne Institut möglichen Zentralbankkredits ist nicht objektiv festgelegt, sondern

1) Rudolf Frei, Wirtschaftssysteme des Westens, Bd. II, a.a.O., S. 78.

2) "Instrumente der italienischen Konjunkturpolitik", in Neue Zürcher Zeitung, Nr. 44 vom 14.2.1964.

3) EWG, Die währungspolitischen Instrumentarien ..., a.a.O., S. 170.

wird vielmehr abgestellt auf das einzelne Institut; Kriterien sind hierbei die Höhe der Einlagen und das Eigenkapital. Außerdem spielen bei der Feststellung des Refinanzierungsspielraums konjunkturpolitische Erwägungen mit eine Rolle.¹⁾

Die Offenmarktpolitik kann sich auf ein umfangreiches Material an Schatzwechselln und Regierungsschuldverschreibungen sowie von der Regierung garantierter Schuldverschreibungen stützen. "Im allgemeinen sind jedoch die Interventionen der Banca d'Italia nicht systematisch im Sinne einer effektiven Offenmarktpolitik."²⁾

Die Regelung der Mindestreservenhaltung stellt sich als ein kompliziertes System dar. Anfänglich - bis 1947 - herrschte das Ziel der Einlagensicherung vor. Danach setzte sich der Gesichtspunkt eines währungspolitischen Einsatzes durch. Kompliziert ist das System deshalb, weil die Kreditinstitute je nach der Art mit verschiedenen Sätzen herangezogen oder ganz befreit werden. Als Berechnungsgrundlage dient der Bestand vom 30. September 1947 und der Einlagenzuwachs seit dieser Zeit. Allerdings besteht ein Maximalsatz, den die gesamte Mindestreserve nicht überschreiten darf.

5. Die Instrumente der Konjunkturpolitik in den Niederlanden

a) Wie an anderer Stelle geschildert wurde, sind die Niederlande ein traditionelles Freihandelsland. Die Aufzählung der potentiellen wirtschaftspolitischen Instrumentarien ist deshalb eine formale Angelegenheit, die nichts darüber aussagt, wie eine eventuelle Politik geartet war bzw. sein könnte; die Verhältnisse entsprechen denen in der Bundesrepublik.

1) EWG, Die währungspolitischen Instrumentarien ..., a.a.O., S. 172;
"Geld- und kreditpolitische Mittel in Italien", in Neue Zürcher Zeitung, Nr. 147 vom 30.5.1965.

2) EWG, a.a.O., S. 174.

Die Instrumente sind: mengenmäßige Beschränkungen (Devisenbewirtschaftung), Exportsubventionen, Wechselkurspolitik.

Die weitgehenden Befugnisse, welche die Regierung durch Krisen- und Notgesetze auch heute noch besitzt, geben ihr jederzeit die Möglichkeit zu konjunkturpolitischen Eingriffen auf allen Gebieten der Wirtschaft. Wenn sie von dieser Möglichkeit in den letzten Jahren immer weniger Gebrauch gemacht hat, so darf daraus nicht geschlossen werden, daß sie geneigt wäre, diese Vollmacht aus der Hand zu geben.¹⁾ Das muß insbesondere auf dem Hintergrund einer außenwirtschaftlichen Verflechtung der Niederlande gesehen werden, die im Vergleich zu den übrigen Partnerstaaten sehr hoch ist. Zur Aufrechterhaltung des Zahlungsbilanzgleichgewichts verwandte die Regierung jedoch weniger die Instrumente der Handelspolitik als die aus dem Bereich der Haushalts- und Lohnpolitik.²⁾

b) In der Finanzpolitik wurden vor allem die Methoden der Defizitfinanzierung bzw. Überschußverwendung (Veränderung der Verschuldung des Staates gegenüber der Notenbank, dem Bankensystem und dem Publikum), die Variation der Steuerarten, die Variation der Ertragsteuern, insbesondere bei der Gewinnermittlung (Abschreibung) und Tarifgestaltung, die Variation der Produktions- und Verbrauchsbesteuerung und die Ausgabenpolitik eingesetzt.

In der Finanzpolitik der Nachkriegszeit stellte sich als erstes großes Problem für die Budgetpolitik die Abschöpfung der aufgeblähten Kaufkraft; erst danach, ab dem Jahre 1949, konnte diese dann - allerdings weitgehend tatkräftig eingesetzt - für die Konjunkturpolitik genutzt werden.

1) Lotte Müller-Ohlsen, Niederlande, in Die institutionelle Verankerung ..., a.a.O., S. 60.

2) Ebenda, S. 85.

c) In den Rahmen einer Konjunkturpolitik wurde auch die Währungspolitik mit ihren Instrumenten eingebaut, so die Mindestreservenpolitik, die Offenmarktpolitik, die regulativen Maßnahmen des Schatzamtes durch die Emission von Schatzwechseln und Schatzanweisungen sowie der Terminierung ihrer Fälligkeiten, die Diskont- und Lombardsatzänderungen und die quantitative Begrenzung der Kreditexpansion.

Die Mindestreservenpolitik wird - wie an anderer Stelle bereits erwähnt - durch ein Gentlemen Agreement zwischen der Niederländischen Bank und den beteiligten Banken praktiziert. Das Gentlemen Agreement kann man überhaupt als ein Instrument der Währungspolitik bezeichnen, da die Niederländische Bank oft selbst da zu diesem Mittel greift und ihm den Vorzug gibt, wo ihr auch gesetzlich verankerte Instrumente zur Verfügung stehen.¹⁾

Die Niederländische Bank hat insgesamt ein sehr umfangreiches Instrumentarium; sie bedient sich allerdings neben Diskontsatzänderungen vornehmlich solcher Instrumente, die auf die Liquidität des Bankensystems einwirken und die monetäre Nachfrage beeinflussen.²⁾ Die Niederländische Bank ist sich bewußt, daß ein kleines Land mit einer offenen Wirtschaft mit ihrer Zentralbankpolitik nur den äußeren Geldwert verteidigen kann und die Binnenkaufkraft des Geldes nur in diesen Grenzen bestimmen kann.³⁾

V. Die Typen der Wirtschaftsverfassungen

1. Die Grundlagen

a) Die Ungewißheit über die weithin politisch zu bestimmende Weiterbildung der rechtlichen Ausgestaltung

1) "Kredit- und Liquiditätspolitik in den Niederlanden", in Neue Zürcher Zeitung, Nr. 142 vom 25.5.1965.

2) EWG, Die währungspolitischen Instrumentarien ..., a.a.O., S. 227.

3) "Kredit- und Liquiditätspolitik ..., a.a.O.

der EWG zu einer einheitlichen Wirtschaftsordnung darf nicht so weit gehen, die jetzt vorhandenen Wirtschaftsverfassungen und -ordnungen der Einzelstaaten als Ansatzpunkte einer Weiterentwicklung zu übersehen. Es ist zu erwarten, daß die augenblickliche Kompetenzverteilung auf Ministerrat, Kommission und nationale Regierungen auf absehbare Zeit bestehen bleibt; wahrscheinlich ist jedoch auch im Zuge der Rechtsangleichung und Steuerharmonisierung, daß die Institutionen und Instrumente der Konjunktur- und Wachstumspolitik angeglichen werden. Die Umwandlung der einzelstaatlichen Wirtschaftsverfassungen dürfte sich deshalb als eine Folge der sich aus praktischen Notwendigkeiten ergebenden Maßnahmen ergeben. Der Umfang der erforderlichen Änderungen wird durch die Unverträglichkeiten der einzelstaatlichen Regelungen mit dem EWG-Vertrag bestimmt. So werden vorerst weitgehend administrative Überlegungen die Impulse zu Änderungen geben. Den Forderungen aus der Praxis und den Konsequenzen aus theoretisch-wissenschaftlichen Überlegungen dürfte daher nur in geringem Umfang Rechnung getragen werden.

b) Die Wirtschaftsverfassungen der EWG-Mitgliedstaaten garantieren ausnahmslos Privateigentum und Vertragsfreiheit. Doch finden diese Freiheiten ihre Schranken in einer sozialen (Italien, Bundesrepublik), einkommenspolitischen (Belgien, Niederlande) und wachstumspolitischen Gesetzgebung; die Intensität der Beschränkung steigt in dieser Reihenfolge an in dem Maße, wie von seiten des Gesetzgebers ein Mißtrauen gegenüber den Marktkräften besteht.

Die rechtliche Ordnung des Geld- und Kreditwesens zeigt in den Grundzügen eine - überraschende - Übereinstimmung. In allen Mitgliedstaaten werden die Liquidität im Bankensystem, die Vergabe von Krediten und die Geschäftstätigkeit der Kreditinstitute im Hinblick auf die Sicherheit der Institute kontrolliert. Unterschiede bestehen

in der Organisation der Bankenaufsicht und der Abhängigkeit der Notenbanken von der Regierung, vor allem jedoch in den Zielen der Notenbankpolitik. Lediglich in der Bundesrepublik und in den Niederlanden sind die Ziele gesetzlich geregelt. In Belgien¹⁾, Frankreich²⁾ und Italien³⁾ haben sich eine Reihe von Zielen im Laufe der Zeit herauskristallisiert und sind entsprechend weit interpretationsfähig und veränderlich. Tatsächlich liegt allerdings die Spanne zwischen den Zielen "Stabilität" und "wirtschaftliches Wachstum".

Die Marktverfassungen in den Mitgliedstaaten zeigen erhebliche Unterschiede. Nicht überall ist die Verfassung der Warenmärkte (die Märkte für Agrarprodukte und Verkehrsleistungen sind hierbei ausgenommen) gesetzlich geregelt durch ein Verbot von Absprachen zur Einschränkung des Wettbewerbs (Bundesrepublik) oder durch eine Verhinderung des Mißbrauchs wirtschaftlicher Macht (Belgien, Niederlande); in Frankreich und Italien werden Absprachen teilweise gefördert. Die hierin sich äussernde verschiedenartige Auffassung der Marktverfassung besitzt allerdings in dem Art. 85 ff EWG-Vertrag ein Stimulans zur Angleichung; von allen Bereichen der Wirtschaftspolitik dürfte dieser Bereich - in dem der Staat nicht nur Bedingungen setzt, sondern die Beziehungen der Marktparteien untereinander regelt - mit am meisten eine Gleichschaltung ermöglichen.

Die Arbeitsmärkte erfordern eine besondere Aufmerksamkeit. Obgleich überall Kollektivverträge zur Lohnfestsetzung abgeschlossen werden, so ist doch die Verfahrensweise zur Lohnfindung sehr unterschiedlich. Auf der einen Seite stehen die Niederlande mit einer Lohnfestsetzung durch die Regierung, auf der anderen Seite Italien und die Bundesrepublik; hier liegt die Tarifautonomie bei den Tarifpartnern. Dies trifft formell auch auf Frankreich zu, doch einmal besteht für die Mindestlöhne eine Bindung an den Index der Verbraucherpreise - ein ähn-

1) Dermitzel u.a., Das Bankwesen ..., a.a.O., S. 13.

2) Ebenda, S. 170.

3) Ebenda, S. 251.

liches Verfahren wird in Belgien praktiziert -, zum anderen sind die Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände in die Aufstellung des Planes mit eingeschaltet.¹⁾ Wie man erkennt, sind die Verfahren zu einer abgestimmten Verhaltensweise der Einkommens- mit der allgemeinen Wirtschaftspolitik lediglich in den Niederlanden entwickelt, in Frankreich und neuerdings auch in der Bundesrepublik im Ansatz vorhanden; doch ist schwerlich die Vermutung zu unterdrücken, daß es ganz anderer Formen der Koordinierung bedarf, damit den Erwartungen des Programms der mittelfristigen Wirtschaftspolitik in der EWG Rechnung getragen werden kann.

Nicht unerheblich ist das Problem, die Finanz- bzw. Haushaltsverfassungen der Mitgliedstaaten so zu organisieren, daß eine gemeinsame Politik möglich wird. Im gesamten Komplex der Wirtschaftspolitik ist dieser Bereich relativ unproblematisch. Die Leitlinien der zentral staatlichen Haushaltspolitik sind auch im wesentlichen auf die Haushalte der Gebietskörperschaften zu übertragen.

c) Im Bereich der langfristigen Wirtschaftspolitik haben insbesondere Frankreich, die Niederlande, aber auch Belgien eine ganze Reihe von Gremien ausgebildet, die zum Teil Regierungsorgane (Belgien, Frankreich), zum Teil unabhängige Gutachterämter (Niederlande) sind. Im Vergleich zur Konzeption der Wirtschaftsplanung und den bestehenden Gremien in Frankreich scheinen jedoch die Ansätze zu einer langfristigen Wirtschaftspolitik in den anderen Staaten inkommensurable und zu vernachlässigende Größen zu sein. Die Frage nach einer Koordinierung dieser Politik ist im Rahmen der mittelfristigen Wirtschaftspolitik der EWG zuerst eine Frage nach dem Verhältnis der Konzeptionen zueinander.

d) Im Bereich der Konjunkturpolitik weist jeder Staat einen je eigenen Typus an Institutionen der Konjunktur-

1) Lotte Müller-Ohlsen, Wirtschaftsplanung ..., a.a.O., S. 154.

politik auf. Wollte man einen Versuch unternehmen, sie unter einigen für diese Untersuchung sinnvollen Kriterien zu ordnen, so kämen infrage:

- Staatsgewalt (Regierung, Verwaltung),
- Wirtschaft evtl. Tarifpartner,
- unabhängige Sachverständige

in den Bereichen: Beratung, Willensbildung und Entscheidung.

	Entscheidung	Willensbildung	Beratung
Belgien	Regierung Staatsgewalt	Regierung Verwaltung Notenbank	Regierung Verwaltung Wirtschaft
Bundesrepublik Deutschland	Regierung Notenbank	Regierung Verwaltung Notenbank	Regierung Verwaltung Wirtschaft unabhängige Sachverständ.
Frankreich	Regierung Wirtschaft Tarifpartner	Regierung Verwaltung Wirtschaft Tarifpartner	Regierung Verwaltung Wirtschaft
Italien	Regierung	Regierung Verwaltung Notenbank	Regierung Verwaltung Wirtschaft
Niederlande	Regierung Notenbank	Regierung Verwaltung Notenbank unabhängige Sachverständ.	Regierung Verwaltung Tarifpartner unabhängige Sachverständ.

Diese Aufstellung hat nur eine gewisse formale Aussagekraft, da der Einfluß von anderer Seite, d.h. durch Verbände, Persönlichkeiten aus Wirtschaft und Gewerkschaft, hierin nicht berücksichtigt werden kann. Einen Mangel stellt das Fehlen einer Darstellung über das Verhalten der Parlamente gegenüber vollzogenen oder unterlassenen Maßnahmen der Regierung dar. Doch scheint für alle Parlamente die Feststellung einer mangelnden Qualifikation, zum Teil eines Desinteresses in der Wahrnehmung einer kritischen Instanz und der Durchsetzung mit Interessen-

vertretern zutreffend zu sein.¹⁾

Die Einschaltung von Vertretern der Wirtschaft, der Tarifpartner und von unabhängigen Sachverständigen in den Beratungs- und Willensbildungsprozeß macht eine spezielle Erläuterung notwendig. Denn diese Mitbeteiligung kann im wesentlichen zurückgeführt werden auf den Wunsch nach größerer Rationalität in der Wirtschaftspolitik durch Mitspracherecht der beteiligten Gruppen, durch die Konzeption der Wirtschaftsordnung, d.h. durch eine ständisch-korporative Organisation der Wirtschaft. In Frankreich wirkten wohl beide Motive zusammen; das erklärt auch die Hinzuziehung dieser Gruppen zu den Vorbereitungen des Planes. Auf das korporative Motiv verweist das Fehlen von unabhängigen Gutachtern hin. (Das Commissariat Général du Plan ist weitgehend unabhängig, jedoch dem Ministerpräsidenten verantwortlich.²⁾) Jedoch zeigen sich ebenso Züge, die den Prinzipien demokratischer Willensbildung Rechnung tragen.³⁾

In der Bundesrepublik soll die Einschaltung von unabhängigen Sachverständigen die Diskussion über die Wirtschaftspolitik neutralisieren, d.h. die Wirtschaftspolitik sachlicher gestalten. Das würde dann die Rationalität der Wirtschaftspolitik steigern, wenn die übrigen an der Willensbildung beteiligten Gruppen - Parlament, Verwaltung, Wirtschaft, Sozialpartner und die Öffentlichkeit - die Stellungnahme der Sachverständigen als eine Hilfe zur Situationsanalyse werten würden. Die generalisierende Feststellung, daß dem nicht so ist, vielmehr nach wie vor Interessenstandpunkte das Kriterium des pro und contra abgeben, ist keine verzerrende Wiedergabe der Wahrheit. Die Wissenschaftsgläubigkeit schafft auch hier nur ein an die Dinge sich klammerndes Bewußtsein, versperrt die Einsicht in die Wirklichkeit. Dieses negative Urteil braucht allerdings für die Einschaltung der

1) Vgl. hierzu die Ausführungen am Schluß des II. Teils.

2) Karlheinz Kleps, Langfristige Wirtschaftspolitik ..., a.a.O., S. 74.

3) Karlheinz Kleps, Konkurrenz ..., a.a.O., S. 300.

unabhängigen Sachverständigen in Belgien und den Niederlanden nicht ausgesprochen zu werden. Man kann nur schwer die Vermutung zurückdrängen, daß in diesen von der Weltwirtschaft weit abhängigen Volkswirtschaften der Zwang zur Einsicht sich viel stärker entfaltet als in den zu - relativ autonomem - wirtschaftspolitischen Handelns, zum Einsatz von Macht gegen Sachlichkeit befähigten Staaten.

2. Der mögliche Entwicklungsspielraum

a) Das Verhältnis der nationalen Wirtschaftsordnungen zu dem, was sich im Raum der EWG als Wirtschaftsordnung einrichten wird, ist vorbelastet durch den Streit um die Grundsätze einer langfristigen Wirtschaftspolitik. In welchem Umfang dies der Fall sein wird, hängt vermutlich davon ab, wie stark die Kräfte zu einer weiteren Integration künftig sein werden. Die Hoffnung, daß sich eine sogenannte Eigengesetzlichkeit - aufgrund der Konzeption des EWG-Vertrags nur als marktwirtschaftliche Dynamik zu kennzeichnen - entwickelt und den leeren Rahmen mit wirtschaftspolitischem Gehalt füllt, ist nicht ganz unberechtigt bzw. eine Annäherung z.B. der Wirtschaftsverfassung auf ein vertragliches gemeinsames System wäre nur dann von vornherein ausgeschlossen, wenn in den Systemen konträre puristische Züge auftreten würden. Die Kräfte zur Integration: der Wille, politische Fehler der Vergangenheit auszumerzen, d.h. Europa nicht in politische Ohnmacht abgleiten zu lassen, die Überzeugung von der besseren Leistungskraft des größeren Marktes und die Erfolge durch den Abbau der Handels-schranken¹⁾ sind nach wie vor vorhanden und strahlen Impulse aus. In der Phase nach der Grundsatzdiskussion wurde erkenntlich, daß keine der beiden beteiligten Seiten, die Verfechter einmal der planification, zum anderen der sozialen Marktwirtschaft, darauf aus waren,

1) Karlheinz Kleps, Konkurrenz ..., a.a.O., S. 328.

ihre Konzeption durchzusetzen; so bleibt auch das Programm zur mittelfristigen Wirtschaftspolitik in einer eigentümlichen Zwitterstellung, die weder das eine noch das andere bestätigt und ein drittes, die neue Konzeption einer EWG-Wirtschaftsordnung noch nicht schafft. Der EWG-Vertrag selbst entwickelt eine ordnungspolitische Gesamtvorstellung nicht. "Das, was im Vertrag enthalten ist, ist vielleicht ein Anhaltspunkt, aber nicht mehr."¹⁾ Eine Entscheidung über die künftige Gestaltung der Wirtschaftsordnung ist dringend erforderlich; eine mittelfristige Planung auf EWG-Ebene ist nämlich vor allem auf dem Hintergrund der für die Europäische Gemeinschaft als Ganzes gewählten Wirtschaftsordnung zu sehen.²⁾ Dem Urteil Zijlstras, die Ordnung "sei eine gemischte Wirtschaft", ist wenig zu entgegen; diese Feststellung Zijlstras besagt allerdings, daß die Formen einer "gemischten Wirtschaft" sehr verschiedenartig sein können. Jeder Mitgliedstaat hat irgend eine Ausprägung einer gemischten Wirtschaftsordnung realisiert, und die Unterschiede sind offensichtlich, z.B. zwischen Frankreich und den Niederlanden nicht lediglich graduell. So spielt sich heute die Wirtschaftspolitik in der EWG ab in einem Bereich, der weitgehend nur von nationalen Interessen und einem taktischen Verhalten der Regierungen abgesteckt ist, der sich einer wissenschaftlichen Durchleuchtung auf seine "Daseinsrichtigkeit" entzieht.

b) Im institutionellen Bereich der Konjunkturpolitik müssen die einzelnen Gebiete für sich untersucht werden.

Im Bereich der Geld- und Währungspolitik ist die Koordination der nationalen Politiken durch eine Institutionalisierung der Zusammenarbeit relativ weit fortgeschritten.³⁾ Eine Koordinierung ist jedoch auch erforderlich und künftig dringend notwendig, da die Mitglied-

1) Alfred Müller-Armack, Wirtschaftsordnung ..., a.a.O., S. 408.

2) J. Zijlstra, Wirtschaftspolitik ..., a.a.O., S. 62.

3) Siehe hierzu Hans-R. Krämer, Wirtschaftliche ..., a.a.O., S. 134 ff.

staaten auf diesem Gebiet autonom sind. Die Wirkungsweise der nationalen Politiken erfährt durch den Abbau der wirtschaftlichen Grenzen innerhalb der EWG unter Umständen eine erhebliche Einbuße.

Die institutionelle Koordination im Bereich der Währungspolitik wurde durch die - heute meist unbestrittene - Sonderstellung des Geld- und Kreditsektors begünstigt. So stellen der Währungsausschuß und der Ausschuß der Zentralbankpräsidenten praktisch Koordinationsstellen für die Behörden der nationalen Regierungen und Notenbanken dar. Es ist fraglich, ob sich in Zukunft der exklusive Charakter erhalten läßt, ob es wünschenswert ist, Währungspolitik als eine Angelegenheit der Regierungen bestehen zu lassen.

Der Bereich der Haushaltspolitik ist in Demokratien der ureigenste Bereich der Parlamente und Regierungen. Allerdings ist die Koordination durch den Haushaltsausschuß nur die eine Seite der Koordinierungsmaßnahmen der Mitgliedstaaten. Die andere Seite betrifft die Festlegung der nachgeordneten Gebietskörperschaften, Regionalverwaltungen und Kommunen auf die Richtlinien einer koordinierten EWG-Haushaltspolitik.

Die Notwendigkeit und die Art und Weise der Koordination sind ohne Schwierigkeiten zu begründen und zu bestimmen. Die praktische Durchführung dürfte demgegenüber erhebliche Anstrengungen erfordern.

Haushaltspolitik ist aber nicht nur Sache der Regierung bzw. Verwaltung; die Genehmigung von Aufgaben und zur Erhebung von Steuern ist die "vornehmste" Aufgabe des Parlaments. Wenn auch heute gerade diese Funktion vom Parlament nicht mehr umfassend wahrgenommen wird, ändert dies nichts am grundlegenden Tatbestand. Die Koordination der Haushaltspolitik im Schoße des Haushaltsausschusses entzieht sich jedoch der tatsächlichen und der praktischen Kontrolle der Parlamente; denn der Haushaltsausschuß, die Kommission oder der Rat unterliegen

keiner direkten parlamentarischen Kontrolle, und ebenso sind einmal gefaßte Beschlüsse auf EWG-Ebene in den Parlamenten der Mitgliedstaaten nur schwerlich abzuändern.

Die Lohn- und Verbraucherpolitik erfordert hinsichtlich einer Institutionalisierung erhebliche Phantasie. Lediglich in Belgien und den Niederlanden werden die Löhne zentral festgesetzt; dennoch ist auch hier eine Abstimmung mit der Wirtschaftspolitik der nationalen Regierungen nicht unmittelbar gegeben. Nun stellen beide Staaten infolge ihrer Abhängigkeit vom Außenhandel eine Ausnahme dar; die Bewegungsfreiheit im Innern ist sehr gering. Frankreich beteiligt die Tarifpartner an den Vorbereitungen zur Planaufstellung; in der Bundesrepublik ist es zu einer mit der Regierung abgestimmten Verhaltensweise der Tarifpartner erst noch im Ansatz gekommen. Denkbar ist es, daß die nationalen Regierungen in Verhandlungsrunden mit den Tarifpartnern die Bestimmungsgründe einer nationalen und für den EWG-Bereich koordinierten Lohnpolitik darlegen. Es ist jedoch schwer vorstellbar, daß die divergierenden Interessen korrigiert werden können, wenn nicht unter Abgabe von Versprechen, betroffene Interessen bei der Planaufstellung zu vertreten und zu berücksichtigen. Immerhin stehen den nationalen Regierungen die Instrumente der Haushalts- und Währungspolitik zur Verfügung, die Ergebnisse einer nicht gewünschten Lohnentwicklung zu korrigieren.

Man könnte einwenden, daß im Gemeinsamen Markt die Möglichkeiten einer Lohnpolitik gegen die Marktkräfte geringer werden, da bei einer Mobilität der Faktoren Arbeit und Kapital der Bewegungsspielraum der Tarifpartner geringer werde. Das trifft zweifellos so lange zu, wie der "Horizont" der Tarifpartner sich mit den nationalen Grenzen deckt. Nichts aber läßt die Vermutung berechtigt erscheinen, dieser Zustand dauere weiterhin an. Im Gegenteil, es ist wahrscheinlicher, daß im Gefolge eines Koordinierens der Wirtschaftspolitik in der Gemeinschaft sich eine Koordinierung im Verhalten der

Tarifpartner ergeben wird. Daraus kann nur die Notwendigkeit eines Informations- und Konsultationssystems von EWG-Kommission, nationalen Regierungen und Tarifpartnern geschehen. Die Tragweite und die Instrumente der Koordination richten sich aber danach, ob die Natur des mittelfristigen Programms eine indikative oder imperative ist. Hier aber setzt wiederum die Frage nach der Wirtschaftsordnung ein.

c) Die langfristige Wirtschaftspolitik in der EWG kann in ihrem Verhältnis zu den nationalen langfristigen Wirtschaftspolitiken ohne den Hintergrund der in der EWG zu realisierenden Wirtschaftsordnung nur in geringem Umfang beschrieben werden. So sind die Ziele des mittelfristigen Programms völlig unverbindlich in der Weise, daß sie lediglich eine Basis zur Koordinierung herstellen. Die nationalen Regierungen brauchen die Ziele der mittelfristigen Wirtschaftspolitik nicht zu akzeptieren.

VI. Die Politik der konjunkturellen Stabilisierung und des wirtschaftlichen Wachstums in der EWG

1. Die Begriffe "Wirtschaft" und "Wirtschaftspolitik" und die Wirtschaftspolitik in der EWG

a) Die Wirtschaftspolitik der nationalen Regierungen, insbesondere in den demokratischen Staaten, somit auch in der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, kann sich dem Zwang der gesellschaftlichen Verhältnisse nicht entziehen. Das betrifft sowohl den Inhalt als auch die Instrumente und Formen der Politik. Die Wissenschaft hat hier die Aufgabe einer kritischen Instanz wie der Reflexion über den Wahrheitsgehalt der Wirtschaftspolitik. Dies würde nämlich bedeuten, daß nicht nur Zweckmäßigkeit und Wirtschaftlichkeit des wirtschaftspolitischen Handelns überprüft würden, sondern ebenso der Charakter

der Politik als Handeln zur Veränderung dieser Welt, zur Sicherung und Entfaltung menschlicher und gesellschaftlicher Existenz.

Der Weg der Wirtschaftswissenschaft war der zur Fachdisziplin, d.h. zum Bau eines in sich logischen Gebäudes. Die Rückbesinnung auf die Wirklichkeit hat immer wieder dazu gedient, den Stand der Wissenschaft zu korrigieren. Die Geschichte der Begriffe "Wirtschaft" und "Wirtschaftspolitik", insbesondere die Auseinandersetzungen darüber¹⁾, sind hierfür ein Beispiel. Der Begriff "Wirtschaftspolitik" und die Vorstellungen über wirtschaftspolitische Ziele im Programm der mittelfristigen Wirtschaftspolitik zeigen ein verengtes Bewußtsein auf.

Die Kenntnis der eigenen politischen Ohnmacht und die geringen wirtschaftspolitischen Vollmachten verwehrten der Kommission die Setzung von konkreten Zielen. Die Scylla, irgend etwas zu unternehmen und die Charybdis, doch nicht das tun zu können, was notwendig zu tun wäre²⁾, ließ sie in ein taktisches Agieren verfallen in der Hoffnung, daß die Entwicklung ihr bessere Zeiten bescheren würde, d.h. Zeiten, in denen die Interessen einer EWG-Kommission auf besseres Verständnis bei den Regierungen der Mitgliedstaaten treffen würden. Die "Vernünftigkeit" dieses Schrittes der Kommission schließt die Abkehr vom Gedanken einer tatsächlichen Veränderung der politischen und wirtschaftspolitischen Verhältnisse in der Gemeinschaft in sich; es ist ein Opfer an die Macht. Um der Ästhetik des Bildes willen - die angegebenen Leitlinien der mittelfristigen Wirtschaftspolitik bilden ein kohärentes Ganzes - wurde die Offenheit der Zukunft aufgegeben. Methodisch hätte ähnlich verfahren werden können: Beschreiben des konkreten Ganzen der Entwicklung, wirtschaftlich, technisch und gesellschaft-

1) Siehe Teil II.

2) Siehe auch Karlheinz Kleps, Konkurrenz ..., a.a.O. S. 329.

lich bis heute und Aufzeigen der Möglichkeiten in der Technik und der Wirtschaft; die Probleme der Wirtschaftspolitik aus der Konstellation der gesamtwirtschaftlichen Größen hätten unschwerlich aus den Tendenzen der vergangenen Jahre abgeleitet werden können.

An die Stelle des Möglichen, das durch menschliches Handeln zu Verwirklichende, trat das Ziffernwerk der Wachstumsraten und künftiger Größen des Bruttonsozialprodukts. Die Fiktionen von Experten wurden so zur Quasi-Natur im Unbestimmten der Zukunft gemacht. So hilft Politik mit, zu verschleiern, anstatt die Blicke der Handelnden frei zu machen für die Wirklichkeit. Die Setzung einer bloßen Aussage, irgend etwas werde so sein, enthält potentiell bereits Fixierung. Der Erfahrung zweiter Hand, die Konsequenz der Entwicklung des Informationswesens, wird Vorschub geleistet und die Fähigkeit zur Erfahrung vorweg beschnitten. Das marktwirtschaftliche Modell der Wirtschaftstheorie lebt demgegenüber von der Voraussetzung einer vollkommenen Einsicht in die Marktverhältnisse und hat seine Berechtigung darin, wie keine andere wirtschaftliche Institution, die wirtschaftliche Wirklichkeit aufzuzeigen.

b) Doch ist der Kommission hierbei nur der Vorwurf zu machen, das nicht kritisch überprüft zu haben, was ihr von anderer Seite angeboten wurde.

"Die Undurchsichtigkeit der Welt nimmt offenbar für das naive Bewußtsein zu, während sie in so vielem durchsichtiger wird."¹⁾ Diesem naiven Bewußtsein scheinen die Verfasser des Französischen V. Plans verfallen zu sein, wenn sie sich verpflichtet fühlen, "über die Kräfte und Begrenzungen des Marktes hinaus eine das Verhalten der einzelnen deutende Zusammenschau der wirtschaftlichen Entwicklung zu bieten".²⁾ Der Irrtum hier liegt in der Annahme begründet, die Aussagekraft des Marktes könne

1) Theodor W. Adorno, Eingriffe ..., a.a.O., S. 154.

2) J. Zijlstra, Wirtschaftspolitik ..., a.a.O., S. 17.

durch ein kohärentes Modell verbessert werden, das sich lediglich stochastischen Zahlenmaterials bedient. Das Marktergebnis kann nur von der Marktverfassung her interpretiert werden; eine Verbesserung des Marktergebnisses ist nur über eine Verbesserung der Marktverfassung und der Marktbedingungen möglich.

Wenn man dem Plan zubilligt, er könne die Ungewißheit reduzieren¹⁾, kann man das nur als schweren Irrtum bezeichnen. Hier hat die Verdinglichung das Bewußtsein total überzogen, so daß auch nicht ein Schatten von der Erkenntnis der Weltnatur sichtbar wird; diese müßte darin bestehen, daß man künftige Unsicherheit²⁾ nicht ausschließen kann und man sich jederzeit um Erkenntnis der Wirklichkeit bemüht. Jedes andere Bemühen, den Gang der geschichtlichen Entwicklung festlegen oder vorausbeschreiben zu wollen, endet in Selbsttäuschung. Der Wunsch der Wirtschaftspolitiker, ein bestimmtes konkretes Verhalten zu fordern, mag wohl oft einen Ausweg aus einer verfahrenen Situation, einen *ex machina*, darstellen und im Bereich der Konjunkturpolitik durchaus realisierbar sein. Das tatsächliche Ziel, das geschichtlichen Ansprüchen wie auch soziologischen und anthropologischen Forderungen gerecht wird, ist die Schaffung einer menschenwürdigen Ordnung der Gesellschaft und einer wirtschaftlichen Organisation, insbesondere die Bildung von Institutionen - Verhaltensweisen und Schemen der Konfliktlösung - zur Bereinigung von sozialen und wirtschaftlichen Problemen. Im Bereich der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft erfüllen die Gremien, die mit Vertretern der nationalen Regierungen oder Behörden besetzt sind, wie Währungsausschuß, Haushaltsausschuß etc., durchaus die Funktion des Interessenausgleichs der nationalen Regierungen, also der staatlichen Träger der Wirtschaftspolitik. Wirtschaft und Gesellschaft stehen

1) Rudolf Regul, Allgemeine Ziele, Planung und Wachstumspolitik in den Europäischen Gemeinschaften, in Joseph H. Kaiser, Planung I, Baden-Baden 1965, S. 279; Regul zitiert an dieser Stelle Massé: "le plan est un réducteur d'incertitude".

2) Siehe hierzu Ralf Dahrendorf, Gesellschaft und Freiheit, München 1962, S. 129 ff.

auch in dieser Hinsicht vor der Tür der verantwortlichen Teilhabe; die konjunkturellen Empfehlungen der Kommission und die mittelfristige Planung richten sich so nicht unmittelbar an die Mitgliedstaaten, sondern an die nationalen Regierungen und die EWG-Organen.¹⁾ Der Zwang auf die nationalen Regierungen, sich auch in Angelegenheiten zu einigen - wo die Interessenlage oftmals eine Verständigung unmöglich erscheinen ließ -, um den europäischen Staaten, d.h. den Regierungen einen Rest an Autorität zu erhalten, mag hierzu die stärkste Triebfeder gewesen sein. Es müßte als schwerwiegender Fehler bezeichnet werden, wenn die Bildung der europäischen Wirtschaftsordnung von ähnlichen Machtstandpunkten aus vorgenommen würde, d.h. den Forderungen nach innergesellschaftlichen Interessenausgleichen nicht im notwendigen Umfang Raum gegeben würde.

Eine Konjunkturpolitik zur Beeinflussung der wirtschaftlichen Verhaltensweise muß sich der möglichen Gefahren dieses Vorgehens bewußt sein. Die Grenzen dieser Maßnahmen sind dann gegeben, wenn das rationale Verhalten der Wirtschaftenden hierdurch nicht gefördert wird; sie befinden sich da, wo Spekulationen, Meinungen, Psychosen und manipuliertes Verhalten in die Welt gesetzt werden. Das bedeutet Zurückhaltung der wirtschaftspolitischen Träger in Urteilen über die wirtschaftliche Lage und Aussichten und Publikation von Informationen, die eine kritische Reflexion ermöglichen. Das bewirkt aufs Ganze gesehen eine Entpsychologisierung des Verhältnisses von Regierung und Regierten, aber auch des Verhaltens der Interessengruppen untereinander; es setzt allerdings die Möglichkeit voraus, Konflikte auszutragen. Hier wird der Wirtschaftende als ein mündiger Mensch angesprochen, als das, was er sein will und nicht immer ist; man muß ihm jedoch eine Chance zur Freiheit geben, nämlich die Möglichkeit, den Herausforderungen des Lebens rational zu begegnen.

1) Hierzu J. Zijlstra, Wirtschaftspolitik ..., a.a.O., S. 63.

c) Der verengte Begriff von "Wirtschaft" und "Wirtschaftspolitik", der sich in den Vorschlägen der Kommission nahezu durchweg zeigt, rührt von einem bestimmten Verhältnis zur wirtschaftlichen Wirklichkeit.

Die Investitionen der öffentlichen Haushalte für die Bereiche des kollektiven Bedarfs und der Infrastruktur werden wohl hinsichtlich der Technik, des Umfangs und der Bedeutung als Bedingung eines künftigen, wirtschaftlichen Wachstums die führende Rolle einnehmen. Das ist absehbar, wenn man die nicht eben geringen Studien und Denkschriften, z.B. der deutschen kommunalen Spitzenverbände, durchsieht.¹⁾ Diese sehr konkreten Darlegungen können jedoch nicht für sich isoliert betrachtet werden, sie bedürfen einer Interpretation im Blick auf das Gesamte der Gesellschaft, also einer theoretischen Durchleuchtung. Das Programm der mittelfristigen Politik verfährt anders; es beschränkt sich auf eine bloße Gegenüberstellung von Projektionen der verschiedenen Wirtschaftsgebiete. Das Unbehagen an diesem Vorgehen hängt indessen nicht mit der Abstraktheit der Gedankengänge zusammen, obwohl diese zum Teil frivole Züge annimmt (So wird die Notwendigkeit eines Beitrags der EWG zur Entwicklungshilfe - mit Recht - betont; es bleibt jedoch dem Leser überlassen, sich vorzustellen, daß diese zur Zeit darin bestehen müßte und könnte, Hungernde vor dem Tode zu retten.) Man ist erschrocken über die Distanziertheit der Wirtschaftspolitiker, die konkreten Ziele auszusprechen.²⁾ Der Verzicht auf eine theoretische Haltung scheint weniger Verzicht auf Veränderung der Wirklichkeit als falsches Bewußtsein; hier macht sich die Gesamtverfassung der Gesellschaft

1) Siehe z.B. Weinberger/Elsner, Investitionsbedarf der Gemeinden (GV) 1966 bis 1975, Stuttgart 1967.

2) Der Hinweis auf den planetarischen Umfang der Verantwortung einer europäischen Wirtschaftspolitik wäre langweilig, wenn er nicht so notwendig wäre; "Welt ist der Horizont, in dem Verantwortung geübt werden kann". Hans Freyer, Theorie ..., a.a.O., S. 34.

deutlich.¹⁾

d) Die Schuld eines zu engen Begriffs von "Wirtschaft" und "Wirtschaftspolitik" trägt im besonderen die Wirtschaftswissenschaft.²⁾ Das unwirkliche Verhältnis zur Zukunft und die Unfähigkeit, hierin den menschlichen Handlungsspielraum zu begreifen, sind möglich geworden durch das Verschwinden des Wissens vom unbestimmten Menschen und das Versäumnis, einen Begriff des "Menschen" in die Theorie einzubauen. Der Überwindung dieses theoretischen Ansatzes galt ein weiter Raum in dieser Untersuchung.

Die Konsequenzen für eine zeitgemäße Konjunkturpolitik und eine zeitgemäße Politik des wirtschaftlichen Wachstums im europäischen Bereich wurden vorbereitet. Im institutionellen Bereich sind die Stichworte: Stabilisierung, Entfaltung, kritische Instanz.

2. Die Möglichkeiten zum Ausbau des institutionellen Bereichs einer gemeinsamen Politik eines gleichmäßigen wirtschaftlichen Wachstums

a) Konjunkturpolitik ist darauf aus, extreme Schwankungen zu vermeiden. Verbindet sich diese Zielsetzung mit

1) Hierzu Max Horkheimer, Soziologie und Philosophie, in Sociologica II, Frankfurt/M. 1962, S. 16/17:
"Daß heute Soziologie empirisch sich ausbreitet, ist Zeichen ihrer Nützlichkeit zugleich und ihrer Resignation. Anders als die Philosophie, die einstmals als Herold die bürgerliche Welt und ihre Wissenschaft verkündigte, blickt Soziologie, wenn sie sich frei macht, nach rückwärts: zu den geschichtlichen Phasen, in denen die europäische Gesellschaft die Kraft noch in sich fühlte, dem eigenen Prinzip, dem richtigen Zustand unter den Menschen, zur Wirklichkeit zu verhelfen." Ersetzt man den Beisatz "dem richtigen Zustand unter den Menschen" durch "der Vergrößerung des Handlungs- und damit Freiheitsraumes", läßt sich in diesem Zitat "Soziologie" durch "Wirtschaftswissenschaft" ersetzen.

2) Siehe Teil II.

einer Politik des gleichmäßigen wirtschaftlichen Wachstums, so kann Konjunkturpolitik nur dann erfolgreich sein, wenn sie im Rahmen einer langfristigen Politik betrieben wird. Es besteht also eine nicht geringe Abhängigkeit der Konjunkturpolitik von der Politik des wirtschaftlichen Wachstums. Eine Verringerung der konjunkturellen Schwankungen ist sodann auch nur möglich, wenn die Tendenz der Entwicklung eine Realisierung des wirtschaftlichen Wachstums darstellt.

Die Schwierigkeiten im institutionellen Bereich des Wirtschaftslebens sind klar erkennbar und die Aufgaben bestimmbar: Wenn auch die realen Ziele des Wachstumsprozesses sich oftmals erstaunlich deutlich abzeichnen - man erinnere sich nur an die Schumpetersche Kennzeichnung der Zyklen -, so ist doch dem Gang des Wirtschaftsprozesses nur dadurch von seiner Verborgenheit etwas abzuringen, daß man ein möglichst genaues Wissen über die Pläne der "Pioniere", "Unternehmer" hat. Die Kenntnis des Denkens und Planens der Wettbewerber ist für jeden Unternehmer unerläßlich. Ein institutionalisiertes Informationssystem hätte hier allerdings eine Abgrenzung verschiedener Interessen vorzunehmen; einige Interessen laufen kontrovers:

- Interesse der Unternehmer an den Plänen der Wettbewerber,
- Interesse, seine eigenen Pläne zu verhüllen,
- Interesse der Öffentlichkeit an den Plänen der Unternehmer.

In dem Bereich der langfristigen Politik interessiert sich der Unternehmer für die Vorstellungen des Staates; er will selbst Fingerzeige über die mögliche technische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung. Ebenso wünscht der Verbraucher über seine künftige Chancen im Verbrauch wie über die Funktion seines Sparens informiert zu werden.

Eine entsprechende Politik in der EWG könnte hierzu auf bereits entwickelte institutionelle Beziehungen in den

Mitgliedstaaten zurückgreifen. Stellt man sich die Frage, warum die Kommission eine quantitative Untersuchung der wirtschaftlichen Entwicklung vorlegte, eine Untersuchung des gesellschaftlichen Rahmens und der gesellschaftlichen Bedingungen für ein künftiges wirtschaftliches Wachstum unterließ, ist ein Grund schwer zu finden.

b) Unter dem Gesichtspunkt einer Stabilisierung des Wirtschaftsprozesses zeichnen sich im EWG-Bereich folgende Möglichkeiten ab:

Die Beschränkung der institutionalisierten Diskussion über die konjunkturelle Lage auf den Ausschuß für Konjunkturpolitik und den Wirtschafts- und Sozialausschuß ist unbefriedigend; sie reicht indessen für die Zwecke der Kommission und der nationalen Regierungen aus. Die Information als ein erstes Instrument der Stabilisierung 1 (über die Publikation von Wirtschaftsdaten und Lageanalysen - hierin ist die EWG-Kommission allerdings vorbildlich-) kann allein nicht genügen. Die Diskussion des Wirtschafts- und Sozialausschusses bedarf weit mehr als bisher einer kritischen Dimension; hier tritt die Funktion des Interessenausgleichs zu stark in den Vordergrund. Neben Interessenvertretern müßten unbedingt noch unabhängige Sachverständige zugehören. Außerdem ist eine Differenzierung nach Wirtschaftszweigen und Mitgliedstaaten erforderlich.

Zur Sicherung der Stabilität scheint ein institutionelles System zur Lösung wirtschaftlicher Konflikte unumgänglich. Ein wichtiger, wohl der entscheidende Bereich, ist heute der der Lohnfindung. Die zahlreichen Varianten, die sich im Bereich der EWG finden sind ein Hinweis auf die Unsicherheit der heutigen Gesellschaft, dieses Problem zu bewältigen. Das Programm mißt der Lösung dieses Fragenkreises selbst große Bedeutung zu und gibt die Richtung an, in der die Lösung zu suchen ist. Die nationalen Regierungen sollen auf die Tarifpartner einwirken. Das ist eine Abwendung

von der Regel einer Nichteinmischung des Staates. Im Hinblick auf die Bedeutung der Folgen eines lediglich partiellen Arbeitskampfes ist jedoch das öffentliche Interesse, es nicht zum Einsatz solcher destruktiver Machtanwendung kommen zu lassen, sehr berechtigt. Durch freiwillige Schlichtungsvereinbarungen wurden bereits institutionelle Hemmnisse einer Radikalisierung geschaffen. Die Erfahrungen, die hiermit gemacht wurden, versprechen Erfolg bei der Beschreitung dieses Weges.

Eine stabilisierende Funktion besitzt die Teilhabe an der Verantwortung auf den verschiedensten Ebenen, insbesondere in den Unternehmungen durch Arbeitnehmervertreter. Das Mitbestimmungsrecht, wie es in der Bundesrepublik bereits verwirklicht wurde, hat das Bewußtsein einer Mitverantwortung wesentlich gehoben und zu einem relativ guten Ausgleich von Arbeitnehmer- und Arbeitgeberinteressen geführt. Schwieriger wird ein Interessenausgleich auf gesamtwirtschaftlicher Ebene zu treffen sein, da weit mehr Interessenparteien zu berücksichtigen sind, z.B. Rentner, Verbraucher, Sparer etc. In dem Maße, wie es nicht gelingt, das Parlament zum Ort der Versöhnung dieser Interessengegensätze zu machen, werden Institutionen, wie der französische Wirtschafts- und Sozialrat, notwendig. Je weniger ein Ausgleich im Gesamtinteresse gefunden wird, um so stärker wird der Ruf nach unabhängigen Sachverständigen, nach einer "objektiven" Lösung. Der Staat hat subsidiär die Interessen zu verteidigen, die in der jeweiligen Kräftekonstellation unterzugehen drohen. Hier hat es die Kommission an notwendigen Initiativen fehlen lassen, z.B. gerade den Gruppen der Verbraucher und der durch den ständigen Geldentwertungsprozeß geschädigten Sparer zu helfen. Im Gegenteil: Verbraucher sind z.B. durch die Agrarpolitik belastet; im Blick auf den Segré-Bericht¹⁾ kann man für die Sparer nicht gerade optimistisch sein.

1) Europäische Wirtschaftsgemeinschaft, Der Aufbau eines Europäischen Kapitalmarkts, Brüssel 1966 (nach dem Herausgeber Segré benannt)

c) Eine weitere Gruppe an Institutionen dient der Entfaltung der produktiven Kräfte. Die Kommission hat der Hebung des Bildungs- und Ausbildungsstandes große Aufmerksamkeit geschenkt. Demgegenüber scheint die Hebung der Unternehmensproduktivität durch eine Darlegung des neuesten Standes der Technik und der organisatorischen Kenntnisse nicht hinreichend erkannt worden zu sein. Das rasche Fortschreiten des Wissens zwingt nicht nur Arbeitnehmer, sondern auch Unternehmer zur Aufnahme neuen Wissens. Große Unternehmen sind hierzu sehr viel mehr imstande als mittlere und kleinere Unternehmen.

Die größte Aufgabe der nationalen Regierungen wäre jedoch die Beschreibung der Möglichkeiten, ein Katalog erreichbarer Ziele, an denen sich die Gesellschaft ausrichten und zeitgemäße Handlungsweisen heranbilden kann. Denn das wirtschaftliche Handeln hat in der Praxis bis jetzt nur einige wenige Normen entwickelt, die als Kriterien eines "richtigen" Handelns dienen können, z.B. die Sorgfaltspflicht des ordentlichen Kaufmanns. Das - bürgerliche - Recht ist weit mehr darauf abgestellt, Eigentum und eigentumsartige Ansprüche zu regeln als das Handeln der Menschen. Die Wirtschaftsrechtsprechung in den Zentralverwaltungswirtschaften zeigt jedoch an, wie notwendig die Formulierung von Kriterien des systemloyalen Handelns ist.

d) Zuletzt ist die Schaffung kritischer Instanzen eine zeitgemäße Forderung an die Gesellschaft. Das betrifft zuerst die staatlichen Stellen, die sich für die sachliche Seite ihrer Zielsetzungen und Maßnahmen einer fachlichen Kritik stellen müssen. Es betrifft ebenso die Unternehmensleitungen, denn die Gewinnerzielung ist nicht notwendig das Kriterium eines guten Wirtschaftens oder das eines sozialen Verhaltens. Das Interesse der Öffentlichkeit dürfte in dem Maße an Bedeutung gewinnen, wie die wirtschaftliche Unabhängigkeit der Glieder der Gesellschaft zunimmt. Hierzu muß jedoch notwendigerweise die Entfal-

tung des kritischen Verhaltens aller im Wirtschaftsleben stehenden Menschen hinzutreten.

e) Die oben dargelegten Gedanken zum Realtyp¹⁾ zeigten, daß eine vom Kulturganzen losgelöste Betrachtung der Wirtschaft die Wirklichkeit nicht trifft, insbesondere den Menschen, der als handelndes Wesen ein Ergebnis der Kultur ist. Nach der Durchsicht der Institutionen und Instrumente der Wirtschaftspolitik in den Mitgliedstaaten ist das Urteil erlaubt, daß den Forderungen des Realtyps an die Ausgestaltung die Wirtschaftsordnungen der Mitgliedstaaten, nämlich

- Bildung von Formen des Interessenausgleichs,
 - Teilhabe des einzelnen an Verantwortung und am Besitz der Kenntnisse über das Wirtschaftsleben²⁾,
 - Bildung von kritischen Instanzen,
 - Schaffung eines umfassenden Angebots an Information³⁾
- zum Teil überhaupt nicht, zum Teil erst seit wenigen Jahren entsprochen wird (z.B. Mitbestimmung in der Bundesrepublik Deutschland, Mitspracherecht an der planification in Frankreich, gemeinsame Lohnfindung in den Niederlanden). Immerhin sind Ansätze erkennbar, wenn diese auch nicht systematisch sind und sehr oft durch "sachfremde" Motive bewirkt wurden.

Im Blick auf die beabsichtigte gemeinsame Konjunkturpolitik und Politik des wirtschaftlichen Wachstums in der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft bleibt jedoch nur die Hoffnung, daß die rechtlichen Grundlagen einer umfassenden Wirtschaftspolitik der Kommission bald geschaffen werden und die ideologischen Spannungen allmählich verschwinden. Die - vorbildlichen - Informationen der EWG-Kommission und die Konsultationen der Mitgliedstaaten auf Regierungsebene können wohl nicht als Triebkräfte bezeichnet werden, die in der Lage sind, die Wirtschaftsordnungen in der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft umzuformen und das Bewußtsein der Wirtschaftenden für die Verantwortung zu einem zeitgemäßen Handeln zu bilden.

1) Siehe Teil II.

2) S. o. Seite 146.

3) S. o. Seite 155.

L i t e r a t u r v e r z e i c h n i s

- Adorno, Theodor W., Begriff der Soziologie, in Soziologische Exkurse, Frankfurt/M. 1956
- Adorno, Theodor W., Zur Logik der Sozialwissenschaften, in Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, 14. Jahrgang, 1962
- Adorno, Theodor W., Eingriffe, Frankfurt/M. 1963
- Adorno, Theodor W., Notiz über Sozialwissenschaftliche Objektivität, in Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, 17. Jahrgang (1965)
- Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft e.V., Mehr Stabilität, weniger Dirigismus, Memorandum zum Entwurf eines Gesetzes zur Förderung der wirtschaftlichen Stabilität, Heidelberg 1966
- Albert, Hans, Wachstumsmodelle und Realität, in Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik, Band 169 (1958)
- Albrecht, Karl, Planifikateure beim Werk, Düsseldorf und Wien 1964
- Ammon, Alfred, Wirtschaftspolitik auf Irrwegen, Frankfurt/M. 1958
- Aust, Eberhard, Währungsordnung und Zahlungsbilanz im Gemeinsamen Markt, Frankfurt/M. 1959
- Bank für Internationalen Zahlungsausgleich, Acht europäische Zentralbanken, Frankfurt/M. 1963
- Bauchet, Pierre, La Planification Française, Paris 1962
- Barth, Hans, Die Idee der Ordnung, Erlenbach-Zürich und Stuttgart 1958
- Bayer, Hans, Wirtschaftsentwicklung und Konjunkturstabilisierung, in Weltwirtschaftliches Archiv, Band 70, 1953
- Bayer, Hans, Wirtschaftsgestaltung, Berlin 1958

- van den Beld, C.A., Erfahrungen mit den Zentralökonomischen Plänen in den Niederlanden, in Programmierung im Gemeinsamen Markt, Schriftenreihe der Forschungsstelle der Friedrich-Ebert-Stiftung, Hannover 1963
- Besters, Hans, Artikel "Wirtschaftliche Konjunkturen", in Staatslexikon, Band 8, Spalte 747/748
- Bindschedler, B.L., Rechtsfragen der europäischen Einigung, Basel 1954
- Böhler, Eugen, Grundlagen und Grundlehren, 3. Auflage, Zürich 1957
- Böhm, Franz, Die Ordnung der Wirtschaft als geschichtliche Aufgabe und rechtsschöpferische Leistung, Stuttgart 1937
- Boettcher, Eric (Hrsg.), Entwicklungstheorie und Entwicklungspolitik, Tübingen 1964
- Bombach, Gottfried, Zur Theorie des wirtschaftlichen Wachstums, in Weltwirtschaftliches Archiv, Band 70 (1953)
- Bombach, Gottfried, Quantitative und monetäre Aspekte des Wirtschaftswachstums, in Hoffmann, Walter G. (Hrsg.), Finanz- und währungspolitische Bedingungen stetigen Wirtschaftswachstums, Berlin 1959
- Bombach, Gottfried, Der Strukturbegriff in der Ökonomie, in Fritz Neumark (Hrsg.), Strukturwandlungen einer wachsenden Wirtschaft, Band 2, Berlin 1964
- Bombach/Giersch/Senf, Wachstum und Konjunktur, Darmstadt und Opladen 1960
- Brand, K., Zur Theorie des wirtschaftlichen Wachstums, in Zeitschrift für Nationalökonomie, Band 17 (1957)
- Briefs, Götz, Zwischen Kapitalismus und Syndikalismus, München 1952
- Cazes, Bernard, La Planification en France et le IV^e Plan, Paris 1962
- Cepes, Das zweckmäßigste Verfahren zur wirtschaftlichen Integrierung Europas, Frankfurt o.J.

- Cepes, Die Wirtschaftspolitik der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, Frankfurt 1962
- Claessens, Dieter, Rationalität revidiert, in Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 1965
- Clark, Colin, The Fundamental Problems of Economic Growth, in Weltwirtschaftliches Archiv, Band 94 (1965)
- Clausing, Gustav, Wirtschaftsstil, Wirtschaftsordnung und Genossenschaftswesen, in Zeitschrift für das gesamte Genossenschaftswesen, Band 7, 1957
- Coulbois, P., Staatshaushalt und Finanzsystem Frankreichs, in Handbuch der Finanzwissenschaft, Band 3, Tübingen 1958
- Dahrendorf, Rolf, Homo sociologicus, Köln-Opladen 1959
- Dahrendorf, Rolf, Gesellschaft und Freiheit, München 1961
- Dermitzel/Damm/Richebächer/Bösel/Bröker, Das Bankwesen im Gemeinsamen Markt, Baden-Baden 1962
- Deutscher Bundestag, Drucksache IV/1752, Bericht über die Wirtschaftsentwicklung im Jahr 1963 und die Aussichten für 1964, Bonn 1963
- Deutscher Bundestag, Drucksache IV/1752, Nachtrag zum Bericht über die Wirtschaftsentwicklung im Jahr 1963 und die Aussichten für 1964, Bonn 1964
- Deutscher Bundestag, Drucksache IV/2890, Jahresgutachten 1964, Bonn 1965
- Deutscher Bundestag, Drucksache V/123, Jahresgutachten 1965, Bonn 1965
- Deutscher Bundestag, Drucksache V/629, Entwurf der Kommission der EWG des Programms für die mittelfristige Wirtschaftspolitik (1966-1970)
- Deutscher Bundestag, Drucksache V/1160, Jahresgutachten 1966, Bonn 1966

- Deutscher Bundestag, Drucksache V/2127, Bericht der Bundesregierung über die Integration in den Europäischen Gemeinschaften, Bonn 1967
- Domar, E.S., Expansion and Employment, in The American Economic Review, Band 37, 1947
- Dürr, Ernst, Ordnungsprobleme der Konjunkturpolitik, in ORDO, Band 14, Düsseldorf und München 1963
- Dürr, Ernst, Wachstumstheorie und Wachstumspolitik, in Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik, Band 176 (1964)
- Dürr, Ernst, Wirkungsanalyse der monetären Konjunkturpolitik, Frankfurt/M. 1966
- Dupriez, L., Konjunktur- und Säkularentwicklung, in Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft, Band 119, 1961
- Dupriez, Léon H., Konjunkturphilosophie, Berlin 1963
- Emminger, Otmar, Die Zusammenarbeit der Notenbanken im Gemeinsamen Markt, EWG 1959, Nr. 17
- Ehrlicher, Werner, Geldkapitalbildung und Realkapitalbildung, Tübingen 1956
- Ehrlicher, Werner, Probleme langfristiger Strukturwandlungen des Kapitalstocks, in Strukturwandlungen einer wachsenden Wirtschaft, Schriften des Verein für Socialpolitik NF, Band 30/II, Berlin 1964
- Eucken, Walter, Das ordnungspolitische Problem, in ORDO, Band 1, Opladen 1948
- Eucken, Walter, Die Grundlagen der Nationalökonomie, 6. Auflage, Berlin-Göttingen-Heidelberg 1950
- Eucken, Walter, Unser Zeitalter der Mißerfolge, Tübingen 1951
- Eucken, Walter, Grundsätze der Wirtschaftspolitik, Bern-Tübingen 1952

Europäisches Parlament, Bericht an das Europäische Parlament
über eine Empfehlung der EWG-Kommission an den Rat
(Dok. 73) zu einer mittelfristigen Wirtschafts-
politik der Gemeinschaft, in Der Gemeinsame Markt

EWG-Kommission, Die Aussichten der Wirtschaftsentwicklung
in der EWG von 1960 - 1970, Brüssel 1962

EWG-Kommission, Memorandum der Kommission über das Aktions-
programm der Gemeinschaft für die zweite Stufe,
Brüssel 1962

Europäische Wirtschaftsgemeinschaft, Die währungspolitischen
Instrumentarien in den Mitgliedsstaaten der Euro-
päischen Wirtschaftsgemeinschaft, Brüssel 1962

EWG-Kommission, Mittelfristige Wirtschaftspolitik der Gemein-
schaft, Sonderbeilage zum Bulletin der Europäischen
Wirtschaftsgemeinschaft Nr. 8, Brüssel 1963

EWG-Kommission, Die währungs- und finanzpolitische Zusammen-
arbeit in der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft,
II/Kom. (63) 216 endg.

EWG-Kommission, Empfehlung des Rates vom 15.4.1964, Amts-
blatt, Jahrgang 7 (1964)

Frei, Rudolf (Hrsg.), Die Wirtschaftssysteme des Westens,
Band I und II, Tübingen und Basel 1957/1959

Freyer, Hans, Die Bewertung der Wirtschaft im 19. Jahrhundert,
2. Auflage, Leipzig 1939

Freyer, Hans, Theorie des gegenwärtigen Zeitalters,
Stuttgart 1955

Friedensburg, Ferdinand, Sittliche und geistige Kräfte im
Wirtschaftswachstum, in Konjunkturpolitik,
11. Jahrgang, 1965

Friedrich, Manfred, Philosophie und Ökonomie beim jungen
Marx, Berlin 1960

Gäfen, Gérard, Theorie der wirtschaftlichen Entscheidung,
Tübingen 1963

Gehlen, Arnold, Urmensch und Spätkultur, Bonn 1956

- Gehlen, Arnold, Anthropologische Forschung, Reinbek bei Hamburg 1961
- Gehlen, Arnold, Der Mensch, 7. Auflage, Frankfurt/M. und Bonn 1962
- Gehlen, Arnold, Die Seele im technischen Zeitalter, Reinbek bei Hamburg 1962
- Gehlen, Arnold, Studien zur Anthropologie, Neuwied 1963
- Gleske, Leonhard, Monetary Policy in the Common Market (Rotterdamsche Bank, Review Nr. 5), Amsterdam 1963
- Gerfin, Harald, Langfristige Wirtschaftsprognose, Tübingen 1964
- Giersch, Herbert, Allgemeine Wirtschaftspolitik, Band 1, Wiesbaden 1960
- Giersch, Herbert, Wachstum und Konjunktur, in Bombach u.a., Wachstum und Konjunktur, Darmstadt und Opladen 1960
- Giersch, Herbert, Liberalismus, Dirigismus und die wirtschaftliche Integration Europas, Schriftenreihe zum Handbuch für Europäische Wirtschaft, Heft 15, 1961
- Giersch, Herbert, Strategien der Wachstumspolitik, in Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft, Band 119, 1963
- Goedhart, C. u.a., Das Wirtschaftssystem der Niederlande nach 1945, in Die Wirtschaftssysteme des Westens, Band II, Tübingen 1959 (Rudolf Frei, Hrsg.)
- von Golowatscheff, W., Belgien, in Beihefte der Konjunkturpolitik, Heft 3, Die institutionelle Verankerung von Instrumenten der Konjunkturpolitik in neun europäischen Ländern und in den Vereinigten Staaten von Amerika, Berlin 1958
- von der Groeben, Hans / von Boeckh, Hans, Handbuch für Europäische Wirtschaft, Baden-Baden 1957 ff
- von der Groeben, Die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft und unsere Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung, Veröffentlichungsstelle der Europäischen Gemeinschaften, 1963

- Gutenberg, Erich, Untersuchungen über die Investitionsentscheidungen industrieller Unternehmen, Köln und Opladen 1959
- Gutmann/Hochstrate/Schlüter, Die Wirtschaftsverfassung der Bundesrepublik Deutschland, Stuttgart 1964
- Haberler, Gottfried, Prosperität und Depression, Bern 1948
- Habermas, Jürgen, Strukturwandel der Öffentlichkeit, Neuwied 1962
- Haferkamp, Wilhelm, Wirtschaftspolitik und Wirtschaftsverfassung in der EWG aus der Sicht der Gewerkschaften, in H. Schmidt (Hrsg.), Möglichkeiten und Wege zu einer europäischen Wirtschaftsverfassung, Berlin 1964
- Hahn, L.A., Monetäre Integration - Illusion oder Realität? in Internationale Währungs- und Finanzpolitik, Adolf Weber aus Anlaß der Vollendung seines 85. Lebensjahres am 29.11.1961 als Geburtstagsgabe überreicht, hrsg. von W. Meinhold, Berlin 1961
- Haller, Heinz, Typus und Gesetz in der Nationalökonomie, Stuttgart-Köln 1950
- Haller, Heinz, Wirtschaftstheorie und Wirtschaftspolitik, in Weltwirtschaftliches Archiv, Band 73 (1954)
- Hallstein, Walter, Vorausschauende Wirtschaftspolitik in der EWG, in Alfred Plitzko, Planung ohne Planwirtschaft, Basel-Tübingen 1964
- Hardach, Fritz Wilhelm, Neues Schrifttum über Wirtschaftsverbände, in Schmalenbachs Zeitschrift für betriebswirtschaftliche Forschung, 19. Jahrgang, 1967
- Hardach, Fritz Wilhelm, Willensbildung in Wirtschaftsverbänden, in Schmalenbachs Zeitschrift für betriebswirtschaftliche Forschung, 19. Jahrgang, 1967
- Harrod, R.F., An Essay in Dynamic Theory, in Economic Journal, Band 49, 1939
- Harrod, R.F., Dynamische Wirtschaft, Wien und Stuttgart 1949

- von Hasselberg, Peter, Funktionalismus und Irrationalität,
Frankfurt 1962
- Hax, Karl, Unternehmensplanung und gesamtwirtschaftliche
Planung als Instrument elastischer Wirtschaftsführung,
in Zeitschrift für betriebswirtschaftliche Forschung, 18. Jahrgang, 1966
- Hayek, F.A., Arten der Ordnung, in ORDO, Band 14, Düsseldorf
und München 1963
- Hefermehl u.a., Jura europae, Loseblattsammlung, München und
Berlin/Paris 1966 ff
- Hegel, G.W.F., Wissenschaft der Logik, Band II, hrsg. von
G. Lasson, Leipzig 1951
- ter Heide, Harm, Die mittelfristige Wirtschaftspolitik der
EWG und ihre Probleme, in J.H. Kaiser, Planung I,
Baden-Baden 1965
- Heimann, Eduard, Vernunftglaube und Religion in der modernen
Gesellschaft, Tübingen 1955
- Hensel, K. Paul, Über wirtschaftliche und wirtschaftspolitische
Willensbildung und Willensverwirklichung in
verschiedenen Ordnungen, in H.J. Seraphim, Probleme
der Willensbildung und der wirtschaftspolitischen
Führung, Berlin 1962
- Hensel, K. Paul, Grundgesetz - Wirtschaftsordnungen, in ORDO,
Band 14, Düsseldorf und München 1963
- Hensel, K. Paul, Ordnung der Wirtschaft als wissenschaftliches
Problem, in ORDO XV/XVI, Düsseldorf-München 1965
- Hicks, J.R., Value and Capital, Oxford 1939
- Hicks, J.R., A Contribution to the Theory of the Trade Cycle,
Oxford 1950
- Hoffmann, Walter G. (Hrsg.), Finanz- und währungspolitische
Bedingungen stetigen Wirtschaftswachstums,
Schriften des Vereins für Socialpolitik, NF Band 15,
Berlin 1959

- Hoffmann, Walter G., Geleitwort zu W.W. Rostow, Stadien wirtschaftlichen Wachstums, Göttingen 1960
- Hofstätter, P.R., Einführung in die Sozialpsychologie, Stuttgart 1959
- Hofstätter, P.R., Gruppendynamik, Hamburg 1962
- Holzer, Kurt, Theorie des Datenrahmens, ökonomische Theorie "meta-ökonomischer" Faktoren, Berlin 1964
- Horkheimer, Max, Soziologie und Philosophie, in Sociologica II, Frankfurt/M. 1962
- Horkheimer, Max und Adorno, Th.W., Dialektik der Aufklärung, Amsterdam 1947
- Horkheimer, Max und Adorno, Th.W., Sociologica II, Frankfurt 1962
- Hutchinson, Terence Willmot, Das Problem der systematischen Verknüpfung von Normen und von Aussagen der positiven Ökonomik in grundsätzlicher Betrachtung, in Probleme der normativen Ökonomik und der wirtschaftlichen Beratung, Schriften des Verein für Socialpolitik, NF Band 29, Berlin 1963
- Institut für Sozialforschung (Hrsg.), Soziologische Exkurse, Frankfurt/M. 1956
- Institut für Finanzen und Steuer, Heft 59, Band 2, Bericht über die Hindernisse für die wirtschaftliche Expansion, vorgelegt von Jacques Rueff, Bonn 1961
- Issing, Otmar, Monetäre Probleme der Konjunkturpolitik in der EWG, Berlin 1964
- Jahrreiß, Hermann, Mensch und Staat, Köln/Berlin 1957
- Janssens, Valéry, La Belgique: Régime économique essentiellement libre, in Rudolf Frei (Hrsg.), Die Wirtschaftssysteme des Westens, Band 1 u. 2, Tübingen 1957 u. 1959
- Jaspers, Karl, Vom Ursprung und Ziel der Geschichte, Frankfurt/M. und Hamburg 1955

- Jochimsen, Reimut, Ansatzpunkte der Wohlstandsökonomik, Tübingen 1961
- Jöhr, W.A., Die Konjunkturschwankungen, Tübingen-Zürich 1962
- Jöhr, W.A., Der Kompromiß als Problem der Gesellschafts-, Wirtschafts- und Staatsethik, Tübingen 1958
- Jöhr, W.A., Der Fortschrittsglaube und die Idee der Rückkehr in den Sozialwissenschaften, Tübingen 1964
- Jöhr, W.A./Singer H.W., Die Nationalökonomie im Dienste der Wirtschaftspolitik, 2. Auflage, Göttingen 1964
- Jonas, Friedrich, Die Institutionenlehre Arnold Gehlens, Tübingen 1966
- Junckerstorff, Kurt, Internationales Handbuch der Kartellpolitik, Berlin 1958
- Kade, Gerhard, Die Verdächtigung der exakten Wirtschaftstheorie, in Jahrbuch für Nationalökonomie und Statistik, Band 169 (1958)
- Kade, Gerhard, Theorie-Prognose-Programm, in Konjunkturpolitik, 10. Jahrgang, 1964
- Kaiser, Joseph H. (Hrsg.), Planung I, Baden-Baden 1965
- Kantzenbach, Erhard, Möglichkeiten und Grenzen der Konjunkturpolitik in der EWG, Göttingen 1959
- Kantzenbach, Erhard, Einzel-, Struktur- und Niveausteuerung der Wirtschaft in einer freiheitlichen Gesellschaftsordnung, in Hamburger Jahrbuch für Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik, 11. Jahrgang, 1966
- Katona, George, Das Verhalten der Verbraucher und Unternehmer, Tübingen 1960
- Klatt, Sigurd, Zur Theorie der Industrialisierung, Köln 1959
- Klein, Liselotte, Finanzpolitische Instrumente der Konjunkturpolitik, München 1963
- Kleps, Karlheinz, Konkurrenz wirtschaftspolitischer Konzeptionen in der EWG, ORDO, Band XV/XVI (1965)

- Kleps, Karlheinz, Langfristige Wirtschaftspolitik in West-europa, Freiburg i.B. 1966
- Kneschaurek, F., Wirtschaftswachstum, Konjunktur und Wirtschaftspolitik, in Konjunkturpolitik, 7. Jahrgang (1961)
- Köllner, Lutz, Europäische Wirtschaftspolitik, Münster 1957
- Krämer, Hans-R., Wirtschaftliche und rechtliche Probleme der monetären Integration in der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, Tübingen 1966
- Kraus, Otto, Sozialphilosophie, Berlin 1962
- Krelle, Wilhelm, Theorie wirtschaftlicher Verhaltensweisen, Meisenheim 1953
- Krelle, Wilhelm, Wirtschaftsplanung auf mittlere und lange Sicht - Zur Problematik der Grundlagen, in Plitzko, Alfred, Planung ohne Planwirtschaft, Basel-Tübingen 1964
- Lachmann, Ludwig M., Wirtschaftsordnung und wirtschaftliche Institutionen, in ORDO, Band 14, Düsseldorf und München 1963
- Langelütke, Hans, Grenzen und Voraussetzungen der Konjunktur-stabilisierung, in Die wissenschaftliche Fundierung der Konjunkturpolitik, Beihefte der Konjunktur-politik, Heft 1, Berlin o.J.
- Lauterbach, Albert, Psychologie des Wirtschaftslebens, Reinbek 1962
- Lenel, Hans Otto, Wachstum der Wirtschaft und Wachstum der Unternehmen, in ORDO, Band XV/XVI, Düsseldorf und München 1965
- Lewis, W.A., Theorie des wirtschaftlichen Wachstums, Tübingen 1955
- Löwith, Karl, Weltgeschichte und Heilsgeschehen, 3. Auflage, Stuttgart 1953

- Losciani, L., Staatshaushalt und Finanzsystem Italiens, in Handbuch der Finanzwissenschaft, Band 3, Tübingen 1958
- Loutfy, A., La planification de l'Economie, Genève 1964
- Lutz, F.A., Nachwort in Walter Eucken, Grundsätze der Wirtschaftspolitik, Hamburg 1959
- Lutz, Friedrich A., Bemerkungen zum Problem der internationalen Währungsordnung, in ORDO, Band XIII, 1962
- Machlup, Fritz, Idealtypus, Wirklichkeit und Konstruktion, in ORDO, Band XII, Düsseldorf und München 1961
- Mackenroth, Gerhard, Bevölkerungslehre, Berlin 1953
- Magain, A. und Coppée G., Staatshaushalt und Finanzsystem Belgiens, in Handbuch der Finanzwissenschaft, Band 3, Tübingen 1958
- Maier, Karl Friedrich, Stabilisierung des Wirtschaftsprozesses, in ORDO, Band IV, 1951
- Mannheim, Karl, Mensch und Gesellschaft im Zeitalter des Umbaus, Darmstadt 1958
- Marcuse, Herbert, Vernunft und Revolution, Neuwied 1962
- Marjolin, Robert, Langfristige Wirtschaftspolitik in der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, in Programmierung im Gemeinsamen Markt, Hannover 1963
- Massé, Pierre, Les principes de la planification française, in Weltwirtschaftliches Archiv, Band 92, 1964
- Meade, J.Ed., Probleme nationaler und internationaler Wirtschaftsordnung, Tübingen 1956
- Meinhold, Helmut, Strukturwandlungen als Problem der Wirtschaftspolitik, in Fritz Neumark (Hrsg.), Strukturwandlungen einer wachsenden Wirtschaft, Band 2, Berlin 1964
- Meyer-Dohm, Peter, Der private Haushalt im Prozeß der Bedarfsdifferenzierung, in Strukturwandlungen einer wachsenden Wirtschaft, Band 1, Berlin 1964

- Meyer-Dohm, Peter, Wirtschaftsordnungsmodelle und Wirklichkeit, in Hamburger Jahrbuch für Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik, 10. Jahrgang, 1965
- Möbius, Klaus, Artikel "Belgien", Abschnitt "Wirtschaft", in Staatslexikon, Band 1, Spalte 1016
- Montaner, Antonio, Der Institutionalismus als Epoche der amerikanischen Geistesgeschichte, Tübingen 1948
- Morgenroth, Ute, Die italienische Wirtschaftsplanung, in Weltwirtschaftliches Archiv, Band 96, 1966
- Morgenstern, Oskar, Der theoretische Unterbau der Wirtschaftspolitik, Köln und Opladen 1957
- Morgenstern, Oskar, Anschauliche und axiomatische Theorie, in *ANTIΛΩPON*, Festschrift für Edgar Salin, Tübingen-Basel 1962
- Müller-Armack, Alfred, Diagnose unserer Gegenwart, Gütersloh 1949
- Müller-Armack, Alfred, Anregungen zur Ausarbeitung eines Codex des "guten Verhaltens" in der Wirtschaftspolitik, Bonn 1959
- Müller-Armack, Alfred, Entwurf für einen Europäischen Konjunkturboard, Bonn 1959
- Müller-Armack, Alfred, Wirtschaftsordnung und Wirtschaftspolitik, Freiburg i.B. 1966
- Müller-Ohlsen, Lotte, Die Währungsprobleme der wirtschaftlichen Integration Europas, in Weltwirtschaftliches Archiv, Band 72 (1954)
- Müller-Ohlsen, Lotte, Wirtschaftsplanung und Wirtschaftswachstum in Frankreich, Tübingen 1967
- Neue Zürcher Zeitung Nr. 42 vom 12.2.1964, Das konjunkturpolitischen Instrumentarium in der Bundesrepublik Deutschland
- Neue Zürcher Zeitung Nr. 43 vom 13.2.1964, Möglichkeiten und Grenzen der französischen Konjunkturpolitik

- Neue Zürcher Zeitung Nr. 44 vom 14.2.1964, Instrumente der
italienischen Konjunkturpolitik
- Neue Zürcher Zeitung Nr. 33 vom 3.2.1965, Die Wirtschafts-
programmation in Italien
- Neue Zürcher Zeitung Nr. 112 vom 25.4.1965 und Nr. 114 vom
27.4.1965, Die kreditpolitischen Mittel in Frank-
reich
- Neue Zürcher Zeitung Nr. 133 vom 16.5.1965, Das System der
Kreditpolitik in Belgien
- Neue Zürcher Zeitung Nr. 142 vom 25.5.1965, Kredit- und
Liquiditätspolitik in den Niederlanden
- Neue Zürcher Zeitung Nr. 147 vom 30.5.1965, Geld- und kredit-
politische Mittel in Italien
- Neue Zürcher Zeitung Nr. 323 vom 24.11.1965, Das Beispiel
der Niederlande
- Neue Zürcher Zeitung Nr. 11 vom 12.1.1967, Die französische
Kreditpolitik
- Neuhauser, Gertrud, Modell und Typus in der Nationalökonomie,
in Jahrbuch für Sozialwissenschaft, Band 15, 1964
- Neumark, Fritz, Die Bedeutung der staatlichen Finanzpolitik
in einer stetig wachsenden Wirtschaft, in Beiheft
der Konjunkturpolitik, Heft 2, Berlin 1957
- Neumark, Fritz, Gedanken zur Allgemeinheit der Wirtschafts-
theorie, in Kyklos, Vol. XII, 1959
- Neumark, Fritz, Wirtschafts- und Finanzprobleme des Inter-
ventionsstaates, Tübingen 1961
- Neumark, Fritz (Hrsg.), Strukturwandlungen einer wachsenden
Wirtschaft, Schriften des Vereins für Social-
politik, NF Band 30/I, II, Berlin 1964
- NN, Die wissenschaftliche Fundierung der Konjunkturpolitik,
Beihefte der Konjunkturpolitik, Heft 1, Berlin 1956
- N N, Die Bedeutung der staatlichen Finanzpolitik für die
Konjunkturstabilisierung, Beihefte der Konjunktur-
politik, Heft 2, Berlin 1957

- N N, Die institutionelle Verankerung von Instrumenten der Konjunkturpolitik in neun europäischen Ländern und in den Vereinigten Staaten von Amerika, Beihefte der Konjunkturpolitik, Heft 3, Berlin 1958
- N N, Langfristige Programmierung innerhalb der Marktwirtschaft, Beihefte der Konjunkturpolitik, Heft 10, Berlin 1963
- N N, Konjunkturpolitische Einwirkungsmöglichkeiten, Beihefte der Konjunkturpolitik, Heft 11, Berlin 1965
- N N, Der Gemeinsame Markt - Handbuch der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) / Europäischen Atomgemeinschaft (Euratom) / Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl (Montan-Union), Frankfurt/M. 1960
- Nuir, Edwin, Der natürliche und der politische Mensch, in Neue Auslese, Band II/2, 1947
- Ophüls, Carl Friedrich, Die Europäischen Gemeinschaftsverträge als Planungsverfassungen, in J.H. Kaiser, Planung I, Baden-Baden 1965
- Oppenländer, Karl-Heinz, Die modernen Wachstumstheorien, Berlin-München 1963
- Paulsen, Andreas, Wirtschaftliche und soziale Grundprobleme stetigen Wirtschaftswachstums, in Walter G. Hoffmann (Hrsg.), Finanz- und währungspolitische Bedingungen stetigen Wirtschaftswachstums, Berlin 1959
- Paulsen, Andreas, Allgemeine Volkswirtschaftslehre, Band I, 3. Auflage, Berlin 1959
- Plitzko, Alfred (Hrsg.), Planung ohne Planwirtschaft, Basel-Tübingen 1964
- Popper, Karl R., Die Logik der Sozialwissenschaften, in Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, 14. Jahrgang, 1962
- Predöhl, Andreas, Weltwirtschaft und europäische Integration, Münster 1960

- Predöhl, Andreas, Zur Theorie der wirtschaftlichen Entwicklung, in Entwicklungstheorie und Entwicklungspolitik, Tübingen 1964
- Pütz, Theodor, Theorie der allgemeinen Wirtschaftspolitik und Wirtschaftslenkung, Wien 1948
- Radcliffe Report, Committee on the Working of the Monetary System-Report, London 1959
- Ranke, Leopold, Über die Epochen der neueren Geschichte, in Völker und Staaten in der neueren Geschichte, ed. L. v. Muralt, 1945
- Regul, Rudolf, Allgemeine Ziele, Planung und Wachstumspolitik in den Europäischen Gemeinschaften, in Joseph H. Kaiser, Planung I, Baden-Baden 1965
- Riesman, David, Die einsame Masse, Hamburg 1958
- Ripert, Jean, Die Grundgedanken der französischen Planifikation, Bericht über einen Vortrag, in Neue Zürcher Zeitung Nr. 128 vom 11.5.1965
- Ritschl, Hans, Grundlagen der Wirtschaftsordnung, Tübingen 1954
- Rittershausen, Heinrich, Wirtschaft, Frankfurt/M. 1961, 101.-125. Tausend
- Rittner, Fritz, Artikel "Wirtschaftsrecht", in Staatslexikon, Band 8, Spalte 817 ff
- Rommig, Friedrich, Theorie der wirtschaftlichen Zusammenarbeit, Berlin 1966
- Rose, Klaus, Der Erkenntniswert der Wachstumsmodelle, in Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik, Band 168, Stuttgart 1956
- Rostow, W.W., Stadien wirtschaftlichen Wachstums, Göttingen 1960
- Salin, Edgar, Hochkapitalismus, in Weltwirtschaftliches Archiv, Band 25, 1927

- Salin, Edgar (Hrsg.), Synopsis, Festgabe für Alfred Weber, Heidelberg 1948
- Sannwald, R. und Stohler, J., Wirtschaftliche Integration, Tübingen 1958
- Seidel, Bruno, Industrialismus und Kapitalismus, Meisenheim 1955
- Seraphim, Hans Jürgen, Die strukturelle Mehrschichtigkeit des Erkenntnisobjekts der Nationalökonomie und ihre methodologischen Folgerungen, in Jahrbuch für Sozialwissenschaften, Band 4/10, 1959
- Seraphim, Hans Jürgen (Hrsg.), Probleme der Willensbildung und der wirtschaftspolitischen Führung, Schriften des Vereins für Socialpolitik, NF Band 19, Berlin 1962
- Seraphim, Hans Jürgen, Theorie der allgemeinen Wirtschaftspolitik, 2. Auflage, Göttingen 1963
- Sombart, Werner, Die Ordnung des Wirtschaftslebens, Berlin 1925
- Sombart, Werner, Die drei Nationalökonomien, München-Leipzig 1930
- Sombart, Werner, Beiträge zur Geschichte der wissenschaftlichen Anthropologie, in Sitzungsbericht der Preußischen Akademie der Wissenschaften, Heft XIII, 1938
- Sombart, Werner, Vom Menschen, Berlin 1938
- Sombart, Werner, Die deutsche Volkswirtschaft im 19. Jahrhundert, 8. Auflage, Darmstadt 1954
- Spiethoff, Arthur, Die Allgemeine Volkswirtschaftslehre als geschichtliche Theorie, Die Wirtschaftsstile, in Schmollers Jahrbuch, 56 (1932)
- Spiethoff, Arthur, Anschauliche und reine volkswirtschaftliche Theorie und ihr Verhältnis zueinander, in Edgar Salin, Synopsis, Festgabe für Alfred Weber, Heidelberg 1948

- Schendstoh, B., Staatshaushalt und Finanzsystem der Niederlande, in Handbuch der Finanzwissenschaft, Band 3
- Scherhorn, Gerhard, Bedürfnis und Bedarf, Berlin 1959
- Scherhorn, Gerhard, Methodologische Grundlagen der sozial-ökonomischen Verhaltensforschung, Köln-Opladen 1961
- Schilcher, Rudolf (Hrsg.), Wirtschaftswachstum, Berlin 1964
- Schiller, Karl, Neuere Entwicklungen in der Theorie der Wirtschaftspolitik, Tübingen 1958
- Schiller, Karl, Stetiges Wirtschaftswachstum als ökonomische und politische Aufgabe, in Konjunkturpolitik, 10. Jahrgang, 1964
- Schiller, Karl, Stabilität und Wachstum als wirtschaftspolitische Aufgabe, in Sparkasse, 84. Jahrgang (1967), Heft 5
- Schmalenbach, Eugen, Kostenrechnung und Preispolitik, 8. verb. Auflage, Köln und Opladen 1963
- Schmidt, H. (Hrsg.), Möglichkeiten und Wege zu einer europäischen Wirtschaftsverfassung, Berlin 1964
- Schmölders, Günther, Ökonomische Verhaltensforschung, in Arbeitsgemeinschaft für Forschung des Landes Nordrhein-Westfalen, Heft 71, Köln und Opladen 1957
- Schmölders, Günther, Der Politiker und die Währung, Frankfurt/M. 1959
- Schmölders, Günther, Das Irrationale in der öffentlichen Finanzwirtschaft, Hamburg 1960
- Schneider, Erich, Das Gesicht der Wirtschaftstheorie unserer Zeit und das Studium der Wirtschaftswissenschaften, Tübingen 1947
- Schneider, Erich, Einführung in die Wirtschaftstheorie, Teil II, Tübingen 1949
- Schneider, Erich, Einführung in die Wirtschaftstheorie, Teil I, 5. Auflage, Tübingen 1955

- Schneider, Erich, Einführung in die Wirtschaftstheorie, Teil IV, Band I, Tübingen 1962
- Schneider, Erich, Planung, Programmierung und Koordinierung in der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, in Weltwirtschaftliches Archiv, Band 93, 1964
- Schöllhorn, Verbesserung der konjunkturpolitischen Steuerungsmöglichkeiten als permanente Aufgabe der nationalen und internationalen Wirtschaftspolitik, in Beihefte der Konjunkturpolitik, Heft 11, Berlin 1965
- Schoeps, H.J., Was ist der Mensch?, Göttingen 1960
- Schriften der evangelischen Studiengemeinschaft, Marxismusstudien, Band 1-6, Tübingen 1954-1962
- Schriftenreihe der Forschungsstelle der Friedrich-Ebert-Stiftung, Programmierung im Gemeinsamen Markt, Hannover 1963
- Schumpeter, Joseph A., Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie, 2. Auflage, München 1950
- Schumpeter, Joseph A., Theorie der wirtschaftlichen Entwicklung, 5. Auflage, Berlin 1952
- Schumpeter, Joseph A., Konjunkturzyklen, Göttingen 1961
- Statistisches Amt der Europäischen Gemeinschaften, Methoden zur Vorausschätzung der Wirtschaftsentwicklung auf lange Sicht, Statistische Informationen Nr. 6, 1960
- Strickrodt, Georg, Gesamtrechnungssysteme - programmatische Vorausschau und Dokumentierung gemeinsamer Verantwortung, in Schriftenreihe der Forschungsstelle der Friedrich-Ebert-Stiftung, Programmierung im Gemeinsamen Markt, Hannover 1963

- Stickrodt, Georg, Der Verfassungsrahmen gesamtwirtschaftlicher Begutachtungen und Planungen, in Konjunkturpolitik, 10. Jahrgang (1964)
- Strümpel, Burkar ., Wirtschaftliche Entwicklung als menschliches Verhalten, Berlin 1964
- Stucken, Rudolf, Geld und Kredit, 2. Auflage, Tübingen 1957
- Terhalle, Fritz, Das Finanz- und Steuersystem der Bundesrepublik Deutschland, in Handbuch der Finanzwissenschaft, Band 3, Tübingen 1958
- Thurlings, Theodorns L.M., Artikel "Niederlande", Abschnitt "Wirtschaft", in Staatslexikon, Band 5, Spalte 1041
- Tinbergen, Jan, Prognose der niederländischen Wirtschaftslage für das Jahr 1954, in Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft, Band 110, 1954
- Tuchtfeldt, Egon, Probleme der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, Nürnberg 1958
- Veblen, Thorsten, Theorie der feinen Leute, Köln-Berlin 1958
- Veit, Otto, Ordo und Ordnung, in ORDO, Band 5, Düsseldorf und München 1953
- Vosen, A., Frankreich, in Beihefte der Konjunkturpolitik, Heft 3, Die institutionelle Verankerung von Instrumenten der Konjunkturpolitik in neun europäischen Ländern und in den Vereinigten Staaten von Amerika, Berlin 1958
- Wasser, K., Gesellschaft und Wirtschaft, Zürich 1965
- Watrin, Christian, Ordnungspolitische Probleme einer europäischen Währungsunion, in Wirtschaftspolitische Chronik, Köln 1958, Heft 2
- Weber, Max, Die protestantische Ethik und der "Geist" des Kapitalismus, in Gesammelte Aufsätze zur Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, Tübingen 1924
- Weber, Max, Der Sinn der "Wertfreiheit" der soziologischen und ökonomischen Wissenschaften, in Gesammelte Aufsätze zur Wissenschaftslehre, 2. Auflage, Tübingen 1951

- Weber, Max, Die "Objektivität" sozialwissenschaftlicher Erkenntnis, in Kröners Taschenbuchausgabe, Band 229, Stuttgart 1956
- Weber, Max, Wirtschaft und Gesellschaft, 4. neu hrsg. Auflage, Tübingen 1956
- Weinberger/Elsner, Investitionsbedarf der Gemeinden (GV) 1966 bis 1975, Stuttgart 1967
- Weippert, Georg, Vom Werturteilsstreit zur politischen Theorie, in Weltwirtschaftliches Archiv, Band 49, 1939
- Weippert, Georg, Die idealtypische Sinn- und Wesenserfassung und die Denkgebilde der formalen Theorie, in Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft, Band 100 (1940)
- Weippert, Georg, Instrumentale und kulturtheoretische Betrachtungsweise der Wirtschaft, in Jahrbuch der Sozialwissenschaft, Band 1, 1950
- Weippert, Georg, Werner Sombarts Gestaltsidee des Wirtschaftssystems, Göttingen 1953
- Weippert, Georg, Der späte List, Erlangen 1956
- Werner, Josua, Die Wirtschaftsverbände in der Marktwirtschaft, Zürich und St. Gallen 1957
- von Wiese, Leopold, Artikel "Institutionen", in HdSW, Band 5
- Wohlfahrt/Everling/Glaesner/Sprung, Die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft, Frankfurt 1960
- Zigan, Herbert, Wirtschaftspolitik und Wirtschaftsverfassung in der EWG aus der Sicht der Unternehmer, in H. Schmidt (Hrsg.), Möglichkeiten und Wege zu einer europäischen Wirtschaftsverfassung, Berlin 1964
- Zijlstra, J., Wirtschaftspolitik und Wettbewerbsproblematik in der EWG und ihren Mitgliedsstaaten, EWG-Kollektion Studien, Reihe Wettbewerb Nr. 2, Brüssel 1966

Nachtrag

- Böhler, Eugen, Der Mythos in Wirtschaft und Wissenschaft,
Freiburg i. Br. 1965
- Böhler, Eugen, Nationalökonomie, 5. Auflage, Zürich 1964
- Briefs, Götz, (Hersg.), ~~La~~ser-Faire - Pluralismus,
Berlin 1966
- Hahn, Ludwig Albert, Wirtschaftswissenschaft des gesunden
Menschenverstandes, Frankfurt/M 1965
- Heimann, Eduard, Soziale Theorie der Wirtschaftssysteme,
Tübingen 1963
- Issing, Otmar, Leitwährung und internationale Währungs-
ordnung, Berlin 1965
- Jacobsson, Per, Die Marktwirtschaft in der Welt von heute,
Tübingen 1962
- Jacobsson, Per, International Monetary Problems 1957-1963,
Washington 1964
- Jaspers, Karl, Wohin treibt die Bundesrepublik ? München 1966
- Lipfert, Helmut, Internationale Finanzmärkte, Frankfurt/M 1964
- von Mises, Ludwig, Human Action, New Haven 1949
- Schuster, Leo, Zentralbanken politik und Bankenaufsicht
in den EWG-Staaten, Köln und Opladen 1967

Lebenslauf

Am 8. Mai 1935 wurde ich als Sohn des Pastors Heinrich Dorn und seiner Ehefrau Brunhilde, geb. Schneider, in Herrenberg (Württemberg) geboren. Die Schulzeit verbrachte ich in Freudenstadt; am dortigen Kepler-Gymnasium legte ich am 26. März 1954 die Reifeprüfung ab.

Nach einer Lehre als Bankkaufmann bei der Kreissparkasse Ludwigsburg von 1954 bis 1956 immatrikulierte ich mich zum Wintersemester 1956/57 an der Universität Frankfurt/M für Betriebswirtschaft. Zum Sommersemester 1959 bezog ich die Universität Erlangen; hier legte ich am 6. Juni 1962 die Diplomprüfung für Volkswirte ab. Anschließend befaßte ich mich mit den Vorarbeiten zu dieser Dissertation und schrieb mich zu diesem Zweck an der Universität Bonn ein.

Im April 1963 trat ich in die Dienste der Rheinischen Girozentrale und Provinzialbank, Düsseldorf, ein. 1968 wechselte ich zur Öffentlichen Bausparkasse Württemberg, Stuttgart, über.

Seit 1964 bin ich mit Gertrud, geb. Karpp, verheiratet; wir haben zwei Kinder.

Offsetdruck-Fotodruck

J. Hogl, 8520 Erlangen Hauptstr. 109, (Nähe Martin-Luther-Platz) Tel. 22990
